DIE BEGRÜNDUNG DES DEUTSCHEN REICHES DURCH WILHELM I.: VORNEHMLICH...

Heinrich von Sybel

Die Begründung

des

Deutschen Reiches

durch

Wilhelm I.

Vierter Band.

Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.

Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten

von

Heinrich von Sybel.

Vierter Band.

Beneficia obtruduntur.

Dritte unveränderte Auflage.

München und Leipzig 1890.
Druck und Verlag von R. Oldenbourg.

Papier der
München-Dachauer Actiengesellschaft für Papier-Fabrikation.

Inhalt des vierten Bandes.

Dreizehntes Buch.

Spannung zwischen Österreich und Preußen.

1. Capitel.

Der italienische Septembervertrag.

Während Preußen mit der Befreiung Schleswig-Holsteins die erste Station auf seiner großen Bahn erreichte, that auch der Kaiser Napoleon einen wichtigen, vorbereitenden Schritt für die Verwirklichung seines alten Lieblingsgedankens, für die Vollendung der nationalen Unabhängigkeit Italiens.

In dieser Sache war Vieles, wie wir wissen, im Gegensatze zu seinen Wünschen geschehen. Er hatte die Österreicher aus Italien verdrängen und dann den Staaten der Halbinsel eine Bundesverfassung unter dem Vorsitze des Papstes geben wollen. Aber Preußens Dazwischenkunft hatte ihn genöthigt, Venetien dem Kaiser Franz Joseph zu lassen, worauf dann die Bevölkerungen Mittelitaliens und leider auch die der päpstlichen Legationen und Marken, so wie schließlich Sicilien und Neapel sich mit Piemont vereinten, und an die Stelle eines italienischen Staatenbunds ein einheitliches Königreich Italien trat. Napoleon hatte gegen die Abtretung Savoyens und Nizzas zugelassen, was er füglich nicht hindern konnte. Nur an einer Stelle setzte er den italienischen Bestrebungen einen unerschütterlichen Damm entgegen. Seine

Regimenter hielten fortdauernd Rom und das Patrimonium Petri besetzt, und sicherten hier, trotz der Hasses der Einwohner, die päpstliche Herrschaft. Vergebens hatte Cavour am 27. März 1861 durch die berühmte Tagesordnung des italienischen Parlaments Rom für die natürliche Hauptstadt Italiens erklären lassen; vergebens suchte er dann mit nachgiebigem Einlenken den Abzug der französischen Besatzung aus Rom durch das Versprechen des Verzichts auf jeden gewaltsamen Angriff zu erlangen. Für Napoleon's innere Politik war die Unterstützung durch den französischen Klerus von entscheidender Bedeutung, und diese nur durch Fortdauer der französischen Besatzung in Rom zu erlangen. Immerhin, als nach Cavour's Tode der Minister Durando die von jenem begonnene Unterhandlung wieder aufnahm, zeigte sich der Kaiser gegen die Abberufung seiner Garnison aus Rom nicht völlig abgeneigt, wenn Italien die bindende Zusage gebe, ein für alle Male die Grenzen des Patrimonium Petri zu respectiren. Aber in diesem Momente durchbrach, wie wir beobachteten, der Freischaarenzug Garibaldi's gegen Rom die Verhandlung. Zwar schlug ihn die italienische Regierung auf der Stelle zu Boden, dem italienischen Volke gegenüber hielt sich aber Durando verpflichtet, in seiner Note vom 10. September 1862 vor Europa zu erklären, daß Italien den Besitz Roms nicht entbehren könne. Die Aufregung und Erbitterung der klerikalen Partei war hienach so gewaltig aufgeflammt, daß Napoleon es für unerläßlich erachtete, sich in der schärfsten Weise von diesen italienischen Verkehrtheiten loszusagen. An die Stelle des italienisch gesinnten Thouvenel hatte er den ultramontanen Drouyn de Lhuys in das auswärtige Amt zurückberufen, und dieser hierauf Thouvenel's Genossen Bene-

detti und Lavalette von ihren Gesandtschaftsposten in Turin und Rom entfernt, sowie der italienischen Regierung in drohendem Tone die Unverletzlichkeit der päpstlichen Herrschaft und den Abbruch der bisherigen Unterhandlung darüber erklärt.

In dieser Lage blieben die Dinge während des Jahres 1863. Napoleon sprach mit dem italienischen Gesandten, Ritter Nigra, stets im freundlichsten Tone, äußerte aber sonst wohl seine Verwunderung, daß Österreich so starr auf dem unhaltbaren Besitz von Venetien, und Italien ebenso thöricht auf dem nicht minder unfruchtbaren Besitz von Neapel beharre. Noch unumwundener erklärte Drouyn de Lhuys, die einzig angemessene Gestaltung Italiens sei eine Dreitheilung, ein Königreich im Norden, ein anderes im Süden, deren Eifersucht den dazwischen liegenden Kirchenstaat decken würde; er sprach den Gesandten Rußlands und Preußens offen sein Bedauern aus, daß die Anerkennung Italiens durch die beiden Mächte im Jahre 1862 den Kaiser verhindert habe, auf ein so heilsames System hinzuwirken. So war die Annäherung, welche damals in Folge des polnischen Aufstandes zwischen Frankreich und Österreich sich anbahnte, für Italien doppelt bedenklich; immerhin lag einige Monate lang die Möglichkeit eines großen Kriegs der beiden Kaiser gegen Rußland vor, bei welchem dann vielleicht Napoleon Anlaß genommen hätte, das Wiener Cabinet zur Abtretung Venetiens gegen Annexion der Donaufürstenthümer zu bestimmen. Für alle Fälle hielt Italien sein Heer in Kriegsbereitschaft, so schwer es auch damit seine Finanzen belastete. Zugleich aber entschloß sich Visconti-Venosta, Minister des Auswärtigen im damaligen Cabinet unter Mihgnitte, Auf-

gabe des Standpunkts vom 10. September 1862, in Paris wieder im Cavour'schen Sinne eine Unterhandlung über den Abzug der Franzosen aus Rom zu versuchen, und ertheilte am 9. Juli 1863 dem Ritter Nigra den entsprechenden Auftrag. Indessen ging die polnische Verwicklung ohne einen europäischen Krieg vorüber; auf die Depesche vom 9. Juli kam keine Antwort aus Paris; die französische Besetzung Roms schien unwiderruflich. Dafür trat Napoleon mit seinem großen Congreßgedanken hervor, aus dem für Italien eine plötzliche Hoffnung auf den Erwerb Venedigs hervorleuchtete, und der alle Gemüther für einen Augenblick in fieberhafte Bewegung versetzte. Aber auch hier blieb die Erfüllung aus; denn auf eine hastige Anfrage in Paris und in London, ob man gegen Österreich losschlagen solle, kam von beiden Seiten her nur eine Mahnung zu Frieden und Entwaffnung. Es folgte der dänisch-deutsche Streit, und hier glaubte eine geraume Zeit hindurch ganz Italien an einen Bruch zwischen Frankreich und den deutschen Großmächten, und verdoppelte also seine Rüstungen, um im gegebenen Falle Österreich mit voller Kraft im Rücken zu fassen. Wieder aber schien sich die am Horizonte aufsteigende Wetterwolke in Dunst aufzulösen, als Napoleon den englischen Antrag auf Unterstützung Dänemarks ablehnte und seine Achtung vor der patriotischen Erregung des deutschen Volkes aussprach. In Turin war man der Verzweiflung nahe. Weder die römische, noch die venetianische Frage war der Lösung um einen Schritt näher gerückt; Österreich schien in der Behauptung Venedigs besser als je durch seine preußische Allianz gedeckt; unter dem Schutz der französischen Bajonette dehnte die bourbonische Wühlerei von Rom her den Brigantaggio über ganz Süd-

italien aus. Dabei zeigten in Folge der vergeblichen Rüstungen die italienischen Finanzen ein Deficit von 600 Millionen, 337 im ordentlichen, 284 im außerordentlichen Budget. Wie immer in politisch unbehaglichen Zeiten, trieb der Particularismus, oder wie man das in Italien nannte, der Municipalgeist, eine Fülle giftiger Blüthen, und vor Allem hatte sich der Gegensatz zwischen den Piemontesen und den neuen Provinzen erheblich verschärft. Jene hatten das hohe Bewußtsein, durch ihre treffliche Armee die Einheit Italiens geschaffen zu haben, diese erklärten dagegen, daß ohne ihre populare Erhebung die wenigen sardinischen Regimenter ohnmächtig gewesen wären. Jene waren stolz auf die feste Ordnung und Disciplin des alten sardinischen Staats im Vergleich mit dem unregelmäßigen, bald schlaffen, bald willkürlichen Wesen in der überlieferten Verwaltung der übrigen Territorien; diese erklärten, daß bei der Pedanterie und dem Militarismus der Piemontesen an ein freisinniges, constitutionelles Leben nicht zu denken sei, so lange diese den vorherrschenden Ton in der Regierung angäben. Ihr seid undankbar in der Geringschätzung der von uns gebrachten Opfer, sagten die Piemontesen. Euer Hochmuth, erwiderten die Andern, ist unerträglich; was ihr gewollt habt, war nicht ein einiges Italien, sondern ein Großpiemont. Das ewige Rufen nach der Erwerbung Roms als der natürlichen Hauptstadt Italiens wurde allmählich den Piemontesen als eine Kränkung ihres Turin verdrießlich, während bei den Andern die Meinung aufkam, in Ermangelung Roms müsse die Residenz an einen passenderen Ort als Turin verlegt werden. Die Erbitterung der Piemontesen erreichte eben zu dieser Zeit ihren Höhepunkt durch den Umstand, daß sie im Cabinet

Minghetti kaum ein erhebliches Portefeuille besaßen, sich deshalb in allen wichtigen Verwaltungsfragen zurückgesetzt, und namentlich durch einen Gesetzentwurf über Ausgleichung der Grundsteuer mit einer bedeutenden Mehrbelastung bedroht sahen. Sie, die einstigen Schüler Cavour's, vereinten sich jetzt im Parlamente mit der äußersten Linken zu einer geschlossenen Opposition gegen das Ministerium, worauf Minghetti ihnen den Vorwurf entgegen schleuderte, daß sie die Partei dem Vaterlande und das Municipium der Nation vorzögen, und seinerseits die Frage der Verlegung der Hauptstadt ernstlich in das Auge zu fassen begann. Genug, die Lage war so widerwärtig wie möglich; das Ministerium meinte, um seine Existenz zu retten, irgend eines raschen und auffälligen Erfolgs zu bedürfen, und da Drouyn de Lhuys bei wiederholten Ansätzen Nigra's in seinem Schweigen verharrte, sandte Minghetti im Mai 1864 den Marchese Pepoli nach Paris, um unmittelbar bei dem Kaiser die römische Frage wieder in Fluß zu bringen.

Wie wir wissen, hatte der klägliche Ausgang des polnischen Abenteuers die napoleonische Politik in eine neue, oder, wenn man lieber will, zurück in die alte Richtung gedrängt. Der aufgefrischte Haß gegen Österreich kam, wie in Deutschland dem preußischen, so in Italien dem Turiner Cabinet zu Gute; je weniger Napoleon selbst noch einmal einen großen Krieg zu führen wünschte, desto einladender war ihm die Vorstellung, durch jene beiden Mächte Österreich bedrängen zu lassen, um dann im gegebenen Augenblick als entscheidender Schiedsrichter zwischen die Streitenden zu treten. Dazu bedurfte es im Norden der Alpen eines gründlichen Bruches der preußisch-österreichischen Allianz, und zu diesem

Zwecke predigte er Preußen die Annexion der Herzogthümer; im Süden aber mußte Italien nicht mehr in der eigenen Brühe gekocht werden, sondern stark und streitfähig bleiben, und so hatte er es im November zwar für jetzt zum Frieden, zugleich aber auch zur steten Fortsetzung der Rüstungen ermahnt. Demnach fand Pepoli den Boden für seine Vorschläge besser, als er es hatte erwarten dürfen, vorbereitet. Als er dem damals in Fontainebleau residirenden Kaiser die verzweifelten Zustände Italiens, die gährenden Leidenschaften der Actionspartei, die Gefahr für die bestehende Ordnung schilderte, eine Gefahr, die, wie Orsini gezeigt hatte, nicht bloß in Italien die Sicherheit eines gekrönten Hauptes bedrohte: da räumte ihm Napoleon ein, daß er Recht habe, und daß etwas zur Besserung der Verhältnisse geschehen müsse. Drouyn de Lhuys erhielt den Befehl, endlich auf die Depesche vom 9. Juli 1863 eine einläßliche Antwort zu ertheilen, und Frankreichs Bereitwilligkeit zur Räumung Roms zu erklären, wenn man sonst ausreichende Bürgschaften für die Sicherheit des Papstes finden könnte. Visconti-Venosta wies darauf am 17. Juni den Ritter Nigra an, in die amtliche Unterhandlung einzutreten, als die zu gewährenden Bürgschaften die Vorschläge Cavour's von 1861 anzubieten, und im Übrigen den Wünschen Napoleon's entgegen zu kommen, so weit dies ohne Verletzung der Rechte der italienischen Nation möglich wäre. Dem französischen Minister war die Sache äußerst widerwärtig. Indessen wußte er, daß seine Gegner, Rouher, Thouvenel, Lavalette, eben jetzt sehr eifrig an seinem Sturze arbeiteten und, ohne von der Turiner Correspondenz zu wissen, den Kaiser zur Räumung Roms drängten. Er gehörte nun nicht zu den absoluten Charak-

teren, welche lieber eine hohe Stellung verlieren, als einen Grundsatz verläugnen; im Gegentheil, wenn der Grundsatz aufgegeben werden sollte, hielt er um so fester am Amte, nach der feinen Formel, um bei allem Unheil so viel zu retten wie möglich. Anfangs verliefen denn seine diplomatischen Erörterungen mit den beiden Italienern glatt genug. Es wurde festgestellt, Italien werde, wenn Frankreich seine Truppen abberufen wolle, den damaligen Kirchenstaat weder selbst angreifen, noch irgend einen von Außen her kommenden Angriff darauf zulassen, es werde der Bildung eines päpstlichen Heeres aus katholischen Freiwilligen nicht widersprechen, vorausgesetzt, daß dasselbe nur zur Erhaltung der Ruhe im Innern und an den Grenzen verwandt würde, endlich, Italien werde einen seinen Annexionen entsprechenden Theil der päpstlichen Staatsschuld übernehmen (einen Betrag, der ungefähr auf 15 Millionen Scudi berechnet wurde). Dies also, sagte darauf Drouyn de Lhuys, wäre der Inhalt unseres Vertrags: welche Bürgschaft für seine feste Ausführung könnt ihr nun bieten? Die Italiener protestirten lebhaft gegen ein solches Mißtrauen und betheuerten die Loyalität ihrer Regierung; Drouyn de Lhuys versetzte, weder er selbst noch sein kaiserlicher Gebieter hegten einen solchen Zweifel; aber zur Beruhigung der katholischen Gemüther sei ihnen eine materielle Gewähr für die Unverbrüchlichkeit des Vertrages unentbehrlich. Es wurden also verschiedene Auskunftsmittel besprochen, ein ausdrücklicher Verzicht Italiens auf den Wunsch, Rom als Hauptstadt zu besitzen, oder eine gemeinsame Garantie des Kirchenstaats durch alle katholischen Mächte, oder die fortdauernde Besetzung irgend einer Stadt im Kirchenstaat durch eine kleine Abtheilung französischer Truppen. Überall

mußten die Italiener erklären, daß in den Vorschlägen eine Verletzung des Grundgesetzes der Nichteinmischung, und folglich der Rechte der italienischen Nation, vorliege. Dann erwägt, sagte Drouyn de Lhuys, eine anderweitige Bürgschaft; denn ohne eine solche werden unsere Truppen nimmermehr abziehen.

In dieser Klemme wandte sich Pepoli noch einmal persönlich an den Kaiser, und aus diesem Gespräche entsprang der Vorschlag, die italienische Regierung möge ihre Residenz aus Turin nach einer andern italienischen Stadt verlegen. Die Katholiken, meinte Napoleon, würden daraus ersehen, daß Italien die Hoffnung auf den Besitz Roms aufgegeben habe, und Pepoli seinerseits glaubte, bei dem offenen Bruche zwischen den Piemontesen und dem Ministerium auf Minghetti's Zustimmung rechnen zu dürfen. Er reiste dann selbst nach Turin, um zunächst bei den Ministern eine günstige Entscheidung zu erwirken. Hier ging es denn, wie so häufig in menschlichen Dingen: Minghetti hatte den Gedanken lange Zeit in seinem Sinne gepflegt, jetzt aber, als er zur That werden sollte, erwachten alle Bedenken, mit doppeltem Gewicht durch den Umstand, daß er als Forderung einer fremden Macht an ihn gelangte. Sein College Menabrea war gerade in Vichy, wohin kürzlich auch Kaiser Napoleon gekommen war; hier wurde noch einmal eine Einwirkung auf den französischen Monarchen versucht. Napoleon war im Grunde des Herzens fortdauernd günstig gestimmt. Der Commandirende in Rom, General Montebello, hatte wieder über eine Menge von lästigen Zänkereien mit den päpstlichen Behörden berichten müssen, von lauter kleinen, darum aber nicht minder verdrießlichen Anwendungen des großen Grund-

satzes Non possumus; mit jedem Tage wurde dem Kaiser sein römisches Protectorat beschwerlicher, das ihm von den Gläubigen ohne Dank als gemessene Pflicht auferlegt wurde, das ihn aber in den Augen der übrigen Welt beinahe als lächerliche Figur erscheinen ließ. Immer aber stand andrerseits die Forderung fest, daß der französische Klerus nicht zu einer oppositionellen Abstimmung bei den nächsten Wahlen veranlaßt werden dürfe, und deshalb sollte gerade Drouyn de Lhuys den Vertrag unterzeichnen, und dessen ultramontane Gesinnung dem Klerus für die Harmlosigkeit des Vertrags einstehen. So empfing Napoleon den General Menabrea äußerst freundlich. Glaubt mir, sagte er, die Besetzung Roms ist mir ebenso lästig, wie euch; aber hätte nur Cavour nicht die Thorheit des Beschlusses vom 27. März 1861 begangen; dieser zwingt euch ja, sobald meine Truppen aus dem einen Thore ausmarschiren, die eurigen durch das andere einrücken zu lassen. Als Menabrea meinte, dieses Hinderniß werde nicht unübersteiglich sein, wies ihn Napoleon an, nach Paris zu gehen, und sein Heil bei Drouyn de Lhuys zu versuchen; was er hier ausrichte, werde auch ihm, dem Kaiser, genehm sein. Menabrea that so, aber Drouyn de Lhuys blieb unerschütterlich bei seinem Satze: kein Vertrag ohne ein materielles Pfand, mithin ohne Verlegung der Residenz. Der italienische Minister mußte sich entschließen, mit diesem negativen Ergebniß nach Turin zurückzukehren, und empfing dort von seinen Collegen den wenig erfreulichen Auftrag, den König von der Lage der Dinge in Kenntniß zu setzen.

Victor Emanuel war schwer betroffen. Vor drei Jahren hatte er seine italienische Krone mit der Abtretung seines Stammlandes bezahlt; jetzt wurde ihm die Erniedrigung

seiner geliebten Geburtsstadt für die Eröffnung eines sehr ungewissen Weges nach Rom zugemuthet. Er brauste heftig auf, forderte Bedenkzeit, zürnte grimmig über seine Minister. Aber mit seinem geraden und klaren Verstande erkannte er sehr bald, daß der Rücktritt hier unmöglich geworden war. Was würde Italien sagen, wenn er den Abzug der Franzosen verhindert hätte, damit das verhaßte Turin Residenz bliebe? Nach wenigen Tagen hatte er sich gefaßt, und gab den Ministern Vollmacht, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen.

Immer aber hatte Nigra noch mehr als eine schwere Stunde gegenüber der Abneigung des französischen Ministers durchzumachen. Zwar genehmigte Drouyn de Lhuys ohne Schwierigkeit die italienische Forderung, daß die Verlegung der Residenz nicht in dem Vertrage selbst erwähnt, sondern durch ein geheimes Protokoll vereinbart werden sollte: in diesem aber mußte ausdrücklich bemerkt werden, daß der Vertrag erst dann bindende Kraft erhalten würde, nachdem der König den Inhalt des Protokolls verwirklicht und die Verlegung der Residenz verfügt hätte. Bei weitern Gesprächen wies Drouyn de Lhuys darauf hin, der Vertrag sehe den Fall nicht vor, daß ohne einen Angriff von Außen her eine innere Revolution die päpstliche Herrschaft stürze; er bemerkte, daß eine Anstandspflicht gegen den Papst die Möglichkeit eines solchen Falles im Vertrage zu erwähnen, verbiete, Frankreich aber sich für das Eintreten desselben vollkommen freie Hand vorbehalte. Nigra erhob dagegen keinen Widerspruch, sondern begnügte sich, zu erwidern, daß Italien natürlich denselben Vorbehalt mache. Drouyn kam dann wieder auf die Weigerung der Italiener zurück, den Beschluß

vom 27. März 1861 ausdrücklich aufzuheben, worauf Nigra sehr bestimmt entgegnete, daß für den König die Beseitigung eines vom Parlamente gefaßten und von der Nation mit Begeisterung aufgenommenen Beschlusses eine Unmöglichkeit sei. Überdies, was besorge man denn noch? Italien verpflichte sich durch den Vertrag, für die Erlangung Roms keine gewaltsamen Mittel anzuwenden oder zuzulassen; niemand aber könne ihm verbieten, sich zu nationalen Wünschen zu bekennen und deren Erfüllung von dem Fortschritt der Moral und der Civilisation zu erhoffen. Drouyn de Lhuys vermochte nicht viel dagegen einzuwenden, so wenig er auch der Moral der Sache in diesem Falle traute. Um so unerbittlicher zeigte er sich bei einem letzten Punkte. Nach Cavour's Entwurf hätte der Abmarsch der französischen Truppen vierzehn Tage nach der Ratification des Vertrags erfolgen sollen. Jetzt aber erklärte Drouyn de Lhuys, daß eine so kurze Frist nicht genüge. Die Räumung könne nicht rascher vor sich gehen, als der Papst sein neues Heer zu organisiren vermöge; dazu müsse man ihm billiger Weise zwei Jahre gestatten. Wie sehr auch Nigra sich dagegen bemühte, es blieb bei diesem Termin; er sandte jetzt die Frage nach Turin, ob er unter den angegebenen Bedingungen und Formen zeichnen sollte.

In dieser letzten Stunde machte Victor Emanuel noch einen Versuch, um leichtere Bedingungen zu erlangen. Präfect der neapolitanischen Provinzen war damals General La Marmora, früher Cavour's vertrauter College, nach dieser Schule ein entschiedener Anhänger der französischen Allianz und auch Waffengenosse der Franzosen im Krimkrieg, ein strammer Soldat, sonst von engem geistigem Gesichtskreis, in

der innern Politik durch und durch Piemontese. Diesen Mann hatte das Turiner Cabinet schon früher einmal an der Verhandlung betheiligen wollen, dann aber Abstand davon genommen; jetzt wurde er nach Turin berufen, mit Nigra's Berichten bekannt gemacht, und aufgefordert, zu einer Besprechung mit Napoleon nach Paris zu gehen. Der General war entrüstet über den Vertragsentwurf und entschloß sich schwer zu der ihm angemutheten Reise, welche übrigens in größter Verborgenheit unternommen wurde; La Marmora hat später über den Verlauf derselben nur die kurze Notiz veröffentlicht, er habe bei seinen Gesprächen mit Napoleon und Drouyn de Lhuys Beider Mißvergnügen durch seine Erklärung erregt, daß die Vollziehung des Vertrags für Italien große Schwierigkeiten herbeiführen würde, andrerseits aber habe er von Neuem die Überzeugung gewonnen, wie wohl geneigt den italienischen Wünschen die französische Regierung in der venetianischen Sache sei. Auch hätte, wie Graf Usedom unmittelbar nachher in Turin vernahm, Napoleon dem Turiner Cabinet seine feste Garantie für den Fall eines österreichischen Angriffs zugesagt. Dies paßt vollkommen zu Allem, was wir sonst von Napoleon's damaligen Bestrebungen wissen. Er wollte Italien zum Besitze Venetiens verhelfen, und eben deshalb, um hiebei nicht durch innere französische Schwierigkeiten gehindert zu werden, seinerseits aus der römischen Frage unter Sicherstellung des Papstes ausscheiden. Und umgekehrt gab es kein besseres Mittel, La Marmora und das Turiner Cabinet hinsichtlich Roms gefügig zu machen, als die Aussicht auf einen baldigen Erfolg ihrer venetianischen Wünsche.

So kam denn nach La Marmora's Rückkehr Victor

Emanuel zum Entschluß. Er sandte Pepoli wieder nach Paris, um gemeinsam mit Nigra das Abkommen zu zeichnen. Am 14. September erhielten dann Vertrag und Protokoll die endgültige Redaction und wurden am 15. von den beiden Italienern und Drouyn de Lhuys vollzogen.

Bis dahin war das Geheimniß der Verhandlung in voller Strenge bewahrt geblieben. Kaiserin Eugenie, welche von dem Beginne der Gespräche Pepoli's vernommen, war später, vollständig beruhigt über deren Erfolglosigkeit, nach Schwalbach in das Bad gereist. Der päpstliche Nuntius Chigi sagte noch am 18. September dem preußischen Geschäftsträger mit freundlicher Sicherheit, an einen so gottlosen Frevel sei hier in Paris gar nicht zu denken. Als zwei Tage nachher der Minister dem diplomatischen Corps den Vertrag mittheilte, war Chigi außer sich: das ist ein Verrath, eine Desertion auf kurze Sicht, rief er aus. Es war die Meinung der klerikalen Partei in aller Herren Ländern. Die Entrüstung gegen Drouyn de Lhuys war allgemein, daß er seine so oft betheuerten Grundsätze so schnöde verläugnet habe. Da bald nachher auch seine alten, von ihm vor zwei Jahren verdrängten Gegner wieder auf dem Schauplatz erschienen, Lavalette in das Ministerium eintrat, Benedetti als Botschafter nach Berlin ging, so schien es unverkennbar, daß die conservative Partei auf allen Punkten geschlagen war. Was halfen da alle die schönen Versprechungen der Turiner Regierung? Sie hatte sich, riefen die Klerikalen, über die Verträge von Villafranca und Zürich hinweg gesetzt; sie würde nach dem Abzug der Franzosen auch die Septemberconvention mit Füßen treten. Der ganze sonstige Inhalt des Vertrags sei leeres Gerede, die einzige reale Thatsache

darin sei die Aufkündigung des mächtigen französischen Schutzes für das bedrängte Schifflein Petri. Der heilige Stuhl sei Preis gegeben, entweder den verbrecherischen Banden Mazzini's, oder, was noch verruchter wäre, dem zugleich räuberischen und heuchlerischen subalpinen Königreich.

Die liberale Welt stimmte dieses Mal in ihrer Auffassung mit der klerikalen von Herzen überein. Aller Orten erklärte man für den einzig wesentlichen Artikel des Vertrags den Abzug der Franzosen aus Italien; nach dessen Vollziehung werde das Übrige sich ganz von selbst machen. Die Italiener thaten Alles, diese Meinung zu bekräftigen. Im Auftrage seiner Regierung schrieb Nigra einen für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht über seine Unterhandlung, worin er nachdrücklich betonte, daß der Vertrag nicht mehr noch weniger bedeute, als was er sage, nämlich Italiens Verzicht auf die gewaltsamen Mittel zur Gewinnung Roms, und noch positiver erklärte Pepoli in einer zu Mailand gehaltenen Rede, daß die nationalen Aspirationen bezüglich Roms und der Parlamentsschluß vom 27. März 1861 durch den Vertrag weder berührt noch verläugnet würden. So toste denn nach der Bekanntmachung des Vertrags ein unermeßlicher Jubel durch ganz Italien, welcher durch die Kunde von der beabsichtigten Verlegung der Residenz in den neuen Provinzen noch weiter gesteigert wurde. Nur in Piemont, wie sich versteht, erweckte dieser letzte Punkt eine starke Erbitterung, besonders, als man erfuhr, daß die Verlegung auf eine ausdrückliche Forderung Frankreichs beschlossen worden war. Die guten Bürger Turins jammerten über ihren pecuniären Schaden; der stolze piemontesische Adel ballte die Faust gegen die neuen Provinzen, und der in diesen Kreisen sehr einflußreiche Klerus

hetzte nach Kräften, in der Hoffnung, an dieser Klippe vielleicht noch den ganzen Vertrag scheitern zu machen. Es kam in Turin drei Tage lang unter der Führung junger Edelleute zu Straßentumulten, bei welchen die Behörden sich in unglaublichem Maaße zuerst kopflos und dann brutal benahmen, und schließlich eine Menge Todter auf dem Platze blieb. Hier griff aber der König mit der ihm eigenthümlichen lebhaften Schnelligkeit durch. Das Ministerium Minghetti hatte niemals bei ihm ihn Gnaden gestanden; durch die Verlegung der Residenz war es ihm vollends widerwärtig geworden: jetzt gab er ihm plötzlich den Abschied, und berief die Führer der piemontesiischen Partei unter La Marmora's Präsidium in das Amt. Diese Maaßregel wirkte günstig auf die Stimmung in Turin; daß an der Vollziehung des Septembervertrags dadurch nichts geändert wurde, bedarf nicht erst der Bemerkung. La Marmora trat für denselben, also zunächst für die Verlegung der Residenz nach Florenz, ebenso entschieden wie sein Vorgänger ein, obwohl ihm die in Paris gemachten Andeutungen über eine baldige Erwerbung Venedigs einstweilen noch sehr unsicher erschienen. Er hielt es für wenig wahrscheinlich, daß Preußen sich jemals zu einem Kriege mit Österreich aufraffen würde, dasselbe Preußen, welches einst den Grafen Cavour wegen seiner Annexion so hart angelassen, die Depesche vom 10. September so nachdrücklich getadelt, und so eben noch die begonnene Unterhandlung über einen Handelsvertrag mit Italien in das Unbestimmte vertagt hatte. Indessen, um so mehr galt es, die Freundschaft Napoleon's nicht auf das Neue zu verscherzen, und demnach den Septembervertrag rückhaltlos durchzuführen.

Denn in der That, mochte nun in der Zukunft die

römische Frage in der einen oder der andern Weise gelöst werden, unter allen Umständen brachte für jetzt der Vertrag für Italien den unberechenbaren Gewinn der Entfernung der fremden Streitmacht von dem Boden der Halbinsel, innerhalb einer fest bestimmten Zeit. Er brachte ihm weiter die Herstellung des herzlichen Einvernehmens mit dem Kaiser Napoleon, und damit auch die Aussicht auf Frankreichs diplomatische Unterstützung in der venetianischen Frage, sobald sich in Europa entweder günstige Verhältnisse für Italien oder sonstige Verlegenheiten für Österreich zeigten. Auf das Lebhafteste wurde dies Alles an den zunächst betroffenen Stellen, in Rom und in Wien, empfunden. Bei der Curie brachte die erste Nachricht von dem Vertrage einen Sturm der Entrüstung hervor. Ganz wie bei den Ereignissen von 1860 richtete sich der Zorn in erster Linie gegen Napoleon, in einem solchen Grade, daß man sogar eine, allerdings nicht amtliche, Annäherung an Italien versuchte. Victor Emanuel konnte bald nachher dem preußischen Gesandten im Vertrauen mittheilen, er hoffe, die römische Frage lange vor dem Ablauf der zwei Jahre geregelt zu sehen; er könne sie heute zum Abschluß bringen, wenn nicht eine der päpstlichen Forderungen bei dem jetzigen Stande der öffentlichen Meinung unerfüllbar wäre. Man habe ihm, ergänzte er etwas später diese Angaben, von Rom aus die Anerkennung des Königreichs und die Abtretung der annectirten Provinzen angeboten, wenn er gewisse Concessionen auf dem kirchlichen Gebiete mache, und ausdrücklich auf die Einverleibung Roms verzichte. Er sei, sagte er, von Herzen bereit, alle kirchlichen Wünsche des Papstes zu erfüllen: in der That war er ebenso energisch und muthig zu jedem Waffenkampf, wie bedenklich und schwach in kirchlichen Con-

flicten. Aber der positive Verzicht auf Rom war damals für ihn wie für jeden italienischen Staatsmann eine politische Unmöglichkeit, und so hatte diese geheime Correspondenz keine andere Folge, als gesteigerten Unwillen im Vatican.

Nicht geringer als bei der Curie war der Zorn über den Septembervertrag in der Wiener Hofburg. Graf Rechberg erklärte dem französischen Gesandten, Herzog von Gramont, gerade heraus, das österreichische Cabinet finde sich durch Frankreichs Verfahren schwer verletzt. Gramont antwortete, wenn Österreich sich durch den Vertrag verletzt fühle, so sei Frankreich nicht weniger durch das Benehmen der drei Erzherzoge verletzt, welche im Laufe des Sommers einen Aufenthalt in Paris gemacht, ohne von dem kaiserlichen Hofe irgend welche Notiz zu nehmen. Darauf pflog man in Wien weitere Erwägung und beschloß, einiger Maaßen einzulenken. Bei dem zweifelhaften Verhältnisse zu Preußen konnte ein offenes Zerwürfniß mit Frankreich nur äußerst unbequem erscheinen. So sandte Graf Rechberg in der zweiten Hälfte des October eine Depesche nach Paris, worin er die Hoffnung aussprach, Frankreich werde bei der Ausführung des Vertrags für die Würde und Sicherheit des Papstes Sorge tragen; Österreich sei bereit, mit dem Tuileriencabinet die römische Frage weiter zu erörtern, so daß hoffentlich beide Mächte zu einem Einverständniß über die gemeinsame Behandlung derselben gelangen würden. Herrn Drouyn de Lhuys mochte diese Annäherung seines hochgeschätzten Österreich recht erfreulich sein; bei Kaiser Napoleon aber machte sie geringen Eindruck, und bestimmte ihn am wenigsten, im österreichischen Sinne auf Italien einzuwirken. Er blieb bei seinem verdeckten Spiele, floß über von Versicherungen seiner Friedensliebe, war weit davon

entfernt, zum Kriege zu hetzen, hielt aber durch die Bekundung seiner Sympathie Italiens Blick fest auf Venetien gerichtet, dessen Erlangung vielleicht ja durch seine Vermittlung in freier Übereinkunft erzielt werden könnte. Hiemit traf er nun La Marmora's geheimste Wünsche. Der General war tapfer im Kampfe, kannte aber als militärischer Sachverständiger die Mißlichkeiten eines österreichischen Kriegs. Eine Aussicht, durch Napoleon's Hülfe Venetien ohne Blutvergießen zu erwerben, that seinem Herzen wohl. Als im November die Turiner Kammer die Verlegung der Residenz verhandelte, wies La Marmora am 12. mit großer Deutlichkeit auf die Vortheile hin, welche der Vertrag auch hinsichtlich der venetianischen Frage dem Königreich zuwende. Hätte ich, sagte er, mit dem Kaiser Franz Joseph darüber verhandeln können, so wäre ich in der Lage gewesen, ihm solche Gründe von gegenseitigem Interesse darzulegen, daß sie ihn zur Abtretung Venetiens bewogen hätten. Er dachte dabei, neben der diplomatischen Mitwirkung Frankreichs, an einen Eintausch Venetiens gegen eine Geldentschädigung, und entschloß sich für den Augenblick wegen der drückenden Finanznoth zur Verminderung des Heerbestandes um 85000 Mann. Als am 17. November General Bixio ihn darüber interpellirte, einen Erwerb Venetiens durch Kauf verwarf und die Nothwendigkeit verkündigte, daß Italiens sämmtliche Provinzen die Unabhängigkeit des Vaterlandes mit ihrem Blute besiegelten: da antwortete La Marmora mit ironischer Freundlichkeit, er könne den ehrenwerthen Bixio nicht für so blutgierig halten, daß er auch dann Krieg führen wolle, wenn das geforderte Ergebniß ohne die entsetzlichen Opfer des Schlachtfeldes sich erringen ließe.

Eine vertrauliche Mittheilung aus Paris, welche ihm in diesen Tagen zukam, konnte ihn in solchen Stimmungen nur bestärken.

Wir erinnern uns an Bismarck's Ausspruch in jenem Briefe an den König vom 16. October, nach Rechberg's Entlassung werde Schmerling sehr bald durch seine Pariser Preßagenten mit Frankreich Fühlung suchen, vermittelst Anerkennung des Königreiches Italien diesen Gegner entwaffnen, und dann unter dem Beifall der Mittelstaaten Preußen jeden, auch den geringsten Gewinn aus dem dänischen Kriege streitig machen. Jetzt also war Rechberg entlassen, und am 19. November schrieb Ritter Nigra an den General La Marmora, aus einer Unterredung mit Drouyn de Lhuys und andern glaubwürdigen Informationen ergebe sich ihm, daß Österreich nicht mehr abgeneigt gegen die Anerkennung des Königreichs Italien wäre, und dafür keinen ausdrücklichen Verzicht auf Venetien, sondern nur das Versprechen loyaler Nachbarschaft begehren würde, dann würde das Wiener Cabinet auch zum Abschlusse von Handelsverträgen bereit sein, wie denn die ganze Tendenz der österreichischen Politik sich im Sinne einer Annäherung an Frankreich, und hiedurch an Italien, ausspreche; alle diese Dinge seien freilich bisher nur persönliche Intentionen und Meinungen und noch keine amtlichen Vorschläge, immerhin aber auch unter dieser Form von einleuchtender Wichtigkeit. Daß Nigra seine Angaben nicht aus der Luft griff, ist gewiß; aus welcher Wiener Quelle aber diese Anregungen stammten, und inwiefern Drouyn de Lhuys mit Vorwissen seines Kaisers oder hinter dessen Rücken nach seiner alten Liebe zu Österreich eigenmächtig handelte, lasse ich einstweilen dahingestellt. Das Angebot war in mehr als

einer Hinsicht für Italien verlockend. Denn die Anerkennung Italiens durch Österreich hätte mit einem Schlage alle Hoffnungen der früher in den annectirten Landen herrschenden Fürsten getödtet, und dem in seinen Finanzen schwer belasteten Königreich die Entwaffnung und damit die Herstellung des Staatshaushalts und die Mittel der höchst nöthigen Verwaltungsreform ermöglicht. Dennoch aber erklärte nach kurzem Nachdenken La Marmora den Vorschlag für unannehmbar. Durch den Septembervertrag haben wir, sagte er, wenigstens scheinbar, uns zum Verzichte auf Rom bequemt; ein Abkommen mit Österreich in der vorgeschlagenen Weise würde dazu den Verzicht auf Venedig gesellen, und sofort einen solchen Sturm der Entrüstung bei allem Volk gegen uns entflammen, daß die bevorstehenden Kammerwahlen den radicalen Parteien eine erdrückende Mehrheit liefern würden. Auf seine Frage, ob Österreich bei der Anerkennung sich etwa zur Räumung Venetiens gegen eine große Geldzahlung verstehen würde, antwortete freilich Drouyn de Lhuys mit bestimmter Verneinung. Demnach ließ La Marmora die Sache um so mehr auf sich beruhen, als seit Ende November der innere Zwiespalt in Deutschland mit jeder Woche klaffender zu Tage trat, und für Italien die Hoffnung erweckte, demnächst durch Bedrängniß Österreichs im Norden die Gelegenheit zu einem gefahrlosen Angriff auf Venetien zu gewinnen.

2. Capitel.

Ausweisung der Bundestruppen aus Holstein.

Wenn Kaiser Franz Joseph versicherte, daß die Ernennung Mensdorff's an Rechberg's Stelle keinen Systemwechsel bedeute, Bismarck aber von dem Personenwechsel eine schwere Gefährdung der bisherigen Allianz befürchtete, so konnten beide Auffassungen ganz wohl neben einander bestehen. Der Kaiser liebte und ehrte seinen königlichen Bruder von Preußen, und erkannte den vollen Werth der preußischen Allianz. Gerne hätte er das Mögliche gethan, die Wünsche des Bundesgenossen zur Befestigung des Bündnisses zu erfüllen. Aber kein Mensch in Österreich wollte damals von der preußischen Annexion der Herzogthümer hören ohne einen Gegengewinn für Österreich; Minister, Beamte, Generale, Volksvertreter, Zeitungen, Alle waren einig darin, und die öffentliche Meinung war seit 1859 wieder eine Macht in Österreich. Die Frage der Herzogthümer aber endlich und gründlich aus der Welt zu schaffen, war der heißeste Herzenswunsch der österreichischen Politik. Bei all den innern Schwierigkeiten bedurfte man dringend der äußern Ruhe und dauerndes Friedens, und meinte nun, aus dem schrecklichen schleswig-

holsteinischen Handel immer neue Verwicklungen herauswachsen zu sehen, wenn man Preußen zu Liebe den Wünschen der Bevölkerung und des Bundestags ferner Widerstand leiste. Also Festhalten an der preußischen Freundschaft, aber auch Festhalten an der richtigen Entscheidung über Schleswig-Holstein. Sähe Preußen zugleich die ruhige Festigkeit und die treue Bundesgesinnung Österreichs, so würde es schließlich sich fügen, wie Friedrich Wilhelm IV. sich gefügt hatte. So hatte, sahen wir, schon Rechberg seine Entschließung gefaßt, und ohne irgend einen Systemwechsel sollte Mensdorff weiter regieren. Nicht nach Schmerling's Wunsche Preußen den Rücken zu wenden und auf's Neue mit den Westmächten anzuknüpfen, war die Absicht: sondern Preußen zu dem Wiener Programm zu bekehren, dann seine Freundeshand um so fester zu fassen und damit den Bund der vier legitimen Großmächte gegen den revolutionären Imperator an der Seine aufrecht zu halten, dieses Ziel schwebte dem neuen kaiserlichen Minister vor Augen.

Bei diesen Wiener Gesinnungen aber waren Bismarck's Besorgnisse wahrlich nicht ohne Grund. Denn bei der Verwerthung des Sieges nicht leer auszugehen, dieser Entschluß stand bei der preußischen Regierung fest, und daß Österreich zur Zeit weniger bewilligen wollte, als Preußen zu fordern gedachte, war auch nach Rechberg's letzten Äußerungen zweifellos. Es standen also ernste, vielleicht schwere Verhandlungen bevor, und die Frage war, ob und wie und wann man zu einem Compromiß gelangen würde. Nun hatte Bismarck, seinerseits zu jeder mit dem Hauptzwecke verträglichen Nachgiebigkeit bereit, bis zu Rechberg's Entlassung immer noch an der Hoffnung festgehalten, diesen zu einem

ähnlichen Verfahren und damit zu einer schließlichen Verständigung herbeizubringen. Denn der Graf hatte ja persönlich den Vertrag vom 16. Januar bewirkt, und persönlich den Widerstand gegen Augustenburg und die Mittelstaaten mitgemacht; offenbar war es schwieriger für ihn als für einen bisher unbetheiligten Nachfolger, in einem völlig entgegengesetzten System unabänderlich fest zu bleiben. Sodann war Rechberg, wenn auch kein genialer Staatsmann, doch seit langer Zeit erfahren in den Geschäften, kundig in den europäischen Verhältnissen, klar über die Gefahren, bei welchen es für Österreich keine bessere Stütze als Preußens Freundschaft gab. Dabei stand er von jeher mit Schmerling auf schlechtem Fuße, wechselte zwar zuweilen nach momentaner Aufwallung seine Haltung, blieb aber stets selbständig in seinen Ansichten und Entschlüssen, und während in Wien niemand behaupten konnte, auf ihn einen bestimmenden Einfluß zu üben, bewahrte er dem preußischen Staatsmanne seine auf langjährige Achtung begründete Anhänglichkeit.

Dies Alles war anders bei seinem Nachfolger. Graf Mensdorff war ein ritterlicher Officier ohne Furcht und Tadel, wohlwollend und rechtschaffen, wenn auch mit einem starken Bodensatze wienerischer Schlauheit, nach militärischer Denkweise politisch conservativ gesinnt, in der Diplomatie aber vor Allem auf ehrenvolle Festigkeit bedacht. Bei seinem vielfachen Garnisonswechsel und zuletzt bei seiner Leitung des galizischen Belagerungsstands hatte er zwar die innern Zustände des Reiches kennen gelernt und auch von den Aufgaben einer Landes-Verwaltung einigen Begriff gewonnen. Aber seinen jetzigen Beruf, den er widerstrebend, nur auf förmlichen Befehl des Kaisers, übernommen hatte, fand er weder seiner

Gesundheit noch seinen Neigungen entsprechend, und daß auch umgekehrt weder seine Vorbildung noch seine Kräfte den neuen Aufgaben entsprachen, trat von Anfang an unverkennbar hervor. Er liebe Preußen, sagte er, und werde für dessen Wünsche Alles thun, was die Ehre eines österreichischen Generals verstatte, darüber hinaus aber gar nichts, auf jede Gefahr. Hiegegen war ohne Zweifel nichts einzuwenden; nur bewies es nichts für sein politisches Talent, für die Fähigkeit, verwickelte Fragen mit sachkundigem Blicke zu handhaben, günstige und widrige Momente darin zu sondern, Maaß und Tempo ihrer Behandlung richtig zu wählen. In den schönen Zeiten von 1850 war er österreichischer Bundescommissar in Holstein gewesen; er bemerkte jetzt auf der Stelle, wie sehr seitdem die Dinge sich verwandelt hatten; er sah, daß die Frage der Elbherzogthümer zur Zeit für Österreich wenig günstig gelegen, um nicht mit Schmerling zu reden, daß sie durch Rechberg gänzlich verfahren war, und oft genug seufzte er: wäre doch Rechberg so lange Minister geblieben, um diese Sache zur vollen Erledigung zu bringen. Insbesondere litt er Noth bei der Wahrnehmung, wie jeder Schritt in der Verhandlung über Schleswig-Holstein den Boden der deutschen Bundesverfassung schwanken machte, wie die Lösung der einen Frage unabsehbare Händel und Schwierigkeiten in der andern hervorrief: und nun waren ihm auf all seinen cis- und transleithanischen Commandos die Geheimnisse des deutschen Bundesrechts ebenso unbekannt geblieben, wie die Vorschriften des Koran und die muselmännische Theologie. So fiel er seit dem ersten Tage in unbedingte Abhängigkeit von seinem Referenten, dem Herrn von Biegeleben, und jenen übrigen Diplomaten „aus dem Reiche“, welche in den Tiefen der

Bundesverträge lebten und webten wie die Fische im Wasser oder die Mäuse im Kornspeicher, und deren politische Weisheit sich in der Forderung zusammenfaßte, nach Bundesgesetz die Gleichberechtigung aller deutschen Souveräne, und damit die Unterwerfung Preußens unter die Frankfurter Majorität in Kraft zu erhalten. Allerdings waren die Wege auch zu diesem Ziele durch Rechberg's frühere Thaten gründlich verfahren, durch seine vernichtende Kritik des alten Bundesrechts auf dem Frankfurter Fürstentage und durch sein verachtendes Hinwegschieben des Bundestags bei dem Beginne des dänischen Kriegs. Der Kaiser hatte ein Gefühl von der Mißlichkeit, diese ausgetretenen Pfade von Neuem einzuschlagen, und drängte demnach den Minister, so rasch wie möglich direct mit Preußen die holsteinische Sache zum Abschlusse zu bringen, und damit weitere Verwicklungen in Deutschland zu verhüten: auch Mensdorff war hienach sehr bereit, mit soldatischem Freimuth unmittelbar auf das Ziel loszugehen, und ließ gleich nachdem er das Ministerium angetreten, durch Biegeleben eine umfassende Arbeit redigiren, welche dann, in drei große Depeschen vertheilt, am 12. November von dem Minister unterzeichnet wurde.

Das erste dieser Schriftstücke pries die enge Verbindung der beiden Mächte, welche die einzige Bürgschaft für Frieden und Heil in der Zukunft bilde. „In Seinem Königlichen Alliirten von Preußen, sagte Mensdorff, liebt und verehrt der Kaiser einen Gesinnungsgenossen, mit dem er den Ruhm der Rechtlichkeit, conservative Gesinnungen und Anhänglichkeit an die deutsche Sache theilt: der Kaiser zählt daher fest darauf, daß der König gleich Ihm selbst auch die Tugend der Entsagung zu üben und die eigenen Wünsche zu begrenzen

wissen werde, so weit dies nöthig, um der höhern Rücksicht, der Erhaltung und Befestigung des österreichisch-preußischen Bündnisses, Genüge zu thun."

Nach dieser hoffnungsvollen Einleitung besprach Mensdorff die verschiedenen Möglichkeiten, die sich für die Lösung der Frage darzubieten schienen.

Zunächst die Annexion der Herzogthümer an die preußische Monarchie. Der Kaiser ziehe auch jetzt, in Rücksicht auf Deutschland und Europa, so wie auf das moralische und politische Interesse der beiden Mächte, eine uneigennützige Verfügung über die Herzogthümer allen territorialen Combinationen vor, an welchen die Mächte betheiligt wären, und zähle dabei besonders auf das persönliche erleuchtete Urtheil und die weise Selbstüberwindung des Königs. Was würde Deutschland sagen, wenn die gesammtdeutschen Rechte und Interessen zum einseitigen Vortheil Preußens ignorirt würden? Welche Compensationen würden die außerdeutschen Großmächte in einem solchen Falle begehren? Dazu kämen die rechtlichen Schwierigkeiten. Preußen und Österreich hätten die Rechtstitel Christian's IX. stets für zweifelhaft erklärt. Wollten wir diese Zweifel im eigenen Hause niederkämpfen, was unmöglich ist, so würden die übrigen deutschen Regierungen sie uns entgegen tragen; wir würden zwischen der Erhaltung der Bundesacte oder der preußischen Allianz wählen müssen.

Sodann die Gründung eines halbsouveränen Staats, eine Anomalie, die noch stärker als die Annexion den Interessen der bestehenden Rechtsordnung widerstrebe. Innerhalb des Bundesrechts erkennen wir gerne Preußen maritime und militärische Vortheile zu. Aber das Bundesrecht verbiete es, den neuen Staat wesentlicher Hoheitsrechte zu entkleiden.

Würde die Gleichberechtigung der deutschen Fürsten bei einem so wichtigen Anlasse verletzt, so hieße das, die deutsche Frage mit allen ihren Schwierigkeiten an die Stelle der schleswig-holsteinischen setzen.

So sei die einzige Lösung die Gründung eines selbständigen Bundesstaats Schleswig-Holstein.

Die zweite Depesche erörterte die Frage, wie es sich hinsichtlich der Entscheidung über die Thronfolge mit dem Wege Rechtens und der Competenz der Bundes-Versammlung verhalte. Sie gelangte zu dem Ergebniß, daß der Bund eine solche Competenz nicht besitze, daß selbst die Meinung, der Bund könne unabhängig von der Feststellung des Erbrechts über die Mitgliedschaft am Bunde entscheiden, grundlos sei, daß die Erbfrage nur in dem betreffenden Bundeslande selbst, nach den dort geltenden Verfassungs- und Familiengesetzen, entschieden werden könne; der Bund habe nur darauf zu sehen, daß die Entscheidung nicht gewaltsam, sondern auf dem Rechtswege erfolge, also in Ermanglung anderer Instanzen, die Prätendenten zur Verständigung über den Weg eines rechtlichen Abkommens zu veranlassen.

Jedoch könne die rechtliche Entscheidung nicht allein maaßgebend sein. Vorbehalten bleibe stets, daß Schleswig-Holstein nicht zerstückelt werde. Fände sich, daß keine der Parteien Erbansprüche auf das Ganze hätte, so wäre die empfehlenswertheste Auskunft, daß Österreich und Preußen dem relativ Bestberechtigten ihre eigenen, im Wiener Frieden erworbenen Titel mit übertrügen.

Endlich die dritte Depesche untersuchte die Frage, ob Oldenburg oder Augustenburg dieser Bestberechtigte sei. Zunächst pulverisirte sie die Oldenburger Ansprüche als schlecht-

hin grundlos. Und nun Augustenburg. Es war offenbar für die jetzigen Wünsche Österreichs der heikelste Punkt, nachdem man seit November 1863 so häufig und so energisch die völlige Nichtigkeit des Augustenburger Erbrechts verkündet und bethätigt hatte. Indessen: so starke Bedenken, sagte die Depesche, wir gegen Augustenburg gehabt haben und in Bezug auf einzelne holsteiner Bezirke auch noch haben, so scheint uns doch, wo es sich um ein ungetheiltes Schleswig-Holstein handelt, Augustenburg's Anrecht das bessere; Österreich und Preußen haben dies ja schon in London am 28. Mai ausgesprochen, und die Einsetzung des Erbprinzen würde Frieden und Einigkeit im deutschen Bunde wieder herstellen.

Es war nicht wohl möglich, die Tugend der Entsagung und den Segen der Selbstüberwindung dem preußischen Cabinet eindringlicher vor Augen zu stellen, als es in der Summe dieser drei Actenstücke geschah. Immerhin wurde ihm daneben ein Fall bezeichnet, in welchem Österreich bereit sein würde, von der Höhe jener idealen Anforderungen herabzusteigen. Der kurz vorher nach Wien berufene Gesandte Graf Karolyi empfing bei seiner Rückreise außer den drei Depeschen noch den Auftrag zu einer mündlichen Erklärung, Österreich wolle die preußische Annexion der Herzogthümer genehmigen (mithin nach dem Ausdruck der ersten Depesche die Bundesacte der preußischen Allianz opfern), wenn ihm Preußen einen entsprechenden Territorialerwerb verschaffe. Hervorgehoben wurde zugleich, daß eine Geldentschädigung dem Zwecke nicht dienen könne, weil eine solche mit der Würde Österreichs nicht verträglich erachtet werde. Da nun König Wilhelm seinerseits die Erkaufung einer neuen Provinz durch die Abtretung alter und getreuer Bezirke mit Pflicht und Ehre nicht

vereinbar hielt, so hatte man in Berlin Entschluß zu fassen, wie man sich zu der jetzt von Österreich beschützten Augustenburger Candidatur verhalten wolle. Bismarck war darüber längst im Klaren und hatte, noch ehe ihm Biegeleben's Werke vorgelegt wurden, bereits einen ersten, sehr eingreifenden Gegenzug gethan.

Mit den Wiener Eröffnungen vom 12. kreuzte sich nämlich eine dorthin gesandte preußische Depesche vom 14. November, welche zwar auf strengem deutschem Bundesrechte fußte, dennoch aber von der Tugend der Entsagung keine Spur erkennen ließ, vielmehr zu Biegeleben's mittelstaatlichen Sympathien den denkbar stärksten Contrast bildete.

Die Bundesexecution war, wie man sich erinnert, gegen Holsteins damaligen Besitzer, König Christian IX., verfügt worden, um auf Grund der Verträge von 1852 zu Gunsten des Landes gewisse Änderungen der dänischen Gesammtstaatsverfassung zu erzwingen. Jetzt waren die Herzogthümer von Dänemark getrennt, und der Besitz derselben von Christian an die beiden deutschen Großmächte cedirt worden. Es war mithin augenfällig, daß die Execution gegenstandslos geworden, und folglich nach Artikel 13 der Executionsordnung und Artikel 34 der Wiener Schlußacte die Executionstruppen ohne Verzug aus dem Lande zurückzuziehen waren. Der Artikel 13, nachdem er diese Zurückziehung verfügt, schloß dann mit dem Satze: die mit der Execution beauftragte Regierung hat zu gleicher Zeit der Bundesversammlung davon (von der Zurückziehung der Truppen) Nachricht zu geben. Bismarck zog daraus die Folgerung, daß bei der Notorietät der Sachlage kein Zweifel über die Beendigung der Execution weiter denkbar, und folglich kein Bundesbeschluß darüber erforderlich sei: dem-

nach seien Sachsen und Hannover einzuladen, ihre Truppen sofort abzuberufen, und gemeinsam mit ihren Mitbeauftragten, Österreich und Preußen, dem Bundestage davon Anzeige zu machen. Rechberg hatte seinerseits schon am 17. October anerkannt, daß für die Anwesenheit der sächsischen und hannover'schen Truppen der Executionstitel in Wegfall gekommen sei, hatte aber beantragt, aus bundesfreundlicher Gesinnung etwa 2000 Mann davon im Lande zu lassen. Nun lag es freilich auf der Hand, daß bei den Tendenzen der Bundesmehrheit und insbesondere der sächsischen Regierung, das Verbleiben der Bundestruppen ein absolutes Hinderniß für die Feststellung preußischer Herrschaft oder preußisches Einflusses in den Herzogthümern sein würde: und so antwortete Bismarck auf Rechberg's Vorschlag, daß er denselben nicht zu motiviren wisse. Österreich sei stets mit Preußen einverstanden gewesen, daß der Bund keinen Titel zur Occupation, sondern nur zur Execution habe. Jetzt, nach dem Wegfall der Execution, könne um so weniger von einer Occupation die Rede sein. So lange die innere Ordnung nicht gestört sei, habe der Bund keinen Titel, ein Bundesland militärisch zu besetzen. Österreich und Preußen seien durch den Frieden in den Besitzstand eingetreten, wie er vor dem Beginn der Execution gewesen, wie er auch vom Bunde durch die Verhängung der Execution gegen Christian IX. anerkannt worden sei. Daß dabei die Prüfung der Erbrechte vorbehalten worden, mache die Anerkennung des Besitzstandes nur um so deutlicher. So lange keiner der agnatischen Erbansprüche zu rechtlicher Anerkennung gelangt sei, hätten Österreich und Preußen ein bestimmtes und ausschließliches Recht auf die Besetzung und Verwaltung der Herzogthümer. Die Theil=

nahme des Bundes an der Occupation würde eine verfassungswidrige Erweiterung der Bundesrechte gegenüber der Souveränität der Einzelstaaten bilden.

Dieser Zwischenfall kam dem guten Grafen Mensdorff äußerst ungelegen, zumal er gleichzeitig durch Karolyi's Telegramme erfuhr, daß die große Arbeit vom 12. November in Berlin sehr wenig Beifall finde, daß dort der Annexionsgedanke Fortschritte mache, andereſfalls aber Oldenburg dem Augustenburger vorgezogen würde. Er war seit Jahren mit Werther persönlich befreundet, und beklagte bei ihm die wachsende Differenz. Es sei ja wahr, die Beweise aller dieser Prätendenten seien sehr lückenhaft; zuletzt müsse ein Machtspruch entscheiden. „Für Augustenburg, sagte er, habe ich gar keine persönliche Vorliebe; im Gegentheil, das demokratische Treiben seiner Partei in den Herzogthümern ist mir antipathisch. Aber es geht doch einmal nicht anders; nur seine Einsetzung stellt den innern Frieden im Bunde her; es ist unerläßlich, mit den Mittelstaaten milde und entgegenkommend zu verfahren, und so hat ihnen Rechberg auch die Zusage gegeben, der Bund werde bei der schließlichen Ordnung der Sache betheiligt werden." Mensdorff erkannte übrigens an, daß die preußische Erörterung sehr ruhig und objectiv gehalten sei; er müsse das ihm etwas fremde Sachverhältniß noch näher erwägen. Am 19. November theilte er dann dem Gesandten seine Antwort mit. Sie begann mit dem Zugeständniß, daß Bismarck's Auffassung des Bundesrechts vollkommen zutreffend, und die Execution zweifellos erledigt sei. Aber bei den ungeordneten und provisorischen Zuständen in Holstein, wo es zur Zeit gar keinen Souverän gebe, könne der Bund vielleicht doch eine Occupation be-

schließen. Wie dem aber auch sei, obwohl wir nicht verpflichtet sind, die Bundestruppen zuzulassen, so sind wir doch berechtigt dazu. Welchen Grund hätten wir, sie zu entfernen? Im Gegentheil, wir sollten uns freuen, durch ihre Anwesenheit den hohen nationalen Charakter der ganzen Angelegenheit sichtbar hervortreten zu lassen. Wir hoffen also auf Preußens bundesfreundliche Gesinnung, und sehen auch in dieser Frage einen neuen Beweis für die Dringlichkeit der Einsetzung eines definitiven Souveräns.

Nach der Lectüre dieser Depesche sprach Werther dem Minister seine persönliche Besorgniß aus, daß Preußen jetzt auch ohne Österreich zur Entfernung der Bundestruppen aus Holstein schreiten würde. In der That ging an demselben Tage den preußischen Gesandten in Dresden und in Hannover die Weisung zu, aus den nach Wien gemeldeten Gründen die betreffende Regierung um die Abberufung ihrer Truppen zu ersuchen, und beide Gesandte wurden bevollmächtigt, darüber keinen Zweifel zu lassen, daß Preußen dieses Begehren mit vollem Nachdruck geltend zu machen entschlossen sei.

Da die Anwesenheit der Bundestruppen offenbar ein erhebliches Mittel für die Einsetzung des von dem Bunde begünstigten Augustenburg war, so ergab sich die Antwort der beiden Höfe je nach ihrer Gesinnung gegen dessen Ansprüche. Hannover, welches jetzt einen wahren Haß gegen den Erbprinzen empfand, war mit dem preußischen Antrag ganz einverstanden und wünschte vor der Entschließung nur noch Auskunft über Österreichs Auffassung. In Dresden aber, wo König und Minister von Augustenburg's gutem Rechte durchdrungen waren, wurde das Begehren unbedingt zurückgewiesen. Beust hatte die Sache kommen sehen, jedoch

einen preußischen Antrag darüber am Bunde erwartet, welchen er in Frankfurt energisch zu bekämpfen dachte; schon am 23. October hatte er dem General Hake Weisung gegeben, nur auf einen Bundesbeschluß das Land zu verlassen, ohne einen solchen aber lediglich der Gewalt, d. h. dem Feuer der preußischen Infanterie, zu weichen. In dieser streitlustigen Gesinnung entwickelte der Minister dem preußischen Gesandten, daß von einer Beendigung der Execution nicht die Rede sein könne; diese sogenannte Execution sei von Anfang an thatsächlich keine Execution, sondern eine Occupation gewesen, und diese Occupation müsse fortdauern, bis der rechtmäßige Herrscher in Schleswig-Holstein eingesetzt sei. Dies hieß denn freilich mit cynischer Offenheit eingestehen, daß Bismarck vollen Grund gehabt, über die gesetzwidrige Handhabung der Bundesexecution durch Sachsen Beschwerde zu führen, welches in Holstein fortdauernd für Augustenburg gewirkt hatte, während der Bundesbeschluß Christian IX. als Souverän des Landes voraussetzte. Beust erörterte dann weiter, daß der Artikel 13 der Executionsordnung Lücken habe, daß er insbesondere den jetzt vorhandenen Fall nicht vorsehe, wenn während der Execution ein Wechsel in der Person des Landesherrn Statt finde; nur die Bundesversammlung, nicht aber die exequirende Regierung könne entscheiden, ob der Zweck der Execution erfüllt sei. Er seinerseits finde keinen Grund, einen solchen Bundesbeschluß zu veranlassen, werde vielmehr einem etwaigen preußischen Antrag darauf widersprechen. Jedesfalls aber würden für jetzt die sächsischen Truppen in Holstein bleiben.

Auf den Bericht von diesen Erklärungen war man in Berlin nicht einen Augenblick zweifelhaft. Der König war

entrüstet bei dem Gedanken, daß ein in seinen Besitz übergegangenes Land ohne und gegen Bundesgesetz unter Execution bleiben sollte. Bismarck fand auf's Neue, es sei auch im Völkerverkehre wünschenswerth, nicht für übermäßig geduldig gehalten zu werden. Seit dem Wiener Frieden hatte überall der Rückmarsch der alliirten Truppen in die Heimath begonnen und war in steter Fortsetzung begriffen; plötzlich aber erschien jetzt eine königliche Ordre an die noch in den Herzogthümern befindlichen Regimenter, Halt zu machen, wo sie ständen; die westfälische Division, die eben aus Holstein bis Minden gelangt war, blieb hier in concentrirter Aufstellung an der hannover'schen Grenze, während eine starke, bei Torgau sich sammelnde Abtheilung gegen das sächsische Gebiet demonstrirte. Bismarck erklärte nach allen Seiten, daß der König von Preußen in den von ihm verwalteten Landen den Aufenthalt fremder Truppen ohne seine Erlaubniß nicht dulde; nach Beendigung der Execution habe der Bund hier nichts zu suchen, und gegen unbefugte Eindringlinge werde Preußen sein Hausrecht wahren. In einer ausführlichen Darlegung vom 26. November theilte er dem Wiener Cabinet die verfügten militärischen Demonstrationen mit, stellte nochmals den Rechtspunkt fest, und forderte Österreich auf, das agitatorische und rechtswidrige Treiben Sachsens, welches seit einem Jahre fortdauernd die europäische Politik der beiden Großmächte zu kreuzen und zu stören versuche, ernstlich zur Ruhe zu verweisen. Eine Ehrensache sei es in dieser Lage für Preußen, vor der Entfernung der Bundestruppen in keine Verhandlung über das künftige Schicksal der Herzogthümer einzutreten. In Folge dieser drohenden Haltung ging der Alarm durch ganz Deutschland.

Beust sagte: ich fürcht' mich nicht — rief die Urlauber der sächsischen Regimenter zu den Fahnen und ließ die Staatscassen auf den Königsstein flüchten; offenbar hatte er den Gegner noch immer nicht völlig kennen gelernt, und pochte darauf, daß Preußen zuletzt doch nicht Ernst machen würde. Aber ein anderer war der Eindruck in Wien. Man hatte von dort aus eben erst an den Berliner Hof durch Werther eine neue Mahnung ergehen lassen, nicht so streng auf dem Buchstaben der Executionsordnung zu bestehen. Jetzt aber, bei den militärischen Aufstellungen Preußens, gerieth man doch in Sorge. Denn nicht bloß Bismarck, dem man längst jede Tollkühnheit zutraute, sondern auch der König Wilhelm erklärte dem Grafen Karolyi die Unwiderruflichkeit seines Entschlusses. Daß Preußen bei dieser Sache im Rechte war, hatte man ihm wiederholt eingeräumt; jetzt gestand man sich selbst mit bitterem Gefühle, daß Preußen bei der Schlagfertigkeit seiner Heerverfassung auch die Macht besaß. Man entschloß sich, ihm einen Schritt entgegen zu thun, und Mensdorff kündigte am 26. November dem preußischen Gesandten an, mit der amtlichen Vorlage des Wiener Friedens an den Bundestag wolle Österreich die Erklärung verbinden, daß dieser Vertrag die Execution gegenstandslos mache, und folglich der Bund die Executionstruppen abberufen möge. Indem man also dem Bunde das formale Recht der Entscheidung vorbehielt, stellte man Preußen thatsächlich das geforderte Ergebniß in Aussicht; auch verhieß Mensdorff, bei den Mittelstaaten nachdrücklich auf eine günstige Abstimmung einzuwirken. Ihr wollt, sagte er klagend zu Werther, in dieser holsteiner Sache auch niemals das Geringste nachgeben.

Ganz so böse, wie Mensdorff es hier meinte, waren die Berliner Freunde nun doch nicht. Bismarck's Politik war fest wie Stahl, aber ebenso elastisch; gründlich entschlossen, den Mittelstaaten jede Einmischung in preußische Angelegenheiten zu verbieten, hatte er noch immer den lebhaften Wunsch, mit Österreich auf gutem Fuße zu bleiben, und war bereit, wenn schließlich in der Sache das Rechte geschah, sich Österreichs Geschäftsform gefallen zu lassen. Auf Werther's Telegramm über jene Äußerungen Mensdorff's antwortete er umgehend am 27. November in einläßlicher Weise, und als dann Werther am 29. meldete, der kaiserliche Bundestagsgesandte habe Befehl, die Abberufung der Executionstruppen aus Holstein zu beantragen, erhielt der preußische College desselben, Herr von Savigny, sofort die Weisung, gemeinsam mit Österreich vorzugehen. Zu Savigny's persönlicher Orientirung fügte Bismarck übrigens hinzu, daß Preußen drei Tage lang auf die Fertigstellung des Beschlusses warten, bei längerer Verzögerung desselben aber durch seine eigenen Streitkräfte die Entfernung der Bundestruppen aus Holstein erzwingen werde. Natürlich unterließ Savigny nicht, diese interessante Notiz bei seinen Collegen im Hinblick auf die demnächstige Abstimmung bestens zu verwerthen. Der gemeinsame Antrag der beiden Mächte wurde dann am 1. December officiell eingebracht.

In Wien hatte man sich zu dieser Wendung herbeigelassen, empfand sie aber mit schwer gereizten Gefühlen. Wenn der Antrag, wie man nicht bezweifelte, angenommen wurde, so hatte der diplomatische Feldzug für Augustenburg gleich beim ersten Schritte eine arge Schlappe erlitten. Die Sache wurde nicht versüßt durch das Bewußtsein, daß man

dem Zwange folgend, nicht dem eigenen Trieb, die Concession gemacht hatte. Es war nun menschlicher Weise begreiflich, politisch aber kaum zweckmäßig, daß man es nicht über sich brachte, gute Miene zum bösen Spiele zu machen, sondern seinen Ärger breit und gewichtig dem Berliner Cabinet vorlegte, und damit natürlich für dieses den Werth des gebrachten Opfers erheblich schmälerte. Schon am 27. November hatte Biegeleben zwei Depeschen für Karolyi redigirt, worin zwar der Antrag beim Bunde angekündigt, aber damit eine nachdrückliche Erinnerung an den großen Erlaß vom 12. (also rasche Einsetzung Augustenburg's) verbunden, und dann eine scharfe Mahnung ausgesprochen wurde, die Allianz der beiden Mächte auf die Grundlage der deutschen Bundesverträge zu stellen. Nimmermehr könne der Kaiser sich entschließen, die dem Bunde angehörigen Könige von Sachsen und Hannover als Feinde anzusehen oder aus dem Inbegriff conservativer Principien die Achtung vor dem Bundesrechte und vor dem Verbot der Selbsthülfe auszulöschen. Auf Bismarck's Mittheilung vom 26. November folgte weiterhin eine Antwort am 3. December, in welcher Biegeleben seinen gewohnten magistralen Ton noch stärker anschlug. Ein Auszug aus derselben mag hier Platz finden. „Durch unsern Antrag am Bunde, hieß es, haben wir einen neuen Beweis für die Lebhaftigkeit unseres Wunsches gegeben, mit Preußen einig zu bleiben. Ursprünglich gedachten wir, erst nach der endgültigen Constituirung Schleswig-Holsteins die Bundestruppen aus den Herzogthümern abzuberufen. Wir haben Preußen jetzt ein mit unserer Überzeugung streitendes Zugeständniß gemacht. Aber möge Preußen unser Entgegenkommen nicht mißdeuten. Gerade, weil die Dinge so liegen,

müssen wir um so entschiedener auf unser Verlangen zurückkommen, daß nunmehr ohne weitere Verschleppung zur definitiven Constituirung Schleswig-Holsteins als eines selbständigen Bundesstaats geschritten werde. Es gibt kein Hinderniß mehr dagegen. Politisch steht keine andere Lösung offen. Die Rechtsfrage über die Erbfolge ist allerdings verwickelt; wahrscheinlich hat keiner der Prätendenten ein zweifelloses Recht auf alle Theile des Landes. Aber unser Vorschlag vom 12. November ist rechtlich unanfechtbar. Nichts kann die beiden Höfe abhalten, ihre eigenen, durch den Wiener Frieden erworbenen Rechte dem Prinzen von Augustenburg zu übertragen. Daß die Sache thatsächlich damit erledigt wäre, kann unserem Vorschlage nur zur Empfehlung gereichen. Demnach soll sich Karolyi mit vollster Entschiedenheit in diesem Sinne aussprechen und jedesfalls darauf dringen, dem Kgl. Cabinet möge es nunmehr gefällig sein, uns seine Ansichten über unsere Eröffnungen vom 12. November bekannt zu geben."

Als Graf Goltz späterhin diese und ähnliche Productionen der Wiener Staatskanzlei las, rief er, in solchem Tone schrieben sonst sich große Mächte nur im Augenblicke vor der Kriegserklärung, und Mensdorff selbst erwiderte auf eine ähnliche Bemerkung dem Baron Werther, auch der Kaiser bedauere, daß Biegeleben oft mit so scharfer Feder schreibe. Was den Inhalt betraf, so verrieth dieses unablässige Drängen und Mahnen auf rasche Constituirung der Elbherzogthümer in greller Weise die Besorgniß Österreichs, daß eine längere Fortdauer des Provisoriums der preußischen Annexion günstig sei, und konnte also in Berlin nur das Gegentheil der gewünschten Wirkung erzielen.

Indessen kam am Bundestage die auf den 5. December anberaumte Abstimmung über den Antrag der beiden Mächte heran. Bei der Mehrzahl der Mittelstaaten waren die aus Wien und Berlin gekommenen Vorstellungen fruchtlos geblieben. In München hatte Schrenck's Ersetzung lange Mühen verursacht, da Pfordten vor der Übernahme des Portefeuilles mehrere dem Könige lästige Bedingungen stellte: eben jetzt, Ende November, hatte man sich geeinigt, und Schrenck kehrte auf seinen alten Posten am Bundestag, Pfordten aber an die Spitze der Regierung zurück. Der Letztere war lebhafter und kampfeseifriger als je, und aller Hoffnungen voll, mit Österreichs Hülfe dem preußischen Übermuthe Schranken zu setzen, Augustenburg zu seinem Rechte zu verhelfen und die erlauchte Bundesverfassung hoch zu halten. Mit Schmerling und Beust vereint, sagte er, wollen wir diesen Preußen die Wege weisen. Bayerns Votum am Bundestage blieb also fest für die Fortdauer der Execution; sämmtliche Sachsen, sodann Württemberg, Darmstadt und Braunschweig schlossen sich an, indem sie nicht bloß jedes Erbrecht Christian's IX. an Schleswig-Holstein bestritten, sondern noch weiter behaupteten, er habe auch den Besitz des Landes nicht gehabt und folglich nicht an Österreich-Preußen abtreten können, ein Satz, der um so mißlicher war, als der Bund gegen Christian gerade als den Besitzer der Provinzen die Execution gerichtet hatte. Luxemburg-Limburg enthielt sich der Abstimmung. Hienach blieb eine Majorität von neun Stimmen, welche den Antrag annahm, und damit den Abzug der Sachsen aus Holstein verfügte. Preußen hatte seine Forderung durchgesetzt, und damit der Bundestag jede unmittelbare Einwirkung auf den Zustand in den Herzog-

thümern zu Gunsten Augustenburg's eingebüßt. Von dem Eintritt eines Bundescommissars neben den Vertretern der beiden Großmächte in die höchste Civilbehörde Schleswig-Holsteins war keine Rede mehr. Die Commissare Österreichs und Preußens, welche bisher Schleswig verwaltet hatten, übernahmen jetzt auch die Landesregierung in Holstein.

3. Capitel.

Die preußischen Februar-Forderungen.

Vergegenwärtigen wir uns, ehe wir nach dem Schlusse des Frankfurter Vorspiels in die Entwicklung der Hauptfrage eintreten, noch einmal die Stellung der bei der schleswig-holsteinischen Sache betheiligten Mächte.

Die Bundesmehrheit stand nach wie vor fest in ihrer Überzeugung von dem Rechte des Bundestags, die ganze Frage zu regeln, von dem unanfechtbaren Anspruch Augustenburg's auf die Thronfolge, von der Nothwendigkeit des neuen souveränen Mittelstaats Schleswig-Holstein. Sie war consequent vom ersten bis zum letzten Worte, sie besaß in ihren Mappen eine Fülle juristischer Argumente; in so weit war ihre Stellung innerlich stark genug. Vollständig aber fehlten ihr die Mittel äußerer Macht, ihre Wünsche zu verwirklichen; ihre ganze Hoffnung stand auf dem beginnenden Zwiespalt zwischen Preußen und Österreich; der deutschen Nation bot ihr Programm keine andern Vortheile als die Wahrung des Legitimitätsprincips, des festesten Bollwerks der dreißig deutschen Particularstaaten.

Im vollen Gegensatze zu dieser Partei hatte Preußen von jeher weder jene Competenz des Bundestags, noch die Ansprüche Augustenburg's anerkannt, sondern stets König Christian IX. als den regierenden Herzog von Schleswig-Holstein behandelt, gegen ihn als solchen Execution beantragt, gegen ihn Pfandbesitz von Schleswig ergriffen, gegen ihn wegen des Verfassungsstreits Krieg geführt und ihn im Frieden zur Abtretung der Herzogthümer gezwungen. Abgesehen von jener einzigen, sehr bald als Irrthum erkannten Äußerung Bismarck's an Bernstorff vom 15. Mai, hatte Preußen niemals die Berechtigung Christian's zur Thronfolge angefochten, und betrachtete demnach sich und Österreich als die nicht minder berechtigten Nachfolger in dem Besitze der Herzogthümer. Es war in seiner Auffassung ebenso consequent geblieben wie die Bundesmehrheit in der entgegengesetzten, und hatte an historischen und juristischen Argumenten ebensowenig Mangel wie diese. Dabei hatte es die Macht, seinen Willen geltend zu machen, und, was die Hauptsache war, seine Forderungen entsprachen, wenn nicht den damaligen Stimmungen, so doch den Interessen und Bedürfnissen der deutschen Nation.

Endlich Österreich hatte Anfangs den preußischen Standpunkt getheilt, im Vertrage vom 16. Januar versprochen, die Frage nur im Einverständniß mit Preußen zu behandeln, und zunächst sich eifrig bestrebt, dem Könige Christian den Besitz der Herzogthümer zu erhalten. Als sich im Mai dies unthunlich zeigte, hatte es begonnen, sich für Augustenburg zu interessiren, und zu diesem Behuf den Mittelstaaten zugesagt, die Frage nicht ohne Mitwirkung des Bundes entscheiden zu lassen. Trotzdem hatte es nicht umhin gekonnt,

einige Monate später aus der Hand Christian's IX. die Herzogthümer zum Gemeinbesitz mit Preußen entgegen zu nehmen, und damit also jeder Verfügung über dieselben ohne Preußens Zustimmung auf's Neue entsagt. Und so unumwunden hatte das Wiener Cabinet damals die Souveränität Christian's IX. und folglich auch die seiner Rechtsnachfolger anerkannt, daß es dem preußischen Hofe die Annexion der Herzogthümer anbot, wenn derselbe Österreich anderweit einen entsprechenden Landgewinn zuwende. Erst als der König dies ablehnte, kam Österreich wieder auf seine Augustenburger Sympathien zurück; allerdings konnte es nach allem Frühern nicht wohl von einem Rechtstitel des Erbprinzen reden, empfahl aber dem preußischen Cabinet die Einsetzung desselben aus verschiedenen Gründen der Zweckmäßigkeit. Seine rechtliche Stellung aber nahm es auf dem Boden der Bundesverfassung; nach den Grundgesetzen des Bundes sei eine Übertragung holsteiner Hoheitsrechte an Preußen schlechthin unstatthaft. Die Erhaltung des Bundesrechts sei eine Lebensfrage für Österreich.

Damit sah sich Preußen vor die Alternative gestellt, entweder auf jeden Gewinn aus dem dänischen Kriege, auf jede Verwerthung Schleswig-Holsteins für die nationale Sicherheit und Macht zu verzichten, oder die Fesseln dieses erstickenden Bundesrechts mit einem gewaltigen Aufschwung zu zersprengen. Die schleswig-holsteinische und die deutsche Frage flossen zusammen.

Einstweilen war Bismarck der Ansicht, die Gegner kommen zu lassen, den Angriff abzuwarten. Für's Erste hatte Preußen den Mitbesitz an den Herzogthümern; es konnte, so schien es, dort nichts geschehen, was Preußen nicht wollte; vollends

den militärischen Oberbefehl führte dort Preußen allein. Unter solchen Verhältnissen schien das Übergewicht des nahen Preußen über das entfernte Österreich unwiderstehlich zu sein, und so aus dem Condominium ganz von selbst die preußische Annexion hervorwachsen zu müssen. Diese Auffassung erschien um so unbedenklicher, als sie damals auch von den Gegnern in vollem Maaße getheilt wurde: eben deshalb drängte man in Wien und München mit so hastigem Eifer auf eine baldige definitive Entscheidung, weil man überall dieselbe Ansicht hatte, die Fortdauer des Condominiums sei gleichbedeutend mit der preußischen Annexion. Freilich sollte trotz dieser allgemeinen Übereinstimmung sich sehr bald zeigen, daß das Condominium auch für Preußen bedenkliche Seiten hatte. Da die beiden Mitbesitzer gleichberechtigt waren, und jeder Regierungsact der Zustimmung Beider bedurfte, so konnte keiner den Andern zu einem positiven Handeln nöthigen, wohl aber jeder den Andern an einem solchen hindern. Nun hatte Österreich in den Herzogthümern überall keine positiven Wünsche; ihm also konnte hier ein preußischer Widerspruch niemals unbequem werden. Um so mehr aber war Preußen erfüllt von dem Drange nach neuen positiven Errungenschaften, und bot damit Tag für Tag dem Wiener Mitbesitzer Anlaß, sein Recht des Einspruchs zu üben. Auf dem Rechtsboden des Condominiums also hatte ohne Zweifel Österreich stärkere Mittel, die Annexion zu hindern, als Preußen, dieselbe herbei zu führen.

Sehen wir nun, wie sich unter diesen Verhältnissen der politische Verlauf entwickelte.

Bis zum Abzug der Bundestruppen aus Holstein hatte Bismarck, wie oben bemerkt, jede Äußerung über Preußens

Begehren in der Frage der Herzogthümer verweigert. Nachdem dann die Execution beseitigt war, erließ er am 13. December als Antwort auf Biegeleben's Ausarbeitungen zwei Depeschen nach Wien, von welchen die erste das Verhältniß der beiden Regierungen zum Bunde und zum Bundesrecht, die zweite aber die Stellung Preußens zu Schleswig-Holstein erörterte.

Die erste hatte folgenden Gedankengang.

Preußen hat beim Eingehen der österreichischen Allianz geglaubt, die beiden Mächte sollten sich gegenseitig mehr gewähren, als wozu das Bundesrecht sie verpflichtete. Es scheint, daß Österreich einen ähnlichen Wunsch hegt, jedoch die Erfüllung desselben in einer Erweiterung der Rechte des Bundes sucht. Nimmermehr aber können wir dazu die Hand bieten. Wir verstehen nicht, wie Österreich es ablehnen kann, die Mittelstaaten als unsere gemeinsamen Gegner, und das Bundesrecht als einen höchst mißlichen Boden für unsere beiderseitigen Interessen zu erkennen. Möge sich Österreich daran erinnern, wie übereifrig im vorigen Jahr die Führer des Bundestags in unsere europäische Politik einzugreifen, wie sie uns von unsern völkerrechtlichen Pflichten zu entbinden, wie sie eine unbefugte Occupation an die Stelle der gesetzlichen Execution zu setzen und ohne den Schatten einer Competenz die streitige Thronfolge zu entscheiden, wie sie endlich gegen den klarsten Buchstaben des Bundesgesetzes die von ihnen verfälschte Execution zu verlängern suchten. Wie uns, hat sich damals auch dem Wiener Cabinet die Besorgniß der Sprengung des Bundes in voller Schroffheit aufgedrängt. Einem Bunde, dem außerhalb der Basis seiner Grundverträge Majoritätsbeschlüsse zu fassen gestattet wäre, ist Preußen niemals beigetreten. Wir sind demnach fest entschlossen, einem

in solcher Weise rechtswidrigen Beschlusse gewaltsamen Widerstand entgegen zu setzen, und legen Werth darauf, diesen unsern Entschluß zweifellos zu constatiren. Unsere europäischen Interessen und unsere monarchischen Grundsätze verbieten uns, unsere Politik von einer Mehrheit kleinstaatlicher Regierungen abhängig zu machen, welche ihrerseits wieder von ihren kleinstaatlichen Parlamenten dirigirt werden.

Über Schleswig-Holstein bemerkte die zweite Depesche, daß Preußen weder Oldenburg noch Augustenburg unbedingt ausschließe, aber sich nicht dem Vorwurf einer übereilten Entscheidung ohne rechtliche Prüfung aussetzen wollte. Wiederholt habe Österreich erklärt, daß keiner der Prätendenten einen Anspruch auf die Gesammtheit der Herzogthümer würde nachweisen können, und wir seien ganz derselben Ansicht. Bis das Nähere ermittelt wäre, stehe der rechtliche Besitz den beiden Mächten, und nur diesen zu. Er bilde den Status quo, von dem Mensdorff ganz richtig sage, daß es zu einer Veränderung desselben der Zustimmung jeder der beiden Regierungen bedürfe. Preußen bekenne also rückhaltlos, daß es auch die so vielfach gewünschte, für die Sicherheit Norddeutschlands vortheilhafte Annexion Schleswig-Holsteins nicht ohne die Zustimmung Österreichs erlangen könne. Ebensowenig aber seien wir verpflichtet, in ein Arrangement zu willigen, welches unserem Interesse nicht entspräche oder gar dasselbe gefährden würde. Die Einsetzung Augustenburg's würde uns Oldenburg, Hannover und Rußland entfremden; auch seien die Brandenburger Ansprüche noch nicht erwähnt, welche schon 1846 vielfach zur Sprache gekommen seien. Vor Allem aber, fuhr die Depesche fort, komme es auf die Frage an, unter welchen Bedingungen wir vor dem eigenen Lande den Verzicht auf

die mit schweren Opfern erworbenen Rechte des Status quo verantworten können. Nach Außen und Innen sei die Beschaffenheit der militärischen Einrichtungen in dem wichtigen Nachbarlande für uns von höchstem Interesse; es sei eine unabweisliche Aufgabe, die Elemente der Wehrkraft Schleswig-Holsteins, namentlich zur See, für Deutschland nutzbar zu machen; für Handel und Verkehr seien Preußen und die Herzogthümer auf die engsten Beziehungen angewiesen. Niemand könne uns tadeln, wenn wir diese Interessen in erster Linie in das Auge fassen; wir erfüllen nur eine Pflicht gegen Preußen und Deutschland, wenn wir, ehe wir zu einer definitiven Entscheidung schreiten, Bürgschaften für die Sicherstellung dieser Interessen verlangen, und uns nicht von dem zweifelhaften guten Willen eines künftigen Landesherrn oder seiner Stände abhängig machen wollen. Daß das bloße Verhältniß zum deutschen Bunde genügende Bürgschaften dieser Art nicht darbiete, hat leider eine vielfache traurige Erfahrung gezeigt. In unseren vertrauten Beziehungen zu Österreich schiene es uns also zu liegen, daß das kaiserliche Cabinet uns bei der Erlangung festerer Garantien unterstütze.

Die Depesche schloß mit der Angabe, daß die Fachminister beschäftigt seien, diese Garantien näher zu formuliren; sobald der König darüber Beschluß gefaßt, werde das Wiener Cabinet davon in Kenntniß gesetzt werden.

Am folgenden Tage, dem 14. December, veranlaßte darauf Bismarck einen Befehl des Königs, daß der Justizminister die Mitglieder des Kronsyndicats zu einem Rechtsgutachten über die Ansprüche sämmtlicher Prätendenten auffordern solle. Auch dies war nicht gerade ein Symptom, daß bei der preußischen Regierung drängende Sehnsucht nach

einer raschen Entscheidung vorhanden sei. Denn so viel und vielerlei auch schon über die Frage gedruckt worden war, so hatte doch selbstverständlich das Kronsyndicat die Pflicht, sich über jeden der dreißig bis vierzig Controverspunkte aus den Quellen und Urkunden ein eigenes Urtheil zu bilden, eine Aufgabe, zu deren Lösung mindestens mehrere Monate, und wenn man anders wollte, auch einige Jahre mit gutem Grunde erfordert werden konnten.

So war die Verstimmung groß, mit welcher in Wien diese Nachrichten aufgenommen wurden. Preußen beurtheilt uns falsch, klagte Mensdorff seinem Freunde Werther; glaubt doch nicht, daß wir Euch eine Vergrößerung mißgönnten, nur müssen wir dann für uns ein Äquivalent begehren; das ist bei dem Stande unserer öffentlichen Meinung unerläßlich. Wahrhaftig, fuhr er fort, wir schwärmen durchaus nicht für diese Augustenburger, welche ihr Fürstenwort von 1852 gebrochen haben: aber was wollen Sie? die Politik verbietet uns, sie fallen zu lassen. Und vor Allem, Österreich bedarf den Frieden, den dauernden Frieden, diese schreckliche Herzogthümerfrage aber schließt die Keime unabsehbarer Verwicklungen in sich; so fordert es unsere dringende Pflicht, unablässig den schnellsten Abschluß derselben zu betreiben. Er ließ demnach auf der Stelle eine ausführliche Antwort auf die preußischen Depeschen ausarbeiten, welche am 21. December von Wien abging, wieder in Biegeleben's hochmüthigem Tone redigirt war, neue Argumente nicht enthielt, um so schneidender aber auf den bevorstehenden Bruch der Allianz hinwies, wenn Preußen nicht auf das österreichische Programm eingehe.

Bismarck hatte nicht den Wunsch, eine solche Krisis zu beschleunigen; er beschloß also für jetzt, die Erörterung mit

Wien nicht weiter fortzusetzen. Er begnügte sich, die Fachminister zu baldiger Ausarbeitung ihrer Forderungen an Schleswig-Holstein anzutreiben, und den Kronjuristen aus Archiv und Registratur möglichst vollständiges Urkundenmaterial zu liefern. Wie gewöhnlich, arbeitete das Kriegsministerium unter allen diesen Behörden am schnellsten: schon am 5. Januar 1865 konnte Roon einen ersten Entwurf vorlegen, nach welchem, kurz gesagt, die gesammte Militärhoheit in den Herzogthümern, über Heer und Flotte, nach Organisation und Oberbefehl, nebst dem Besitze von Kiel, Friedrichsort und Sonderburg-Düppel, so wie das Besatzungsrecht in Rendsburg, im Krieg und im Frieden der Krone Preußen zustehen sollte. Dies ergab freilich ein Verhältniß, welches bis dahin im deutschen Bunde noch nicht vorgekommen, und wogegen Widerspruch von mehr als einer Seite vorauszusehen war. Man verbrauchte deshalb noch mehrere Wochen, um die Fassung des Entwurfes so weit umzumodeln, daß er sich diesem oder jenem Artikel der löblichen Bundeskriegsverfassung zur Noth anbequemen ließe, ein gewiß sehr achtungswerthes, aber für jedes unbefangene Urtheil hoffnungsloses Bemühen. Dazu kam dann weiterhin von dem Handelsminister der Antrag, daß Preußen den Nord-Ostsee-Canal baue, verwalte und die Mündungen desselben befestige, daß Schleswig-Holstein dem deutschen Zollverein und gleichzeitig für immer dem preußischen Zollsystem (im Falle der Auflösung des Zollvereins) beitrete, und daß das dortige Post- und Telegraphenwesen mit dem preußischen verschmolzen werde. Sehr bestimmt setzte endlich Bismarck den allgemeinen Satz hinzu, daß erst nach Sicherstellung der Ausführung aller obiger Bedingungen die Übergabe der Herzogthümer an den künftigen Souverän

erfolgen dürfe. Über die nähere Ausarbeitung dieser Artikel nebst den dazu gehörigen Erläuterungen und Denkschriften verging darauf noch der Januar und ein erheblicher Theil des Februars 1865.

Unterdessen wuchs draußen die Ungeduld an allen Enden. Herr von Beust stand in lebhafter Correspondenz mit Herrn von der Pfordten, und drängte diesen, an der Spitze der Mittelstaaten mit einem Antrage am Bunde vorzugehen. Pfordten war durchaus nicht abgeneigt, fragte aber doch zunächst bei Österreich an, und erhielt hier Anfang Januar die Antwort, daß zur Zeit die Verhandlung mit Preußen noch schwebe und durch ein Eingreifen des Bundestags eher gestört als gefördert werden könnte; Bayern möge also die Bestimmung des richtigen Zeitpunktes um so vertrauensvoller dem Wiener Cabinet überlassen, als ja beide Regierungen über das Ziel ihrer Bestrebungen vollkommen einig seien. Pfordten beklagte, daß dieses Ziel von Österreich nicht etwas genauer bezeichnet würde: gingen doch auch in den übrigen deutschen Staaten die Meinungen darüber bunt genug durch einander. Hannover verwarf vor allen Dingen die Einsetzung Augustenburg's, weil dieser für Schleswig-Holstein die demokratische Verfassung von 1848 anerkannt hätte und ohne Zweifel eine gewisse Oberhoheit Preußens erdulden würde; da sei die einfache preußische Annexion sehr viel besser. Kurhessen hatte von jeher diese Annexion für die einzig verständige Lösung erklärt. Oldenburg hielt die eigene Candidatur formell noch aufrecht, hatte aber geringe Hoffnung auf Erfolg, und erklärte sich für den Fall ihres Fehlschlagens dann wie Hannover. Gerade entgegengesetzt begehrten Sachsen, Darmstadt und eine Anzahl der Kleineren mit principieller Festigkeit die Einsetzung

Augustenburg's als des einzig legitimen Erben, zu voller Souveränität; diesem selbständigen Bundesfürsten und dessen Landtag möge dann Preußen seine Wünsche zur Entscheidung vorlegen. Ungefähr derselben Meinung war in überwiegendem Maaße die Bevölkerung in Süddeutschland, am entschiedensten die fortgeschrittenen Liberalen in Schwaben und die von Preußenhaß erfüllten Ultramontanen in Bayern. Was die dortigen Regierungen betraf, so neigte Varnbüler in Stuttgart persönlich zu Preußen hinüber, durfte aber bei der Aufregung des Landes keinen Schritt in diesem Sinne wagen. Pfordten war durch sein juristisches Gewissen an Augustenburg, und durch Bayerns Particular-Interesse an das Bundesrecht gebunden, erklärte aber dem preußischen Gesandten (jetzt Prinzen Heinrich VII. Reuß) fort und fort, daß auch auf diesem Boden sich große Vortheile für Preußen herausschlagen ließen, und daß er Alles aufbieten würde, hier für das preußische Interesse zu wirken. Er war bei diesen Versicherungen ganz aufrichtig; wenn Preußen die Augustenburger Thronfolge annahm, wünschte er in der That lieber Freund als Gegner Preußens zu sein, legte aber in seiner lebhaften und sanguinischen Weise auf die entgegenstehende Gesinnung seines Königs und der Volksvertretung zu geringes Gewicht, so daß er bei Bismarck lange Zeit hindurch die irrige Vorstellung erweckte, Bayern wenigstens in verschiedenen Punkten auf die preußische Seite ziehen zu können. Wieder anders lagen die Dinge in Baden. Die meisten der dortigen Minister hätten nach ihrer Herzensmeinung die preußische Annexion der Herzogthümer für das Beste gehalten; das badische Volk aber schwärmte für die Selbstbestimmung Schleswig-Holsteins und folglich für Augustenburg, und der

leitende Minister, Herr von Roggenbach, noch vor zwei Jahren einer der Führer der kleindeutschen Partei, hatte sich in der vorliegenden Frage durch die voreilige Anerkennung Herzog Friedrich's VIII. die Hände gebunden, und erklärte, Preußen Jegliches zu bewilligen, nur nicht die Annexion.

Je bunter dieses Gewirre verschiedener Auffassungen und Bestrebungen war, desto stärker wurde die Spannung, endlich bestimmt zu erfahren, was denn Preußen für sich begehre. Ich will gerne, sagte Pfordten, auf das Einvernehmen der Großmächte warten, aber alle Geduld hat ihre Grenzen; am 4. April tritt der bayerische Landtag zusammen, und wenn ich diesem nicht eine Action zu Gunsten Schleswig-Holsteins vorlegen kann, so bin ich ein verlorener Mann.

Völlig gereizt aber wurde durch Preußens langes Schweigen die Stimmung in Wien; man fing an, nach so warmen und wiederholten Aufforderungen zum Reden, beinahe eine Beleidigung darin zu sehen, daß die preußischen Fachminister sich für ihre Arbeiten so bedächtig Zeit nahmen. Dazwischen kamen ärgerliche Verhandlungen anderer Art, als zuerst eine Wiener Zeitung und dann ein subventionirtes Pariser Blatt ausführliche und genaue Mittheilungen aus den zwischen Wien und Berlin gewechselten Depeschen brachten. Bismarck erhob sehr nachdrückliche Beschwerde über eine solche Indiscretion, und Mensdorff wußte dem preußischen Gesandten darauf nichts Anderes zu erwidern, als daß er nicht den geringsten Einfluß auf das unter Schmerling's Leitung stehende Preßbureau habe. Für die Zukunft versprach er übrigens das Mögliche zu thun; leider zeigte aber eine stets wiederkehrende Erfahrung, daß auf diesem Gebiete

für ihn nichts möglich war. Sein letztes Wort war und blieb bei jeder solchen Discussion: erledigen wir die schleswig-holsteinische Sache, dann wird es auch keine lästigen Zeitungsartikel mehr geben. Wann kommen endlich euere Bedingungen, fragte er am 12. Januar, der Kaiser beginnt ungeduldig zu werden. Am 19. sprach Franz Joseph selbst dem Gesandten den dringenden Wunsch auf baldige Lösung der Frage aus und bat um rasche Erklärung. Dies bestimmte Bismarck, am 26. Januar eine vorläufige Äußerung nach Wien zu erlassen, worin er noch einmal hervorhob, daß der am 28. Mai 1864 in der Londoner Conferenz zu Gunsten Augustenburg's gestellte Antrag überall keine Anerkennung der Augustenburger Rechtstitel enthalten habe, sondern lediglich ein politischer Friedensvorschlag an die Großmächte gewesen sei, der mit der Ablehnung durch dieselben jede Bedeutung verloren habe. Hinsichtlich der Annexion der Herzogthümer bemerkte er, daß Preußen das Gleichgewicht mit Österreich durchaus respectire, es aber nicht in dem ängstlichen Abwägen der beiderseitigen Bevölkerungsziffer innerhalb des deutschen Bundes finde, sondern in dem Entschlusse zu festem Zusammenhalten für eine kräftige gemeinsame Politik. Zugleich erhielt Werther den Auftrag, Mensdorff darauf hinzuweisen, daß Preußen in einem so heftigen Mahnen und Drängen zu einer, in der Sache nicht begründeten Eile nur das Übergewicht eines preußenfeindlichen Einflusses in Wien erkennen könne. Natürlich half das nicht viel; wenige Tage später erklärte der Kaiser dem Gesandten, er sei desperat über das lange Hinziehen der Sache, und Mensdorff schrieb nach Berlin, er könne die Mittelstaaten nicht länger mehr von scharfen Schritten gegen Preußen zurückhalten. Wieder wurde Karolyi zu gründlicher Berathung

nach Wien berufen, und meldete sich dann unmittelbar nach seiner Rückkehr am 8. Februar bei Bismarck zu einer umfassenden Besprechung des ganzen Problems. Der Minister war sehr bereit, ihm seine Herzensmeinung auf das Gründlichste vorzulegen.

Graf Karolyi begann mit einer Verlesung seiner Instruction, wo der Ausdruck vorkam, Preußens Absicht scheine auf Verschleppung der Angelegenheit zu gehen. Bismarck unterbrach ihn sofort. Es zeige dies, wie falsch man in Wien die Lage auffasse. Österreich mache uns Vorwürfe, während wir Concessionen machten.

Concessionen? fragte Karolyi. Wie so? Es sei ja schon eine Concession, erläuterte Bismarck, daß wir überhaupt über eine Veränderung des Status quo unterhandelten, der für uns besser sei, als Alles, was uns Österreich bisher angeboten habe. Wir könnten erwarten, daß Österreich uns annehmbare Vorschläge machte über das, was an die Stelle dieses Status quo zu setzen sei. Die Annexion sei etwas Annehmbares, aber Österreich schließe sie ja aus.

Aber, warf Karolyi ein, dies Provisorium kann doch nicht ewig dauern; endlich muß doch einmal ein Definitivum eintreten. Warum? fragte Bismarck zurück. Weshalb könnte unser gemeinsamer Besitz nicht selbst dies Definitivum sein? Übrigens beruhigen Sie sich, setzte er hinzu, als Karolyi bei diesen Worten auffuhr; wir halten unser Wort; wir werden unsere Bedingungen vorlegen. Aber wir bleiben dabei: es ist das eine Concession, und wir lassen uns keine Vorwürfe machen, wenn wir es nicht augenblicklich thun. Sehen Sie, fuhr er mit guter Laune fort, wir stehen da vor der Frage der Herzogthümer, wie zwei Gäste, die ein treffliches Gericht

vor sich haben; der Eine aber, welcher keinen Appetit hat und es nicht verzehren will, verbietet energisch dem Andern, welchen der Leckerbissen reizt, zuzulangen und zu schmausen. So warten wir denn, bis der Augenblick kommt; einstweilen befinden wir uns leidlich wohl in unserer Lage und werden sie erst ändern, wenn man uns befriedigende Bedingungen bietet.

Karolyi unterbrach hier diese Auslassung mit der Bemerkung, daß Österreich und Preußen nicht allein in Deutschland ständen. Bayern würde höchstens bis Ende Februar mit seinen Anträgen warten, und Österreich käme dann unabweislich in die Lage, sich auszusprechen und sogar seine Correspondenz mit Berlin vorzulegen, um darzuthun, daß nicht der Wiener Hof an der Verzögerung Schuld sei. Wir werden, sagte Bismarck lächelnd, Euch gerne das Zeugniß geben, fleißige Mahner gewesen zu sein. Die Vorlage der Correspondenz fürchten wir nicht, sie wird dem preußischen Volke zeigen, wer uns an der Wahrung der preußischen Interessen zu hindern sucht; auch sonst in Deutschland stehen wir nicht vereinzelt, und es ist sehr die Frage, ob ein bayerischer Antrag, selbst wenn Österreich ihn unterstützt, die Mehrheit erlangen wird. Mit gesteigertem Nachdruck fuhr er dann fort: wenn Ihr Bayern nicht zurückhaltet, so wird daraus Folgendes entstehen:

in jedem Fall eine wirkliche Verschleppung der Lösung, denn abgesehen davon, daß am Bunde nichts schleunig erledigt werden kann, würden auch wir dann mit unsern Brandenburger Erbansprüchen hervortreten, was neue Verwicklungen hervorrufen müßte —

falls aber Bayern in der That die Mehrheit gewänne, so würde ein Conflict zwischen Preußen und dem

Bunde gegeben sein, den wir nicht scheuen, den Ihr selbst aber so dringend zu vermeiden wünscht. Wir würden dabei unser ganzes Volk in Waffen hinter uns haben; möge man sich hüten, die Sache auf diese Spitze zu treiben.

Aber mein Gott, rief Karolyi, der König von Bayern ist ein souveräner Herr, wir haben keine Mittel, Bayern zurückzuhalten.

Nun, sagte Bismarck, so laßt es gehen, aber bedenkt wohl, welche Stellung Ihr selbst bei der Sache einnehmen wollt. Uns erweckt Bayerns Vorgehen keine Besorgnisse; es könnte höchstens unsere Forderungen steigern. Wir legen in Deutschland nur auf das Bündniß mit Österreich Werth, mit dem starken, wohlbewehrten und conservativen Österreich; nur müssen wir wissen, ob wir ein Österreich Mensdorff's oder ein Österreich Schmerling's vor uns haben. In längerer Verhandlung führte er dann aus, daß ein Obsiegen der Schmerling'schen Tendenzen den Bruch zwischen den beiden Mächten nothwendig herbeiführen würde.

Glaubt Ihr, fragte endlich Karolyi, Euere Bedingungen bis Mitte Februar vorlegen zu können?

Vielleicht, erwiderte Bismarck, aber einen Termin lassen wir uns nicht setzen. Es ist keine leichte Arbeit, um die es sich handelt. Das Wichtigste für uns ist die Militärfrage. Die Erfolge des letzten Kriegs haben die Sicherheit unserer Nordgrenze nicht verbessert, sondern unsere dortigen Aufgaben vermehrt. In frühern Zeiten gab uns unsere Freundschaft mit dem bei europäischen Kriegen stets neutralen Dänemark eine wesentliche Deckung. Jetzt sind wir es, welche die durch ihre Lage nach allen Seiten ausgesetzten Herzogthümer zu decken haben. Bei jedem Angriff von Norden her würden

wir zuerst kämpfen müssen. Allerdings wird während eines allgemeinen Friedensstandes in Europa Dänemark trotz aller Erbitterung für sich allein nicht leicht einen solchen Angriff wagen. Er würde aber bei irgend einer europäischen Krisis nicht lange auf sich warten lassen, und bei einer solchen wäre Österreich anderwärts beschäftigt und nicht in der Lage, uns so wirksam wie im vorigen Jahre zu unterstützen. Da wäre es denn für uns von der höchsten Wichtigkeit, daß namentlich Schleswig nicht im ersten Anlauf genommen würde, und wir es wie dieses Mal mit schweren Opfern wieder erobern müßten. Unter einem selbständigen und deshalb ohnmächtigen Augustenburger Herzog würde dies aber ganz sicher geschehen: wir können dagegen nur durch starke territoriale Befestigungen und militärische Einrichtungen gesichert werden, welche, in unserer Hand befindlich und organisch mit den unsrigen verbunden, es möglich machten, dem ersten Anprall zu widerstehen, und ein rasches Überlaufen des Landes durch den Feind, wie solches 1849 gegen eine verhältnißmäßig zahlreiche und gute holsteinische Armee geschah, zu verhindern. Solche starke militärische Bürgschaften mit den verwickelten und wenig praktischen Vorschriften der Bundeskriegsverfassung in Einklang zu setzen, ist keine leichte Aufgabe. Wenn Österreich so eilig ist, möge es selbst doch uns Vorschläge machen, welche annehmbar genug sind, um eine Änderung des Status quo für uns zulässig zu machen.

Wir drängen, sagte Karolyi, aus dem einfachen Grunde, weil der europäische Friede bedroht ist, so lange die Frage offen bleibt.

Ein großer Irrthum! rief Bismarck. So lange wir einig bleiben, rührt sich keine der Großmächte gegen den

Status quo. Nur die Mittelstaaten sind unzufrieden, und möchten sich einmischen, so lange sie auf Österreichs Beistand hoffen.

Nein, nein, wiederholte Karolyi. Die offene Frage bringt Gefahr, und Österreich bedarf des gesicherten Friedens.

Die übereilte Entscheidung, entgegnete Bismarck, birgt größere Gefahr. Erfreut Euch doch der Vortheile, welche der gemeinsame Besitz auch für Österreich hat.

Wir können das nicht, schloß Karolyi. Unsere Position zu der Lösung der Frage ist genommen, die Fortdauer aber des Status quo wäre gleichbedeutend mit der Annexion. Hoffentlich erscheinen Preußens Bedingungen bis Mitte Februar; sonst würde Bayern vorgehen, und Österreich müßte sich aussprechen. Wir würden es in möglichst freundlicher Form gegen Preußen thun, aber die Divergenz wäre nicht mehr zu verdecken. Also bringt Euere Bedingungen so bald wie irgend möglich, damit solch ein Fall nicht eintrete.

So endigte dieses Gespräch[1]). Noch war die Trennung der beiden Mächte nicht vollzogen, aber es steht übel um die Freundschaft, wenn die Freunde sich gegenseitig mit so runder Aufrichtigkeit die Trennungsfälle anzeigen. Hier war dies nun so klar wie möglich geschehen durch Karolyi's Erklärung: wenn Preußen nicht im Februar annehmbare Vorschläge macht, so tritt Österreich zu den Mittelstaaten und der Bundesmehrheit über — und durch Bismarck's Antwort: wenn Österreich sich einem uns feindseligen Bundesbeschlusse zugesellt, so ist der Conflict vorhanden.

[1]) Nach Bismarck's sofort niedergeschriebener Aufzeichnung. Sie wurde Werther zugeschickt, und dieser meldete, daß Karolyi's Bericht, den er gelesen, damit übereinstimme.

Es war bei dieser Sachlage natürlich, daß die Mittelstaaten ihren Weizen blühen zu sehen meinten, und an ihrer Spitze Baron von der Pfordten seine Thätigkeit für einen günstigen Bundesbeschluß verdoppelte. Von allen deutschen Höfen meldeten die preußischen Gesandten den Einlauf eines bayerischen Rundschreibens, welches Stimmen für den Antrag warb; über den Inhalt desselben vermochte man in Berlin nichts Bestimmtes zu erfahren, glaubte aber[1]), es werde ein Ersuchen an die beiden Großmächte um Auskunft über den Stand der Sache und Theilnahme des Bundes an ihrer Behandlung enthalten. Immerhin meinte Bismarck, schon jetzt in Wien wie in Frankfurt seine Vorkehrungen treffen zu müssen. Am 14. Februar beauftragte er Werther, bei Mensdorff den Vertrag vom 16. Januar 1864 in Erinnerung zu bringen, durch welchen sich beide Mächte zugesagt hatten, die Zukunft der Herzogthümer nur in gegenseitigem Einverständniß zu regeln, und insbesondere die Erbfolgefrage nur in gemeinsamem Einvernehmen zu entscheiden — eine Abrede, wodurch offenbar jedes Übereinkommen mit einem Dritten über die Frage ausgeschlossen wäre. Als Werther dies vortrug, meinte Mensdorff, es sei doch natürlich, daß die Bestimmung des Vertrags nur so lange gelten könne, als überhaupt ein Einverständniß möglich sei. Darauf erwiderte dann Bismarck ebenso natürlich, so lange das Einverständniß über eine neue Einrichtung nicht erreicht würde, seien nach dem Vertrag beide Mächte zur Erhaltung des Status quo ohne Einmischung eines Dritten verpflichtet: was denn Mensdorff schließlich anzuerkennen nicht umhin konnte. Übrigens klagte er damals dem hannover'schen Gesandten, daß Rechberg in

[1]) Nach den Berichten des Prinzen Reuß aus München.

seiner kopflosen Politik stets dem Eindruck des Augenblicks gefolgt sei, so daß Österreich gar keine freie Hand mehr habe.

Ebenfalls am 14. Februar gab Bismarck dem Bundestagsgesandten Savigny in einer vorläufigen Instruction die Gesichtspunkte an, nach welchen er bei der Stellung des bayerischen Antrags zu verfahren habe. Kein Artikel der Bundesverträge gebe dem Bundestage das Recht, über eine streitige Thronfolge zu entscheiden. Kein Gesandter eines noch nicht anerkannten Fürsten könne in der Bundesversammlung mitwirken. Gegen eine Prüfung der Rechtsfrage sei nichts zu erinnern, vielmehr bedaure Preußen, daß die Ausschüsse sich noch gar nicht mit den Ansprüchen Oldenburgs und Brandenburgs beschäftigt hätten. Einstweilen gehe die preußische Ansicht dahin, daß ganz sicher keiner der Prätendenten Ansprüche auf ganz Schleswig-Holstein besitze, und keineswegs sei es über allen Zweifel erhaben, ob nach den Gottorp'schen Verzichten im 18. und 19. Jahrhundert, so wie nach der 1852 gegebenen Zustimmung Augustenburg's zu der beabsichtigten Thronfolge, und endlich nach der ohne Protest der holsteiner Stände formell erfolgten Publication des Thronfolgegesetzes von 1853 — ob nach alledem noch irgend jemand Ansprüche auch nur auf einen Theil der Herzogthümer erheben könne, außer Christian IX. und dessen Rechtsnachfolgern, Österreich und Preußen. Ein politischer Grund für diese, ihre Rechte auf Augustenburg zu übertragen, sei nicht vorhanden, und am wenigsten aus der Erklärung vom 28. Mai 1864 herzuleiten.

Unterdessen waren denn die Ministerien mit der Ausarbeitung der preußischen Forderungen fertig geworden, und am 22. Februar ging die lang ersehnte Botschaft nach Wien

ab. Allerdings, sie war leider nicht nach dem Sinne des „intimen Alliirten“ ausgefallen. Es erschienen die Anträge auf Anschluß der Herzogthümer an den Zollverein und das preußische Zollsystem, auf Überlieferung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen, auf die Oberaufsicht über den zu bauenden Nord-Ostsee-Canal, auf die Abtretung von Friedrichsort, Sonderburg-Düppel und den Mündungen des Canals. Vor Allem aber Heer und Flotte der Herzogthümer würden einen Theil der preußischen Kriegsmacht bilden, Rendsburg Bundesfestung mit preußischer Besatzung werden, die ganze Militärgesetzgebung Preußens in den Herzogthümern gelten, preußische Beamte die Aushebung von Recruten und Matrosen vollziehen, die Truppen den preußischen Fahneneid dem Könige leisten, und nach dessen Anordnung unter Umständen auch preußische Garnisonen beziehen, und im Krieg und Frieden dem Könige als ihrem Kriegsherrn unterstellt sein. Die Forderung wurde auf dieselben Gründe gestützt, welche Bismarck 14 Tage früher dem Grafen Karolyi entwickelt hatte, und sehr bestimmt zugleich erklärt, daß vor der Sicherung dieser Einrichtungen Preußen seine Herrschaftsrechte in den Herzogthümern keinem andern Landesherrn übertragen würde.

Preußischer Seits gab man diese Aufstellung als einen Beweis entgegenkommender Gesinnung, als eine erhebliche Einräumung im Vergleiche zu der an sich naturgemäßen Lösung, der Verwandlung Schleswig-Holsteins in eine preußische Provinz. Selten aber ist eine nachgiebige Concession einer so einstimmigen Verwerfung begegnet, wie diese. Jene deutschen Regierungen, die nicht für Augustenburg schwärmten, waren einig, die Annexion sei besser als solch

ein verzwickter Vasallenstaat. Die augustenburgisch Gesinnten wiesen eine Halbsouveränität, wie sie hier dem Erbprinzen zugedacht war, mit Entrüstung zurück; die Meisten wollten von gar keiner, die Gemäßigteren doch nur von einer viel geringeren Beschränkung der landesherrlichen Rechte hören. Gerade der Hauptpunkt, die Übertragung der Militärhoheit an Preußen, fand allgemeinen Widerspruch. In Wien waren der Kaiser, sämmtliche Minister und die öffentliche Meinung gleiches Sinnes, daß die preußischen Vorschläge absolut unannehmbar seien. Graf Mensdorff erklärte es dem Baron Werther schon am 27. Februar, und am 5. März ging der amtliche Ausspruch der kaiserlichen Regierung nach Berlin ab, daß auf dieser Grundlage eine Einigung unmöglich sei. Ton und Inhalt bezeugten, mit wie tiefer Erregung das Actenstück verfaßt worden war. Bereits im November, sagte die Depesche, haben wir uns gegen die Bildung eines halbsouveränen Staats Schleswig-Holstein, als die unvollkommenste aller Lösungen, erklärt: trotzdem ist es gerade dieser Gedanke, welchen das preußische Programm in beispielloser Ausdehnung verkörpert. Es liegt außerhalb aller Möglichkeit, den Chef eines solchen Staats als gleichberechtigtes Mitglied in den Kreis der deutschen Souveräne eintreten zu lassen. Vergebens hat sich die preußische Regierung bemüht, den Gegensatz zwischen ihrem Vorschlag und dem Bundesrechte zu verdecken: zwischen dieser factischen Mediatisirung und den Fundamentalsätzen der Bundesverträge besteht ein vollkommener Widerspruch. Die vorliegenden Forderungen richten sich ausschließlich auf preußische Specialvortheile; Alles, was dabei über die Förderung holsteiner und deutscher Interessen gesagt ist, müssen wir als unbegründet abweisen. Der jetzige Zustand

ist günstiger als jener, bei welchem Dänemark bis an die Elbe reichte, und der Schutz des Bundes sichert auch ein selbständiges Schleswig-Holstein gegen jede Gefahr. Wir sind bereit, Preußen alle Vortheile zuzuerkennen, zu denen es nach seinen Opfern, seinen Aufgaben, seiner geographischen Lage, berechtigt ist, Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung, den Kieler Hafen für Preußens Marine, den Nord-Ostsee-Canal, den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein. Wenn aber Preußen einen Gewinn erstrebt, der nur mit Aufopferung des Wesens des Bundes gewährt werden kann, so nöthigt es Österreich, auch seinerseits die Lösung auf dem Gebiete der österreichischen Interessen zu suchen. Den Boden des Bundesrechts verlassen, heißt, die gefährliche Frage der Entschädigungen heraufbeschwören. Wir sind daher nicht in der Lage, diese Vorschläge als eine Grundlage für fernere Verhandlungen anzusehen. So lange Preußen die Souveränitätsfrage in der Schwebe läßt, so lange fehlen die Vorbedingungen für die Erörterung specieller Fragen, und wir glauben daher, indem wir das uns mitgetheilte Programm ablehnen, nur eine Phase der Verhandlungen, in welcher definitive Vereinbarungen ohnehin nicht möglich wären, abzuschließen.

Es blieb also für's Erste bei dem Provisorium des gemeinsamen Besitzes, zu schwerer Bekümmerniß des Grafen Mensdorff und zu großer Zufriedenheit Bismarck's, der jetzt durch den einstweiligen Besitz zum definitiven Eigenthum auch ohne gewaltsame Mittel zu gelangen hoffte. Jedoch schien bei dem kategorischen, ja drohenden Tone der österreichischen Erklärungen immer eine gewisse Vorsicht geboten: wir haben bei dem dänischen Streite gesehen, wie Bismarck schon ein

volles Jahr vor dem Eintritt des offenen Bruchs die Frage über die dazu erforderlichen Streitmittel in Betracht ziehen ließ, und so begehrte auch jetzt gleich nach Werther's Meldungen vom 27. Februar der Kriegsminister von General Moltke ein Gutachten über die Stärke der im Kriegsfalle gegen Preußen verfügbaren österreichischen Armee.

Indessen, zur Zeit war sonst die Welt noch frei von Kriegsbesorgnissen. Die bald nach der Erneuerung des Zollvereins begonnene Unterhandlung über einen Handelsvertrag mit Österreich kam in diesem Augenblick zu günstiger Entscheidung. Eben am 27. Februar vollendeten die beiderseitigen Bevollmächtigten die Vereinbarung über ihre Tarifconcessionen und schritten demnach zur Paraphirung des Vertrags, als wenn niemals eine Differenz zwischen Preußen und Österreich denkbar wäre.

4. Capitel.

Preußen und Frankreich.

Wie Bismarck in diesem Zeitpunkt die Lage, die Aussichten und die daraus folgende Haltung der preußischen Politik auffaßte, darüber gibt uns seine damalige Correspondenz mit dem Grafen Goltz vollständigen Aufschluß.

Im Allgemeinen zeigte die alte Europa zu Anfang 1865, nach der Aufregung der polnischen und dänischen Kämpfe, etwas matte und abgespannte Züge. Im äußersten Osten, in den Donaufürstenthümern, gab es innere Wirren, welche die Aufmerksamkeit der Großmächte in verschiedenem Sinne beschäftigten; sonst herrschte Friede und Ruhe im Welttheil. Was die schleswig-holsteinische Frage betraf, so hoffte das Ausland durchgängig auf friedliche Lösung, England mit etwas mehr Neigung auf die österreichische, Rußland mit größerer Sympathie für die preußische Seite. Beide Mächte jedoch bekundeten mit großem Nachdruck, es würde ohne Ausnahme Alles, worüber in der Sache Österreich und Preußen übereinkämen, auch ihnen genehm sein. Napoleon aber hielt fest, wie sich versteht, an seinen stillen Wünschen, und sah mit

innerer Befriedigung, wie sich in der Eintracht der beiden deutschen Mächte immer bedenklichere Risse zeigten. Er ließ zuweilen ein Wort fallen, was Österreich und den Mittelstaaten Aussicht auf französisches Wohlwollen gewähren konnte, that aber, was ohne offene Aufforderung zum Kriege sich thun ließ, um Preußen vorwärts zu drängen. Seine stete Sorge war, Preußen möchte für Überlassung der Herzogthümer dem Wiener Hof Kriegshülfe zur Behauptung Venetiens zusagen, und sein stetes Thema in allen Mittheilungen nach Berlin blieb demnach, Preußen solle die Annexion durch Abstimmung des schleswig-holsteinischen Volkes und unter Rückgabe des nördlichen Schleswig an Dänemark sofort vollziehen; allmählich ließ er selbst die erste Bedingung fallen, und verhieß, keine Compensation für Frankreich zu begehren, wenn Preußen auf irgend eine Weise, nur unter Rückgabe des Nordens, die Herzogthümer sich aneigne. Freilich, wenn daraus ein großer Krieg mit nicht voraus zu berechnenden Folgen entstehe, dann müsse er sich freie Hand zur Wahrung der französischen Interessen vorbehalten. Wenn Goltz hienach durchgängig Grund hatte, Günstiges über die Stimmung des Kaisers zu berichten, so kamen dazwischen auch wieder Proben von der Abneigung des Ministers Drouyn de Lhuys gegen Preußen, von feindseligen Artikeln officiöser Pariser Blätter, oder von befremdlichen Äußerungen französischer Gesandter an deutschen und auswärtigen Höfen. Dennoch aber glaubte Goltz, auf Napoleon's Zuverlässigkeit bauen zu können. Wenn wir wollten, schrieb er damals, würden wir sehr leicht seine Allianz gegen Österreich erlangen können. Ich meine, erläuterte er gleich nachher am 8. Februar, nicht gerade einen förmlichen Vertrag, nicht daß wir uns Napoleon gegenüber

engagirten, sondern nur, daß wir seine Absichten bei Zeiten in authentischer Weise constatiren sollten.

Bismarck antwortete hierauf zunächst am 17. Februar durch die Mittheilung eines Gesprächs mit dem französischen Botschafter Benedetti, welchem er auf Befragen bereitwillig die preußischen Ansprüche an die Herzogthümer dargelegt hatte. Benedetti schien über die Größe der preußischen Forderungen überrascht, nämlich, wie er weiter erläuterte, nicht, daß Preußen so viel begehrte, sondern, daß es in Wien so viel zu erlangen hoffte; er fürchtete, daß es, um dies erwarten zu können, bereits eine Gegenconcession gemacht hätte oder doch zu übernehmen bereit sei. „Ich habe ihn, bemerkte Bismarck, hierüber vollständig, wie ich glaube, beruhigen können. Ich erklärte ihm, daß sich die Sache gerade entgegengesetzt verhalte. Wir forderten so wenig, um keine Verpflichtung gegen Österreich übernehmen zu müssen. Diese Forderungen blieben hinter dem zurück, was das eigene Land wünsche und erwarte, was auch im übrigen Deutschland Viele als richtig anerkännten; sie seien der Ausdruck von dem Mindesten, was wir zu verlangen berechtigt wären, und was uns Österreich ohne Unbilligkeit nicht versagen könne. Wenn Österreich uns nur diese Forderungen gewähre, so seien wir ihm dafür keinen Dank schuldig; im Gegentheil, es würde im Lande eine Verstimmung gegen Österreich zurückbleiben, dem man die Schuld beimessen würde, daß wir nicht mehr erreicht hätten; jedesfalls würden wir damit die Angelegenheit zu einem Ergebniß führen, dessen bescheidene Vortheile uns frei von jeder staatlichen Verpflichtung gegen Österreich ließen, und dem Einverständniß des liberalen Theils der deutschen Regierungen und der öffentlichen Meinung begegnen würden."

Diese Bemerkungen hatten, wie es schien, den Botschafter beruhigt, dessen Besorgniß hauptsächlich darauf gerichtet war, das Preußen Verpflichtungen für den Fall eines Kriegs über Österreichs außerdeutsche Besitzungen übernommen hätte. „Ich habe ihm dagegen, schrieb Bismarck weiter, nicht verhehlt, daß wir unser Verhalten im Falle eines solchen Kriegs zwar von den Umständen abhängig machen und dabei nur unsere eigenen Interessen zu Rathe ziehen müßten, daß wir es aber für eine thörichte Politik halten würden, durch ein Engagement im Voraus dem Wiener Cabinet eine Sicherheit zu gewähren, welche dieses in den Stand setzte, im Vertrauen auf unsere Hülfe eine kriegerische und aggressive Haltung anzunehmen, und welche uns an eine solche, von uns nicht gebilligte Politik binden könnte. Eine entschiedenere Annäherung an Österreich könnte uns nur durch Frankreich selbst zur Nothwendigkeit gemacht werden. Wenn Frankreich in der Frage der Elbherzogthümer und in seiner Haltung zu den Mittelstaaten eine uns feindseligere, ja drohende Haltung annehmen sollte, dann würde allerdings die Rücksicht auf unsere eigene Sicherheit und der Wunsch einer festen Stellung bei uns überwiegen, und wir würden alsdann, um uns Österreichs zu versichern, und nach dieser Seite hin in keine Schwierigkeit zu kommen, auch in den Herzogthümern lieber mit Wenigerem uns begnügen, wodurch wir den guten Willen Österreichs gewinnen, und auch zu den Mittelstaaten unsere Verhältnisse leicht wiederherstellen könnten. Dann würde die Empfindlichkeit über das minus, was wir erlangten, gegen Frankreich sich kehren, dessen Haltung uns genöthigt hätte, uns mit so Wenigem zu begnügen, und das in Preußen nicht populäre Bündniß mit Österreich zu suchen. Eine solche

Eventualität läge zu unserer Befriedigung bei Lebzeiten der jetzigen Souveräne Preußens und Frankreichs außerhalb aller Wahrscheinlichkeit. Im Gegentheil gebe gerade das freundschaftliche Verhalten des Kaisers Napoleon uns die Möglichkeit, unsere Forderungen an Österreich unsern Bedürfnissen entsprechend zu bemessen, und sichere so dem Kaiser die Dankbarkeit Preußens."

Graf Benedetti hatte dann jeden Gedanken an eine feindselige und unsern Wünschen entgegentretende Haltung Frankreichs eifrig und mit Entschiedenheit abgelehnt.

Bismarck's Verhalten gegenüber den beiden Höfen von Wien und von Versailles war in diesen Erörterungen deutlich genug bezeichnet: Vermeiden jeder bindenden Verpflichtung Preußens, und einstweilen Verwerthung der guten Beziehungen zu der einen Macht für die Erlangung günstiger Concessionen von der andern. Indessen wollte er bei der entscheidenden Wichtigkeit der napoleonischen Entschließungen und der daraus sich ergebenden Nothwendigkeit eines fest bemessenen und streng planmäßigen Verhaltens, den Grafen Goltz darüber nicht im Zweifel lassen, daß König Wilhelm sehr geringe Neigung zu einem französischen Bündniß habe, und nur im äußersten Nothfall zu einem solchen Schritte sich herbeilassen würde. Es war dies schließlich auch Bismarck's Ansicht, und der einzige Unterschied zwischen den Stimmungen des Königs und des Ministers ließe sich vielleicht dahin bezeichnen, daß es bei dem festen Entschlusse beider Männer, in jedem Falle Preußens Ehre und Interesse zu wahren, dem König Herzenssache war, dabei so weit wie möglich mit Österreich in Friede und Freundschaft zu bleiben, dem Minister aber Verstandessache, daß zur Erlangung des Bodens

für eine echte Freundschaft vielleicht erst eine kriegerische Auseinandersetzung durchgemacht werden müsse. Bismarck sandte also den 20. Februar an Goltz folgende Depesche:

„Obschon mit Ew. Excellenz darin einverstanden, daß wir, nachdem schon ein Bruch mit Österreich eingetreten wäre, die Unterstützung Frankreichs kaum anders als auf lästige Bedingungen erhalten würden, erscheint es mir doch ebenso schwierig als bedenklich, schon jetzt in Paris solche Schritte zu thun, wie sie erforderlich wären, um eine Äußerung des Kaisers herbeizuführen, welche uns irgend welche Bürgschaften gewährte. Sollten die Intentionen des Kaisers einen maaßgebenden Factor für unsere politischen Berechnungen abgeben, so müßten sie in authentischer Weise constatirt und präcisirt werden. An einer nur moralisch verbindlichen Zusage dürften wir uns nicht genügen lassen, und in einer bindenden Form auch nur seine eventuellen Absichten kund zu thun, würde der Kaiser unzweifelhaft nur unter der Voraussetzung geneigt sein, daß auch der König sich zu einer entsprechenden Willensäußerung verstände. Wenn überhaupt zu einem Resultate, würden die Verhandlungen zu einem vertragsmäßigen Abkommen in einer der strengeren Formen führen."

„Ich will nicht auf eine Erörterung darüber eingehen, wie sehr ein solches Abkommen auf Jahrzehnte hinaus von Einfluß auf unsere und die europäische Geschichte werden müßte, sondern Ew. Excellenz ersuchen, mich in der Betrachtung zu begleiten, ob der Vertrag, wenn die Zeit seiner Erfüllung gekommen, uns das gewähren würde, was er uns sichern sollte, und ob er nicht vorher schon uns Nachtheile bringen könnte, die wir ohne denselben nicht zu besorgen haben. Keine noch so sorgfältige Redaction würde uns davor schützen,

daß Frankreich, wenn zur Verfallzeit die allgemeinen Verhältnisse und seine besonderen Interessen es erheischen sollten, in dem Augenblicke, wo wir die Erfüllung fordern, durch eine Interpretation entschlüpfte und uns um die Früchte des geheimen Vertrages brächte. Nicht so problematisch, wie der künftige Gewinn, erscheint mir, wenn ich mich in die Situation des andern Contrahenten hinein denke, die unmittelbare Gefahr. Nach ihren, in der Natur der Dinge begründeten Interessen, kann der französischen Regierung nichts mehr am Herzen liegen, als das Bündniß zwischen Preußen und Österreich zu sprengen; dieser Erfolg allein wäre ihr ein hinlänglicher Preis, um uns in den Elbherzogthümern wesentliche Concessionen zu machen. Wir können sie nicht der Versuchung aussetzen, die in der Existenz eines solchen Vertrages läge, können nicht ein Document in ihre Hand geben, das nur gezeigt, nur erwähnt zu werden brauchte, um ihr den ersehnten Erfolg in vollem Maaße zu verschaffen. Der Mangel an Aufrichtigkeit gegen Österreich, dessen uns jeden Augenblick zu überführen, Frankreich ein so sicheres Mittel besäße, würde uns nicht nur auf lange Zeit jedes Vertrauen Österreichs kosten, sondern auch in Deutschland die volle Verurtheilung durch das Volk und die Regierungen nach sich ziehen; er würde tiefes Mißtrauen erzeugen bei England, das sich durch uns auf der Seite indirect bedroht glauben würde, wo es für den Fall eines großen Conflicts auf unsere Unterstützung zu rechnen liebt; er würde erkältend auf unsere Beziehungen zu Rußland wirken. Den andern Mächten gegenüber isolirt, wären wir auf Frankreich allein angewiesen: ohne seinen Zumuthungen ein hinreichendes Gegengewicht, sei es in Anerbietungen, sei es in Drohungen, leisten zu können, dürften

wir nicht einmal erwarten, daß das deutsche Nationalgefühl sich für eine durch Preußen aufgelegte Rheinbundspolitik und für ein verstümmeltes Schleswig-Holstein erwärmen würde."

„Das Bündniß mit Frankreich ist nur ein Nothanker für den Fall, daß das Wiener Cabinet uns einen billigen Abschluß versagt. Dann, nachdem sein Bündniß sich für uns als werthlos erwiesen hätte, oder wenn es durch Österreichs Initiative sich löste, würden wir, vor Deutschland und Europa gerechtfertigt, offen mit Frankreich abschließen können."

„Verglichen mit den Verhältnissen, die ein Versuch, uns der eventuellen Absichten Frankreichs zu vergewissern, erst schaffen würde, halte ich den gegenwärtigen Stand der Dinge für den günstigern. Jede von beiden Mächten, Frankreich wie Österreich, hält sich bisher die Möglichkeit gegenwärtig, daß wir uns der andern weiter, als bisher geschehen, nähern könnten, und der Druck einer solchen Besorgniß hat mehr Wirkung, als das eingetretene Übel selbst. Österreich würde in dem ausgebrochenen Kriege gezwungen sein, einen Muth zu gewinnen, welchen gegenüber der Besorgniß vor einem Kriege zu fassen, ihm erfahrungsmäßig schwer fällt."

„Sollen wir im Vertrauen auf Frankreich, mit Österreich brechen, oder doch dem Cabinet der Tuilerien das sichere Mittel zur Herbeiführung dieses Bruchs in die Hand legen, so müssen wir uns fragen, welchen Grad von Aufrichtigkeit wir in dem Entgegenkommen eben dieses Cabinets voraussetzen können. Wir haben kein Recht, eine gemüthliche Hingebung für Preußen in der französischen Politik vorauszusetzen, wie auch unsere Politik von derartigen Gefühlen für irgend eine fremde Macht frei ist. Wir beklagen uns daher nicht über die vorliegenden Thatsachen."

„Herr Drouyn de Lhuys machte uns aufmunternde Zusicherungen im Sinne der Annexion; seine Collegen geben den Zeitungen entgegengesetzte Instructionen. In Petersburg, in Kopenhagen, in München, in Dresden belebt zu unserem Wissen die französische Diplomatie den Widerstand gegen die Annexion der Herzogthümer; ob anderswo in Deutschland, ob in London, ist nicht ausgeschlossen. Unverkennbar ist die Haltung eine zweideutige.“

„Wir dürfen dadurch nicht befremdet, nicht verletzt sein. Frankreich schuldet uns nichts. Es würde nur dem Gebote eines natürlichen Egoismus folgen, indem es seine Stellung uns gegenüber, indem es uns selbst auszunutzen suchte, indem es auf unsere Kosten dem Nationalitätsprincip eine Genugthuung, der Anhänglichkeit Dänemarks (anders als England) eine Belohnung, dem allgemeinen Stimmrecht einen neuen Triumph gewährte. Möglich, daß ihm diese Äquivalente genügen, und gewiß, daß die Aussicht darauf ihm die Berechtigung gibt, sich, da es unserer Haltung nicht sicher ist, die Wege nach München offen zu halten.“

„In der Persönlichkeit des Kaisers Napoleon und der Methode seiner Politik finde ich nichts, was den Eindruck der realen Verhältnisse alteriren könnte. Ich vermag die Anschauung Ew. Excellenz nicht zu theilen, daß der Kaiser einen Minister längere Zeit hindurch sich in einer politischen Richtung ergehen lasse, für die derselbe nicht die volle Billigung und den Auftrag seines Souveräns besitzt. Die Weisungen, welche an die Presse gegeben werden, können vielleicht mündlich desavouirt, über ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich vielleicht Bedauern ausgedrückt werden; aber der Kaiser ist zu umsichtig, zu sehr durch die Erfahrung

der jüngsten Zeit gewarnt, um in einer Frage, welche, wie die polnische, ihm die Summe des bei uns erworbenen Vertrauens kosten kann, einen Minister seinen eigenen Impulsen zu überlassen. Wie er in Polen seine eigenste Politik getrieben hat — im Mai 1862 erhielt ich aus seinem Munde die Mittheilung, daß er glaube, für Polen etwas thun zu müssen — wie er gelegentlich die abweichende Haltung des Prinzen Napoleon benutzt hat, um sie nach Bedürfniß fallen zu lassen oder zu adoptiren: so wird auch die Doppelzüngigkeit Frankreichs in der vorliegenden Frage ein Ausfluß seines Willens sein, um die Möglichkeit zu wahren, im rechten Augenblick auf die eine oder die andere Seite treten zu können. Vielleicht ist auch diese Politik auf seinem Standpunkt die richtige; denn wenn uns unser Bewußtsein sagt, daß weder Frankreich für Preußen, noch wir für Frankreich ein Bundesgenosse à toute épreuve sein können, so wird auch ihm diese Wahrheit nicht verborgen sein. Unsere Haltung gegen Frankreich wird getragen von der immer präsenten Voraussetzung, daß man sich auf der andern Seite nur durch seine Interessen bestimmen läßt, und von dem Bewußtsein, daß wir dasselbe thun; sie wird ebenso frei von Hingebung wie von Verstimmung sein. Ich beobachte die Vorsicht, Herrn Benedetti nichts zu sagen, was nicht in Wien, und dem Grafen Karolyi nichts, was nicht in Paris wieder gesagt werden kann. Obgleich tactvoller als in Wien, würde man auch in Paris einer sehr starken Versuchung zu Indiscretionen von eminentem politischem Nutzen schwerlich wiederstehen."

„Ich halte das österreichische Bündniß nicht für ausgenutzt, und glaube, daß wir, indem wir Wien zwischen der Hoffnung auf unsern Beistand und der Furcht vor dem

Übertritt auf Seite der Gegner Österreichs erhalten, bessere Geschäfte machen, als wenn wir Österreich ohne Noth zwingen, sich auf unwiderruflichen Bruch mit uns einzurichten. Es scheint mir zweckmäßiger, die einmal bestehende Ehe trotz kleiner Hauskriege einstweilen fortzusetzen, und wenn die Scheidung nothwendig wird, die Verhältnisse zu nehmen, wie sie dann sind, als schon jetzt das Band unter allen Nachtheilen zweifelloser Perfidie zu zerreißen, ohne die Sicherheit, jetzt bessere Bedingungen in einer neuen Verbindung zu finden als später."

„Die Politik Sr. Majestät hat eine starke Stütze einmal in der Thatsache, daß wir in den Herzogthümern, Dank den Umständen, in einem höhern Grade als Österreich Besitzer sind, und aus dem Besitze selbst immer wachsende Bürgschaften für die Fortdauer desselben gewinnen, und zweitens in dem Entschlusse, das Land nicht zu verlassen, es sei denn, daß wir befriedigt oder mit Gewalt daraus vertrieben werden Ein Angriffskrieg, zu dem Zwecke, uns zu vertreiben, würde jeder Macht einen schweren Entschluß kosten. Wir wissen bestimmt, was wir wollen: die Annexion, wenn sie ohne Krieg zu erreichen ist, oder wenn vor der Entscheidung andere Ursachen den Krieg herbeiführen; jedesfalls aber ein Verhältniß, welches die Festungen und Kriegshäfen, so wie die Verfügung über die Streitkräfte und andere Rechte in den Herzogthümern in unsere Hand gibt. Für die Differenz dieser beiden Lösungen den Krieg mit europäischen Großmächten aufzunehmen, scheint mir mit dem Werthe des Objects nicht im Verhältniß zu stehen. Gegen die Herabdrückung unserer Ansprüche unter die zweite aber würden wir den Degen ziehen und der vollen Sympathie des Landes sicher sein."

Dies Alles war geschrieben, ehe das preußische Programm vom 22. Februar nach Wien abgegangen, und von Wien aus dann die Unmöglichkeit jeder Verhandlung auf dieser Grundlage erklärt worden war. Indessen wurde doch, so peremptorisch die österreichische Ablehnung gehalten war, für jetzt an dem dem Grafen Goltz bezeichneten Standpunkte nichts geändert. Das letzte Wort war von Wien noch nicht gesprochen; noch konnte man abwarten, wie sich Österreich zu dem Drängen der Mittelstaaten stellen, und vor Allem, welche Wirkungen der gemeinsame Besitz der Herzogthümer für Preußen entwickeln würde.

5. Capitel.

Die Zustände in Schleswig-Holstein.

Es stand also fest: in Ermanglung eines von beiden Mächten genehmigten Definitivums sollte die gemeinschaftliche Regierung der Herzogthümer einstweilen fortdauern.

Die Hoffnung Bismarck's, die Sorge Mensdorff's, daß sich aus einem solchen Provisorium mit innerer Nothwendigkeit sehr bald die preußische Annexion herausbilden müßte, wäre ohne Zweifel begründet gewesen, wenn die Abtretung der Herzogthümer an die beiden Mächte etwa im Jahre 1860 durch den damals unbestritten herrschenden König Frederik VII. erfolgt wäre.

Bekanntlich aber geschah sie erst ein Jahr nach dem Tode dieses Fürsten, nachdem der Erbprinz von Augustenburg seinen agnatischen Thronanspruch erhoben und weit und breit bei der Bevölkerung zu enthusiastischer Anerkennung gebracht hatte. Als die Commissare des Condominiums Ende 1864 die Verwaltung antraten, zeigte sich bald, daß sie mit dem Erbprinzen als einem dritten Mitbesitzer zu rechnen hatten. Wären die beiden Mächte einig gewesen, so hätte die Beseitigung desselben geringe Schwierigkeit gemacht.

Aber da sie eben nicht einig waren, so gab die Existenz des Prinzen dem Wiener Cabinet die erwünschte Gelegenheit, jeden Fortschritt seines preußischen Genossen zu Nichte zu machen.

Daß das befreite Schleswig-Holstein als souveräner Bundesstaat ein kümmerliches Dasein führen würde, ließ sich ziffermäßig darthun. Nach seinen bisherigen Einrichtungen beliefen sich seine Einnahmen in runder Summe auf 6½ Million Thaler[1]); die Erhebungskosten und die Ausgaben der Localverwaltung nahmen 4½, sowie die Verzinsung der alten, bei der Auseinandersetzung mit Dänemark überkommenen Staatsschuld, eine Million in Anspruch: es blieb also ein Überschuß von einer Million, auf welchen dann Civilliste, Heer, Festungen, Marine und die Centralbehörden anzuweisen wären. Setzte man die Civilliste auch nur auf eine halbe, die laufenden Kosten des Bundescontingents auf 1½, die der Centralbehörden auf eine Million, so ergäbe sich bereits ein Deficit von zwei Millionen. Dazu aber käme dann noch eine erhebliche Erhöhung der Staatsschuld durch die preußischen Kriegskosten von etwas über 22, die österreichischen von 12, die Anschaffung von den für das Heer erforderlichen Vorräthen von etwa 10, im Ganzen also ein Betrag von 44 Millionen, also an jährlichen Zinsen von mehr als 2 Millionen, und so müßte das Deficit sich auf etwa 4½ Million erhöhen, und mithin die Einnahme von

[1]) Diese und die folgenden Ziffern aus den Acten. In den beiden Kriegsjahren 1848 und 1849 hatte das Land je 9—10 Millionen aufgebracht; für 1850 war das Budget — vor Wiederausbruch des Kriegs — auf rund 7 Millionen bemessen worden. Fock, Schleswig-Holstein'sche Erinnerungen, S. 230.

6½ auf 11 Millionen gesteigert werden. Dies ergäbe bei einer Seelenzahl von nicht ganz einer Million eine Durchschnittsbelastung des einzelnen Einwohners von etwas über 11 Thaler für die gesammte Staatseinnahme, oder von 3 Thalern für die Verzinsung der Staatsschuld, während damals in Preußen diese Posten sich auf etwas über 7 Thaler, beziehungsweise auf 25 Silbergroschen stellten[1]).

Es ist sofort einleuchtend, wie nichtig bei einer solchen Finanzlage die Hoffnung werden mußte, durch die Befreiung Schleswig-Holsteins die Sicherheit Norddeutschlands gestärkt und die Entwicklung einer deutschen Seemacht belebt zu sehen. Bei jener erdrückenden Belastung des Volkes war noch kein Thaler für die Marine, für den Küstenschutz, für Hafen-, Canal- oder sonstige öffentliche Bauten vorgesehen, und nichts war gewisser, als daß auch das Landheer keine wirkliche Erhöhung der deutschen Wehrkraft geliefert hätte. Man wäre eben auch in dieser Beziehung, wie es Mensdorff, Beust und Pfordten empfahlen, bei den Zuständen der alten Bundespraxis geblieben. Die Schöpfung einer deutschen Flotte hätte ganz dieselben Hindernisse gefunden wie 1852, nur daß sich die Zahl der discutirenden Stimmen noch um eine vermehrt hätte. Für die Sicherung der deutschen Küsten hätte Schleswig-Holstein genau so viel gethan, wie bisher Hannover und Oldenburg; für das Landheer hätte

[1]) Allerdings enthielten jene Localverwaltungskosten in Schleswig-Holstein manche Ausgaben, welche in Preußen nicht als Staats-, sondern als Communallasten figurirten. Dafür aber fiel der Bevölkerung der Herzogthümer neben den Staatssteuern in Justiz und Verwaltung eine Masse von Sporteln zur Last, die ungleich höher waren als in Preußen.

man sich ohne Zweifel mit der nothdürftigen Bereithaltung des für Holstein festgesetzten Bundescontingents von 6000 Mann begnügt, statt dasselbe bei dem Hinzutritt Schleswigs zu verdoppeln. Zur Entschädigung für dies Alles hätte sich freilich der eine Vortheil ergeben: Deutschland hätte dann 30 statt 29 souveräner Höfe besessen.

Dagegen bei der Annexion hätte Preußen jenen Schuldenzuwachs von 44 Millionen übernommen; die Civilliste und ein erheblicher Theil der Centralbehörden wäre fortgefallen; statt dessen wäre das preußische Heerwesen eingeführt worden, welches im Jahre 1865 zwei Thaler auf den Kopf der Bevölkerung forderte, und dafür nicht 6000, sondern im Frieden 10000, im Kriege 30000 Combattanten von jeder Million Einwohner aufstellte, und alle Mittel damals aufbot, zu der Entwicklung einer seetüchtigen Kriegsmarine zu gelangen.

Alle diese Daten lagen der preußischen Regierung vor, und gaben ihr das gute Gewissen, unabänderlich auf ihren Forderungen, gleich sehr im Interesse der Herzogthümer, Preußens und Deutschlands, festzustehen.

Leider waren sie dem Volke, sowohl in Schleswig-Holstein als sonst in Deutschland, theils unbekannt, theils im Eifer der Parteibewegung unbeachtet geblieben.

In Holstein, und großes Theils auch in Schleswig, hatte das Kriegsjahr den Einwohnern nur geringe Belastung, ja statt deren manche finanzielle Vortheile gebracht. Mit einem Schlage waren seit December 1863 alle bisherigen Ausgaben für die königliche Civilliste, die Ministerien in Kopenhagen, die Armee und die Flotte, weggefallen, und die bisher nach Kopenhagen gewanderten Erträge der Domänen im Lande

geblieben. Von den deutschen Truppen hatte seit März bis October 1864 ein großer Theil in Jütland auf Feindes Kosten gelebt; für die übrigen hatte zwar Schleswig die Naturalverpflegung aufzubringen gehabt, dafür aber Scheine im Betrage von rund 700000 Thalern erhalten, an deren baldiger Einlösung nirgendwo ein Zweifel bestand. So hatten sich in den Cassen der Herzogthümer recht ansehnliche Überschüsse gesammelt, von welchen allerdings seit dem October die Feldzulagen der deutschen Truppen bestritten werden mußten, immer aber noch mehr als 700000 Thaler in der Hamburger Bank zinsbar angelegt waren. Unter diesen Umständen also dachten sehr wenige Menschen in den Herzogthümern an eine bevorstehende Finanzklemme, und wo etwa ein solcher Gedanke auftauchte, wurde er schnell durch das muthige Wort beseitigt, daß Schleswig-Holstein bereit sei, nicht bloß sein Blut, sondern auch sein Gut für seine Freiheit einzusetzen.

Es stand nun, was diese Opferwilligkeit betraf, damals in den Herzogthümern ebenso, wie es bei allen Nationen durchgängig der Fall ist. Eine große Masse des Volkes war politisch inactiv; auf obrigkeitlichen Befehl würde auch sie ohne Widerstreben Recruten liefern und Steuern zahlen; aber ihre eigene Herzenssorge gehörte doch ausschließlich ihrer Familie, ihrem Acker, ihren Heerden. Sollte eine politische Demonstration vorgenommen oder eine patriotische Resolution gefaßt werden, so erschien sie auf das Betreiben ihrer Vertrauensmänner; dergleichen war indessen seit einem Jahre so vielfach geschehen, daß in weiten Kreisen der Wunsch herrschte, mit solcher Unruhe nicht weiter mehr behelligt zu werden. Auf Leute solcher Art hätte denn auch die Frage über künftige

Höhe der Steuern einen nicht unerheblichen Eindruck gemacht. Aber diese Schichten der Bevölkerung waren eben politisch träge, und folgten schließlich doch den Antrieben der über ihren Häuptern sich bewegenden, geistig angeregten und politisch thätigen Minorität. Diese aber war damals, mit Ausnahme weniger Gruppen, durchaus antipreußisch, und zog den größten Theil der Bevölkerung durch eine unablässige Agitation in ihre Richtung hinein. Die Dankbarkeit, welche das Land den preußischen Befreiern schuldete, trat zurück gegen eine ganze Reihe verschiedener Affecte, hoher und niedriger Art. Die Forderungen eines idealen Pflichtsgefühls wurden in diesem Falle durch verlockende Motive der Eitelkeit und Selbstsucht unterstützt. Wie hätte das Volk widerstehen sollen?

Seit dem Einzug der Bundestruppen hatte das Land dem ihm bis dahin völlig unbekannten Erbprinzen von Augustenburg, als der Verkörperung des „Los von Dänemark“ zugejauchzt: Tausende und wieder Tausende hatten ihm ihre Huldigung dargebracht und ihn aus voller Überzeugung als den einzig legitimen Landesherrn, als Herzog Friedrich VIII. begrüßt. Wäre es nun möglich, daß ehrenfeste Holsten nach wenigen Monaten das gegebene Manneswort brächen, und, einem brutalen Machtgebot sich beugend, heute verwärfen, was sie gestern verehrt hätten? Gerade bei den Besten und Gewissenhaftesten klang dieser Ruf in die Tiefe der Seele hinein: Schleswig-Holstein könnte den Fürsten nicht verläugnen, dem es soeben seine begeisterte Anerkennung dargebracht hatte. Gegen die Vergewaltigung Friedrich's VIII. sträubte sich nicht bloß eine politische Erwägung, sondern das Gewissen des Volkes. Dies Gefühl war lebendig auch bei armen Bauern, die weder von agnatischem Erbrecht, noch von

deutscher Bundesreform eine Vorstellung hatten, und nur selten kam es vor, daß einer zweifelte, oder, wie einmal ein ehrlicher Müller in Angeln sich erkundigte: in der Versammlung hat der Herr Schulmeister gesagt, für uns Alle huldige er dem Herzog; ich habe ihm keinen Auftrag gegeben; bin ich daran gebunden? Die Mehrheit fühlte sich in der That gebunden, wenn nicht durch einen formellen Huldigungsact, so doch durch die Consequenz des eigenen Thuns, durch die ehrliche, eigene Rechtsüberzeugung.

Neben diesem höchst respectablen Pflicht- und Ehrgefühl wurden mannigfaltige Landes- und Standesinteressen wirksam.

Das Volk der Herzogthümer war, wie bereits früher bemerkt, conservativ und beständig in seiner Eigenart. Bei der soliden Wohlhabenheit des Landes bewegte sich das Leben der großen Mehrheit in schlichtem Behagen auf den von Alters hergebrachten Geleisen. Fremde Elemente außer den verhaßten Dänen kamen selten in das Land; zum Vergleiche des eigenen und eines fremden Brauchs war wenig Gelegenheit. So entwickelte sich ein äußerst starkes provinziales Selbstgefühl, welchem die Leute da draußen in der Welt als ziemlich klein neben dem hochgewachsenen Holstenstamm erschienen. Es ist das freilich allgemeine deutsche Art oder Unart; hier aber, auf der meerumschlungenen Halbinsel, war sie durch die Verhältnisse doch zu seltener Energie gesteigert. Man hatte das stolze Bewußtsein, der dänischen Übermacht ein Menschenalter hindurch zähen Widerstand geleistet zu haben; man war verwöhnt durch die unermeßliche Popularität, deren sich seit 1846 die Sache der Herzogthümer in ganz Deutschland erfreute; mehr als ein holsteiner Politiker erwartete von der Aufrichtung eines selbständigen Holstenstaats

eine neue Epoche des europäischen Völkerlebens. Und ein solches Land sollte jetzt aufhören, zu existiren? sollte preußisch werden? die schleswig-holsteinische Armee, welche 1848 zwar unglücklich, aber ruhmreich gekämpft, sollte in der preußischen verschwinden? holsteinischen Männern sollte zugemuthet werden, im fremden Lande Garnison zu beziehen und mit der magern Kost preußischer Recruten vorlieb zu nehmen? Ein einmüthiges Nein und abermals Nein antwortete diesen Fragen. Ein festgewurzelter, zäher Particularismus stellte sich hier Bismarck's deutschen Gedanken in den Weg.

Diese Stimmungen waren allerdings nicht gleichmäßig in den Herzogthümern verbreitet; sie waren stärker in Holstein als in Schleswig, und wieder stärker in den städtischen als in den bäuerlichen Kreisen vorhanden. Das Letztere hatte seinen einfachen Grund in dem Umstande, daß in dem bisherigen Staatswesen das platte Land die Lasten getragen, die Städte aber die Vortheile genossen hatten, daß also jenes mit geringerer Besorgniß als diese einer Änderung des Zustandes entgegensah. Der Grundbesitz lieferte durch verschiedene Realsteuern ungefähr drei Achtel des Staatseinkommens; die ritterschaftlichen Güter erfreuten sich dabei einiger, immerhin geringfügiger Erleichterungen, hatten dafür aber in jenem Augenblick die Aussicht, bei der Erstattung der deutschen Kriegskosten zu gewaltigen Beiträgen herangezogen zu werden, was bei der preußischen Annexion in Wegfall käme; jedesfalls war die Grundsteuer ungefähr doppelt so hoch wie in Preußen. Dagegen lebte bisher das Bürgerthum in den Städten beinahe steuerfrei; Gewerbesteuern, so wie Abgaben vom beweglichen Vermögen existirten nicht; es gab nur eine Gebäudesteuer von unerheblichem Betrag. Wie die Steuer-, wurde auch die

Militärlast von dem besitzenden Bürgerthum kaum empfunden. Denn die dänische Gesetzgebung ließ die Stellvertretung zu, und da das jährliche Recrutencontingent gering war, standen auch die Preise der Stellvertreter sehr niedrig. Alle Welt war hier also entsetzt über den Gedanken an preußisches Steuersystem und vollends an allgemeine Dienstpflicht. Die Kaufleute, die in der altgewohnten Weise ihres Geschäftsbetriebes einen mäßigen, aber sichern Gewinn bezogen, fürchteten von dem Eintritt in den Zollverein ganz neue Conjuncturen, neue Concurrenz und neue, lästige Arbeit; die zünftigen Handwerker empfanden ähnliches Grauen vor der Einführung der preußischen Gewerbefreiheit. Der Universität war es nicht gleichgültig, wenn mit der preußischen Annexion der Zwang eines zweijährigen Studiums in Kiel für alle künftigen Beamten wegfiel. Die jungen Juristen machten bisher gleich nach dem Abgang von der Universität ihr Examen, und konnten dann treiben, was sie wollten, bis sie die Berufung in ein Amt erhielten; ihnen drohte die Annexion mit dem langen Vorbereitungsdienst und dem schlimmen dritten Examen der preußischen Referendare. Die sehr zahlreichen und einflußreichen Beamten bezogen entweder hohes Gehalt oder hohe Sporteln, und standen unter geringer Controle; es gab z. B. keine Oberrechnungskammer; unter preußischer Herrschaft dagegen würde eine kleinere Zahl von Personen in eine so angesehene Stellung gelangen, und die wenigen Glücklichen schlechter bezahlt und schärfer beaufsichtigt werden als bisher. Alle diese Elemente freuten sich, für die Vertheidigung ihrer Sonderinteressen ein geachtetes Banner in dem Namen Augustenburg und einen populären Schlachtruf in dem Hoch auf das unabhängige Schleswig-Holstein zu

haben, und warfen sich mit patriotischem Eifer in die Agitation für Herzog Friedrich und in den Widerstand gegen Bismarck's sogenanntes Junkerregiment. Die liberale Partei in ganz Deutschland rief ihnen Beifall zu, ohne zu ahnen, für welche Bestrebungen sie sich begeisterte. Denn die bevorstehenden Folgen der Annexion, welche die Anhänger Augustenburg's zu so lebhaftem Auftreten veranlaßten, die Einführung der Gewerbefreiheit und weiterer Handelsconcurrenz, die gleichmäßige und gerechte Vertheilung der Steuer- und Militärlast, die sorgfältigere Ausbildung der Beamten, die Verminderung ihrer Zahl und ihrer Sporteln bei schärfer gespannter Leistung: das Alles gehörte sonst überall gerade zum Programm der liberalen Partei, und der bestehende Zustand, welchen die Freunde Augustenburg's für Schleswig-Holstein zu erretten strebten, war ein Conglomerat von Sonderrechten, die auf Kosten des gemeinen Wohls sich durch die Jahrhunderte fortgeschleppt hatten. In Deutschland begnügte man sich mit der Wahrnehmung, daß der Großgrundbesitz der Herzogthümer für die Annexion, und das städtische Bürgerthum gegen dieselbe auftrat, um auch in dieser Frage Bismarck als den Vorkämpfer der feudalen Tendenzen zu verrufen: in Wahrheit bedeutete die von ihm erstrebte Annexion die Beseitigung der feudalen Privilegien durch den liberalen Staat, und nicht Bismarck, sondern das holsteinische Bürgerthum kämpfte für ein feudales Gemeinwesen.

Wir haben früher bemerkt, wie unter dem Schutze der Bundesexecution der Erbprinz von Augustenburg, getragen durch all jene populären Stimmungen, thatsächlich von Holstein Besitz ergriffen hatte. Die neue Landesregierung und all ihre Behörden ohne Ausnahme waren mit Anhängern

des Prinzen besetzt; die befreite Zeitungspresse, wenn auch damals stets zur Vorsicht angehalten, wirkte fort und fort in gleichem Sinne; über hundert Vereine derselben Farbe sammelten alle rührigen Köpfe in ihre Schaaren, hielten straffe Parteidisciplin und bedrohten jede abweichende Meinung mit socialer Acht. Unterdessen wurde während des Kriegs das Herzogthum Schleswig durch die Civilcommissare der beiden Großmächte mit unbeschränkter Vollmacht des Kriegsstands regiert; thatsächlich war es der Preuße Zedlitz allein, der, zu großer Erleichterung der österreichischen Collegen, zuerst Revertera, dann Lederer, die Last dieser Verwaltung auf sich nahm. Als dann nach dem Abschluß der Bundesexecution auch Holstein unter die Botmäßigkeit der Großmächte trat, verstand es sich sogleich von selbst, daß beide Herzogthümer eine gemeinsame Verwaltung unter der Leitung eines preußischen und eines österreichischen Commissars als höchster Civilbehörde haben würden. Preußen ließ den bewährten Zedlitz an dieser Stelle; in Wien aber erklärte man, daß Herr von Lederer dazu nicht vornehm genug sei, und ernannte statt seiner den Baron Halbhuber, frühern Statthalter von Niederösterreich, einen stolzen Herrn von gebieterischem Auftreten, welcher bereits als Civilcommissar in Jütland sich der preußischen Generalität nicht eben fügsam erwiesen hatte. Da jetzt allgemeiner Friede herrschte, schien es natürlich, nicht die für den Kriegsstand berechneten Verwaltungsformen Schleswigs auf Holstein, sondern umgekehrt die nach Friedensschluß gestalteten Einrichtungen Holsteins auf Schleswig zu übertragen. Es wurde also die holsteiner Landesregierung nur durch einige Mitglieder verstärkt und dann als die Central-Verwaltung für beide Herzogthümer eingesetzt. Auch ihre

bisherige Competenz zu selbständiger Verfügung wurde bestätigt; die Commissare reservirten sich einzelne, besonders wichtige Geschäfte, Verfassungsfragen, Normativ-Verfügungen, Gnadensachen, Suspendirung und Constituirung von Beamten, Budget-Überschreitungen, obere Leitung der Staatspolizei, der Presse und der Vereine — und griffen im Übrigen nur als Recurs- und Beschwerde-Instanz ein. Man hatte in Berlin keine Ahnung, welche gefährliche Concession damit dem Augustenburgerthum gemacht wurde; selbst in den Personalfragen bei der Anstellung der Beamten scheint Zedlitz Anfangs mit völliger Arglosigkeit zugesehen zu haben. Das Ergebniß war, daß fünf unter den sechs Räthen der Landesregierung regelrechte Augustenburger waren, und daß jetzt auch in Schleswig bei den zahlreichen Vacanzen der Localbehörden, der Pfarr- und Schulstellen, durchgängig gehorsame Unterthanen des Erbprinzen in die Stellen gelangten. Ja, es entwickelte sich allmählich ein regelmäßiger Geschäftsgang zwischen der Landesregierung und „den herzoglichen Ministerien“ in Kiel, indem jene Behörde eine jede für die Partei erhebliche Verfügung unter der Hand dem Prätendenten zur „landesherrlichen Genehmigung“ vorlegte. Damit Herr von Zedlitz möglichst selten in die Thätigkeit der Landesregierung einzugreifen Veranlassung fände, war es bei allen Organen der Partei ein festes Schlagwort: niemals und unter keinen Umständen dürfe gegen eine Anordnung der Landesregierung bei den Commissaren Beschwerde erhoben werden. Die Commissare konnten ja gar nicht mehr an der Trefflichkeit ihrer Regierungsräthe zweifeln, wenn das Land mit dem Walten derselben so ausnahmslos zufrieden war.

Gegenüber diesen für Preußen äußerst ungünstigen Um-

ständen war es eine unzureichende Entschädigung, daß das militärische Obercommando und das Übergewicht in den Garnisonen des Landes in Preußens Hand geblieben war. Der Kriegsminister von Roon hatte schon im December 1864 das österreichische Cabinet wissen lassen, daß er 16000 Mann unter General Herwarth für die Besetzung des Landes bestimme; darauf war aus Wien die Antwort gekommen, Österreich werde zu diesem Zwecke nur die Brigade Kalik, 4800 Mann, verwenden, und betrachte es demnach als selbstverständlich, daß das bisherige preußische Obercommando fortdaure. Da indessen kein Mensch im Lande an eine bewaffnete Erhebung dachte, war die Zahl der anwesenden preußischen Bataillone für Preußens politische Wünsche gleichgültig, und gegen das fortan sich entwickelnde Verfahren der Augustenburger besaß General Herwarth schlechterdings keine Mittel.

Zunächst begannen die „Schleswig-Holsteinischen“ und die „Kampfgenossen“-Vereine ihre Verzweigungen weiter nach Schleswig hinein zu erstrecken; das Ergebniß war nicht unbedeutend, wenn auch nicht so vollständig wie in Holstein. Unaufhörlich setzten sie dann ihre Demonstrationen in Scene; Festessen, Resolutionen, Deputationen, Localversammlungen, große Vereinstage hielten die Bevölkerung in Bewegung. Gleich zu Anfang der neuen Regierung legten sie in allen Gemeinden eine Huldigungsadresse an Se. Hoheit den Herzog Friedrich auf, um vor Europa die unerschütterliche Festigkeit des Landes feierlich zu bekunden. Der Erfolg schien glänzend. Während eine von Herrn von Scheel-Plessen veranlaßte Bittschrift von 17 Mitgliedern der Ritterschaft um engen Anschluß der Herzogthümer an Preußen nur langsam etwa 200 Unter-

zeichner fand, bedeckte sich die Augustenburger Adresse rasch mit nahezu an 50 000 Unterschriften, wovon etwa vier Fünftel aus Holstein kamen. Allerdings hatte man in Kiel auf noch größere Massen gehofft, da fast sämmtliche Beamte, Geistliche und Lehrer mit den Vereinen in kräftigstem Eifer zusammengewirkt, die Adresse aller Orten von Haus zu Haus getragen, und schließlich doch nur ungefähr ein Drittel der erwachsenen Männer gewonnen hatten. Immerhin aber nahm es sich stolz genug aus, wenn alle Zeitungen jubelnd meldeten, daß 50 000 schleswig-holsteinische Männer ihrem geliebten Herzog auf's Neue den begeisterten und opferfreudigen Treuschwur wiederholt hätten. Überhaupt arbeitete jetzt die Presse ohne irgend einen Rückhalt. Tag für Tag redeten die Blätter von Sr. Hoheit Herzog Friedrich VIII., von Holsteins Liebe für den rechtmäßigen Landesherrn, von den verbrecherischen Anmaßungen des preußischen Willkürregiments, von Bismarck's freiheitsfeindlichen Umtrieben, von der Erstickung jedes freien Gedankens in ganz Preußen. Mit Andeutungen, daß König Wilhelm trotz seines Ministers den Herzog Friedrich begünstige, wechselten grobe Schmähungen gegen die Person des Königs selbst. Bei solchen Vorgängen regte Bismarck in Wien den Gedanken an, der Agitation der Vereine feste Schranken zu setzen, erfuhr aber eine ebenso höfliche wie bestimmte Ablehnung, welche dann auch sehr bald von Wien aus den Weg in die Öffentlichkeit fand und die volksthümliche Gesinnung des Wiener Cabinets neben der reactionären preußischen in erfreuliches Licht setzte. Ebenso erging es Zedlitz, als er den österreichischen Collegen zu strafrechtlicher Verfolgung jener Zeitungsartikel einlud. Halbhuber weigerte sich unbedingt: in Österreich herrsche Preßfreiheit, er könne sie hier nicht

unterdrücken. Den gleichen Bescheid erhielt General Herwarth, als auch er bei der Civilbehörde Beschwerde gegen die hetzenden Zeitungsartikel erhob; es könne, hieß es, ein Einschreiten gegen die Presse nicht Statt finden, weil der österreichische Commissar es nicht für nöthig und thunlich erachte. Bald nachher befahl Herwarth den Truppen, öffentliche Demonstrationen, wobei der Erbprinz als Landesherr gefeiert würde, nicht zu dulden; da aber erhob sich Mensdorff selbst mit einer kräftigen Verwahrung gegen solche Übergriffe der Militärgewalt in die Sphäre der bürgerlichen Verwaltung. Und so entwickelte sich das österreichisch-augustenburger System. Es war so einfach und zugleich so durchgreifend. Nach dem Princip des Gemeinbesitzes bedurfte es zu jeder Thätigkeit der „obersten Civilbehörde" der Mitwirkung beider Commissare. Halbhuber aber versagte seine Mitwirkung in jedem Falle, wo sich irgend ein Vorwand für sein negatives Verhalten ersinnen ließ. Damit war die oberste Civilbehörde so gut wie aus dem Dasein gestrichen, und nicht bloß, wie man damals zu sagen pflegte, einer augustenburgischen Nebenregierung Raum gelassen, sondern thatsächlich die ganze Landesregierung unter die Leitung der „herzoglichen Ministerien" gestellt.

Eine solche Ausbeutung des gemeinsamen Besitzrechts, wie sie hiemit Statt fand, hielt allerdings der preußische Minister allen Begriffen von Recht und Billigkeit zuwider. Ein solches Verfahren des Miteigenthümers, um seinen Genossen aus dem gemeinsamen Besitze durch einen Dritten hinauswerfen zu lassen, erschien ihm um so gehässiger, als Österreich stets die Rechtsansprüche Augustenburg's für absolut nichtig erklärt hatte, und auch jetzt ganz unbefangen bekannte, Augustenburg sei ihm gleichgültig, und wichtig nur die Ver-

drängung Preußens. Trotz alledem gab indessen Bismarck die Hoffnung immer noch nicht auf, in friedlicher Weise zum Ziele zu gelangen. Es könne, glaubte er, auf die Dauer die Bevölkerung der Herzogthümer sich unmöglich der Thatsache verschließen, daß weder der Bund, noch Österreich, noch ein bundesrechtlich souveräner Herzog, sondern daß Preußen allein dem Lande Schutz und Sicherheit gegen Außen verbürgen könne, und daß mithin Preußen die zur Lösung dieser Aufgabe erforderlichen Rechte erhalten müsse. In der That begannen sich Regungen dieser Art zu zeigen, Anfangs vereinzelt, bald aber heranwachsend. Am 12. Februar constituirten sich in Flensburg 24 Männer, welche über drei Localblätter geboten, als „nationale Partei", mit dem Programm des Anschlusses an Preußen in militärischer und diplomatischer Beziehung, festzustellen vor der Einsetzung eines souveränen Herzogs. Bald nachher machten sich ähnliche Gedanken inmitten der Augustenburger Vereine selbst geltend. Freilich nicht vor der Einsetzung des Herzogs, wie es die Nationalpartei begehre, dürfe dergleichen geschehen: darüber blieb man einstimmig in diesen Kreisen. Aber allmählich wurden zahlreiche Stimmen in mehreren Vereinen laut, nach der Einsetzung werde es die dringendste Pflicht des Herzogs sein, den Anschluß an Preußen zu vollziehen, während die reinen Particularisten jeden Gedanken einer solchen Demüthigung mit Abscheu zurückwiesen. Eine allgemeine Delegirten-Versammlung von 149 Vereinen verhandelte am 26. Februar die Frage, und selbst der leitende Centralausschuß sprach sich günstig für den Anschluß aus. Bei der Abstimmung aber hatten die Particularisten eine Mehrheit von 120 gegen 88 Stimmen, worauf dann der Ausschuß abdankte und durch Männer der Majorität neu besetzt wurde.

Da war es denn allerdings bezeichnend für die Lage, daß eben diese strengen Particularisten, als sie einige Wochen später in Berlin eine Zusammenkunft mit dem Frankfurter Ausschuß der 36 und einigen Führern der preußischen Fortschrittspartei hatten, sich genöthigt fanden, um diese Bundesgenossen nicht zu verlieren, einen großen Theil der preußischen Februar-Forderungen sachlich als angemessen anzuerkennen. Natürlich beharrten sie dabei, die vorausgehende Einsetzung des Herzogs und Zustimmung des Landtags vorzubehalten, und blieben dadurch in principiellem Gegensatz zu dem preußischen Standpunkt. Immer aber hatten sie der nationalen Auffassung, nicht eben bereitwillig, in der Sache eine starke Einräumung gemacht. Bismarck bestärkte sich bei diesen Vorgängen in der Ansicht, es sei nur das Land über den Ernst der Sachlage vollständig und gründlich aufzuklären, um dann sehr bald einen entscheidenden Umschwung der Volksstimmung zu erleben. So beschloß er, den Versuch zu machen, eine Landesvertretung der Herzogthümer selbst zu berufen, und dort die Berechtigung der preußischen Begehren zur Anerkennung zu bringen. Der gegnerischen Agitation würde damit der beste Theil ihres Bodens entzogen sein.

Während dieser überall unsichern Verhältnisse in den Herzogthümern ging an den deutschen Höfen die Arbeit Beust's und Pfordten's ihren Gang. Allmählich erfuhr man in Berlin, daß der Antrag der beiden Höfe nicht bloß eine Auskunft von den Großmächten verlange, sondern geradezu die Einsetzung Augustenburg's empfehle, womit denn alle freundlichen Reden und freundschaftlichen Versicherungen Pfordten's wesentlich an Bedeutung verloren. Weiter aber mußte man vernehmen, daß Pfordten bereits im Januar den Antrag dem

Wiener Cabinet zur nähern Erwägung vorgelegt, und dieses nach langem Besinnen im März sich mit demselben einverstanden erklärt hatte, ohne sich veranlaßt zu sehen, dem preußischen Alliirten und Mitbesitzer eine Sylbe über den Inhalt und die Begründung des Antrags mitzutheilen. Erst am 19. März, als in Frankfurt die demnächstige Einbringung desselben bereits angemeldet war, unterzeichnete Graf Mensdorff zugleich ein zustimmendes Circular an die Mittelstaaten, und die erste Eröffnung darüber nach Berlin. Auch jetzt meldete er dem preußischen Cabinet nicht den Wortlaut, sondern nur summarisch den Inhalt des Antrags. Derselbe spreche die vertrauensvolle Erwartung aus, daß Österreich und Preußen den Erbprinzen nunmehr als Herzog einsetzen würden. Der Wiener Hof habe im Sinne seiner preußischen Allianz die Mittelstaaten abgehalten, sogleich auf einen gebietenden Bundesbeschluß zu dringen, und somit bewirkt, daß man sich mit dem Ausdruck einer Erwartung begnüge[1]). Österreich denke dem Bundestage bei diesem Anlasse den Verlauf seiner bisherigen Berliner Correspondenz mitzutheilen; was die Behandlung des Antrags betreffe, so sei das Wiener Cabinet gegen die Verweisung desselben an einen Ausschuß, wünsche vielmehr unmittelbare Beschlußfassung etwa nach acht Tagen; übrigens gebe man dem Berliner Hofe anheim, ob nicht die beiden Mächte als zunächst Betheiligte sich der Abstimmung enthalten möchten, weil dann ihre Meinungsverschiedenheit weniger scharf hervorträte. Um Preußens Eifer zur Bestreitung des Antrags weiter abzuschwächen, erschien

[1]) Pfordten erklärte nachher sehr unwillig, hieran sei kein wahres Wort; der Antrag sei genau so eingebracht, wie er ihn im December mit Beust verabredet habe.

es den Wiener Staatsmännern zweckmäßig, in ihren Gesprächen mit Werther die völlige Geringfügigkeit desselben zu betonen. Der Bundestag, sagten sie, ist zur Entscheidung über eine streitige Thronfolge nicht competent; wenn also Preußen auf den Antrag nicht eingeht, so kann derselbe keine rechtliche Wirkung haben außer der einen, daß Beust und Pfordten ihren Landtagen wieder einmal eine gloriose Anstrengung für Schleswig-Holstein melden könnten. So sei es auch für Österreich völlig gleichgültig, ob der Bundestag den Antrag annehme oder nicht. Jedesfalls aber liege in seiner Unterstützung durch Österreich keine Verletzung des Vertrags vom 16. Januar; wir haben nur eine Ansicht ausgesprochen, denken aber nicht an irgend eine factische Vorkehrung ohne Einverständniß mit Preußen.

Es war eine etwas befremdliche Erscheinung, dieser Ausspruch völliger Harmlosigkeit eines Bundesbeschlusses in dem Munde einer Großmacht, welche fort und fort wegen der Heiligkeit des Bundesrechts Preußens Wünsche zurückwies. Denn eine tiefere Herabwürdigung der Bundesautorität konnte es doch nicht geben, als sie Beschlüsse fassen zu lassen, denen man selbst jede Wirksamkeit beim Widerspruch eines einzigen Mitgliedes bestritt, ja, die man sogar als außerhalb der Competenz des Bundes liegend bezeichnete. Es verstand sich, daß alle diese Reden in Berlin nicht den mindesten Eindruck machten. Sie änderten nichts an der Thatsache, daß ein Bundesbeschluß unter Österreichs stützender Billigung nicht bloß eine Meinungsäußerung, sondern eine gewichtige politische Action war. Trotz des Vertrages vom 16. Januar hatte Österreich hinter Preußens Rücken mit Preußens Gegnern Abrede genommen, und trotz seiner Theilnahme am Wiener

Frieden sich einer feierlichen Anerkennung des Augustenburger Rechtstitels zugesellt. Wenn allerdings der Wortlaut des Antrags eine solche Anerkennung nicht ausdrücklich aussprach, so war es doch augenfällig, daß er dieselbe als bereits vollzogen voraussetzte — denn wie hätte er sonst die Einsetzung des Prinzen „nunmehr" vertrauensvoll erwarten können?

Nach allen bisher ausgetauschten Erklärungen unterlag es keinem Zweifel: die Unterstützung des Antrags durch Österreich war mit der Fortdauer der Allianz schwer vereinbar; die Annahme desselben durch den Bundestag war bereits von Preußen als die Ankündigung des Conflicts bezeichnet worden; nichts war gewisser, als daß sie in den Herzogthümern allen antipreußischen Bestrebungen einen mächtigen Antrieb geben würde.

In Berlin war man auf der Stelle entschlossen. Diesem Angriff sollte nicht bloß mit Worten in Frankfurt, sondern in den Herzogthümern durch eine That erwidert werden. Am 24. März erließ König Wilhelm eine Ordre an den Marineminister, wodurch die Verlegung der preußischen Marinestation von Danzig nach Kiel verfügt wurde, zum Zeichen für alle Welt, daß Preußen sich weder durch Augustenburg noch durch den Bundestag aus den Herzogthümern würde verdrängen lassen. An demselben Tage sandte Bismarck einen Erlaß an Werther, welcher die oben angeführten Gesichtspunkte entwickelte, eine Prüfung des Antrags im Ausschusse begehrte und die Stimmenthaltung ablehnte, weil sie für Österreich nach dessen Vereinbarung mit den Antragstellern nur eine gleichgültige Formalität sei, bei Preußen aber den Schein der Anerkennung des Antrags und der Bundescompetenz in dieser Sache erwecken würde. In gleichem

Sinne wurde Savigny instruirt, und zugleich beauftragt, gleich nach der Einbringung des Antrags Preußens Ablehnung desselben zu erklären. Als einige Tage später Graf Karolyi dem Minister meldete, daß Österreich seine Absicht, für sofortige Beschlußfassung zu stimmen, bereits am 19. März den Mittelstaaten mitgetheilt habe, also nicht füglich davon zurücktreten könnte, sprach ihm Bismarck sein Bedauern aus, daß Österreich schon Verpflichtungen auf der andern Seite übernommen habe. „Wir gelangen damit, sagte er, an einen Scheideweg, von dem ich wünsche, daß er uns nicht zu weit auseinander führen möge; aber so wie die Sachen stehen, lauten unsere Fahrbillets auf divergirende Linien, und wir können für diese Reise nicht in das Coupé steigen, welches Sie bereits mit Andern theilen."

---

6. Capitel.

Österreich und der Bundestag.

Im Bundestage nahmen die Dinge den angekündigten Verlauf. Am 27. März 1865 brachten Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt, welches auf Dalwigk's ausdrückliche Bitte unter die Zahl der Vorkämpfer aufgenommen war, den Antrag ein: der Bund möge die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, daß Österreich und Preußen nunmehr die Verwaltung Holsteins dem Prinzen von Augustenburg übergeben und zugleich dem Bunde ihre Entschließungen über Lauenburg mittheilen würden. Österreich begehrte darauf Abstimmung nach acht Tagen, Preußen Verweisung der Sache an den Ausschuß; eine Mehrheit von neun Stimmen gegen sechs entschied für Österreich. Hierauf folgte Savigny's Erklärung, daß Preußen die vertrauensvolle Erwartung nicht erfüllen werde, vielmehr jetzt die alten Brandenburger Erbansprüche auf ungefähr die Hälfte der Herzogthümer anmelde. Am 6. April fand dann die Beschlußfassung Statt; Österreich gab seine Stimme für den Antrag, seine acht Genossen vom 27. März folgten, und der Bund begann demnach die Einsetzung Augustenburg's „vertrauensvoll zu erwarten". Öster-

reich nahm jedoch noch einmal das Wort, um einen kurzen Bericht über seine bisherige Verhandlung mit Preußen zu geben, und schloß denselben mit der Erklärung, der kaiserliche Hof würde sogleich bereit sein, seine Rechte auf Schleswig-Holstein dem Erbprinzen abzutreten, sobald Preußen denselben Schritt thäte. Da nun Preußen bereits das Gegentheil einer solchen Absicht angezeigt hatte, so konnte Österreichs Eröffnung nur sehr niederschlagend auf die Mittelstaaten und deren Anhänger wirken. Es bleibt also Alles beim Alten, schrieb damals die Leipziger Constitutionelle Zeitung; Österreich hat lediglich den Zweck gehabt, die Gehässigkeit der Sache auf Preußen abzuladen. Pfordten tröstete sich indessen bald: zwar der Antrag, sagte er dem Prinzen Reuß, wird für's Erste keine Folgen haben, aber mit dem bayerischen Landtag kann ich jetzt machen, was ich will.

In Schleswig-Holstein freilich schenkten die Augustenburger und ihre Gönner diesen unliebsamen Einzelheiten der Frankfurter Debatten wenig Aufmerksamkeit. Sie hielten sich an die Hauptsache: unter Österreichs Führung hatte der Bundestag die Einsetzung Herzog Friedrich's VIII. begehrt; wie lange könne jetzt noch die preußische Usurpation sich behaupten? Die Zeitungen arbeiteten mit verdoppeltem Grimme gegen Preußen; in den Vereinen wuchs das Übergewicht der strengen Particularisten über die Freunde „des engern Anschlusses". Die preußischen Februar-Forderungen, hieß es, seien ebenso unverschämt, wie das Begehren der vollen Annexion, glücklicher Weise aber auch ebenso ungefährlich, da weder Österreich, noch der Bundestag, noch die schleswig-holsteinische Volksvertretung sie zulassen würden, selbst wenn der Herzog sich ihnen unterwerfen wollte. Ganz in diesem

Sinne hatte der erbprinzliche Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr Samwer, ein ehrgeiziger Mann, in dessen Geist die Schlauheit bei Weitem größer als die Klugheit war, eine Depesche an seinen damaligen Agenten in Berlin, einen Herrn von Ahlefeldt, am 31. März durch den Prinzen vollziehen lassen, worin die größte Bereitwilligkeit zum Eingehen auf die Februar-Forderungen an die Spitze gestellt war, dann aber bei jedem einzelnen Punkte Vorbehalte von mehr oder weniger bestimmtem Umfange erschienen, und am Schlusse die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß nach der Einsetzung des Herzogs eine Verhandlung mit ihm und seinem Landtage schnell zum gewünschten Ergebniß führen würde. Trotz aller schönen Worte am Anfang war hiemit die Ablehnung des preußischen Programms, Erfüllung der Februar-Bedingungen vor Einsetzung des Herzogs, entschieden. Zugleich leistete, um Schleswig-Holstein in dieser Haltung zu befestigen, Herr von Halbhuber das Mögliche. Seien Sie überzeugt, sagte er damals zu dem Grafen A. Baudissin, daß niemand als Herzog Friedrich die Herzogthümer regieren wird; Preußen ist der Olmützer Lection zu wohl eingedenk, als daß es Widerstand wagen würde. Und wenn es, fragte Baudissin, dennoch so unbesonnen wäre? Dann schlagen wir es todt, rief Halbhuber; ganz Deutschland steht auf unserer Seite, und im Augenblicke unserer Kriegserklärung würde auch eine französische Armee den Rhein überschreiten.

Mochte Halbhuber nun an die thatsächliche Richtigkeit dieser Äußerungen glauben oder nicht, jedesfalls dienten sie mit großer Wirkung zur Ermuthigung der Augustenburger, und zur Einschüchterung der preußenfreundlichen Partei. Und rasch folgten sich weitere Proben von der Gesinnung

des Wiener Miteigenthümers. Als Zedlitz seinem Collegen von der befohlenen Verlegung der preußischen Marinestation nach Kiel Anzeige machte, verhieß Halbhuber zuerst seine Mitwirkung zu den an Ort und Stelle erforderlichen Vorarbeiten, so daß Zedlitz am 3. April ohne Bedenken ein Ersuchen dieses Inhalts an die Landesregierung absandte, und nach am 10. zeichnete mit ihm Halbhuber ein entsprechendes Schreiben an General Herwarth und billigte in einer Conferenz mit dem preußischen Contreadmiral Jachmann sämmtliche Vorschläge desselben. Mittlerer Weile aber hatte in Berlin das Ministerium am 4. April dem Landtage eine Vorlage über Marinebedürfnisse, und darunter auch über die Kosten der beabsichtigten Kieler Station gemacht, bei deren Einbringung Roon bemerkte, daß Preußen den Besitz des Kieler Hafens niemals aufgeben werde. Auf die Nachricht hievon erhob sich in Wien vor Allem bei den militärischen Kreisen eine große Aufregung; man war tief verletzt über diese eigenmächtige Besitzergreifung ohne Befragung des Miteigenthümers, und am 11. April ging ein telegraphischer Befehl an Halbhuber, gegen die Vorarbeiten einzuschreiten, worauf dieser, anstatt darüber mit Zedlitz sich in's Benehmen zu setzen, sofort an die Landesregierung schrieb, ihr jeden Schritt zur Ausführung des Zedlitz'schen Erlasses untersagte und diese Verfügung durch die Zeitungen veröffentlichte. Zugleich legte Mensdorff in Berlin gegen die ganze Maaßregel förmlich Verwahrung ein, als Mitbesitzer Holsteins und als deutsche Bundesmacht, und erklärte, vor einem Einverständniß über den künftigen Souverän keiner Maaßregel im einseitigen Interesse Preußens zustimmen zu wollen.

Wenn bereits Österreichs Abstimmung für den Bundes-

beschluß in Berlin als unverträglich mit dem bisherigen Allianzverhältniß angesehen worden war, so erschien dieser Einspruch dem preußischen Cabinet als ein Beweis offenbar feindseliges Willens. Man empfand es um so stärker, als eben in diesen Tagen Bismarck dem Grafen Karolyi die erste Eröffnung über seine Absicht der Einberufung eines schleswig-holsteinischen Landtags gemacht hatte. Bismarck antwortete am 17. April nach Wien, ein jeder der beiden Miteigenthümer habe als solcher das Recht, die Buchten und Häfen des Landes für seine Schifffahrt zu benutzen, so weit er dadurch die gleiche Befugniß des Genossen nicht verkümmere, und jeder Gedanke hieran liege der preußischen Regierung ferne. Wenn Österreich nach den geographischen Verhältnissen nicht in der Lage sei, den Kieler Hafen für seine Flotte zu gebrauchen, so sei dies kein Grund dafür, daß das anders gelegene Preußen ihn ebenfalls todt liegen lasse. Roon's Erklärung im Abgeordnetenhause besage nichts, was nicht dem Wiener Hofe seit langer Zeit aus zahlreichen Mittheilungen bekannt sei, nämlich, daß Preußen unter keinen Umständen in eine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage einwilligen würde, wobei es nicht im Besitze des Kieler Hafens bliebe. Übrigens werde Österreich nicht behaupten wollen, daß das Obercommando in den Herzogthümern zu jeder Änderung der Garnisonsverhältnisse oder jedem Austausch der Besatzungstruppen der Erlaubniß beider Regierungen bedürfe, und Preußen sei bereit, ebenso viele Landtruppen aus Holstein wegzuziehen, wie das nach Kiel bestimmte Seebataillon Köpfe zähle. Der König habe bei dieser Sachlage den österreichischen Protest nur mit hohem Befremden entgegen nehmen können.

Mehr als eine Depesche wurde dann noch mit wachsender Gereiztheit über die Frage gewechselt; indessen gingen die preußischen Arbeiten in der Kieler Bucht ihren Gang, und Österreich hielt es an dieser Stelle doch nicht für rathsam, seiner Einsprache thatsächliche Folge zu geben. Aber das Verhältniß zwischen den beiden Alliirten wurde von Tag zu Tag unerquicklicher. Wenn Bismarck sich über Halbhuber's wachsende Schroffheit beschwerte, so erwiderte Mensdorff, derselbe habe stets im Sinne seiner Instructionen gehandelt. Dann wiederholten sich die preußischen Klagen über die indiscreten Veröffentlichungen in der Wiener Presse, über die von der österreichischen Botschaft ausgehenden gehässigen Artikel in Pariser Zeitungen; Mensdorff hatte darauf nichts Anderes als seinen alten Satz beizubringen, daß die Preßangelegenheiten nicht zu seinem Amtsbereich gehörten. Lassen Sie, schrieb damals Bismarck an Werther, dem Grafen Mensdorff keinen Zweifel über unsere Geneigtheit zu einer Verständigung, aber auch darüber nicht, daß wir unsere Haltung genau nach jener des Kaiserlichen Cabinets bemessen werden: wir werden Alles aufbieten, um zu einem friedlichen Abschluß zu gelangen, aber auch vor keiner Eventualität zurückschrecken, wenn man uns dasjenige verweigern sollte, was wir zur Sicherheit Preußens im Norden und zur Ausbildung unserer Seemacht für nothwendig erachten.

Dem König Wilhelm wurde es sehr schwer, an eine feindselige Gesinnung seines kaiserlichen Neffen zu glauben, und noch schwerer, eine solche im eigenen Herzen aufkommen zu lassen. Immer aber war auch er zur Aufrechthaltung der großen nationalen Zwecke entschlossen, und verkannte nicht die bedenkliche Lage: so ertheilte er seinem Minister die Voll-

macht, in Preußens europäischen Beziehungen auf alle Fälle sich vorzusehen. Am 20. April gab Bismarck in zwei Depeschen dem Grafen Goltz eine umfassende Übersicht über die Verhältnisse, wies ihn zu genauer Nachforschung an, ob zwischen dem Wiener und dem Pariser Cabinet eine Annäherung Statt gefunden, und beauftragte ihn, den Kaiser Napoleon davon zu überzeugen, daß allerdings die persönlichen Gefühle des Königs, die Achtung vor den Verträgen, und der Wunsch, Deutschland den Frieden zu erhalten, der preußischen Politik einen versöhnlichen Charakter gäben, daß aber, wenn diese Rücksichten durch das Verhalten der Andern wegfielen, Preußen bei der sonstigen Gefährdung Österreichs durch Ungarn und Italien, und bei dem unzulänglichen Kriegswesen der Mittelstaaten, keine Ursache hätte, den ihm aufgenöthigten Bruch zu scheuen. Diese Erörterungen wurden am 21. April dem Gesandten Grafen Usedom in Florenz mitgetheilt, mit der Frage, wie nach Usedom's Ansicht Italien sich im Falle des Bruchs verhalten, ob es für Preußen eingreifen, ob es vorher Frankreichs Zustimmung einholen, und wenn es geschähe, ob es dieselbe erlangen würde. „Wir sehen, fügte Bismarck hinzu, die hier vorausgesetzte Eventualität keineswegs als nahe bevorstehend an; die Hoffnung auf eine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage im Einverständniß mit Österreich geben wir nicht auf, aber die Möglichkeit des Gegentheils ist vorhanden. Es ist jedoch nicht unsere Absicht, schon jetzt Erklärungen der italienischen Regierung zu provociren. Jede aufregende Anfrage wollen wir vermeiden. Sie werden bei Ihrer Stellung in der Lage sein, sich selbst ein Urtheil über die von Italien zu erwartende Haltung zu bilden. Ich werde lieber diesem vertrauen und mich mit ver-

hältnißmäßig unbestimmteren Daten begnügen, als ohne Noth in die Entschließungen der dortigen Staatsmänner einen Zündstoff werfen, welcher den Frieden vorzeitig gefährden könnte. Wir müssen sorgfältig vermeiden, wider unsern Willen, oder früher, als die Umstände es gebieterisch erheischen, in das Fahrwasser der französisch-italienischen Politik gezogen zu werden, so lange uns die Möglichkeit friedlicher Beziehungen zu Österreich offen bleibt."

Usedom antwortete umgehend, am 26. April, er könne mit voller Sicherheit erklären, daß bei einem großen Kriege Preußens gegen Österreich, Italien auf der Stelle mit 250000 Mann Venetien angreifen würde. Napoleon würde es nach seiner ganzen italienischen Politik nicht hindern können, noch wollen. Auch Goltz glaubte annehmen zu dürfen, daß Napoleon den Italienern freie Hand lassen würde; von einer Annäherung desselben an Österreich sei nichts zu entdecken.

Indessen hatte Bismarck einen neuen Faden angeknüpft, der möglicher Weise zu einer friedlichen Lösung führen mochte.

Wir haben schon oben bemerkt, daß der Minister in seiner festen Überzeugung von der Richtigkeit der preußischen Begehren sehr ernstlich den Gedanken der Berufung eines schleswig-holsteinischen Landtags unter der Herrschaft des Condominiums gefaßt hatte. Wenn nicht gerade die preußische Annexion, wohl aber die Zustimmung zu den Februar-Forderungen meinte er bei dem gleich dringenden Bedürfniß der Herzogthümer, Preußens und Deutschlands, erreichen zu können. Freilich, bei der ersten Erwähnung eines solchen Gedankens im befreundeten Kreise erfuhr er allseitigen Widerspruch. Der Gesandte von Richthofen in Hamburg, Baron

Scheel-Plessen in Holstein, Freiherr von Zedlitz in Schleswig, erklärten einstimmig das Unternehmen für hoffnungslos. Nicht bloß, daß die Vereine die Wahlen in Holstein vollständig, in Schleswig zu großem Theile beherrschen, die Majorität des Landtags also sicher augustenburgisch sein würde: sondern schon die Wahlen würden im ganzen Lande die Leidenschaften in neue Hitze bringen, und die Versammlung gleich in ihrer ersten Sitzung den Herzog Friedrich VIII. als einzig rechtmäßigen Landesherrn proclamiren, und bis zu dessen Einsetzung ihre Incompetenz zu jeder Beschlußnahme erklären. Der Großherzog von Oldenburg, welchen Bismarck von seinem Plane unterrichtete, ließ ihm sagen, daß die Ankündigung der Absicht ein trefflicher Schachzug gegen die Mittelstaaten sei, welche ihrerseits schon an einen Antrag dieses Inhalts beim Bundestag dächten, daß jedoch die Verwirklichung der Maaßregel Preußen zu einer sichern Niederlage führen werde. Bismarck aber, in dessen Art es niemals lag, einen einmal gefaßten Gedanken leicht aufzugeben, ließ sich dadurch nicht beirren.

Kurz zuvor hatte Werther nach einem Gespräche mit Biegeleben berichtet, man scheine in Wien nicht abgeneigt, die Feststellung der Verhältnisse in Schleswig-Holstein einer directen Verständigung zwischen Preußen und dem einzusetzenden Landesherrn zu überlassen; Österreich werde nie eine positive Genehmigung der preußischen Forderungen selbst aussprechen, vielleicht aber sich passiv dazu verhalten, wenn der künftige Landesherr sie annähme. Hieran anknüpfend, schrieb Bismarck am 17. April, Preußen trage kein Bedenken, diesen Weg einzuschlagen, wenn Österreich bereit wäre, den Prätendenten, mit dem wir uns verständigt hätten, mit uns

einzusetzen. Ein solches Übereinkommen mit dem Augustenburger Prinzen aber würde uns nur dann die erforderliche Sicherheit bieten, wenn die Stände der Herzogthümer schon vorher die für uns unerläßlichen Punkte angenommen hätten. Demnach erscheine die Berufung eines vereinigten Landtags der Herzogthümer, zur Feststellung des engern Anschlusses an Preußen in einzelnen Stücken, und der innern Selbständigkeit im Übrigen, ein höchst förderlicher Schritt, über den wir uns mit Österreich zu verständigen wünschten. Offenbar sei dazu eine allgemeine Neuwahl erforderlich, und mithin in erster Linie die Frage zu entscheiden, ob dieselbe nach dem Wahlgesetz von 1854 oder nach jenem von 1848 erfolgen solle. Preußen würde seinerseits das Letztere vorziehen, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß darin keine Anerkennung der ganzen Verfassung von 1848 liege, sondern nur eine Versammlung für den einzelnen Fall gemeint sei.

Die Antwort Mensdorff's vom 27. April zeigte deutlich, daß dieser Vorschlag dem Wiener Cabinet überraschend und ungelegen kam. Gegenüber der öffentlichen Meinung im In- und Auslande ließ er sich unmöglich ohne Weiteres ablehnen; man that also, indem man ihn genehmigte, das Mögliche, um ihn durch verschiedene Einschränkungen und Bedingungen der preußischen Regierung selbst unschmackhaft und unfruchtbar zu machen. Vor Allem wurde Werther's Mißverständniß berichtigt: niemals habe Biegeleben von einem preußischen Übereinkommen mit dem künftigen Herzog, sondern stets von einem solchen mit dem bereits eingesetzten Souverän gesprochen; sei dies erreicht, so werde Österreich freilich nicht mehr als Miteigenthümer sich betheiligen, immer aber auch dann noch als Bundesmacht dem Herzog die ihm nach Bundesrecht zu-

stehende Souveränität wahren. Zur Sache selbst übergehend, bemerkte Mensdorff, es sei eigentlich gegen alle Grundsätze, vor der Einsetzung des Souveräns die Stände zu berufen, indessen wolle man im Interesse des Friedens auf den Vorschlag unter drei Voraussetzungen eingehen. Erstens: bei allen Verhandlungen mit den Ständen muß von der obersten Civilbehörde der Charakter des Condominiums streng gewahrt werden; keine der beiden Regierungen darf sich in ihrem Namen gesondert an die Stände wenden. Zweitens: im Berufungspatent ist der Zweck mit Bestimmtheit auszusprechen und abzugrenzen; es ist zu erklären, daß die Stände die Wünsche des Landes auszusprechen haben, daß aber dadurch weder den Entschließungen des künftigen Souveräns, noch in Bezug auf Holstein jenen des deutschen Bundes vorgegriffen werden solle. Drittens: Österreich ist einverstanden mit der Berufung nach dem Wahlgesetz von 1848; da jedoch die Verfassungen von 1854 niemals aufgehoben worden sind, so scheint es angemessen für die gesetzliche Unanfechtbarkeit der künftigen Versammlung, deren Berufung zunächst durch die bestehenden Provinzialstände beschließen zu lassen.

Es leuchtet ein, daß von diesen Clauseln für Preußen die dritte gleichgültig, die beiden andern aber schlechthin unannehmbar waren. Nach der ersten hätte Preußen keinen seiner Anträge ohne Österreichs Genehmigung an die Stände bringen können, und diese Genehmigung war ihm ja schon seit dem 5. März kategorisch versagt. Oder andrerseits, wenn die Stände den Herzog Friedrich proclamirten, würde ohne Halbhuber's Mitwirkung Zedlitz ihre Auflösung nicht verfügen dürfen. Nach der zweiten Clausel wäre jeder Beschluß der Stände, auch wenn ihn die beiden Mächte genehmigten, ohne

rechtskräftige Wirkung und für den Erbprinzen von Augustenburg vollkommen unverbindlich geblieben.

Nach diesen Gesichtspunkten beantwortete Bismarck am 7. Mai die österreichische Depesche. Die von Mensdorff angeregte Berathung mit den Provinzialständen über die Berufung eines vereinigten Landtags eignete er im Interesse der Rechtscontinuität sich an, warf dabei aber die Frage hin, ob man dann den Provinzialständen anstatt des Gesetzes von 1848 nicht lieber Wahlen nach allgemeinem und directem Stimmrecht vorschlagen sollte. Es war bei dem unternehmenden Staatsmanne die nochmalige Regung eines gefährlichen Gedankens, welcher zwei Jahre später auf einem breiteren Schauplatz zu schweren Folgen wirksam werden sollte. Unbedingt behauptete ferner, im Gegensatz zu Mensdorff, der preußische Minister für jeden einzelnen der beiden Mitbesitzer das Recht der freien Communication mit der Landesvertretung. Diese müsse, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, von allen Seiten vollständige Beleuchtung aller streitigen Fragen erhalten. Preußen wünsche sich mit Österreich über ein gemeinsames Programm zu verständigen, könne sich aber in keinem Falle Beschränkungen für seinen Verkehr mit den Ständen auflegen lassen.

Endlich aber hob Bismarck noch einen besonderen Punkt mit Nachdruck hervor. Gleich nach dem Erscheinen des Erbprinzen von Augustenburg in Holstein, am 31. December 1863, hatten Österreich und Preußen am Bundestage den Antrag auf Entfernung des Prinzen aus dem Lande gestellt, bekanntlich aber keine Mehrheit dafür gefunden. Seitdem residirte der Prinz mit seinen Ministern in Kiel, stand, wie wir sahen, mit den Vereinen und bald auch mit den Landes-

behörden in lebhaftem Geschäftsverkehr, und erfreute sich, wie früher des Beistandes der Bundescommissare, so jetzt des österreichischen Schutzes. Bismarck erörterte nun, daß die Anwesenheit des Prinzen im Lande während der Wahlen und der Landtagssession unverträglich erscheine mit der Unparteilichkeit, zu welcher die beiden besitzenden Regierungen gegenüber den verschiedenen Prätendenten verpflichtet seien. Wir dürften erwarten, sagte er, daß schon ein Gefühl politisches Anstandes den Prinzen zur Entfernung während der Wahlen bestimmen müßte; an Österreich müssen wir jedesfalls, in Consequenz des Antrags vom 31. December, das Verlangen der Entfernung des Erbprinzen und seines sogenannten Ministeriums stellen, ehe die Vorbereitungen zu den Wahlen beginnen.

In Wien war man der Meinung, Preußen habe den Antrag auf Berufung eines Landtags nur in der sicheren Hoffnung gestellt, daß Österreich ihn ablehnen würde, und beschloß deshalb, diese Falle zu vermeiden und möglichst entgegenkommend in der Sache aufzutreten. Man räumte also ein, wenn auch mit einigen Bedenken, daß jeder der beiden Civilcommissare mit den Ständen für sich verhandeln möge, wollte das Begehren, zunächst mit den bestehenden Provinzialständen die Berufung der neuen Versammlung zu vereinbaren, wegen des damit verbundenen Zeitverlustes fallen lassen, sah aber allerdings keinen Grund, Wahlen nach allgemeinem Stimmrecht anzuordnen. Was den Erbprinzen betraf, so schien der Antrag vom 31. December 1863 auf die völlig veränderten Verhältnisse dem Wiener Cabinet nicht mehr anwendbar; man würde nichts einwenden, wenn der Prinz aus freien Stücken das Land verließe, weiter aber

wollte man nicht gehen. Denn, sagte Mensdorff in seiner Depesche vom 11. Mai, sollten alle Prätendenten während der Wahlen entfernt sein, so müßten ja auch die Commissare und Truppen der beiden besitzenden Mächte das Land räumen, was doch offenbar unthunlich wäre. Mit Interesse, schloß der Graf, sehen wir weitern preußischen Mittheilungen entgegen.

Es war also, wie man sieht, vor der Eröffnung des Landtags noch mehr als eine Vorfrage zwischen Wien und Berlin zu erledigen. Indessen war bereits die Kunde von diesen Verhandlungen sehr rasch in weitere Kreise gelangt und hatte überall lebhafte Bewegung hervorgerufen. Die französische Regierung zollte dem preußischen Vorschlag so lauten Beifall, daß die aus der österreichischen Botschaft inspirirten Pariser Zeitungen ganz unbefangen für den Grafen Mensdorff die Ehre der Erfindung in Anspruch nahmen; in München erklärte Minister von der Pfordten seine Bewunderung für Bismarck's staatsmännische Größe, die sich in diesem Vorschlag bekunde; dagegen in Hannover war man sehr verstimmt über die Möglichkeit, daß Bismarck sich mit dem Landtag über Augustenburg verständigen könnte. In Schleswig-Holstein selbst aber war der Eindruck für Preußens Wünsche völlig ungünstig. Nach dem Bundesbeschlusse vom 6. April und Halbhuber's öffentlichem Protest gegen die Kieler Hafenarbeiten glaubten wenige Menschen in den Herzogthümern noch an irgend einen Erfolg der preußischen Bestrebungen. Anderes kam hinzu, um Zweifel an der eigenen Festigkeit der Berliner Entschlüsse zu erwecken. Bei den damaligen innern Kämpfen in Preußen war die Partei der Kreuzzeitung die einzige, welche das Ministerium in der Armee- und der Budgetfrage unbedingt unterstützte, und

dieses einflußreiche, überall als Regierungsorgan geltende Blatt erörterte jetzt Tag für Tag die Unmöglichkeit eines Bruchs zwischen Österreich und Preußen, und begehrte in wimmernden Klagetönen die Erhaltung der heiligen Allianz um jeden Preis. Im Hause der Abgeordneten machte die Fortschrittspartei kein Hehl aus ihrer Sympathie für Augustenburg, und auch bei den übrigen liberalen Fractionen, welche ebenso wie ihre Wähler die Annexion für die sachlich beste Lösung hielten, überwog zur Zeit die Rücksicht auf den Verfassungskampf jede andere. So lange die Regierung hier auf ihrem Standpunkt beharrte, waren jene entschlossen, ihr jeden Erfolg zu hindern, also auch jede Unterstützung in der schleswig-holsteinischen Frage zurückzuhalten und selbst für den Kieler Hafen und für die Kriegsmarine jede Geldbewilligung abzulehnen. Zugleich sorgte der Kieler Hof dafür, daß die persönliche Freundschaft des Kronprinzen mit dem Herzog Friedrich immer wieder in den Zeitungen betont wurde, allerdings ohne Erwähnung der Thatsache, daß die Fortdauer dieses Wohlwollens von der Erfüllung der Februar-Bedingungen abhängig war. Genug, die öffentliche Meinung in den Herzogthümern hielt zur Zeit die preußische Sache für verloren, und sah in Bismarck's Vorschlag, einen Landtag zu berufen, nichts als die Einleitung zu einem möglichst anständigen Rückzug, zu der Verhüllung der erlittenen Niederlage vermittelst einer hochherzigen Erklärung, dem einmüthigen Willen des schleswig-holsteinischen Volkes nicht länger widerstreben zu wollen. So warfen sich die Augustenburger Vereine mit glühendem Eifer in die Wahlagitation. Ihre aller Orten verkündete Losung lautete, wie es Richthofen und Scheel-Plessen vorausgesagt hatten: niemand dürfe zum Abgeord-

neten gewählt werden, der sich nicht feierlich verpflichte, gleich in der ersten Sitzung für die Proclamation Herzog Friedrich's VIII. als Landesherrn und für die Incompetenz der Versammlung bis zu dessen Einsetzung zu stimmen. Ein solcher Ausspruch würde dann seine allseitige Bekräftigung durch Österreich, den deutschen Bund und alle Parteien in Preußen selbst erhalten, und der rechtlose Annexionsplan wie Rauch vor dem Sturmwind verwehen.

Angesichts aller dieser Umstände mochte Bismarck manches Mal bitteres Herzens ausrufen: ich trete die Kelter allein. Aber keinen Augenblick kam ein Gedanke entmuthigtes Weichens in seine Seele; zu fest gewurzelt stand bei ihm die Überzeugung von der innern Güte und dem nationalen Werthe seiner Sache; ich werde dereinst, sagte er damals, der populärste Mann in ganz Deutschland sein.

In mehreren Erlassen an Werther faßte er am 12. Mai noch einmal sämmtliche Beschwerdepunkte gegen Österreich zusammen, und forderte also Werther auf, mit Mensdorff alle jene Momente zu besprechen, ihm Preußens Wunsch auf Frieden und Bündniß zu versichern, zugleich aber auch über die Gewißheit des bewaffneten Conflicts bei Fortsetzung des bisherigen Verfahrens keinen Zweifel zu lassen. Werther vollzog diese Weisungen am 18. Mai, konnte jedoch nur von geringem Erfolge berichten. Zwar eine Proclamation Friedrich's VIII. durch den Landtag verhieß auch Mensdorff zu verhindern, und war zugleich bereit, in einigen Einzelheiten Halbhuber ein freundlicheres Benehmen anzubefehlen: in den Hauptsachen aber hielt er fest an der alten Stellung. Am Bundestag, sagte er, habe Österreich seine Stimme abgegeben, weil Preußen sich der Abstimmung nicht habe enthalten

wollen, und habe so, wie geschehen, abgestimmt, weil Preußen bei seinen holsteinischen Anforderungen ohne Rücksicht auf Österreich vorgehe. Er sei einverstanden, daß Österreich und Preußen zur Führung in Deutschland berufen seien, könne deshalb aber nicht alle Rücksicht auf die Mittelstaaten aus den Augen setzen, die mit Unrecht als Preußens Gegner angesehen würden. Lebhaft bedauere er die augenblickliche Erkältung unserer Beziehungen, daran aber seien nur die unberechtigten preußischen Forderungen Schuld. In Ermanglung eines Äquivalents für Österreich könne von der preußischen Annexion nicht die Rede sein. Die Bildung eines preußischen Vasallenstaats sei durch das Bundesrecht ausgeschlossen; wer auch immer österreichischer Minister wäre, würde außer Stande sein, dazu die Hand zu bieten. Um sie zu ermöglichen, würde eine Reform der Bundesverfassung vorausgehen müssen; eine solche aber sei aussichtslos, und die Erhaltung des bisherigen Bundesrechts durchaus in Österreichs Interesse begründet. So lange also Preußen auf jenen Forderungen beharre, würde es ein unfruchtbares Bemühen bleiben, wenn Österreich Gegenvorschläge machte. Nur auf dem Wege gegenseitiger Concessionen wäre vielleicht eine Verständigung möglich.

Es war die stolze Sprache, an die man bei der österreichischen Staatskanzlei gegen Rivale und Vasallen stets gewohnt war, und auch in diesem Falle, wie so häufig früher, steigerte sie ihren Ton, nicht im Bewußtsein überlegener Stärke, sondern zur Verdeckung der innern Verlegenheiten. Denn eben in diesen Tagen entwickelte sich für das Donaureich nicht bloß eine Minister-, sondern in engster Verbindung damit eine finanzielle und eine Verfassungskrisis. Wie wir sahen,

hatte Schmerling, nachdem der Absolutismus von 1850 durch die italienischen Niederlagen zu Falle gekommen, dem Kaiser Hoffnung gemacht, die Reichseinheit durch constitutionelle und liberale Mittel zu befestigen, und die Centralregierung durch ein gemeinsames Parlament aller Kronlande zu stärken. Jetzt aber zeigte sich auf der einen Seite, daß Minister und Reichsräthe vereinigt nicht stark genug waren, den wachsenden Widerstand Ungarns und das grollende Mißvergnügen der Croaten und Czechen zu überwinden, und auf der andern, daß das Haus der Abgeordneten, anstatt die Machtmittel der Regierung zu vermehren, sie überall an ihre verfassungsmäßigen Schranken erinnerte, mit Interpellationen und Resolutionen bedrängte, und vor Allem bei den Geldfragen in fortdauerndem Gegensatze zu den Ministern stand. Die Finanzlage war allerdings traurig; in jedem Jahre überstiegen die Ausgaben die Einnahmen, und zeigte sich am Jahresschluß das Deficit noch größer, als im Budget vorgesehen war. So hatten 1864 die Ausgaben den Voranschlag um sieben Millionen Gulden überschritten, die Einnahmen aber waren um 20 Millionen darunter zurückgeblieben. Die Regierung half sich, wie sie konnte, leistete ohne Rücksicht auf die budgetmäßige Bestimmung der Gelder die nothwendigsten Zahlungen und blieb bei weniger dringenden im Rückstand; der Reichsrath hatte also Anlaß in Fülle zu der schneidigsten Kritik. Die Mehrheit erklärte wiederholt, daß an neue Steuern und weitere Anleihe nicht zu denken, also kein anderer Ausweg als die knappste Sparsamkeit sei. Ihre Abstriche trafen alle Verwaltungszweige und, wie man sich denken kann, an erster Stelle den Militäretat, für welchen die Regierung 107 Millionen gefordert hatte, das Abgeordnetenhaus aber nur 79

bewilligen wollte, trotz der Erklärung des Kriegsministers, daß damit die Organisation des Heeres nicht aufrecht erhalten werden könne. Immer that die Regierung das Mögliche, um die Kosten der Armee und Flotte zu ermäßigen: alle irgend entbehrlichen Pferde wurden verkauft, ein großer Theil der Mannschaften als Urlauber in die Heimath entlassen, zahlreiche Bauten zu Militärzwecken eingestellt. Die Generale wütheten; der Adel bestürmte den Kaiser, das Reich nicht durch die constitutionellen Quacksalber zu Grunde richten zu lassen; alle schönen Verheißungen Schmerling's seien in ihr Gegentheil umgeschlagen; sein großer Reichsrath habe den Eigenwillen der Ungarn nicht zu beugen vermocht, statt dessen aber durch seine ungebührlichen Kritiken das Ansehen der Regierung geschwächt und durch seine gehässige Knauserei die Wehrkraft des Reiches gelähmt. Dem Kaiser begannen diese Vorstellungen einzuleuchten. Eine allgemeine Unsicherheit, Abspannung und Verdrossenheit lagerte sich über das Reich.

Bei diesen Umständen, welche natürlich in Berlin nicht unbekannt waren, konnten Mensdorff's tönende Worte der preußischen Regierung unmöglich imponiren. In diesem Augenblicke erinnerte man sich jenes Ausspruchs des Kaisers Franz Joseph, bei etwaiger Trübung des Verhältnisses möge man wieder den General Manteuffel nach Wien senden, und am 19. Mai wurde bereits eine Instruction für diesen entworfen, welche mit schneidender Klarheit die Gefahren der Lage bezeichnete. „Unser Verhältniß zu Österreich, hieß es dort, steht an einem für die Richtung unserer gesammten Politik entscheidenden Wendepunkt: Österreichs bisheriges Verfahren muß uns unaufhaltsam zum Bruche führen. In einem solchen Falle aber muß Preußen seine Beziehungen zu den andern

Mächten entsprechend vorbereiten. Bisher ist jede Einmischung der Fremden in die schleswig-holsteinische Sache durch das Zusammenhalten Österreichs und Preußens vermieden worden; dies Verhältniß verschwindet, wenn Österreich sich zu uns in Gegensatz bringt. Wir werden dies bedauern, aber wir müssen uns darauf einrichten. Österreich hat niemals Anstand genommen, in europäischen Fragen, ohne Rücksicht auf uns, die Richtung einzuschlagen, die ihm für seine Interessen die nützlichste erschien, und wie 1854 bei dem orientalischen Krieg, so selbst 1863 bei dem polnischen Aufstande, trotz seiner nahe liegenden, eigenen Interessen, eine offenbar nur durch seinen Wunsch einer Annäherung an Frankreich motivirte Haltung einzunehmen. Setzte das Wiener Cabinet trotz der Erfahrungen des letzten Jahres ein solches Benehmen fort, so wären wir zu unserer eigenen Sicherung genöthigt, ebenso zu verfahren: Preußen würde dies nicht schwerer finden, als Österreich. Es ist der wesentliche Zweck Ihrer Anwesenheit in Wien, hierüber Klarheit zu erlangen, ob unsere Allianz dort noch so weit geschätzt wird, um dieselbe durch die Gewährung unserer berechtigten Forderungen aufrecht zu erhalten, oder ob die entgegenstehenden Tendenzen in Wien bereits eine solche Stärke erlangt haben, daß wir den Bruch für wahrscheinlich halten, und hienach zunächst unsere Haltung in Schleswig-Holstein, dann aber auch unsere europäische Gesammtpolitik bestimmen müßten. Wir wünschen die Verständigung, werden aber den Conflict nicht scheuen."

Allerdings ließ es sich nicht verkennen, daß eine außerordentliche Sendung mit solchen Aufträgen die Dinge sehr leicht zur Krisis führen und nach Umständen die sofortige Erklärung des Bruchs für Preußen zur Ehrensache machen

könnte. Demnach befahl der König zu nochmaliger umfassender Erwägung der ganzen Angelegenheit den Zusammentritt des Staatsministeriums zu einer Sitzung, die unter seinem Vorsitz und unter Theilnahme des Kronprinzen und des Generals Moltke am 29. Mai Statt fand.

Der König eröffnete die Verhandlung mit der Bemerkung, daß der dänische Krieg von Anfang an allerdings als eine nicht bloß preußische, sondern nationale Sache aufgefaßt worden sei, niemals aber habe man Österreich darüber im Zweifel gelassen, daß Preußen eine Entschädigung für seine Opfer fordern werde. Es frage sich nun, ob man zu diesem Zwecke die Annexion der Herzogthümer oder das Programm vom 22. Februar in das Auge fassen solle. Bismarck ergriff darauf das Wort, indem er mit dem Satze begann, daß Preußen durch die neue Ordnung der Dinge mindestens nicht schlechter gestellt werden dürfe, als es früher zu dem befreundeten Dänemark gestanden. Eine solche Verschlechterung aber würde in der Schöpfung eines neuen, von Preußen unabhängigen Mittelstaats liegen, bei der jetzigen Feindseligkeit Dänemarks, gegen welche die schleswig-holsteinische Armee nicht ausreiche, Preußen also stärker belastet werde. Um hiegegen gesichert zu sein, fuhr er fort, bieten sich drei Wege dar. Der erste wäre Beschränkung auf die Begehren vom 22. Februar. Er hätte den Vorzug, daß diese Minimalforderung, besonders wenn wir etwa auf den preußischen Fahneneid und die völlige Einverleibung der schleswig-holsteinischen Truppen in das preußische Heer verzichteten, vielleicht auf friedlichem Wege zu erreichen wäre. Freilich würden dann die Herzogthümer mit einer Staatsschuld von 80 Millionen belastet, die öffentliche Meinung in Preußen das Er-

gebniß als einen Rückzug betrachten, und die in diesem Zustand unausbleiblichen Reibungen schließlich doch zur Annexion führen. Der zweite Weg würde uns den Besitz der Herzogthümer durch eine Entschädigung Österreichs und eine Geldabfindung der Prätendenten verschaffen. Da jedoch Österreich territoriale Entschädigung begehrt, Se. Majestät aber keine Gebietsabtretung will, so ist dieser Gedanke nicht weiter zu verfolgen. Endlich der dritte Weg heißt formelle Forderung der Annexion. Hier wäre die wahrscheinliche Folge der Ausbruch des Kriegs mit Österreich. Die europäische Lage erscheint im Augenblicke dafür günstig, da sowohl Rußlands als Frankreichs Neutralität zu hoffen ist, ja das russische Cabinet Andeutungen gemacht hat, daß es die Rechte Oldenburg's vertreten würde, wenn Österreich die Ansprüche Augustenburg's zur Geltung brächte. Ein Krieg mit Österreich wird früher oder später doch nicht zu vermeiden sein, nachdem die Politik der Niederhaltung Preußens von der Wiener Regierung wieder aufgenommen worden ist. Allein den Rath zu einem großen Kriege gegen Österreich können wir Sr. Majestät nicht ertheilen; der Entschluß dazu kann nur aus der freien königlichen Überzeugung selbst hervorgehen. Würde ein solcher gefaßt, so würde das gesammte preußische Volk ihm freudig folgen.

So vorsichtig die Erwägungen dieses Votums gehalten waren, so blieb doch die kriegerische Tendenz desselben unverkennbar. Um so dringender legte darauf in nicht minder vorsichtigen Wendungen der Finanzminister Bodelschwingh seinen Wunsch auf friedlichen Ausgleich dar. Der Kriegsminister von Roon, nicht so kriegsscheu wie Bodelschwingh, aber einem Bruche mit Österreich politisch abgeneigt, bezeichnete

allerdings die Annexion als das stets zu erstrebende Ziel, gab jedoch anheim, ob man nicht für jetzt als erste Station des Weges am Februar-Programm festzuhalten habe. Der classisch gebildete Unterrichtsminister von Mühler widersprach dieser Auffassung: die Schutzherrschaft habe die Athener einst zum peloponnesischen Kriege geführt, die einfache Einverleibung sei besser. Der Justizminister Graf Lippe kündigte in gleichem Sinne an, daß nach dem demnächst vorzulegenden Gutachten der Kronjuristen weder Oldenburg noch Augustenburg begründete Ansprüche auf die Thronfolge in den Herzogthümern beibringen könnten. Der Minister für Landwirthschaft, Selchow, fand es bei dieser Sachlage gerathen, ohne langes Zaudern die Annexion zu begehren und durchzusetzen, worauf indessen Graf Eulenburg, der Minister des Innern, wieder in das Fahrwasser Roon's zurücklenkte, daß im Streben nach dem Besitze Schleswig-Holsteins zu beharren sei, die Annexion aber nicht sofort angekündigt zu werden brauche. Andrerseits warnte der Kronprinz vor den schweren Gefahren der Annexion und dem Unheil eines Kriegs mit Österreich, welcher Deutschland zerfleischen und die Einmischung der Fremden herbeiführen würde; alle diese Schwierigkeiten würden mit der Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg verschwinden, denn dieser sei durchaus preußisch gesinnt und zur Annahme der Februar-Bedingungen bereit. Gegen dies großmüthige Vertrauen erhob jedoch Graf Eulenburg nach der Erklärung des Erbprinzen vom 31. März mehrfache Bedenken, und Bismarck bemerkte, daß ein österreichischer Krieg nicht als Bürgerkrieg betrachtet werden könne; Österreich habe seinerseits stets das französische Bündniß gesucht, und werde es in derselben Stunde annehmen, in welcher Frankreich es bewilligte.

In der Seele des Königs mochten diese Boten streitende Gefühle erwecken. Noch überwog, wie es schien, bei ihm das Sträuben gegen den Bruch mit dem alten Aliirten. Wohl hätten wir, sagte er, auch ohne Österreich die Herzogthümer erobert; sein Bündniß aber hat uns den europäischen Krieg fern gehalten. Indessen wandte er sich noch zu Moltke: was ist die Meinung der Armee? Meine persönliche Ansicht ist, erwiderte der General, daß die Annexion die einzige heilsame Lösung für Preußen und für Schleswig-Holstein ist. Der Gewinn ist so groß, daß er einen Krieg verlohnt. Gerechtfertigte Ansprüche Österreichs sind zu befriedigen; gelingt das nicht, so muß man zum Kriege fest entschlossen sein. So viel ich weiß, geht die Meinung des Heeres auf Annexion. Ich halte eine siegreiche Durchführung des Kriegs für möglich; auch die numerische Übermacht am entscheidenden Punkte kann erreicht werden, wenn der Theil der Landwehr, der sonst für die jetzt nicht bedrohten Festungen bestimmt ist, mit in das Feld rückt.

Der König aber schloß jetzt die Conferenz mit der Erklärung, daß er sich seine Entschließung noch vorbehalte.

Somit blieb es zur Zeit bei der Aufrechthaltung des Februar-Programms, und überhaupt bei dem bisher eingehaltenen Gange der Verhandlungen. Zu der Sendung Manteuffel's war demnach kein Grund vorhanden.

Vierzehntes Buch.

Übereinkunft von Gastein.

1. Capitel.

Preußisches Ultimatum.

Die Hohenzollern der letzten Jahrhunderte waren ein kriegsstarkes, aber kein kriegslustiges Geschlecht. Sie waren bereit, Leib und Leben einzusetzen, wo es nothwendig war für das, was sie als Recht und Ehre ihres Staats erkannten: aber sie hatten keine Herzensfreude an der greuelvollen, wenn auch lorbeerreichen Blutarbeit der Schlacht. Fast wie eine Familientradition hatte sich die Stimmung herausgebildet, zwar in den unvermeidlichen Kampf mit fortreißender Entschlossenheit einzutreten, aber nicht das Schwert zu ziehen, so lange irgend ein Mittel friedliches Ausgleichs noch unversucht geblieben war. Mochte dadurch ein besonders günstiger Augenblick versäumt, dem Gegner Zeit zur Rüstung gelassen, die Gefahr des zuletzt doch aufflammenden Kampfes vermehrt werden: immer blieb das Gefühl, daß die Zögerung denn doch Erfüllung einer Gewissenspflicht gewesen war.

Auf die Dauer hat Preußen trotz mehrerer Verluste keinen Grund gehabt, diese Handlungsweise seiner Könige zu beklagen. Im Jahre 1780 regierte sein Monarch über fünf Millionen Unterthanen; im Jahre 1880 lenkte sein

Herrscher die Geschicke von 45 Millionen Menschen. Und in dem Jahrhundert, welches dieses beispiellose Wachsthum sah, hatte Preußen beinahe 90 Friedensjahre und ertrug nur sechs Jahre lang die Anwesenheit feindlicher Truppen auf seinem Boden, ein Verhältniß, welches auch nicht vorgekommen war, so lange es eine deutsche Geschichte gab.

Nicht am wenigsten machten sich Gedanken der angegebenen Art dem König Wilhelm bei dem Verhältniß zu Österreich geltend. Die bittern Erinnerungen an Olmütz und die darauf folgenden Jahre waren mit dem Beginne des dänischen Kriegs zurückgetreten; in dem neuen gemeinsamen Kampfe gedachte man wieder der Waffenbrüderschaft von 1813 und des langjährigen Bündnisses der Restaurationszeit. Damit vereinte sich die nahe Verwandtschaft und persönliche Freundschaft der beiden Souveräne: die Vorstellung eines österreichischen Kriegs war für den König eine tieftraurige. Um Alles wollte er keine übereilte Entschließung fassen.

Aber andrerseits drängten die Verhältnisse vorwärts mit anschwellender Wucht. Die Frage, ob der Conflict sich ohne Schaden und Schande vermeiden ließe, wurde für Preußen drückender von Tage zu Tage. Es hatte seine Ansprüche vor aller Welt erhoben, sie bei jeder Wiederholung mit steigendem Nachdruck geltend gemacht, und sah sie in ihren wesentlichsten Punkten von Österreich hartnäckig abgewiesen. Und nur zu bald hatte der Gegensatz weitere Dimensionen angenommen. Kein Mensch und kein Staat kann seine Vergangenheit auslöschen, und wie seit 100 Jahren die Dinge gewachsen waren, fand Österreich das Gedeihen seiner Macht in der Zersplitterung Italiens und Deutsch-

lands, Preußen aber das seine, wie Italien, in der Einheit des großen Vaterlandes. Zweimal hatte Österreich den nordischen Rivalen von diesen Bahnen abgelenkt, unter Metternich durch schmeichelnde Überredung, unter Schwarzenberg durch Drohung übermächtiger Gewalt. Jetzt war die Frage zum dritten Male gestellt. Österreich verbot dem Alliirten die Verwerthung der Siegesfrucht für sich und Deutschland; es verbot sie auf Grund des alten Bundesrechts. Wenn es auf diesem Boden verharrte, so hatte Preußen nur zwischen einem neuen Olmütz und dem Bruch des Bundes die Wahl. Ein besonderer Umstand kam hinzu, der preußischen Regierung jedes Zurückweichen zu erschweren. Jahr für Jahr hielt ihr das Haus der Abgeordneten den Satz entgegen, daß die neue Einrichtung des Heerwesens verfehlt und schädlich, daß sie eine unnütze Vergeudung der nationalen Kräfte sei. Wie populär im Lande die Annexion Schleswig-Holsteins, die Schöpfung einer deutschen Flotte, die Bundesreform an sich auch waren, die Volksvertreter blieben dabei, jede Meinungsäußerung über diese Fragen zu versagen, so lange der Verfassungsstreit schwebe; und bis die Regierung die Forderungen der Majorität hinsichtlich des Heeres und des Budgets anerkannt hätte, jede Geldbewilligung auch für die Flotte und den Kieler Hafen abzulehnen. Die Regierung, welche für die Verstärkung ihrer Heeresmacht einen solchen Streit auf sich genommen, war unwiderbringlich verloren, wenn sie schließlich mit ihrer starken Armee die Demüthigung von 1850 wiederholte.

Bismarck begann, den Glauben an die Möglichkeit jener Zweiherrschaft in Deutschland aufzugeben, die er dem Grafen Rechberg und anfangs auch dessen Nachfolger so oft und so

dringend empfohlen hatte. Ganz so wie Mensdorff, hielt auch er die Allianz der beiden Mächte hoch, aber ebenso wie jener, wollte er sie nur auf die eigenen Bedingungen, nicht auf die des Genossen. Bei der stolzen Selbstgefälligkeit, womit man in Wien einen kriegerischen Entschluß Preußens für unmöglich hielt, sah Bismarck den Zusammenstoß nahe und näher rücken, und hätte es, so weit gedrängt, aus hundert Gründen vorgezogen, das Unausweichliche in möglichst rascher Entwicklung abzuthun. Wenn wirklich nicht auszuweichen wäre, würde auch der König derselben Gesinnung sein; ihm war aber zur Zeit die Frage, ob in der That eine solche Unmöglichkeit vorläge, noch nicht entschieden.

So ging denn zunächst der Depeschenwechsel über den beabsichtigten Landtag der Herzogthümer weiter. Am 24. Mai hatte Bismarck auf die österreichische Eröffnung vom 11. geantwortet, das Zugeständniß hinsichtlich der Befugniß des preußischen Commissars zu Einzelverhandlungen mit den Ständen dankbar angenommen, jedoch keinen Grund gefunden, die Zurücknahme des ersten Wiener Vorschlags, einer vorausgehenden Berathung der Provinzialstände von 1854, zu billigen. Er meinte, die früher von Mensdorff mit Recht betonte Gesetzlichkeit des Verfahrens wiege schwerer, als der Verlust einiger, für die Vorbereitung der Wahlen nöthiger Wochen. Um so bestimmter aber hatte er den Antrag auf Ausweisung des Prätendenten wiederholt. Wenn Mensdorff behaupte, sagte er, daß seit December 1863 die Verhältnisse sich wesentlich geändert hätten, so sei das vollkommen richtig, nur sei die Änderung der Art, daß die Gründe für die Ausweisung noch viel dringender und zwingender geworden seien. Damals sei Prinz Friedrich der

einzige Prätendent gewesen; jetzt sei ein Bundesfürst, der Großherzog von Oldenburg, neben ihm aufgetreten. Damals habe der Erbprinz sich gegen Christian IX. erhoben, gegen welchen Deutschland den Krieg zu erklären im Begriffe stand; jetzt richte sich die Agitation des Erbprinzen gegen die beiden deutschen Mächte selbst. Dem müsse ein Ende gemacht werden. Werther wurde hienach angewiesen, dem österreichischen Minister zu bemerken, daß nicht die Entfernung, sondern die Anwesenheit des Erbprinzen die Zustimmung beider Mitbesitzer bedürfe; Preußen aber versage diese unbedingt, und werde sein Verbot mit allen Mitteln, ohne Rücksicht auf irgend welche Folgen, geltend machen. Mensdorff erwiderte am 1. Juni, er beklage den Zeitverlust, welchen die vorausgehende Berufung der Provinzialstände verursachen werde, wolle aber in dieser Frage keine Schwierigkeit machen und lasse sich hierüber jeden preußischen Beschluß gefallen. Der Erbprinz aber könne nicht ausgewiesen werden, und jedem einseitigen Verfahren Preußens gegen ihn müsse Österreich mit entschiedenem Protest entgegentreten. In einem Schreiben vom 13. Juni ging dann Bismarck über diesen Streitpunkt kurz hinweg, um seine Freude über das erreichte Einverständniß hinsichtlich der Provinzialstände auszusprechen, und gab noch an demselben Tage Zedlitz die Weisung, sich mit Halbhuber über die Betreibung der nöthigen Ergänzungswahlen zu verständigen. Es zeigte sich dann, daß Halbhuber auch hier mit langsamer Verdrossenheit zu Werke ging, und es kostete Zedlitz unter fortdauerndem Antreiben Bismarck's nicht geringe Mühe, festzustellen, welche Wahlformen und Wahlbeamten bei den alten Ständen gesetzlich vorgeschrieben seien.

Indessen wurde das Berliner Cabinet noch in bestimm-

terer Weise darüber aufgeklärt, mit welcher Ungunst trotz aller schönen Redewendungen in Wien der Plan eines schleswig-holsteinischen Landtags betrachtet wurde. Graf Karolyi ließ damals ein Schreiben seines Ministers vom 5. Juni in Bismarck's Händen, welches mit dem Satze begann, jener Vorschlag sei nicht mehr geeignet, den Weg zu einer annehmbaren Lösung abzukürzen, sondern drohe im Gegentheil, neue Verwicklungen herbeizuführen: die Berufung des Landtags sei Österreich stets als völlig überflüssig erschienen, wenn Wien und Berlin einig seien, und als sehr gefährlich, wenn das Gegentheil der Fall wäre. Alles komme auf die baldige Wahl eines Souveräns an; Österreich bleibe bei seinem Votum für Augustenburg, sei übrigens auch bereit, die Oldenburger Candidatur zu erwägen. Ebenso dringend aber sei auch die Entscheidung über die preußischen Forderungen vom 22. Februar. Österreich habe sie am 5. März abgelehnt; deshalb aber habe Preußen keinen Grund gehabt, die Unterhandlung für abgebrochen zu erklären. Wir hegen also, sagte Mensdorff, die ernstliche Erwartung, daß Preußen den Faden derselben an dem Punkte, wohin wir ihn am 5. März geführt haben, wieder aufnehmen und mit weiser Mäßigung die Gegensätze lösen werde. Der Hafen von Kiel und die Garnison von Rendsburg werden keine Schwierigkeit bilden; über die maritimen Leistungen der Herzogthümer wird die Verständigung möglich sein; über die militärischen Verhältnisse wird der Bund das letzte Wort zu reden haben. Würde jedoch, schloß diese Depesche, das jetzige Provisorium noch länger fortdauern müssen, so beantrage Österreich die Verminderung der preußischen Besatzungstruppen von 16000 auf ungefähr 10000 Mann.

In Berlin war man nicht wenig überrascht über diesen Erlaß, nachdem Österreich am 5. März in schroffer Weise die (durch die preußischen Forderungen eröffnete) Phase der Unterhandlung als hoffnungslos für abgeschlossen erklärt hatte. Immer durfte man in der jetzt begehrten Wiedereröffnung derselben ein Zeichen entgegenkommendes Sinnes erkennen: Bismarck antwortete also am 16. Juni in freundlichstem Tone, daß man auf den Erlaß vom 5. März nur deshalb nichts erwidert habe, weil man nach der vollständigen Ablehnung der preußischen Begehren positive Gegenvorschläge aus Wien hätte erwarten müssen. Man sei bereit, in eine Verständigung über die Person des Souveräns einzutreten, halte Oldenburg für den bessern, wolle aber gern auch über jede andere Candidatur verhandeln, sobald Österreich in die Entfernung des Erbprinzen und seiner Minister aus dem Lande eingewilligt habe. Sollte zu Preußens Bedauern die Verständigung nicht gelingen, so müßte freilich das Condominium fortdauern, was auch weder dem Lande noch dem preußischen Staate Nachtheil bringen würde, immer vorausgesetzt, daß eine wirkliche Regierung geführt, und jeder Versuch einer Nebenregierung und einer Agitation auf Einsetzung einer andern Souveränität, als Auflehnung gegen die rechtmäßige Obrigkeit behandelt würde. Bei dem jetzigen Zustande, wo diese Agitation sich im ganzen Lande rühre, könne Preußen nicht auf eine Verminderung seiner Besatzungstruppen eingehen.

So führte jede Erörterung immer wieder auf denselben Streitpunkt zurück, und bei jeder Wiederholung mußte sich trotz aller Friedenswünsche der Gegensatz der beiderseitigen Auffassungen schärfer zeichnen. Preußen betrachtete sich kraft des Wiener Friedens als Theilhaber einer rechtlich begrün=

deten Landesherrschaft in den Herzogthümern, und stellte demnach für jede Cession seiner Rechte Bedingungen und Schranken nach freiem Ermessen. Österreich dagegen verfuhr als beinahe zufälliger Inhaber fremdes Eigenthums — etwa nach Pfordten's Ausdruck, wie ein Gensdarm, der eine gestohlene Sache dem Diebe abgejagt hat — und strebte, das Land so schnell wie möglich dem rechtmäßigen Eigenthümer zu übergeben. Wunderlich genug bei einer Macht, welche Jahre lang die Rechtmäßigkeit aller Prätendenten bestritten hatte, und jeden Tag bereit war, gegen Abtretung der Grafschaft Glatz die Herzogthümer der preußischen Annexion zu überlassen. Indessen gestalteten sich in diesen Tagen die innern Verhältnisse des Donaureiches so ernst, daß Mensdorff sich immer stärker veranlaßt fand, Preußen gegenüber die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, und mithin am 24. Juni einen weitern Schritt entgegen that. In einem vertraulichen Schreiben an Werther führte er aus, daß es für Österreich schwer sei, positive Gegenvorschläge zu machen, ohne die übrigen Betheiligten hinzu zu ziehen. Was wir allein thun können, sagte er, haben wir schon gethan; wir gestehen Preußen einen Kriegshafen und die Besetzung einer Bundesfestung zu, letzteres unter der Bedingung, daß dann Rastadt ausschließlich österreichische Besatzung erhält. Weiterer Landgewinn für Preußen außer dem Kieler Hafen wäre durch einen entsprechenden Landgewinn für Österreich (Hohenzollern oder schlesische Grenzbezirke) bedingt. Dagegen kann über die Militärhoheit Österreich unmöglich entscheiden: die zur Erfüllung der preußischen Wünsche erforderlichen Änderungen des Bundesrechts kann nur der Bundestag beschließen. Über andere Punkte, die Marine, den Canal, die Verkehrsverhält-

nisse, könnte Österreich die Entscheidung einer Vereinbarung zwischen Preußen und dem künftigen Souverän überlassen. Es muß folglich die Lösung der Souveränitätsfrage allem Andern vorhergehen.

Hiemit hatte also das Wiener Cabinet seinen frühern Widerspruch gegen Bismarck's Vorschlag, Preußen sich allein mit dem künftigen Souverän verständigen zu lassen, großes Theils aufgegeben. Auch erkannte Bismarck dies am 3. Juli bereitwillig an, und erwiderte es durch eine nicht minder erhebliche Einräumung preußischer Seits. „Nun wohl, sagte er, wir erklären uns bereit, die militärische Organisation des holsteinischen Contingents zur Erörterung beim Bunde zu stellen, in der Hoffnung, daß auch hier das sachliche Bedürfniß einleuchtend sein wird. Wir sind auch geneigt, fuhr er fort, zur Einsetzung des Souveräns zu schreiten, wenn Österreich dazu mit uns den Großherzog von Oldenburg annimmt. Im letzten Winter erklärte das kaiserliche Cabinet wiederholt, die Wahl zwischen beiden Candidaten sei ihm völlig gleichgültig; erst neuerlich bevorzugt es Augustenburg mit voller Entschiedenheit. Diesen aber können wir nach seinem fortgesetzten feindseligen Verhalten uns nicht aufzwingen lassen."

Somit waren, was die künftigen Einrichtungen in den Herzogthümern betraf, die beiden Mächte sich näher gerückt als in irgend einem frühern Augenblicke. Österreich wollte die preußischen Forderungen zwar nicht selbst genehmigen, aber ihrer Erfüllung durch den Bund und den künftigen Landesherrn sich nicht mehr widersetzen; und Preußen willigte ein, die bisher stets zurückgewiesene Mitwirkung des Bundestags selbst in Anspruch zu nehmen. Leider aber blieb noch ungelöst zurück die Alles beherrschende Personalfrage, da

Österreich an Augustenburg festhielt, Preußen dagegen jetzt dessen Einsetzung nicht mehr unter gewissen Bedingungen genehmigte, sondern ihn unbedingt ausschloß. Vieles war in der letzten Zeit zusammen gekommen, um diese Wandlung in Berlin herbeizuführen, und das frühere Wohlwollen des Königs gegen den Erbprinzen in sein Gegentheil zu verkehren.

In den Herzogthümern erhielt sich der Zustand unverändert, wie wir ihn seit dem Beginn des Jahres sich haben entwickeln sehen. Die Zeitungen und die Vereine arbeiteten mit wachsender Heftigkeit für Augustenburg und ein souveränes Schleswig-Holstein; die Landesregierung führte die Verwaltung im gleichen Sinne, und sandte in regelmäßigem Geschäftsgang wöchentlich ihre Berichte an den Finanzminister des Erbprinzen, Staatsrath Francke. Die Anhänger der Annexion, ebenso wie jene des engern Anschlusses, waren völlig eingeschüchtert; wo jemand von ihnen hervortrat, wurde er durch die Zeitungen dem öffentlichen Unwillen denuncirt, in der Gesellschaft gemieden, durch die weltlichen und geistlichen Beamten nach Möglichkeit chicanirt. So wagten sie um so weniger sich zu rühren, als Preußen bisher noch niemals die Absicht der Annexion bestimmt ausgesprochen hatte, und bei der Thronbesteigung des Erbprinzen, gleichviel, ob mit oder ohne Februar-Bedingungen, jeder preußisch Gesinnte für seine ganze Zukunft besorgt sein mußte. Weder Zedlitz noch Herwarth fanden ein Mittel, diese Zustände zu bessern, da jeder in diesem Sinne gestellte Antrag an Halbhuber's Veto scheiterte. Der österreichische Civilcommissar stand selbst in Briefwechsel mit Samwer, und ließ nicht selten durch ihn oder andere Vertrauensmänner Mittheilungen an

die Schleswig-Holsteinische Zeitung in Altona gelangen[1]), das hervorragendste Preßorgan der Partei, welches unter der Redaction eines Breslauer Demokraten, Moses May, Tag für Tag sich in den heftigsten Angriffen auf Alles, was preußisch hieß, erging.

Diese Dinge waren, wie wir wissen, dem Wiener Cabinet durchaus genehm. Als indessen Bismarck immer nachdrücklicher die Entfernung des Erbprinzen aus dem Lande begehrte, und der ganze Gegensatz der beiden Mächte sich in diesem Punkte zu concentriren schien, meinte man in Wien, eine freiwillige Abreise des Prinzen würde der Sache desselben keinen Schaden thun, und ließ also einen darauf gerichteten Rath an den Kieler Hof gelangen, wie sich versteht, mit der bestimmten Erklärung des fortdauernden österreichischen Schutzes gegen jeden Zwang. Unterdessen hatte auch König Wilhelm einen ähnlichen Gedanken gefaßt, und erließ ein eigenhändiges Privatschreiben an den Erbprinzen, durch welches er ihn, in durchaus gnädigem Tone, aufforderte, die Schwierigkeiten der Lage durch seine persönliche Entfernung aus den Herzogthümern zu vermindern. Welche Gründe und Gegengründe die Berather des Erbprinzen bei diesem Anlasse geltend gemacht haben, mag dahin gestellt bleiben: genug, das Ergebniß war eine gemessen ablehnende Antwort an den König und eine Note in der Kieler Zeitung, daß der Herzog Friedrich entschlossen sei, das Land nicht zu verlassen, auch wenn Preußen und Österreich einen desfallsigen Wunsch aussprechen sollten.

Der König, welcher am 21. Juni, von Bismarck gefolgt,

[1]) Diese Briefe fand die preußische Behörde nach der Verhaftung May's unter dessen Papieren.

nach Karlsbad gegangen war, fühlte sich dadurch persönlich verletzt, als Monarch und als Kriegsherr, da der Erbprinz noch immer preußischer Officier, und als schlesischer Gutsbesitzer preußischer Unterthan war. Gleich darauf berichtete Herwarth über neue Hetzartikel der Schleswig-Holsteinischen Zeitung gegen die preußischen Truppen mit stachlichen Hindeutungen auf die Person des Königs selbst, und ebenso meldete der Gesandte Richthofen aus Hamburg, daß der Erbprinz zur Zeit in Nienstädten, nicht weit von Hamburg entfernt, Sommeraufenthalt genommen, und daß dort auf den 6. Juli, den Geburtstag des Prinzen, große Massendemonstrationen beabsichtigt, und überhaupt in allen Städten des Landes öffentliche Festlichkeiten in Vorbereitung begriffen seien. Der Ärger des Königs wuchs mit jeder solcher Nachricht, und eben in diesem Augenblicke reichte der Justizminister die Conclusionen der Kronjuristen über die erbrechtliche Frage ein, welche dem Prinzen jeden Anspruch auf die Thronfolge in den Herzogthümern aberkannten.

Dies Rechtsgutachten hat auf der einen Seite so bedeutende Wirkungen gehabt, und auf der andern so maaßlose Schmähungen erfahren, daß einige nähere Mittheilungen darüber hier am Platze sind.

Die Mitglieder des Kronsyndicats waren, wie kaum der Bemerkung bedarf, nicht erst für diesen Fall ernannt, sondern längst zu fester Stellung in ihr Amt berufen. Ihre Amtspflicht lautete nicht auf Vertretung der Rechtsansprüche der Krone, sondern auf unparteiische Rechtsbelehrung derselben. Es waren zwei pensionirte Justizminister, sechs Präsidenten und Räthe des obersten Gerichtshofs, zwei Präsidenten von Appellationsgerichten, vier Professoren der Universitäten

Berlin und Bonn (Heffter, Homeyer, Daniels, Bauerband), welche ohne Widerspruch zu den höchsten Autoritäten ihres Faches zählten; dazu kamen ein Oberpräsident, ein Wirklicher Geheimrath und ein General-Staatsanwalt, sowie endlich als Vorsitzender der damalige Justizminister Graf Lippe. Mithin standen unter 18 Mitgliedern 14 nach ihrem sonstigen Berufe vollkommen so unabhängig den Wünschen der Staatsregierung gegenüber, wie irgend ein Professor der 16 juristischen Facultäten, welche seit November 1863 sich für Augustenburg's Erbrecht ausgesprochen hatten. Das Referat über Lauenburg war Homeyer, jenes über Schleswig-Holstein Heffter übertragen worden. Uns kann es nur auf das Letztere ankommen, da über Lauenburg schon damals keine ernstliche Meinungsverschiedenheit vorhanden war. Durch die großen Friedensschlüsse von 1815, welche die unbedingte Einverleibung Lauenburgs in die dänische Monarchie verfügt hatten, waren alle Ansprüche ältern Datums auf das kleine Land hinfällig geworden.

Was Schleswig-Holstein betraf, so erörterte Heffter in seinem mehr als 400 Folioseiten starken Berichte zunächst die Frage, welche Rechte daselbst Österreich und Preußen durch den Wiener Frieden erworben hätten, und gelangte hier zu folgenden Sätzen. Das dänische Thronfolgegesetz von 1853 hat, da die damaligen Stände der Herzogthümer zu einer Berathung desselben nicht competent waren, die Thronfolge Christian's IX. dem Lande gegenüber rechtsgültig festgestellt. Demnach hat König Christian 1863 unter Anerkennung der europäischen Mächte den Besitz der souveränen Gewalt auch in den Herzogthümern ergriffen; er war seitdem der (wenn gleich bestrittene) Vertreter der vollen Regierungsgewalt in

Schleswig-Holstein, und war als solcher befugt, einzelne Landestheile mit unbedingter rechtlicher Wirkung zu erwerben oder abzutreten. Indem er im Wiener Frieden seine Rechte auf Schleswig-Holstein den beiden deutschen Mächten überließ, hat er diesen die volle Souveränität des Landes übertragen. Dabei fragt es sich jedoch, ob die zur Zeit in rechtlichem Besitzstand befindlichen Mächte nicht verpflichtet seien, erweisliche Erbansprüche sonstiger Prätendenten bei ihren weitern Dispositionen über das Land anzuerkennen. Heffter untersucht also in eingehender Ausführlichkeit Alles, was seit 1836 für und wider die Rechtstitel der einzelnen Prätendenten vorgebracht worden ist. Nach seinen Ergebnissen kommen nun die brandenburgischen Ansprüche erst nach dem Aussterben des Oldenburger Gesammthauses, in absehbarer Zeit also gar nicht zur Geltung. Sodann die Gottorper Ansprüche sind durch die Verzichte von 1727, 1773, 1851 und 1852 erloschen. Verwickelter aber steht die Frage hinsichtlich Augustenburg's. Allerdings ist eine ganze Reihe der gegen seine Berechtigung erhobenen Einreden unbegründet. Denn das Recht dieses Hauses kann nicht angefochten werden wegen Unterlassung der Lehnsmuthung, nicht wegen unebenbürtiger Heirathen, nicht wegen älterer Verzichte. Der einzige Einwand von Bedeutung ist der Vertrag vom 30. December 1852, durch welchen Herzog Christian für sich und seine Familie die demnächst einzuführende Thronfolge anzuerkennen und nichts dagegen vorzunehmen versprochen hat. Gewiß kann hienach er selbst keinen Anspruch mehr gegen Christian IX. oder dessen Rechtsnachfolger erheben, oder sein ruhendes Recht einem Dritten zur Verwerthung cediren, und ebenso gewiß kann bei seinen, des Familienhauptes, Lebzeiten, kein anderer Augustenburg aus

eigenem Rechte gegen Christian IX. in diesem Sinne auftreten. Aber wie steht es nach seinem Tode? Ist auch dann noch der Erbprinz durch das Versprechen des Vaters gebunden? oder kann er dann ein eigenes, seinem Blute anhaftendes Recht geltend machen? Heffter glaubt diese Frage, wenn auch etwas zweifelndes Tones, bejahen zu müssen, und ist also der Ansicht, daß nach dem Tode des Herzogs Österreich und Preußen die Ansprüche des Erbprinzen allerdings zu berücksichtigen hätten.

So Heffter. Allein die Mehrheit seiner Collegen vermochte er nur von einem Theil seiner Sätze zu überzeugen. Zunächst erhoben die Kronsyndiken mit 17 gegen eine Stimme seinen ersten Antrag zum Beschluß: das Thronfolgegesetz von 1853 hat die Erbfolge den drei Landen gegenüber in rechtsgültiger Weise geregelt. Sofort aber erhob sich gegen Heffter's weitere Sätze die Frage: wenn jenes Gesetz rechtsgültig für die Herzogthümer war, ließ sich dann consequenter Weise noch von entgegenstehenden Rechten eines Agnaten auf Schleswig-Holstein reden? Konnte man dann noch eine rechtliche Verpflichtung für Österreich und Preußen behaupten, solche mit dem Gesetze unverträgliche Rechte eines Agnaten anzuerkennen? Diese Fragen wurden, in Consequenz des ersten Beschlusses, von der Mehrheit verneint, und zur weitern Begründung des Spruches noch Folgendes bemerkt. Territorialabtretungen durch den Landesherrn als Souverän in Folge eines Friedensschlusses seien Staatshandlungen, durch welche das Object der Successionsansprüche vermindert werde oder ganz verloren gehe. Noch niemandem sei es bisher eingefallen, zu einem Friedensschlusse und den damit erfolgenden Abtretungen die Zustimmung der bereits vorhandenen

Regierungsfolger zu verlangen. Nach dem allein maaßgebenden Wortlaute des Wiener Friedens hätten die verbündeten Mächte ein gemeinsames, uneingeschränktes Verfügungsrecht dem gesammten oldenburgischen Hause gegenüber erworben. Ihre weitern Intentionen hinsichtlich der Herzogthümer möchten Gegenstand der politischen Erwägung sein: vom völkerrechtlichen Standpunkte aus seien diese Mächte als die einzigen zu betrachten, auf welche bedingungslos die Rechte König Christian's über Land und Leute übergegangen seien. Hienach erfolgte mit eilf gegen sieben Stimmen der Beschluß: die Mächte seien zur Anerkennung sonstiger Erbrechte nicht verpflichtet.

Nach der Feststellung dieses Satzes hatte die juristische Prüfung einzelner Erbansprüche keine praktische, sondern nur noch eine akademische Bedeutung. Das Kronsyndicat bestätigte, meist einstimmig oder gegen eine kleine Minderheit, Heffter's Anträge über die Nichtigkeit der brandenburgischen und gottorpischen Ansprüche, war einverstanden mit seiner Widerlegung der aus dem ältern Rechte erhobenen Einwürfe gegen Augustenburg, und erklärte mit siebzehn gegen eine Stimme:

> daß der Erbprinz Friedrich von Augustenburg nach dem Ableben König Frederik's VII. als nächstberechtigter Agnat zu den Herzogthümern nicht anzusehen — sowie
>
> daß der Herzog Christian von Augustenburg durch den Vertrag vom 30. December 1852 hinter König Christian und dessen männliche Descendenz zurückgetreten sei.

Dagegen lehnte die Mehrheit Heffter's Ausführung über die Ansprüche des Erbprinzen nach dem Tode des Herzogs

ab. Noch einmal erneuerte sich der Streit, ob das Versprechen des Vaters für den Sohn bindend, ob eine ausdrückliche Zustimmung des Sohnes dafür erforderlich sei, ob die Theilnahme des Sohnes an der Additionalacte als Zustimmung betrachtet werden könne. Entscheidend für die Abstimmung wurde schließlich die Erwägung, daß Herzog Christian durch seine Theilnahme an der Bewegung von 1848 in Gefahr gestanden, als Hochverräther seine ganze Habe einzubüßen; nur durch die schützende Vermittlung Friedrich Wilhelm's IV., also auf völkerrechtlichem Wege, sei es ihm gelungen, unter Vorwissen seiner Söhne eine Entschädigung dafür zu erlangen; bei der ganzen damaligen Verhandlung sei die ihm und seinen Söhnen wohlbekannte Absicht gewesen, durch jene Entschädigung die Sicherheit der neuen dänischen Thronfolge, wie sie von den europäischen Großmächten beabsichtigt war, zu vervollständigen. So sei seine Zusage ein integrirender Theil des großen europäischen Arrangements für die Thronfolge des dänischen Gesammtstaats: bei staatsrechtlichen Verhältnissen dieser Art genüge überall der Consens der Familienhäupter, um die Succession in souveränen Staaten durch Vertrag unter den nächsten Prätendenten völkerrechtlich zu ordnen. Der Erbprinz sei folglich für alle Zeit durch das Versprechen des Vaters gebunden.

Es wurde also mit eilf gegen sieben Stimmen beschlossen, daß der Erbprinz auch nach dem Tode seines Vaters ein Successionsrecht in den Herzogthümern nicht in Anspruch zu nehmen habe.

In allen diesen Beschlüssen ist offenbar nicht der Scharfsinn und die Belesenheit, mit welcher hier noch einmal alle

jene lehnrechtlichen Controversen behandelt wurden, das interessanteste Moment. Die historische Bedeutung des Vorgangs liegt vielmehr in der Thatsache, daß die Erörterung durch Heffter's Inconsequenz genöthigt wurde, zu den höchsten Principien des monarchischen Staats Stellung zu nehmen. Das Syndicat mußte sich entscheiden, ob Staats- und Völkerrecht die höhere Autorität besitzt oder Privatfürstenrecht, ob ein vor Jahrhunderten festgestelltes Erbrecht jedem Agnaten ein unantastbares Personalrecht verleiht, oder ob die gesetzgebende Gewalt des Staats zur Einführung einer neuen Thronfolgeordnung befugt ist, mit andern Worten, ob das Thronrecht nach den Grundsätzen des Feudalsystems, oder nach der englischen Auffassung der beiden letzten Jahrhunderte zu beurtheilen ist. Die Mehrheit des Kronsyndicats nahm hier den modernen, die Minderheit den feudalen Standpunkt. Mit der Ansicht der Mehrheit stimmte Bismarck, der angeblich feudale Junker, überein; es ist auf der andern Seite ein Zeichen der damaligen Verschiebung aller Begriffe, daß ein großer Theil der liberalen Parteien den feudalen Sätzen der Minderheit zujauchzte.

Urtheile man nun über den juristischen Werth des Gutachtens, wie man wolle, unzweifelhaft ist seine entscheidende praktische Wirkung. Denn der König, bereits entrüstet über das persönliche Verhalten des Erbprinzen, fand sich jetzt auch von seinen bisherigen Rechtsbedenken befreit. Das Februar-Programm war fortan für Preußen ein überwundener Standpunkt.

Die entsprechenden Maaßregeln folgten sich fortan ohne Aufenthalt. Bismarck schrieb an Werther über die zum 6. Juli beabsichtigte Massendemonstration und ließ ihn dem Grafen Mens-

dorff erklären, Preußen werde gegen jeden dabei vorkommenden Unfug sofort militärisch einschreiten, sodann wies er Zedlitz an, von nun an jeder Sitzung der Landesregierung persönlich beizuwohnen, von jeder dort behandelten Sache Kenntniß zu nehmen und jede ihm bedenklich erscheinende Verfügung derselben zu verbieten. Am 30. Juni schrieb darauf der König eigenhändig an den Kaiser Franz Joseph, um unmittelbar von ihm selbst die Ausweisung des Erbprinzen zu begehren; ich vermag, schloß er den Brief, die Beeinträchtigung meiner Würde als Souverän und als Kriegsherr, die in der Stellung liegt, welche der Prinz mir gegenüber einnimmt, auf die Dauer nicht hinzunehmen, und appellire an Deine Freundschaft und an Deine eigenen Gefühle mit der Bitte, dazu mitzuwirken, daß die Remedur in einer unsern gegenseitigen Beziehungen entsprechenden Weise, d. h. von uns gemeinschaftlich, erfolge.

Die Erwiderung des Kaisers auf dieses Freundeswort wurde mit um so größerer Spannung erwartet, als König Wilhelm darin der Entscheidung über die Möglichkeit des Friedens oder die Unvermeidlichkeit des Bruchs entgegensah. Seine Geduld ging auf die Neige und wurde nicht gestärkt durch die Tag auf Tag einlaufenden Berichte aus den Herzogthümern. Zedlitz meldete, daß Halbhuber jede Maaßregel gegen die Feier des 6. Juli weigere, dann, daß derselbe gegen die Anwesenheit Zedlitz's in den Sitzungen der Landesregierung Protest erhebe. Richthofen erfuhr, daß die Altonaer Stadtbehörde am 6. durch eine Deputation den Erbprinzen als Landesherrn begrüßen und ihn ihrer Treue versichern wolle; der Prinz seinerseits habe sich zwar die Massendemonstration verbeten, werde aber Deputationen empfangen. Werther berichtete, daß Mensdorff über die angekündigte Massen-

demonstration erstaunt und verdrießlich gewesen, dann aber gemeint hätte, man würde den Leuten, wenn sie nicht grobe Ausschreitungen begingen, nichts anhaben können. In den nächst folgenden Tagen kamen dann die Nachrichten über den Verlauf der erbprinzlichen Geburtstagsfeier. Auf Zedlitz's Betreiben hatte die Landesregierung noch am 5. Juli eine Verfügung erlassen, welche zur Vermeidung politischer Demonstrationen, allerdings in matten und zweideutigen Ausdrücken, mahnte. Das platte Land verhielt sich am 6. durchgängig ruhig; in den Städten aber war überall geflaggt, zahlreiche Festessen fanden in geschlossenen Räumen Statt. Der Prinz empfing eine Menge von Deputationen aus allen Theilen des Landes, darunter auch einzelne Beamte. Endlich in Kiel lud die Universität durch öffentlichen Anschlag zur Feier des Geburtstags des Allerhöchsten Fürsten und Herrn, Sr. Hoheit des Herzogs Friedrich VIII., alle herzoglichen und städtischen Behörden u. s. w. ein; in der geschmückten Aula hielt Professor Forchhammer die Festrede, welche den Herzog als den Landesherrn feierte, Schleswig-Holsteins Volk zu Treue und Gehorsam gegen ihn ermahnte und in heftigen Sätzen Preußens rechtswidrige und freiheitsfeindliche Bestrebungen bekämpfte. Unmittelbar nachher wurde die Rede in Tausenden von Exemplaren durch das ganze Land verbreitet, und der Sprecher in der Zeitungspresse mit begeistertem Lobe gefeiert.

Um so mehr blieb der König fest in dem Entschlusse, wenn er nicht günstige Nachricht aus Wien erhielte, in Schleswig-Holstein sich selbst zu helfen, auf jede Gefahr, auch auf die eines Kriegs mit Österreich. Mit der seiner Regierung eigenthümlichen Voraussicht und Raschheit ergingen die

Anfragen und Befehle für die erforderlichen Vorbereitungen nach allen Seiten. Am 7. Juli schrieb Bismarck an den Generalinspector der Artillerie, von Hindersin: ist der Zustand der Artillerie ein solcher, daß wir es darauf ankommen lassen können, ob die Verhandlungen mit Österreich schon in nächster Zeit zu einem Punkte führen, wo der Bruch wahrscheinlich ist? Ich sage nicht, setzte er hinzu, daß ich den Bruch schon jetzt mit Sicherheit voraussehe; aber die Lage ist von der Art, daß wir vielleicht nach vierzehn Tagen in Schleswig-Holstein einseitig vorgehen müssen, und es dann nicht mehr von uns abhängt, ob der Krieg eintritt; es fragt sich', ob wir handeln können, ohne die Gefahr eines nach unserer militärischen Lage verfrühten Kriegsanfangs. Eine gleiche Frage erging an den Kriegsminister in Bezug auf die Armee überhaupt: Österreich soll im Stande sein, binnen vier Wochen 180000 Mann an unseren Grenzen aufzustellen; können wir das auch? wir wollen den Krieg nicht unter allen Umständen: die Zustände aber in Schleswig-Holstein sind für uns unerträglich geworden; wenn Österreich nicht zur Abhülfe mitwirkt, so müssen wir einseitige Maaßregeln treffen, die sich Österreich wahrscheinlich nicht gefallen läßt. An den Grafen Itzenplitz wurde die Weisung erlassen, mit der Cöln-Mindener Eisenbahngesellschaft eine Unterhandlung zu eröffnen, welche der Regierung eine Summe von vielleicht 20 Millionen Thalern für die Kriegführung verfügbar machen konnte.

Die Antworten brachten überall her befriedigende Auskunft. Roon telegraphirte an Bismarck den 9. Juli: ich kann, was Sie nöthiges Falls wollen, und meldete Tags darauf, daß binnen vier Wochen 250000 Mann in Böhmen

einrücken, 46000 Mann in Westdeutschland operiren, und 200000 Mann Ersatz- und Besatzungstruppen die Festungen besetzt halten könnten. Was die Artillerie betraf, so erklärten er und Hindersin übereinstimmend, daß der befohlene Umtausch der Haubitzen gegen Vierpfünder noch nicht vollständig durchgeführt sei, die Gießereien aber Tag und Nacht arbeiteten, und im Nothfall die Armee auch mit Haubitzen in das Feld rücken könne. Ich lege also, schrieb Roon, Ihrer Politik keine Fesseln an, Sie wissen, daß ich einen Krieg mit Österreich nicht liebe, aber ich weiß, daß er unter Umständen eine politische Nothwendigkeit sein kann, und man ihn dann auf alle Chancen hin unternehmen muß. Nicht minder gute Nachrichten gab Itzenplitz am 13. über die Aussichten der finanziellen Operation.

So auf alle Fälle vorbereitet, erwartete man mit wachsender Ungeduld die Antwort Franz Joseph's auf das königliche Schreiben. Ein über das andere Mal telegraphirte Bismarck an Werther, wann dieselbe zu erwarten sei. Er sprach in diesen Tagen den in Karlsbad verweilenden französischen Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, und bat ihn, nach seiner Rückkehr den Grafen Mensdorff von dem Ernste der beiden Sätze zu überzeugen, daß Preußen gute Freundschaft mit Österreich von Grund des Herzens wünsche, daß es aber ganz sicher zum Schwerte greifen müsse, wenn Österreich seine Politik in Schleswig-Holstein nicht ändere[1]. Eine umfassende Mittheilung an Werther für den

[1]) Durch die Zeitungen ging damals eine Erzählung, Bismarck habe dem Herzog gesagt, er wünsche den Krieg, Preußen werde Österreich ohne Mühe schlagen und die Suprematie in Deutschland erringen. Ohne eine Anregung von preußischer Seite ließ Gramont sogleich in

Fall einer ablehnenden Antwort des Kaisers wurde mittlerer Weile vorbereitet, drei Depeschen, welche die verschiedenen Streitpunkte erörterten, um schließlich daran die Erklärung zu knüpfen, daß der König den Entschluß kund gegeben habe, die öffentlichen Verunglimpfungen Preußens und seines Heeres, durch welche das nationale und militärische Gefühl desselben verletzt werde, nicht länger zu dulden; man werde also Herwarth anweisen, amtlich bei der obersten Civilbehörde Abhülfe zu verlangen, und wenn dies erfolglos bleiben sollte, selbständig die geeigneten Maaßregeln zu Schutz und Genugthuung zu ergreifen. Der König, erklärte der Erlaß, verhehlt sich nicht den Ernst dieses Entschlusses, noch die Bedeutung der Folgen, welche die Durchführung desselben für das Verhältniß beider Mächte zu einander, unerachtet gewissenhafter Schonung und Anerkennung der Rechte des Mitbesitzers, haben kann. Aber wenn uns die Mitwirkung zur Abhülfe versagt wird, ... ein Fall, von dem wir hoffen, daß er nicht eintreten werde, müssen wir die nothwendigen Maaßregeln einseitig ergreifen, und sie auf jede Gefahr durchführen. Wir würden jede daraus etwa erfolgende Rückwirkung auf unsere Beziehungen zur kaiserlichen Regierung beklagen, aber unsere Beruhigung darin finden, daß wir zu den Entschlüssen, mit welchen wir so lange gezögert haben, durch die Nothwendigkeit gedrängt worden sind.

Als bis zum 11. Juli noch keine Nachricht aus Wien gekommen war, gingen diese Depeschen an Werther zur Mittheilung an Mensdorff ab. Gleich nachher erschien dann

Wiener Blättern diese Angaben für grundlose Erfindung erklären. Charakteristisch war es, daß das kaiserliche Preßbureau die Aufnahme dieser Erklärung in eine officiöse Zeitung weigerte.

eine Sendung Werther's mit der Antwort des Kaisers auf den königlichen Brief vom 9., und einer Erwiderung Mensdorff's vom 10. auf Bismarck's Erlaß vom 3. Juli. Die letztere sprach wiederholt die Freude über das bis jetzt erlangte Einverständniß, betreffend die Februar-Forderungen, aus, beide Schreiben aber stellten in dringender Weise den Antrag, daß der König von seiner Ungnade gegen Augustenburg absehen und den Erbprinzen als Souverän der Herzogthümer anerkennen wolle. Zugleich fragte Mensdorff an, ob zur weitern Verhandlung über Schleswig-Holstein die Sendung einer Vertrauensperson nach Karlsbad oder Gastein genehm sein würde, worauf Bismarck umgehend antwortete, daß dieselbe sehr erwünscht sei, übrigens aber noch einmal (am 14.) hervorhob, daß, wie erfreulich auch Mensdorff's Entgegenkommen in den übrigen Punkten sei, doch das Bedauern über Österreichs Festhalten an Augustenburg ungemindert bleibe. Der Prinz stelle sich als Regenten, als Macht gegen Macht den beiden Regierungen gegenüber, suche sie durch demagogische Mittel, durch einen Druck von unten her zu bezwingen, untergrabe in den Herzogthümern Ordnung und Autorität: Se. Majestät könne dergleichen sich nicht gefallen lassen. So lange dieser Zustand in den Herzogthümern nicht beseitigt sei, wie dies durch die Erlasse vom 11. gefordert worden, könne die Verhandlung mit Österreich dem Ziele nicht näher geführt werden.

So blieb für den Augenblick die Lage drohend und feuergefährlich. Auf eine Anfrage Roon's, ob etwa schwere Geschütze aus den rheinischen Festungen in die schlesischen überführt, und die Maaßregel in den Zeitungen besprochen werden sollte, antwortete Bismarck bejahend, stets in dem Gedanken, daß es das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens

sei, Österreich von dem Ernste der preußischen Entschließung zu überzeugen. Die Anwesenheit des Königs in Karlsbad näherte sich dem Ende; er gedachte jetzt zur üblichen Nachcur nach Gastein zu gehen, und auf dem Wege dorthin, in Regensburg, zur Feststellung des entscheidenden Beschlusses einen Ministerrath zu halten, zu welchem auch Werther aus Wien und Goltz aus Paris berufen werden sollten. Eine eben eintreffende Antwort Mensdorff's auf die Eröffnungen vom 11. Juli war nicht dazu gemacht, die Krisis hinauszuschieben. Sie bewegte sich in allgemeinen Wendungen: bei dem hoffnungsreichen Stande der Verhandlung über die Zukunft der Herzogthümer werde Preußen doch nicht durch einseitiges Thun die Verantwortung schwer bedenklicher Folgen auf sich laden; das Wiener Cabinet wolle ebensowenig wie das Berliner gesetzwidrige Zustände in den Herzogthümern; man werde untersuchen, ob die Landesregierung Fehler begangen habe, die eine Beschränkung ihrer Competenz nöthig machten; Halbhuber solle über das Benehmen der Presse und der Vereine gehört werden; jedoch seien Meinungsäußerungen über das Recht Augustenburg's nicht strafbar, da ja die Frage der Souveränität in den Herzogthümern eine offene sei. Mit solchen Sätzen rückte die Streitfrage natürlich keinen Schritt ihrer Lösung näher.

Für die Erwägungen des Ministerraths, welcher gemäß dem königlichen Befehle am 21. Juli in Regensburg Statt fand, war dadurch die Richtung bestimmt vorgezeichnet. Zunächst wurde die Absendung eines Ultimatums nach Wien beschlossen; würde auch dieses ablehnend oder ausweichend beantwortet, so würde Preußen selbständig mit militärischer Gewalt in Holstein vorgehen. Für den Eintritt dieser Even-

tualität wurde eine genaue Weisung an General Herwarth im Voraus festgestellt. Schon jetzt sollte er, um dem Wiener Cabinet den vollen Ernst des Ultimatums anschaulich zu machen, mit Verhaftung oder Ausweisung gegen einige preußische Unterthanen einschreiten, welche damals in Schleswig-Holstein sich an der Augustenburger Agitation hervorragend betheiligten. Sodann würde er Alles vorbereiten, um auf eine weitere königliche Ordre den Erbprinzen von Augustenburg zu verhaften, an Bord der im Kieler Hafen stationirten preußischen Corvette Vineta bringen und durch diese nach Pillau in Ostpreußen überführen zu lassen. Sobald an Herwarth diese Ordre abginge, würde der erste Act der Mobilmachung, der Ankauf der erforderlichen Pferde, angeordnet werden. Nach den Berichten von Itzenplitz und Bodelschwingh waren die Geldmittel für den Krieg zu erwarten; wenn, wie man hoffen durfte, die Verhandlung über die Cöln-Mindener Eisenbahn zu dem gewünschten Ergebniß führte, würden die verfügbaren Beträge auf 60 Millionen Thaler steigen, also die Kosten der vollständigen Mobilmachung und eines einjährigen Feldzugs ohne Steuererhöhung, ohne neue Anleihe oder Papiergeld-Emission zu decken sein.

Was die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten betraf, so hatte Bismarck kurze Zeit vor seiner Abreise von Berlin durch den Grafen Benedetti die positive Erklärung empfangen, daß bei einem Bruche mit Österreich Frankreichs wohlwollende Neutralität für Preußen ohne irgend eine Compensation gesichert sei. Gleich nachher hatte dann Benedetti ein Telegramm aus Paris vorgelegt, worin die Bereitwilligkeit Napoleon's ausgesprochen war, mit Preußen ein Bündniß zu schließen und dessen Vorschläge darüber entgegen zu nehmen.

Hienach erhielt jetzt Graf Goltz die Instruction, falls keine Verständigung mit Österreich eintrete, den Abschluß eines Neutralitäts-Vertrags mit Frankreich, und nach Umständen die Feststellung weiterer gegenseitiger Verpflichtungen vorzubereiten; er würde ferner die Geneigtheit Napoleon's zu einer etwaigen persönlichen Annäherung zu vermitteln suchen. An Graf Usedom in Florenz war bereits der Befehl ergangen, den ihm kurz vorher bewilligten Urlaub zur Zeit nicht anzutreten; er sollte nunmehr amtlich dem italienischen Ministerium die Frage stellen, wie sich dasselbe bei einem Kriege zwischen Preußen und Österreich zu verhalten gedenke.

Das an Österreich zu richtende Ultimatum erhielt dann folgenden Inhalt:

Ablehnung jeder Verhandlung über die Zukunft der Herzogthümer, bis dort die Autorität hergestellt, und jede Agitation beseitigt ist. Wenn dies geschehen, so ist Preußen über Oldenburg's Einsetzung zu unterhandeln bereit. Die Augustenburger Candidatur ist für uns vollständig ausgeschlossen, so lange der Erbprinz in seiner usurpatorischen Stellung beharrt. Würde Österreich die Herstellung der Ordnung in den Herzogthümern ablehnen, so würde Preußen sich im Stande der Nothwehr befinden, und einseitig durch General Herwarth das Erforderliche vorkehren. Weitere Entschlüsse, ob Herwarth diesen Auftrag erhält, hängen von dem beabsichtigten Besuche des Kaisers Franz Joseph in Gastein und dem Ergebniß der Zusammenkunft der beiden Monarchen ab.

Zugleich würde Werther dem Grafen Mensdorff vorläufige Kenntniß von der Absicht der Regierung geben, gegen jene preußischen Unterthanen in Schleswig-Holstein polizeiliche Maaßregeln zu ergreifen.

So war Jegliches nach jeder Seite auf das Genaueste vorgesehen. Man wünschte lebhaft, daß der Krieg nicht nöthig werden möchte, war aber, wenn nöthig, auch zum Kriege völlig entschlossen und bereit.

Der König mit Bismarck und General Manteuffel reiste darauf weiter nach Gastein, hatte aber unterwegs am 23. Juli in Salzburg noch eine politische Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, über welche hier kurz zu berichten ist.

Seit dem Bundesbeschlusse vom 6. April wartete Freiherr von der Pfordten in großer Unruhe und vielfach wechselnden Affecten auf den Verlauf der österreichisch-preußischen Unterhandlung. Er stand mit Beust in steter vertraulicher Correspondenz, zeigte sich aber fortdauernd geneigter als dieser, Preußens sonstigen Wünschen, wenn nur das Bundesrecht gewahrt bleibe, entgegenzukommen. Mit Freude, sahen wir, begrüßte er die Mittheilung von Preußens Antrag auf Berufung eines schleswig-holsteinischen Landtags; Beust und ich, sagte er dem preußischen Gesandten, hätten die Sache sonst beim Bundestage in Anregung gebracht, natürlich kann jetzt davon keine Rede mehr sein. Bald aber schien auch diese Erörterung zwischen Wien und Berlin wieder einzuschlafen; Pfordten vernahm statt dessen Preußens Begehren der Ausweisung Augustenburg's, und wurde dadurch in zornige Aufregung versetzt, zumal jetzt auch die bayerischen Kammern wieder einmal Resolutionen auf Anerkennung Herzog Friedrich's VIII. faßten. Zuerst vertraulich dem Prinzen Reuß, dann öffentlich den Kammern, gab er die Erklärung ab, daß, wenn das Bundesrecht in Schleswig-Holstein nicht geachtet würde, Bayern keinen Grund mehr sehe, ferner noch

Mitglied des deutschen Bundes zu bleiben. In wahren Jubel setzte darauf seine Stimmung um, als Bismarck ihm vertrauliche Kunde von Preußens Bereitwilligkeit, die Frage der schleswig-holsteinischen Militärhoheit der Berathung des Bundestags zu unterbreiten, zukommen ließ. Damit, rief er, sei die wesentliche Schwierigkeit beseitigt; jetzt werde Preußen sehen, daß es keinen bessern Freund als Bayern habe, daß niemand eine lautere Stimme als er für Preußens berechtigte Forderungen erheben werde. Am 10. Juli meldete Prinz Reuß, daß Pfordten den preußischen Minister dringend ersuche, ihm Ort und Zeit zu einer persönlichen Zusammenkunft zu bestimmen; er reise eben zu einem Gespräche mit Beust, stehe aber vom 17. ab zu Bismarck's Verfügung. Dieser antwortete höchst verbindlich und bezeichnete den 23. Juli und Salzburg, da ich nicht weiß, bemerkte er, was nach Gastein aus mir wird. Pfordten fand dann den sächsischen Minister steifer als jemals in seiner preußenfeindlichen Gesinnung, und verabredete mit ihm einen neuen Antrag am Bunde, betreffend die Berufung der Stände in den Herzogthümern, die Aufnahme Schleswigs in den Bund, und die Übernahme der Executions- und der dänischen Kriegskosten durch die Gesammtheit des Bundes. In Salzburg beeilte er sich, Bismarck denselben mitzutheilen, und hatte die Freude, wenn auch einige Bedenken, so doch keinen Widerspruch dagegen zu erfahren. Denn in der That, die beiden ersten Punkte des Antrags waren für Preußen in der damaligen Sachlage harmlos, und der dritte, die Übernahme der Kriegskosten durch den Bund, machte das Ganze der durchlauchtigen Frankfurter Versammlung schlechthin ungenießbar. Als dann Bismarck seinerseits dem bayerischen Collegen die gesammte

Lage der Dinge in den Herzogthümern entwickelt und mit großem Nachdruck auf den hohen Unwillen des Königs gegen das usurpatorische Benehmen Augustenburg's hingewiesen hatte, räumte Pfordten rückhaltlos ein, daß es allerdings für Preußen jetzt unmöglich geworden sei, den Erbprinzen ohne Weiteres als Herzog anzuerkennen; indessen, meinte er, wenn dies mit dem recalcitranten Augustenburg so stehe, so könnte vielleicht doch die Anerkennung eines unterwürfig gewordenen Augustenburg wieder möglich werden. Er erbot sich, in diesem Sinne mit Nachdruck auf den Prinzen einzuwirken, und Bismarck war weit entfernt davon, einem solchen vermittelnden Bestreben preußischer Seits jede Aussicht abzusprechen. Was die preußischen Februar-Forderungen, und insbesondere die Frage der Militärhoheit, betraf, so kam es zu keiner bestimmten Abrede; man begnügte sich mit dem Ausdrucke des beiderseitigen versöhnlichen Willens, und Bismarck deutete einmal an, daß Preußen sich vielleicht mit einer auf bestimmte Zeit bemessenen Militärconvention begnügen könne. Um so kräftiger aber erklärte er dem bayerischen Staatsmann, daß der hoffentlich auf Schlesien und Böhmen zu localisirende Krieg unvermeidlich sei, wenn Österreich dem Regensburger Ultimatum nicht entspreche, und Pfordten hatte kein Bedenken, den Inhalt des letztern berechtigt zu finden, weil in der That Preußens Ehre bei den jetzigen Beschwerden engagirt sei[1]).

Er hatte nach diesem Gespräche noch eine Audienz bei dem Könige, wobei dieselben Dinge in gleichem Sinne be-

[1]) Auch dieses Gespräch veranlaßte bald nachher die Zeitungen zu sehr detaillirter Erzählung von Bismarck's Äußerungen über den eventuellen Kriegsfall, und seine Hoffnung auf Neutralität der Mittelstaaten. Pfordten beeilte sich, durch die Bayerische Zeitung die Falschheit dieser Berichte nach Form und Inhalt erklären zu lassen.

handelt wurden, und Pfordten sich überzeugte, daß der König und sein Minister sich in völliger Übereinstimmung befanden, die Gerüchte also über Zwiespalt im preußischen Cabinette völlig grundlos seien. Nach München zurückgekehrt, sprach er sich in hohem Maaße befriedigt über die Zusammenkunft aus, und versicherte dem dortigen diplomatischen Corps, daß es jetzt in Österreichs Hand liege, den Bruch zu verhüten oder herbeizuführen. Ohne Zögern schrieb er an seinen Augustenburger Schützling, und forderte ihn dringend auf, dem preußischen Monarchen eine ehrenhafte Genugthuung zu geben; zugleich sandte er eine Depesche nach Wien, in welcher er dem Grafen Mensdorff seine feste Überzeugung sowohl von der Energie, als von der Friedensliebe Preußens aussprach, und mit warmen Worten in den Minister drang, eine Verständigung zu suchen, so lange der König noch auf österreichischem Boden weile.

2. Capitel.

Österreichische Ministerkrisis.

Während Preußen, einen klaren Zweck vor Augen, jedes von demselben geforderte Mittel sorgsam und gründlich vorbereitete, um nöthiges Falls alle Kräfte auf den entscheidenden Punkt zu vereinigen: waren unterdessen in Österreich wunderbare Zustände eingetreten.

Schon oben haben wir erwähnt, daß das Ministerium Schmerling bereits seit längerer Zeit auf die Unterstützung keiner Partei mehr rechnen konnte. In Ungarn und Croatien, in Galizien und Venetien hielt es die Herrschaft nur durch militärischen Absolutismus aufrecht. In den Landen diesseits der Leitha waren die slavischen Bevölkerungen widerwillig, weil sie in Schmerling's Einheitsstaat sich durch das Übergewicht des deutschen Elements benachtheiligt meinten. Der hohe Adel zürnte über den politischen Einfluß des Bürgerthums, welches im Reichsrath das Ansehen des Herrenhauses durch jenes der Abgeordneten in Schatten stellte, eine feste Ordnung und Controle des Staatshaushalts und der Landesverwaltung anstrebte und damit eine Menge hergebrachter erfreulicher Mißbräuche unliebsam störte. Der Klerus war

entrüstet über die seit 1861 wieder proclamirten Grundsätze der Toleranz und Glaubensfreiheit, sah mit Entsetzen, daß in dem frommen Tirol die Bildung protestantischer Gemeinden vorbereitet wurde, vernahm mit Abscheu, daß Schmerling die Verkündung der päpstlichen Encyclica und des Syllabus von 1864 zwar nicht verbot, dafür aber den Grund anführte, daß dieselben nur persönliche Meinungsäußerungen des Papstes, und folglich ohne allen Einfluß auf das österreichische Staatsrecht sein würden. Endlich die ursprünglichen Stützen Schmerling's, die deutschen Liberalen, hatten mit seinem bureaukratischen und eigenwilligen Verfahren längst die Geduld verloren; sie klagten über seine Dienstwilligkeit gegen jeden kaiserlichen Wink, während umgekehrt Franz Joseph dem Minister grollte, weil er nicht mit hinreichendem Eifer und Erfolg dem parlamentarischen Übermuth festen Zügel anlege.

Unter diesen Umständen bedurfte es nicht viel, um einen vollständigen Systemwechsel in der innern Politik herbeizuführen. Es war ein Mitglied des Ministerraths selbst, Graf Moritz Esterhazy, welcher dazu den entscheidenden Anstoß gab.

Graf Moritz hatte einen zur Lenkung der Menschen reich ausgestatteten Geist. Er war ein scharfer Beobachter, kühler Urtheiler, umsichtiger Berechner; er verstand, die rechte Stunde mit unerschöpflicher Geduld zu erwarten und dann am treffenden Punkte den Hebel anzusetzen. Sich selbst mit der Thätigkeit und der Verantwortlichkeit der Macht zu beladen, war jedoch nicht seine Sache; er war kränklich und arbeitscheu in hohem Grade und hatte in mißtrauischer Vorsicht einen tiefen Widerwillen, irgend etwas Schriftliches von sich zu geben, so daß er früher sogar als Botschafter beim Vatican in einem halben Jahre sich kaum zur Einsendung

eines Berichtes entschloß, und deshalb endlich zurückgerufen werden mußte. So hatte er auch in völliger Unthätigkeit als Minister ohne Portefeuille, Schmerling's Politik sich vier Jahre lang entwickeln lassen, im Herzen ein Gegner Schmerling's in jedem Punkte, Alles erforschend, niemals mitwirkend, niemals widersprechend: bis er endlich im Sommer 1865 den Augenblick gekommen fand, um den Adel vor dem Aufstreben des Bürgerthums, Ungarn vor dem Drucke der deutschen Centralisten, die Kirche vor Schmerling's interconfessionellen Gesetzentwürfen zu bewahren. Da jetzt der große Führer der ungarischen Opposition, Franz Deák, auch mit der altconservativen Partei zur Bekämpfung Schmerling's in ein halbes Einvernehmen trat, ließ sich der Kaiser bestimmen, Anfang Juni mit seiner Gemahlin einen Besuch in Pest zu machen, wo er von der Bevölkerung mit unermeßlichem Jubel aufgenommen wurde, und in einer feierlichen Ansprache den entschiedenen Willen bekundete, die Völker seiner ungarischen Krone möglichst zu befriedigen. Je kräftiger bisher Schmerling nicht die Befriedigung, sondern die Unterwerfung Ungarns betrieben hatte, desto deutlicher war in jenem Kaiserworte die Hindeutung auf den bevorstehenden Umschlag. Die Haltung der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses brachte darauf die Krisis zur Reife. Die Verfassung von 1861 hatte einen sogenannten Octroyirungs-Paragraphen, eine Bestimmung, welche der Regierung das Recht verlieh, in dringenden Fällen ohne Zuziehung des Reichsraths Verfügungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Bei der wachsenden Verbitterung der Verhältnisse war die liberale Partei von der Besorgniß erfüllt, die Regierung möchte diesen Artikel zu einer Verfassungsänderung benutzen, und gleich nach der Rückkehr des Kaisers

aus Ungarn kam es trotz Schmerling's heftigem Widerspruche zu einem Beschlusse, welcher ein solches Verfahren als gesetzwidrig charakterisirte. Da Absichten dieser Art sehr bestimmt im Sinne des ungarischen und böhmischen Adels lagen, war sachlicher Anlaß genug zu dem Beschlusse vorhanden; leider mußte er, wie die Dinge einmal lagen, das Gegentheil von den Wünschen seiner Urheber bewirken, indem er dem Kaiser als ein neuer Übergriff des Parlaments, als eine neue Verletzung der Kronrechte dargestellt wurde. Wenige Tage vorher war sodann das Budget für 1865 im Abgeordnetenhause mit den uns bekannten Abstrichen im Heer- und Flottenwesen zum Abschluß gekommen, und man schickte sich an, jetzt das Budget für 1866 in Angriff zu nehmen: da erschien der Finanzminister Plener mit der Erklärung, daß er in Folge unvorhergesehener Ausgaben und rückständig gebliebener Einnahmen für die Deckung der laufenden Bedürfnisse des Jahres eine Anleihe von 117 Millionen Gulden beantragen müsse. Der Schrecken und Unwille war groß, mit welchem das Haus diese Mittheilung aufnahm; alle Welt war einstimmig darüber, daß eine solche Forderung erst nach vollständiger Prüfung des Budgets von 1866 zur Verhandlung kommen dürfe, und am 21. Juni wurden dem Minister statt 117 Millionen deren 13 bewilligt, und auch diese nur, weil man sonst die am 1. Juli fälligen Zinsen der Staatsschuld nicht hätte bezahlen können. Ein solcher Vorgang erschien auch dem Kaiser unerträglich und richtete den Zorn desselben sofort gegen das bisherige Cabinet überhaupt: wozu diente ein Minister, der, während er dem Monarchen die Herzen der einen Reichshälfte entfremdete, in der andern nicht im Stande war, die für den Staat unerläßlichen Geldmittel einer rebellischen Volksver-

tretung abzuringen? Eben sollte der Erlaß über Berufung des ungarischen Landtags veröffentlicht werden: da bemerkte Esterhazy dem Kaiser, daß die Unterschrift des bisherigen ungarischen Hofkanzlers, Grafen Hermann Zichy, die gute Stimmung der Magyaren sogleich wieder verderben würde. Der Kaiser war einverstanden, und ernannte am 26. Juni an Zichy's Stelle einen bewährten Altconservativen, den Grafen Georg Mailath. Damit war die Krisis erklärt, und am 27. reichten sämmtliche Minister mit Ausnahme des Grafen Mensdorff und des Kriegsministers General Franck ihre Entlassung ein. Der Kaiser genehmigte mit ungnädigen Worten. Indessen führten sie provisorisch ihre Ämter bis zur Ernennung ihrer Nachfolger fort, und diese ließ sich noch geraume Zeit erwarten, so daß Österreich beinahe einen Monat hindurch ohne eine anerkannte Regierung war.

Allerdings blieb es nicht lange verborgen, von welcher Hand und in welchem Sinne fortan die Geschicke des Reiches gelenkt werden sollten. Zum Vorsitz im Ministerrath wurde Graf Belcredi berufen, bisher Statthalter von Böhmen, ein Staatsmann, dem im Grunde des Herzens der Zustand Österreichs vor dem Jahre 1848 als das höchste Ideal erschien, jene Zeit, wo die Reichseinheit nicht durch ein eigenwilliges Parlament, sondern durch die Armee und die Kirche vertreten war, und jedes Kronland unter der festen Leitung des weltlichen und geistlichen Adels sein eigenartiges Dasein führte. Dies war nun allerdings in ganzer Vollständigkeit nicht wohl mehr erreichbar, immer aber schien es einen Versuch zu lohnen, wie weit man in dieser Richtung gelangen könne. Demnach hatte Belcredi schon während seines böhmischen Amts den gefügigen Czechen geschmeichelt, die durch-

weg liberalen Deutschen gehaßt, den hohen Prälaten jeden Vorschub geleistet; und so hoffte er jetzt auf dem weitern Schauplatz mit demselben Verfahren ein solides Ergebniß zu erzielen. Zunächst dachte er keineswegs als absolutistischer Unterdrücker aufzutreten, sondern im Gegentheil als Vorfechter der echten Freiheit die einzelnen Kronlande in ihrer Autonomie herzustellen, die Magyaren und Croaten, die Czechen, Slovaken und Slovenen von dem Drucke der Deutschen zu erlösen, der Kirche ihre Selbständigkeit gemäß dem Concordate zurückzugeben, den Adel vor der lästigen Bevormundung durch die Bureaukratie zu beschützen. Es verstand sich, daß ein so löbliches Thun sich ohne Anstoß nicht unter den Augen der jetzigen Mehrheit des Abgeordnetenhauses entwickeln konnte; Belcredi wollte also seine amtliche Wirksamkeit erst mit dem Schlusse der parlamentarischen Session beginnen. Auch schien es zur Einleitung des neuen Systems zweckmäßig, von dem bisherigen Parlamente nicht im Kampfe, sondern im Frieden zu scheiden, und so wurden jetzt Concessionen möglich, welche Schmerling bis zum letzten Augenblick mit größter Anstrengung hatte bekämpfen müssen. Als die Ministerkrisis zum Ausbruche kam, war eben das Herrenhaus mit der Berathung des von den Abgeordneten festgesetzten Budgets für 1865 beschäftigt, und wollte der Regierung für Heer und Flotte sieben Millionen mehr als die Abgeordneten zugestehen. Ein solcher Beschluß hätte weitschichtige Verhandlungen zwischen beiden Häusern hervorgerufen und den Sessionsschluß vielleicht auf ferne Frist hinausgeschoben. So erschien am 3. Juli ein kaiserliches Handschreiben, welches auch für die bisher in Kriegsstärke verbliebenen Garnisonen Venetiens und Dalmatiens die Zurückführung auf den Friedens-

stand verfügte, worauf dann Feldmarschall Heß am 6. im Herrenhause erklärte, daß hienach die Armee mit den von dem andern Hause bewilligten Summen auskommen könne. Der Kriegsminister bestätigte, daß Se. Majestät befohlen habe, mit den Ersparnissen bis an die Grenze des Möglichen zu gehen, und in der That wurde gleich nachher die Armeereduction in Venetien allseitig durchgeführt, und auch hier zahlreiche militärische Bauten eingestellt. Bis zum 18. Juli wurden dann die sonstigen kleinen Differenzen zwischen den Budgetsätzen beider Häuser ausgeglichen, und hienach der gleichlautende Beschluß von den Abgeordneten am 21., von den Herren am 22. gefaßt. Die hier erscheinenden Anschläge ließen auf dem Papier ein Deficit von sieben Millionen, für welches ein besonderes Gesetz Deckung schaffen sollte; nach den im Jahre 1864 gebliebenen Einnahme-Ausfällen von 30 Millionen aber war man für den Schluß von 1865 auf ein thatsächliches Deficit von 80 Millionen gefaßt, und die dafür erforderliche Anleihe war, wie wir sahen, von dem Reichsrathe noch nicht bewilligt worden. Diese Betrachtungen hielten jedoch den Grafen Belcredi nicht auf, da er ja überhaupt ohne einen Reichsrath zu regieren gedachte. Die Session wurde mithin am 27. Juli geschlossen, und an demselben Tage das neue Ministerium constituirt. Belcredi wurde Staatsminister, Vorsitzender des Ministerraths, Verwaltungs- und Polizeiminister; Graf Larisch übernahm die Finanzen, Ritter von Komers die Justiz, Kriegsminister Franck die Marine.

In dieser Lage also befand sich der Kaiserstaat, als Mensdorff das preußische Ultimatum aus Regensburg erhielt, ein Verfassungssturz in naher Aussicht, der Conflict mit Ungarn

noch ungelöst, die Armee auf den tiefsten Friedensstand reducirt, die Finanzen in vollständiger Hülflosigkeit. Es konnte nicht fehlen, daß solche Zustände zwar nicht die Gesinnung gegen Preußen änderten, aber doch zu kriegerischem Vorgehen nicht ermuthigten. Insbesondere war es Graf Esterhazy, welcher einem Streben nach friedlicher Ausgleichung das Wort redete. Er hatte es von jeher beklagt, daß Mensdorff sich in den deutschen Fragen so unbedingt von Biegeleben leiten ließ, und hatte bei den wachsenden Streitigkeiten mit dem Reichsrath manches Mal erklärt, der beste Bundesgenosse in dieser Lage sei für Österreich der starke Bändiger der widerspenstigen preußischen Volksvertretung. Jetzt trat sein Einfluß in höherem Maaße als früher hervor; er war durchdrungen von der Unmöglichkeit eines großen Kriegs bei der innern Gährung aller Kronlande, sann also auf ein beschwichtigendes Auskunftsmittel für die leidige Frage der Herzogthümer, und freute sich, als der österreichische Gesandte in München, Graf Blome, ihm ein solches entgegenbrachte. Blome, wie früher erwähnt, ein geborener Holsteiner, von einer großen, unruhigen Intelligenz innerhalb eines engen Gesichtskreises, war von jeher, wie fast alle holsteiner Edelleute, ein Gegner Augustenburg's gewesen, hatte dann als Gesandter für denselben wirken müssen, blieb aber bei seiner Ansicht, daß die Frage für Österreich werthlos sei, und das Wiener Cabinet in der augenblicklichen Krisis es auf einen Krieg nicht ankommen lassen dürfe. Da Österreich die preußische Annexion der Herzogthümer verwarf, die gemeinsame Verwaltung aber täglich neue Schwierigkeiten schuf, so war Blome auf den Gedanken gekommen, Preußen ganz einfach die Theilung des Objectes, dessen Gemeinbesitz sich so gefährlich zeige, in der

Art vorzuschlagen, daß das Wiener Cabinet etwa Holstein, und das Berliner Schleswig annectire. Ein solcher Vorschlag lag allerdings weit außerhalb der bisher von Biegeleben vorgezeichneten Linie, Graf Esterhazy aber fand, da Österreich gegen die preußische Annexion an sich nichts einzuwenden habe, und nur zur Erlangung eines passenden Äquivalents ihr widerspreche, so sei bis dahin das Provisorium in den Herzogthümern fortzufristen, und zu diesem Zweck die geographische Theilung, wenn nicht des Landes, so doch der einstweiligen Verwaltung desselben, ein sehr guter Gedanke. Da der Kaiser diese Erörterung vorläufig billigte, so erhielt Graf Blome den Auftrag, sich nach Gastein zu begeben, dort zunächst nach Kräften für die Einsetzung Augustenburg's zu wirken, wenn dies aber erfolglos bliebe, über das etwaige Theilungsprogramm die Stimmung des preußischen Cabinets zu sondiren [1]). Am 26. Juli reiste Blome zu diesem Behufe von Wien ab.

Allerdings wurden Mensdorff's Hoffnungen auf ein friedliches Ergebniß sogleich durch die Nachrichten aus den Herzogthümern sehr stark abgeschwächt. Wie es ihm Werther angekündigt hatte, ließ General Herwarth am 25. Juli den Redacteur May in Altona durch eine Militärpatrouille verhaften und nach Preußen zu gerichtlicher Verfolgung abführen, und am 26. kündigte Zedlitz dem preußischen Abgeordneten Freese die polizeiliche Ausweisung aus den Herzogthümern an. In Holstein erhob sich über diese Vorgänge ein gewaltiger Lärm, und Halbhuber veröffentlichte sofort eine heftige Verwahrung gegen beide Maaßregeln. Mensdorff sagte mit halbem

[1]) Nach Werther's Berichten, und einer etwas späteren Mittheilung des Civilcommissars Hofmann an General Manteuffel.

Lächeln zu Werther, daß dieselben wohl als Probe für die demnächstige Behandlung des Erbprinzen zu betrachten seien, und beeilte sich um so mehr, den Protest des österreichischen Mitbesitzers gegen eine solche Verletzung seines Rechts zu Bismarck's Kenntniß zu bringen. Dieser entgegnete umgehend, etwas sophistisch, daß Preußen, wie zur Handhabung der Disciplinargewalt über die preußischen Truppen und Beamten in den Herzogthümern, so auch zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit über preußische Unterthanen daselbst der österreichischen Zustimmung nicht bedürfe; und setzte dann, etwas boshaft, hinzu, habe doch auch Mensdorff als österreichischer Civilcommissar 1851 kein Bedenken getragen, mehrere politische Flüchtlinge aus Österreich in Holstein kurzer Hand verhaften zu lassen, ohne seinem preußischen Collegen auch nur Kenntniß davon zu geben.

So war für den Beginn von Blome's Unterhandlung die politische Atmosphäre ebensowenig günstig wie bei entsetzlichem Nebel- und Regenwetter in Gastein die physische. Er begann bei Bismarck mit dem Antrage auf die Anerkennung Augustenburg's, erhielt aber sogleich die Antwort, daß darüber keine Verhandlung vor der Befriedigung der legitimen preußischen Forderungen möglich sei. Blome klopfte an, ob nicht der Ausweg ergriffen werden könne, daß beide Mächte im Geheimen den Erbprinzen als Souverän bezeichneten. Bismarck erklärte auch dies erst dann für möglich, wenn die preußischen Februar-Bedingungen vorher gesichert seien. Hoffentlich aber, meinte Blome, würde die Sache leichter thunlich erscheinen, wenn der Prinz dem Könige eine Entschuldigung ausspräche, was Bismarck dann nicht geradezu in Abrede stellte, immer aber betonte, daß bloße Worte jetzt

nicht mehr ausreichten; es seien thatsächliche Beweise nöthig, daß der Prinz seine usurpirte Stellung aufgebe. Wir sind, bemerkte er, nicht gesonnen, mit Umgehung der Rechte Österreichs einfach zu annectiren; im Gegentheil, wir sind bereit, über die Einsetzung Oldenburg's sofort zu unterhandeln. Wir können niemand einsetzen vor der Sicherstellung unserer Februar-Forderungen: dies würde mit Oldenburg, welcher zuverlässiger und politisch unabhängiger ist als der Erbprinz, leichter gelingen. Blome wandte dagegen die Anhänglichkeit der Bevölkerung an den Letztern ein; um Oldenburg auf dem Throne der Herzogthümer zu erhalten, würden fort und fort die preußischen Bajonette erforderlich sein, was weder für Wien noch für Berlin einen annehmbaren Zustand bilden würde. Auch diese Sorge erachtete Bismarck für unbegründet. Den dortigen Tonangebern, sagte er, kommt es wesentlich auf die Bequemlichkeiten und die Ausbeutung der Kleinstaaterei an, die ihnen unter preußischer Herrschaft verloren ginge, unter Oldenburg aber erhalten bliebe. Sie würden sich bald beruhigen.

Alle in diesem Gespräche berührten Punkte wurden wiederholt erörtert, eine Einigung aber nicht erreicht. Am 30. Juli hatte Blome eine Audienz bei König Wilhelm, und machte, wie acht Tage früher von der Pfordten, sogleich die Wahrnehmung, daß Bismarck lediglich im Sinne seines Monarchen handle. „Österreich, so ungefähr redete der König, macht uns so viele Unannehmlichkeiten, weil es jeder Machtverstärkung Preußens principmäßig seit dem siebenjährigen Kriege entgegentritt; dies zeigt sich in den Herzogthümern völlig klar, da sonst eine gemeinschaftliche Verwaltung derselben sehr möglich und einfach gewesen wäre. Nur um

keine Sympathie daselbst für Preußen aufkommen zu lassen, die zur Annexion hätte führen können, ist Preußen bei den Einwohnern durch Halbhuber's Verfahren und durch Begünstigung des als „angestammt" Gestempelten verächtlich und verhaßt gemacht worden. Dies hat einen solchen Grad erreicht, daß ich es nicht mehr ruhig ansehen kann und mir auf Grund des Wiener Friedens einseitig Recht verschaffen muß, wenn Österreich nicht an meiner Seite zugleich vorgeht. Dazu gehört die Entfernung des Erbprinzen aus den Herzogthümern, Zusammenwirken der beiden Civilcommissare, Wiederherstellung der Landesgesetze über Presse, Vereine, politische Polizei. Erst wenn dies geschehen, kann von der Zukunft der Herzogthümer bei mir die Rede sein."

In seiner Antwort auf diese königlichen Äußerungen betheuerte Blome vor Allem, daß bei dem Wiener Cabinet nicht entfernt eine Tendenz im Sinne des siebenjährigen Kriegs vorhanden sei. Er erläuterte Halbhuber's Benehmen: es sei nach Österreichs Ansicht nur das Widerspiel der von Zedlitz geleiteten preußischen Übergriffe gewesen, welche eine Annexion vorbereiten sollten, und von Österreich nicht zugelassen werden könnten; er deutete an, daß nach dem offenen Zerwürfniß zwischen den Commissaren vielleicht die Ablösung beider Herren durch friedfertigere Personen die Lage bessern möchte. Indessen, schloß er, die Einsetzung des Erbprinzen würde allen diesen Verdrießlichkeiten mit einem Schlage ein Ende machen.

Der König erwiderte, es müsse zuerst und vor Allem die Ordnung in den Herzogthümern hergestellt sein, ehe von einem Prätendenten die Rede sein könne: und sodann müsse dieser die Februar-Bedingungen ohne Einschränkung annehmen, und zwar vor seiner Einsetzung.

So that die Unterhandlung keinen Schritt vorwärts. Es blieb nur noch die Frage übrig, ob sich eine minder kriegsgefährliche Einrichtung des bisherigen Gemeinbesitzes finden ließe. Blome glaubte hiefür im Princip die Geneigtheit Österreichs in Aussicht stellen zu können: und trug jetzt seinen Gedanken vor, wenn nicht die Souveränität, so doch die Verwaltung Schleswig-Holsteins, deren Gemeinsamkeit bisher die Quelle aller Händel gewesen, zu theilen, so daß Österreich die eine, Preußen die andere Landeshälfte unter seine alleinige Administration nähme. Bismarck erklärte ihm, daß sich darüber reden lasse, und stellte nur, wenn Preußen in dieser Weise Schleswig erhalte, gewisse Vorbehalte preußischer Interessen hinsichtlich Holsteins in Aussicht. Eine bestimmte Erklärung über seinen Plan glaubte Blome jedoch der Zusammenkunft der beiden Souveräne selbst vorbehalten zu müssen, und auch Bismarck hatte gegen einen solchen Aufschub um so weniger etwas einzuwenden, als ein schärferes Vorgehen preußischer Seits offenbar unthunlich war, so lange der König auf österreichischem Boden verweilte. Er ließ sich nur für diese Zwischenzeit von Blome strenge Verschwiegenheit zusagen. Demnach reiste Blome am 31. Juli nach Ischl zurück, wo sich Kaiser Franz Joseph damals aufhielt, und unterbreitete diesem seine Vorschläge über den Fortgang der Verhandlung. Der Kaiser berief darauf sofort den Grafen Mensdorff, um an der Erwägung der Sache Antheil zu nehmen.

Es war kein Wunder, wenn die österreichischen Staatslenker nicht mit raschem Eifer auf Blome's Programm zugriffen. Denn, mochte man es wenden und formuliren, wie man wollte, es war unmöglich, darin eine neue, totale

Schwenkung der Wiener Politik, die vierte in der schleswig-holsteinischen Sache, zu verkennen. Nachdem man am 6. April an dem Bundesbeschlusse für baldigste Einsetzung Augustenburg's Theil genommen, und seitdem in den Herzogthümern alle Mittel für diesen Zweck in Bewegung gesetzt hatte, war ein neuer Vertrag mit Preußen über Realtheilung oder verbesserte Fortführung des Condominiums ein Sprung von Schwarz auf Weiß, eine Abwendung vom Bundestag, eine Beleidigung der Mittelstaaten. Und vollends, was würde die Welt zu einer Theilung der Herzogthümer sagen, der „up ewig ungedeelten" Lande, deren Untrennbarkeit man vor und während und nach dem Kriege so hundertfach verkündet hatte. So lebhaft der Kaiser ein friedliches Übereinkommen mit Preußen wünschte, erlangte Mensdorff doch, daß der Monarch sich zu einer Fahrt nach Wien entschloß, um die wichtige Frage einer nochmaligen Berathung durch das gesammte Ministerium zu unterziehen. Das Eine bedang sich Blome dabei aus, daß vor den Räthen der Staatskanzlei, Biegeleben und Genossen, daß Geheimniß gewahrt bleibe. Mensdorff selbst schwankte zwischen entgegengesetzten Bedenken. Am 4. August sagte er dem Baron Werther, er hoffe, an dem von Blome angeknüpften Faden der Verständigung festhalten zu können; am folgenden Tage sprach er in großer Aufregung zu dem russischen Gesandten über den hoffnungslosen Stand der Unterhandlung, und erwähnte, daß Preußen auf Italien einwirke zur Theilnahme am Kriege, wenn ein solcher ausbräche. Dann trat unter dem Vorsitze des Kaisers der Ministerrath zusammen, und Blome entwickelte seinen Antrag, indem er zugleich mit großer Wärme die Überzeugung aussprach, daß Bismarck mit voller Aufrichtigkeit die Ver-

ständigung mit Österreich jeder andern Combination und Eventualität vorziehen würde. Zunächst fand diese Behauptung ebenso wie sein Programm lebhaften Widerspruch auf verschiedenen Seiten. Einzelne Minister wollten Bismarck's friedlicher Gesinnung nicht über den Weg trauen; sie hielten den Krieg für gewiß, wenn Österreich die preußische Annexion der Herzogthümer nicht demüthig hinnehme. Müßte es aber einmal Krieg sein, so wäre der jetzige Augenblick zur Erklärung desselben günstig; jetzt stehe ganz Deutschland auf Österreichs Seite; aus Paris habe man erfreuliche Kunde, nach welcher Napoleon einem Angriffe Italiens abgeneigt sei; Preußens Kriegsbereitschaft sei lange nicht so weit vorgeschritten, wie Bismarck sie zu schildern pflege; Österreich werde Zeit genug haben, sein Heer aus dem Friedensstande wieder auf die Kriegsstärke zurückzubringen, und für einen preußischen Krieg würde die Opferwilligkeit der geistlichen und weltlichen Großgrundbesitzer den Staatscassen Hunderte von Millionen entgegentragen. Die so redeten, wußten sehr wohl, daß sie bis zu einem gewissen Grade die öffentliche Meinung ihres Volkes und Heeres hinter sich hatten. Denn die Stimmung der Armee hatte seit der Waffenbrüderschaft des dänischen Kriegs sich gründlich verwandelt. Die Officiere sagten: wir werden nicht eher rüsten, bis Preußen ernstlich rüstet; kommt es aber zum Rüsten, so wird es auch zum Schlagen kommen; zuerst hat Preußen die Bundestruppen aus Schleswig-Holstein verjagt; jetzt will es den Augustenburger und schließlich auch Österreich hinausdrücken, und reicht deshalb Österreichs erklärtem Feinde, Italien, die Hand entgegen: aber noch gibt es eine österreichische Armee und noch ein schwarz-gelbes Banner. Die Zeitungen redeten täglich

von preußischen Gewaltthaten in Holstein, von Bismarck's Tyrannei in Preußen, und von der Beschimpfung Österreichs, wenn es vor einem solchen Gegner zurückweiche. Auch in Ungarn wünschten die leitenden Parteien den Bestand der Gesammtmonarchie, und sahen in der deutschen Machtstellung Österreichs für die Magyaren eine Garantie gegen das sonst drohende Übergewicht der Slaven. So konnten jene Minister mit gutem Grunde auf den Patriotismus der Nation im Falle eines Bruchs mit Preußen Bezug nehmen[1]).

Aber auch die entgegengesetzte Meinung war im Ministerrathe vertreten, und wurde besonders von Esterhazy mit Nachdruck geltend gemacht. Gerade, wenn man Bismarck's Friedensliebe nicht traue, solle man um so mehr vermeiden, ihm den erwünschten Anlaß zum Bruche zu bieten. Man möge immerhin versichern, daß die Armee rasch genug schlagfertig werden könne; aber fest stehe, daß sie es zur Zeit nicht sei. Im Vertrauen auf patriotische Gaben bei leeren Cassen einen großen Krieg beginnen, sei unverantwortlich; ohne Frage unterliege Blome's Vorschlag schweren Einwendungen, aber gerade heraus, es sei zur Zeit für Österreich unmöglich, einen großen Krieg zu führen; so möge Blome nach Gastein gehen, dort möglichst geringe Concessionen machen, aber jedesfalls den Bruch verhüten[2]). Der Kaiser, dem es, wie seinem preußischen Gegner, Herzens- und Gewissenssache war, keinen Schritt zur Ausgleichung unversucht

[1]) Nach den Berichten des preußischen Militärbevollmächtigten, Grafen Gröben, in Wien.

[2]) Nach Mittheilungen von Mensdorff an den hannover'schen Gesandten v. d. Knesebeck, in dessen Bericht vom 7. December. Vgl. auch Friesen's Erinnerungen II, 128.

zu lassen, entschied in diesem Sinne, und zwar für eine provisorische Theilung der Verwaltung unter ausdrücklicher Aufrechthaltung der gemeinsamen Souveränität. Er befahl eine nähere Ausarbeitung dieses Programms, und nachdem er dasselbe unter Mensdorff's Beirath genehmigt, schrieb er am 7. August einen eigenhändigen Brief an König Wilhelm, worin er bemerkte, daß zwar das vorgeschlagene Abkommen dem ursprünglichen Ziele des dänischen Kriegs nicht entspräche, daß er aber sein Gewissen mit dem Gedanken beruhige, „welches Unglück wir heraufbeschwören, und welches Ärgerniß wir der Welt geben würden, wenn wir Beide, der Sohn Friedrich Wilhelm's III. und der Enkel des Kaisers Franz, aus Freunden und Bundesgenossen plötzlich zu Gegnern würden"; so reiche er dem Könige nochmals zu freundschaftlichem Einverständniß die Hand. Mit diesem Schreiben eilte Blome am 8. August nach Gastein zurück.

Unterdessen war man auch preußischer Seits in ununterbrochener Thätigkeit geblieben, um im kritischen Augenblick auf jeden Fall gefaßt zu sein. Blome's Vorschlag befriedigte im Grunde den König und Bismarck ebensowenig wie die österreichischen Staatsmänner; indessen, einigen Vortheil gewährte er immerhin, und vor Allem wurde es auch hier als Gewinn empfunden, daß er die Nothwendigkeit des Kriegs noch einmal vertagte. Es kam also auf das Abwägen der verschiedenen Momente an, auf den Werth der einzelnen Erbietungen, welche Blome mitbringen würde, gegenüber den Aussichten und Gefahren eines etwaigen kriegerischen Entschlusses. Daß man hinsichtlich der Schlagfertigkeit des Heeres und der Bereitschaft der Geldmittel auf festerem Boden als Österreich stand, wußte man sehr wohl:

daneben aber war, wie sich versteht, vor Allem die Haltung der übrigen Mächte bedeutsam. Im dritten Deutschland war Beust in seiner Gegnerschaft so eifrig wie je, und eben beschäftigt, in Wien, wo er damals einen kurzen Besuch machte, für eine erneute Anrufung des Bundestags zu wirken[1]), dagegen blieb Pfordten in freundlicher Stimmung; Varnbüler in Stuttgart hätte sich gerne offen für Preußen erklärt, wenn es ihm seine Schwaben nur verstatten wollten; in Hannover aber hatte man damals lediglich den Wunsch, daß Preußen den Augustenburger fortschaffen möge, lehnte freilich, als Bismarck hierauf mit der Frage antwortete, ob Hannover bei einem daraus entspringenden Kriege an Preußens Seite fechten würde, mit einigem Entsetzen eine solche Zumuthung ab. Was die europäischen Mächte anging, so hatte Preußen von England und Rußland keine Hülfe, aber auch keine Gefährdung zu erwarten. Kaiser Alexander hatte zwar die Februar-Bedingungen etwas stark gefunden, beharrte aber in seiner dankbaren Verehrung gegen König Wilhelm. Lord John Russell predigte wie immer den Frieden, erklärte, daß seiner Regierung die Zukunft der Herzogthümer völlig gleichgültig sei, fand Preußens Ansprüche darauf ganz begreiflich, mahnte aber doch, der alten Lady Österreich nichts zu Leide zu thun.

Somit kam für Preußens Entschlüsse Alles auf Frankreich und Italien an, und wir haben gesehen, wie schon am 21. Juni von Regensburg aus Goltz und Usedom hierüber instruirt wurden.

Zunächst bei dem Florentiner Hofe schienen Schwierigkeiten irgend welcher Art undenkbar. Er hatte so oft und

[1]) Beust, Erinnerungen zu Erinnerungen S. 48.

so offen seine Absichten auf Venetien erklärt, er hatte Jahre lang trotz aller Finanznoth sein Heer dazu auf dem Kriegsfuß erhalten, daß man sein Losbrechen sicher erwarten durfte, so bald sich ihm die trefflichste aller Gelegenheiten, ein Krieg zwischen Preußen und Österreich, darböte. Dies wäre dann doppelt wichtig für Preußen, einmal, weil es einen Theil der österreichischen Armee ferne im Süden beschäftigte, sodann, weil es bei Napoleon's bekanntem Streben nach der Befreiung Venetiens auch dem Bundesgenossen Italiens eine günstige Gesinnung des Kaisers zu sichern schien: demnach hatte Bismarck längst freundlichere Beziehungen, als sie 1860 und 1862 bestanden hatten, mit Italien anzuknüpfen gesucht, und Anfang 1864 eine Verhandlung über den Abschluß eines Handelsvertrags mit dem Turiner Hofe begonnen, dieselbe jedoch im August desselben Jahrs, zur Zeit der Schönbrunner Zusammenkunft, ohne Zweifel aus Rücksicht für Österreichs Empfindlichkeit, wieder suspendirt. Als dann aber im Frühling 1865 die Spannung mit dem Wiener Cabinet sich steigerte, gab er, am 13. Mai, einen Wink hinüber nach Turin, ob Italien jetzt nicht die Verhandlung wieder aufnehmen wollte, und zwar zum Zwecke eines mit dem ganzen, jetzt reconstruirten Zollverein abzuschließenden Vertrags; in diesem Falle würde Preußen, nach Empfang einer dahin gehenden Anregung, von sämmtlichen Staaten des Zollvereins die Anerkennung des Königreichs Italien, gestützt auf das Bedürfniß des deutschen Handels, verlangen. Für Italien war dies ein sehr erfreuliches Erbieten; die Anregung kam umgehend, der preußische Antrag an die Zollvereinsregierungen folgte, und obwohl die Mittelstaaten hier wie anderwärts der Trennung von Österreich widerstrebten, erhob

sich bei ihrer eigenen Bevölkerung das materielle Interesse sehr lebhaft für den Vertrag; es war vorauszusehen, daß ihr Widerstand nicht lange dauern, und dann Italien dem preußischen Cabinet für einen nicht unerheblichen Fortschritt verpflichtet sein würde.

Als Usedom die Regensburger Weisungen erhielt, war gerade der italienische Gesandte Nigra in Florenz anwesend, nachdem er kurz zuvor Napoleon in Paris und Victor Emanuel in Turin gesprochen hatte. Er versicherte dem Grafen auf das Bestimmteste, daß Napoleon Preußen begünstige und sich einer Vergrößerung desselben nicht widersetzen werde; niemals werde es wieder einen französischen Souverän von so preußenfreundlicher Gesinnung geben. Italien habe sich keiner Zeit verpflichtet, zu einem Angriff auf Österreich vorher Napoleon's Zustimmung einzuholen, und nimmermehr werde dieser Italien bei einem ernsten Kriege zwischen Preußen und Österreich von der Befreiung Venetiens zurückhalten. Bei einem solchen großen und ernsten Kriege gebe es für Italien selbst nur einen einzigen Entschluß, sofortigen Angriff, auch ohne einen vorausgegangenen Vertrag mit Preußen; keinem Minister, heiße er wie er wolle, würde die Nation ein anderes Verhalten erlauben.

Dies Alles erschien so klar und aussichtsreich wie möglich, und demnach stellte Usedom am 27. Juli dem General La Marmora in hoffender Stimmung die amtliche Frage: wenn Preußen, was heute noch nicht gewiß, aber vielleicht sehr nahe ist, mit Österreich in Krieg geräth, was wird Italien thun? Hier aber schallte ihm ein anderer Klang als aus Nigra's Worten entgegen. Wir wollen kurz hier wiederholen, was La Marmora selbst über dies Gespräch, in einem

Schreiben an Nigra, erzählt hat. „Wie Sie sich vorstellen „können, meldete er dem Gesandten, nahm ich diese Mit„theilungen mit der größten Zurückhaltung entgegen, und „anstatt meine innere Befriedigung über eine so günstige „Wendung zu verrathen, hob ich sehr begründete Zweifel „und Schwierigkeiten hervor, vorzüglich in der Absicht, Zeit „zu gewinnen. Will Ihre Regierung, sagte ich, im Ernste „mit Österreich Krieg beginnen, so möge sie uns einen förm„lichen Vorschlag machen; uns aber benutzen zu lassen, nur um „einen diplomatischen Druck auf Österreich auszuüben, oder „nach begonnenem Kriege plötzlich einen preußischen Separat„frieden zu erleben, das ziemt sich nicht für uns. Usedom „protestirte: es sei Preußen Ernst mit dem Kriege; es werde „stets gewissenhaft gegen den Verbündeten handeln. Darauf „aber erwiderte ich: jedesfalls müssen wir vor einer binden„den Abrede uns über die Intentionen des Kaisers Napoleon „Gewißheit schaffen. Übrigens erlaubte ich mir, zur An„spornung des preußischen Ehrgeizes zu bemerken, daß bisher „kein Mensch die Drohungen Preußens ernsthaft genommen, „Österreich vielleicht am wenigsten, da es gerade in diesem „Augenblick entwaffnet." In Bezug auf diesen letzten Punkt kam der Minister auf den Gedanken, die österreichische Abrüstung sei vielleicht die Folge eines geheimen Einvernehmens zwischen Wien und Paris, wobei Österreich sich zur freiwilligen Abtretung Veneticns geneigt erklärt hätte, und dann dem Kaiser Napoleon ein italienischer Krieg unnöthig und unerwünscht erscheinen möchte: er forderte also Nigra dringend auf, diesen Punkt bei Drouyn de Lhuys in's Klare zu setzen. Nach alledem kam er zu dem charakteristischen Entschlusse, seine preußische Unterhandlung einstweilen

hinzuschleppen, damit nicht Preußen die Aussicht auf Italiens Beistand mißbrauchen könne, um Schleswig-Holstein dem Wiener Hofe abzuängstigen und dann Italien im Stiche zu lassen — auf der andern Seite aber wollte er den Faden doch bedächtig fortspinnen, um durch das drohende Bild des italienisch-preußischen Bündnisses vielleicht seinerseits in Wien Venetien herauszuschlagen, und dann Preußen gelassen den Rücken zu wenden.

Dieser militärische Diplomat war ein solider Linienofficier und vollkommen befähigt, ein treffliches Exercir-Reglement aufzustellen und in straffer Weise durchzuführen. Um die Organisation und Ausbildung des jungen italienischen Heeres, wesentlich nach preußischem Muster, hatte er sich große Verdienste erworben und sich dadurch bei seinem Könige in hohes Ansehen gesetzt. Aber zum Feldherrn fehlte ihm die frische, vorwärts drängende Kühnheit, und zum Staatsmann Bismarck's seltene Gabe, die Dinge zu sehen, wie sie sind. Sonst war er von Natur schlau und zähe, wie irgend ein Piemontese; da er aber seine Schlüsse allzuoft auf falsche Beobachtungen baute, diente sein Scharfsinn sehr häufig nur dazu, ihn von der geraden Straße auf sumpfige Nebenwege zu verlocken, und die Ungelenkigkeit seines Geistes hinderte ihn dann, den Irrthum bei Zeiten anzuerkennen und möglichst zu verbessern. Unter Cavour hatte er gelernt, daß Preußen der Trabant Österreichs, und demnach Italien an Frankreichs Schutz gewiesen sei; in diesen Anschauungen war und blieb er festgebannt, und wünschte schließlich, Venetien lieber unter französischer Mitwirkung auf diplomatischem Wege zu gewinnen, als sich neben Preußen auf einen unsichern Krieg einzulassen: und leider war kein Cavour mehr vorhanden, um

ihn zu belehren, daß heute Preußen sich von Österreich emancipirt habe, und folglich Italien sich von Frankreich emancipiren sollte. Es konnte nicht anders sein, als daß er von einem solchen Standpunkte aus alle Dinge durch täuschende Gläser sah. Seine Voraussetzungen waren sämmtlich das Gegentheil der Wahrheit. Zwischen Frankreich und Österreich bestand damals keine Übereinkunft; Frankreich hatte keine Einwendung gegen einen italienischen Krieg; Österreich wollte unter keinen Umständen Venetien freiwillig abtreten; Preußen dachte an ein italienisches Bündniß nicht als eine diplomatische Finte, sondern als Mittel eines ernsten Kriegs für große Zwecke. Als später diese Thatsachen offenbar und unwiderleglich geworden waren, schrieb La Marmora, mit starker Indiscretion und mäßiger Wahrheitsliebe, ein Buch, um haarscharf zu beweisen, daß er zu jedem seiner Schritte durch correcte Schlüsse und zwingende Gründe genöthigt worden sei. Warum trotzdem jeder seiner Schritte ein Fehler gewesen, bemühte er sich nicht, zu erklären.

Als Bismarck den Bericht Usedom's über die mit La Marmora gepflogene Erörterung erhielt, beeilte er sich, durch einen Erlaß vom 1. August die Frage wieder in ihren richtigen Zusammenhang zu rücken. Indem er zunächst die Widersprüche zwischen Nigra's und La Marmora's Äußerungen betonte, fuhr er fort[1]):

„Für uns ist von höchster Wichtigkeit, zu wissen, ob wir auf ein entschiedenes und schleuniges Eingreifen Italiens rechnen können, oder ob es zögern, abwarten, von fremden Impulsen abhängen wird. Können wir nicht mit Sicherheit auf seine Mitwirkung rechnen, so fragt es sich, ob wir nicht

[1]) Abkürzender Auszug.

lieber unsere Forderungen an Österreich mäßigen, und uns mit den immer nicht unbedeutenden Vortheilen begnügen, die wir auf friedlichem Wege erlangen können. Wir könnten dann suchen, den Bruch zu vermeiden: im entgegengesetzten Falle würden wir ihn nicht provociren, aber der Eventualität desselben mit größerem Vertrauen entgegensehen. Die Voraussetzung, welche Beide, Nigra und La Marmora, aussprechen, daß unser Krieg, wenn Italien Theil nehmen sollte, ein ernster sein müßte, ist selbstverständlich. Wir würden ihn mit aller Macht führen und führen müssen. Den Erfolg kennen wir natürlich nicht. Wenn aber La Marmora meinen sollte, ihn abzuwarten, ehe er handelt, so könnte er bei einem schnellen Verlauf des Ereignisses jeden Einfluß auf den Inhalt des Friedens einbüßen. Ich will den Gedanken eines vorherigen Bündnisses damit nicht abweisen. Es könnten beide Staaten wenigstens die Pflicht übernehmen, keinen Frieden zu schließen ohne die Sicherung des beiderseitigen Besitzstandes vor dem Kriege. Eroberungen hängen vom Kriegsglück ab und lassen sich nicht garantiren. Wir würden dem Gedanken eines solchen Bündnisses näher treten, sobald der Krieg mit Österreich sich unvermeidlich zeigte. Noch ist die Möglichkeit eines Nachgebens Österreichs nicht ausgeschlossen; noch können wir uns nicht verpflichten, den Bruch herbeizuführen und den Krieg hervorzurufen. Von wesentlichem Einfluß auf unsere Erwägungen hierüber wird die Beantwortung der Frage sein, was wir von Italien zu erwarten haben, wenn es zum Kriege kommt."

Bismarck durfte hoffen, dem Grafen Usedom hiemit das Material zur Aufklärung La Marmora's über die wirkliche Sachlage gegeben zu haben. Ein sehr einfacher Satz sagte

Alles: je zurückhaltender Italien wäre, desto mehr würde Preußen zu einem irgend leidlichen Abkommen mit Österreich geneigt; je bereitwilliger und entschlossener Italien sich zeigte, desto fester und kriegerischer würde Preußens Vorgehen gegen Österreich sich gestalten.

Aus Paris war im Augenblicke eine positive Auskunft nicht zu erlangen. Der Kaiser war abwesend in Plombières, die Kaiserin in Fontainebleau, Drouyn de Lhuys auf einer Urlaubsreise. Bismarck gab indeß am 4. August dem Grafen Goltz entsprechende Weisung, wie sie Usedom erhalten hatte. Wir werden, hieß es darin, den Krieg nicht provociren, aber auch nicht scheuen. Bringt Blome einen annehmbaren Modus vivendi, so werden wir ihn einem Kriege vorziehen, dessen Folgen für den europäischen Frieden sich schwer im Voraus berechnen lassen; Se. Majestät der König ist auf alle Fälle gefaßt, und vorbereitet, den Conflict, wenn er durch beharrliches Zurückweisen unserer Forderungen unvermeidlich würde, aufzunehmen. Über Frankreich sind wir nicht beunruhigt. Weder Ihre, noch Benedetti's Äußerungen geben Grund, eine Änderung der frühern günstigen Dispositionen zu vermuthen. Dagegen machen die Mittheilungen aus Italien den Eindruck, als besorge man dort, daß eine Annäherung zwischen Frankreich und Österreich Statt gefunden, und Napoleon in Wien Verheißungen gegeben hätte, welche Italien zurückhalten könnten. Blieben wir über diese Verhältnisse im Unklaren, so würden wir die weitere Entwicklung des Conflicts mit Österreich in entsprechendem Maaße vorsichtig zu behandeln haben. Wir stehen jetzt dicht vor der Entscheidung. Mit dieser wird der Zeitpunkt zu bestimmten Eröffnungen an Frankreich gekommen sein, um

uns seiner Stellung, welche voraussichtlich auch auf die süddeutschen Staaten von entscheidendem Einfluß sein wird, durch zweiseitige Erklärungen zu versichern. Bis dahin mögen Sie auf vertraulichem Wege zu sondiren suchen, ob Napoleon's Dispositionen noch dieselben sind, und ob wir einem Bruche mit Österreich näher treten können, ohne ein zweideutiges Verhalten Frankreichs fürchten zu müssen.

Mit dieser Instruction kreuzte sich eine Antwort des Grafen Goltz auf den Regensburger Erlaß. Goltz hatte zwar in den letzten Tagen keine der leitenden Personen gesprochen, gab aber als die Summe aller seiner bisherigen Beobachtungen Folgendes an: bei einem preußisch-österreichischen Kriege über Schleswig-Holstein würden zwei Gesichtspunkte für den Kaiser Napoleon maaßgebend sein, auf der einen Seite das Princip der Selbstbestimmung der Nationalitäten, auf der andern das wahrscheinliche Bestreben des Kaisers, seine vortheilhafte Stellung bei einem solchen Conflicte zu benutzen, um von dem einen oder dem andern Theile Concessionen zu erlangen, oder auch beiden Theilen als Wahrer der Ruhe Europas den Frieden zu dictiren, und dann seine Congreß-Idee zur Ausführung zu bringen, um dort jenen Frieden durch Europa sanctioniren zu lassen.

Wenn diese Ansichten richtig waren, so erschien Frankreichs Haltung ebenso zweifelhaft, wie Italiens Entschließung. Die Frage also, ob Preußen sich mit mäßigen partiellen Vortheilen begnügen, oder es auf den großen Krieg ankommen lassen sollte, war noch völlig unentschieden im Augenblicke von Blome's Rückkehr nach Gastein.

3. Capitel.

Umgestaltung des schleswig-holsteinischen Gemeinbesitzes.

Am 10. August begann Graf Blome seine zweite Unterhandlung in Gastein. Da man preußischer Seits darauf verharrte, erst nach Herstellung der Ordnung in den Herzogthümern über eine definitive Gestaltung ihrer Zukunft berathen zu können, Österreich aber ebenso fest blieb, einen Hauptpunkt der von Preußen geforderten Ordnung, die zwangsweise Entfernung Augustenburg's, zu weigern: so trat man sofort in die Erwägung des Blome'schen Vorschlags ein, das bisher bestehende Condominium in einer beiden Theilen zusagenden Weise provisorisch neu zu ordnen.

Blome brachte hierüber nun folgenden Vertragsentwurf.

Die Ausübung der im Wiener Frieden von beiden Mächten erworbenen Rechte solle in Bezug auf Holstein an Österreich, in Bezug auf Schleswig an Preußen übergehen. Preußen würde für diesen Behuf eine Etappenstraße und einen Telegraphendraht durch Holstein, sowie die Erlaubniß zum Bau des Nord-Ostsee-Canals nach Maaßgabe einer Eisenbahn-Concession (also ohne Hoheits- und Befestigungsrechte)

erhalten. Beim Bunde solle beantragt werden, Kiel zum Bundeshafen, Rendsburg zur Bundesfestung zu erheben; bis darüber der Bundesbeschluß gefaßt sei, werde Rendsburg Garnison von österreichischen und preußischen Truppen erhalten, und der Kieler Hafen von den Kriegsschiffen beider Mächte benutzt werden. Es sei beabsichtigt, daß beide Herzogthümer dem Zollverein beiträten. Endlich überlasse Österreich seine Rechte an Lauenburg gegen eine angemessene Geldentschädigung an Preußen.

Holstein war an Bevölkerung und Finanzen erheblich bedeutender als Schleswig; Preußen hatte zur Vertreibung der Dänen drei Mal mehr an Blut und Gut als Österreich aufgewandt: seine Forderung, daß diese doppelte Differenz ausgeglichen werde, war also unbestreitbar. Die Überlassung Lauenburgs gegen eine ansehnliche Geldsumme konnte dafür kaum in das Gewicht fallen, so wenig wie die Concession zu einem Canalbau auf preußische Kosten ohne Hoheitsrechte. Alles, was Österreich darüber hinaus noch anbot, beschränkte sich auf provisorischen Mitgebrauch des Kieler Hafens und einstweilige Mitbesetzung der Festung Rendsburg, bis etwa der Bundestag darüber etwas Anderes beschließe — sowie auf den Ausdruck einer Absicht, künftig über den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein zu verhandeln.

Es war demnach sehr begreiflich, daß diese Zugeständnisse Bismarck nicht befriedigten, so wichtig es auch war, Österreich mit dem Kerne des Vorschlags wieder auf den Boden der Verträge vom 16. Januar und 30. October 1864 zurückkehren zu sehen. Der preußische Minister hatte vorher seinerseits einen Entwurf im ursprünglichen Blome'schen Sinne auf definitive Theilung Schleswig-Holsteins ausgearbeitet:

danach sollten Schleswig und Lauenburg an Preußen fallen, und dieses außerdem in Holstein den militärischen Besitz von Kiel und Rendsburg, zwei Etappenstraßen und zwei Telegraphenlinien, den Bau und die Verwaltung des Canals und der Lübeck-Kieler Eisenbahn, sowie feste Zusage über Holsteins Eintritt in den Zollverein erhalten, und schließlich Österreich versprechen, das Land an keinen Dritten abzutreten, der sich nicht im Voraus zur Erfüllung aller jener Forderungen seinerseits verpflichtet hätte. Jetzt, bei der Unsicherheit der europäischen Lage, hielt es Bismarck für angemessen, von der Aufstellung dieses Programms abzusehen, und auf der Grundlage des österreichischen Vorschlags eine eventuelle Erörterung der einzelnen Punkte desselben vorzunehmen. Demnach wurde die allgemeine Natur des künftigen Verhältnisses noch bestimmter dahin präcisirt, daß die Ausübung der gemeinsamen Rechte getheilt werden sollte „unbeschadet der Fortdauer dieser Rechte beider Mächte an der Gesammtheit beider Herzogthümer": wodurch Preußen gegen eine künftige Überlassung Holsteins an einen ihm unbequemen Cessionär gesichert wurde. Blome konnte sodann mehrere der preußischen Specialforderungen bewilligen, eine zweite Etappenstraße, preußischen Postverkehr auf der Eisenbahn, bestimmtere Zusage über die Verbindung der Länder mit dem Zollverein. Preußen acceptirte seinerseits die Abtretung Lauenburgs, und die Entschädigungssumme für Österreich wurde auf 2½ Million dänischer Thaler festgesetzt. Dagegen mußte Blome auf der gemeinschaftlichen Besatzung Rendsburgs mit jährlichem Wechsel des Commandos beharren, und konnte nur mit Mühe die Zustimmung seiner Regierung zu den preußischen Begehren hinsichtlich Kiels erlangen, wo Bismarck preußisches Commando und preußische

Besatzung des Hafens, sowie preußische Befestigung von Friedrichsort als unabweisliche Bedingung bezeichnete. Über diese Dinge wurde am 11. und 12. August verhandelt, und am 13. die letzten Details durchgesprochen. Preußen wußte jetzt, wie weit in den einzelnen Punkten Österreichs Zugeständnisse reichten. Der Augenblick der Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Ganzen war gekommen.

Wenn man hoffen durfte, daß Österreich in der Consequenz des zur Zeit ergriffenen Standpunktes fest bleiben würde, so bot das eben verhandelte Übereinkommen allerdings für Preußen einen bedeutenden Gewinn. Seitdem Preußen für die Genehmigung der Annexion eine Landabtretung an Österreich verweigert, hatte dieses stets bestritten, daß durch die Abtretung der Rechte König Christian's im Wiener Frieden die beiden Höfe eine wirkliche Souveränität in den Herzogthümern erlangt hätten; es hatte Schleswig-Holstein verwalten helfen als momentaner, so zu sagen zufälliger Inhaber, bis der definitive Thronfolger einträte. Von solchen Scrupeln war nun in dem Vertragsentwurf keine Rede mehr. Hier fußte man wieder durchaus auf den Wiener Anschauungen vom December 1863, vom 16. Januar 1864, von jener Zeit, wo man Christian IX. als den berechtigten König-Herzog Schleswig-Holsteins betrachtete, ihn durch Kriegsdrohung zur Änderung der Verfassung Schleswigs aufforderte, und ihm jedesfalls die Personalunion der Herzogthümer mit Dänemark bewahren wollte. Man erkannte damit wieder an, daß Christian durch den Wiener Frieden den deutschen Mächten nicht zweifelhafte Rechtsansprüche, sondern eine reale Souveränität abgetreten habe. Denn souveräne Rechte mußten es doch sein, kraft deren Österreich sich jetzt zur vollständigen

Weitercession des einen Herzogthums an die Krone Preußen befugt hielt, oder in deren Ausübung es eine ganz neue Ordnung der gesammten Regierung in den beiden andern auf unbestimmte Zeit verabredete. So verfahren konnte man nur, wenn man sich als den Rechtsnachfolger einer unbestreitbaren souveränen Gewalt ansah, wenn man also zu der früher behaupteten Rechtsauffassung zurückkam, welche durch die drei Daten des Londoner Protokolls, des dänischen Thronfolgegesetzes und des Wiener Friedens, charakterisirt war.

Als unmittelbare Folge daraus ergab sich ohne Zweifel die Unterdrückung der Augustenburger Agitation. Wenn die beiden Monarchen die rechtmäßigen Eigenthümer der Landeshoheit in Schleswig-Holstein waren, so mochte immerhin unter ihnen selbst die Frage der freiwilligen Cession derselben an einen Dritten verhandelt werden, aber jeder der beiden Mitbesitzer war zu der Forderung berechtigt, daß nicht diesem Dritten und seinen Genossen auf eigene Faust die bestehende Ordnung zu unterwühlen und deren Berechtigung in Frage zu stellen, gestattet würde. So aber war es das ganze Jahr hindurch geschehen, und endlich hatte Preußen die Fortdauer dieses Zustandes sehr deutlich als Kriegsfall bezeichnet. Um diesen Bruch abzuwenden, also in der Sache die preußische Forderung zu erfüllen, ohne jedoch so unliebsame Dinge wie ein reumüthiges Besserungsversprechen, eine förmliche Verläugnung Halbhuber's, eine polizeiliche Ausweisung des Erbprinzen auf sich zu nehmen, hatte Blome den Ausweg ersonnen, durch eine Theilung der Verwaltung auf einen ganz neuen Boden zu treten und vermittelst praktischer Bethätigung der Grundsätze des Wiener Friedens Preußen für die Zukunft feste Gewähr gegen Augustenburg zu leisten.

Dies Alles bildete eine unverächtliche Verstärkung der preußischen Stellung in den Herzogthümern. Es kam dazu, daß eine solche Wendung der österreichischen Politik einen tiefen Riß zwischen dem Wiener Cabinet und den Mittelstaaten hervorbringen mußte; es wäre fortan nicht mehr Preußen, sondern die Mehrheit des Bundestags, welche über Österreichs Unzuverlässigkeit zu klagen hätte.

So zeigte der Vertragsentwurf manche Lichtseiten für Preußen. Aber freilich, auch der Schatten fehlte nicht. Ein reines und volles Ergebniß wurde nicht gewonnen. Wenn auch für Schleswig und Lauenburg die Annexion thatsächlich erreicht wurde, so blieb die Zukunft Holsteins fortdauernd ungewiß; über die wichtigsten Fragen, die Militärhoheit und die Flottenleistungen, war entweder nichts gesagt, oder die Entscheidung des Bundes vorbehalten, und dadurch mittelbar auch die Zukunft Schleswigs wieder in das Unsichere gestellt. Vor Allem aber, wenn jetzt Österreich ein Princip anerkannte, aus welchem die Beseitigung der Augustenburger Agitation die unwiderlegliche Folgerung war, wer stand nach den bisherigen Erlebnissen dafür ein, daß Österreich zu allen Zeiten an dieser Anerkennung festhalten würde? Viermal hatte Österreich in der Angelegenheit binnen kurzer Frist seine Haltung gewechselt, und wenn es jetzt, bei seinen schlimmen Aussichten für den Erfolg eines Kriegs, eine Schwenkung zu Preußen hinüber machte, so gab dies nur eine schwache Bürgschaft gegen eine fünfte Schwenkung zurück auf die entgegengesetzte Seite, wenn ihm die Zukunft einmal bessere Chancen bei einem preußischen Kriege zu eröffnen schiene.

Unter diesen Umständen brachte die auswärtige Politik die Entscheidung. Gerade in diesem Augenblick kamen Mel-

dungen von allen Seiten, welche für die Annahme des Vertrags den Ausschlag gaben.

In einer Depesche vom 9. August meldete Graf Usedom, La Marmora habe ihm erklärt, daß über das Verhalten Italiens noch nichts fest stehe, und die betreffenden Entschlüsse noch nicht berathen seien. Nach seiner (La Marmora's) Ansicht werde Italien eine gute Gelegenheit zur Eroberung Venetiens nicht unbenutzt lassen; ob nun die jetzige eine gute sei, würde von dem Inhalt eines mit Preußen abzuschließenden Vertrags abhängen; aber schwerlich könne Italien zu einem solchen schreiten, ohne vorher Napoleon darüber zu befragen; denn eine preußische Allianz könnte sehr wohl die Wirkung haben, Italien von Frankreich zu emancipiren, was dem Kaiser äußerst unwillkommen sein möchte. La Marmora, bemerkte Usedom, kommt von dem Verdachte nicht los, daß das Berliner Cabinet Italien nur als Schreckbild gegen Österreich benutzen und dann nach Erlangung seiner Zwecke sich rasch mit Österreich versöhnen würde. Sicher ist andrerseits, daß Italien, sobald es Venetien genommen hat, sich zur Ruhe setzt; weiter ist auf seine Mitwirkung nicht zu rechnen.

Sodann berichtete Graf Goltz, bei fortdauernder Abwesenheit Napoleon's und Drouyn de Lhuys', über ein langes Gespräch mit der Kaiserin Eugenie. Die hohe Dame hatte sehr vertraulich, ja herzlich geredet; Goltz war von ihrer anmuthigen Gunst entzückt, Bismarck aber von dem Inhalt ihrer Worte nicht in gleichem Grade befriedigt. Der Kaiser, hatte sie geäußert, werde sich in den Streit der beiden deutschen Mächte sicher nicht einmischen; unter der Voraussetzung des Nationalitätsprincips und der Selbstbestimmung

des Volkes sei er für die preußische Annexion der Herzogthümer; er werde beim Ausbruch des Kriegs Italien nicht hindern, auf eigene Gefahr daran Theil zu nehmen, jedoch werde Italien wahrscheinlich erst dann losschlagen, wenn sich der Charakter und die Ziele des Kriegs deutlich ausgesprochen hätten; jedesfalls könne man dem Beginne eines Kampfes zwischen Preußen und Österreich nur mit Sorge über dessen unberechenbare Folgen entgegen sehen. Die Frage des Grafen, ob Napoleon sich durch einen förmlichen Vertrag zur Neutralität verpflichten würde, verneinte sie bestimmt. Die Ansichten des Kaisers seien bekannt, er begehre für Frankreich keine Vergrößerung, sondern Ruhe und Frieden, aber unmöglich könne er sich auf alle Fälle die Hände binden. Endlich sagte eine Depesche des Prinzen Reuß aus München vom 11. August, daß Pfordten zwar sehr ärgerlich über den Erbprinzen von Augustenburg sei, welcher seine Mahnungen keiner Antwort würdige, aber mit um so größerer Spannung das Ergebniß der Gasteiner Verhandlung erwarte; käme es unglücklicher Weise dort zum Bruche, so würde es Bayern unmöglich sein, neutral zu bleiben, und mit Gewißheit könne er erklären, daß sämmtliche Mittelstaaten sich in demselben Falle befinden würden.

Diese Aussichten auf die Haltung des Auslandes beim Eintritt einer kriegerischen Wendung waren nicht glänzend: völlige Unzuverlässigkeit der französischen Politik, fortdauernde Unentschlossenheit der italienischen Regierung, sichere Parteinahme der deutschen Mittelstaaten für Österreich. Der Fall war damit eingetreten, in welchem, wie Bismarck dem Grafen Usedom geschrieben hatte, „die Frage entsteht, ob wir nicht lieber unsere Forderungen an Österreich mäßigen und uns

mit den immer nicht unbedeutenden Vortheilen begnügen, die wir auf friedlichem Wege erlangen können." Der König war weder durch die hier gewonnenen Ergebnisse vollständig befriedigt, noch von sicherem Vertrauen auf die künftige Zuverlässigkeit der Wiener Politik erfüllt, immer aber von Herzen erfreut über die Vermeidung des Bruchs mit Österreich und des nähern Anschlusses an Frankreich und Italien. Der anwesende General Manteuffel schrieb später: „bei der Gasteiner Convention war die Ansicht, in drei Monaten müsse man klar sehen, ob Österreich es ehrlich mit Preußen meine; wenn es nicht geschähe, so würde Krieg erfolgen, unter Abschluß sonst unliebsamer Allianzen." So vollzogen am 14. August Bismarck und Blome die Übereinkunft, was dann der König gleich an demselben Tage in eigenhändigem Briefe dem Kaiser Franz Joseph mittheilte. Die neue Einrichtung sollte bis zum 15. September in das Leben treten. Die gemeinsame Landesregierung würde aufgelöst, das militärische Obercommando beseitigt, alle preußischen Truppen, außer den Garnisonen von Rendsburg und dem Kieler Hafen, nach Schleswig, alle österreichischen nach Holstein verlegt werden. Am 19. August fand hierauf die Zusammenkunft der beiden Monarchen in Salzburg, und am 20. die Ratification des Vertrags durch dieselben Statt. Von beiden Seiten wurde in warmen Worten die Absicht ausgesprochen, die Übereinkunft in redlichem Einvernehmen und thätiger Zuvorkommenheit auszuführen. Als die Rede auf Augustenburg kam, wurde beiderseits anerkannt, daß er nach der jetzigen Übereinkunft in den Herzogthümern schlechterdings nur als Privatmann auftreten und betrachtet werden dürfe. Sowohl der Kaiser als Graf Moritz Esterhazy vereinten

sich mit Bismarck in dem Ausspruch der Erwartung, daß fortan beide Mächte in fester Eintracht und conservativem Sinne gemeinsam die Angelegenheiten Gesammtdeutschlands leiten würden. In Bethätigung der wiederhergestellten Freundschaft bestimmte dann der König den in Wien so hoch geschätzten General von Manteuffel zum Gouverneur von Schleswig, der Kaiser aber zum Statthalter von Holstein den Feldmarschall-Lieutenant von Gablenz, den Kriegskameraden der Preußen vom vorigen Jahre, und gab ihm als Civilcommissar anstatt des anstößigen Herrn von Halbhuber einen Ministerialrath von Hofmann bei. Der König stattete gleich nachher auch der Kaiserin einen Besuch in Ischl ab, und verließ darauf erleichtertes Herzens das österreichische Gebiet. Wie sehr er nach einem friedlichen Ausgleich verlangt, wie sehr ihn also der Abschluß der Übereinkunft schließlich erfreut hatte, bekundete er, indem er seinen Ministerpräsidenten, der freilich nicht in jubelnder Stimmung seine Unterschrift dazu gegeben, einige Wochen nachher in den Grafenstand erhob.

Unterdessen trugen Draht und Presse die Kunde der Begebenheit in alle Welt, und der Eindruck, den sie hervorrief, war äußerst drastisch. In den zahlreichsten Kreisen erschien sie als ein großer Sieg der preußischen Politik. Die Wiener Zeitungen, außer den Officiösen, strömten einstimmig von Entrüstung und Beschämung über; sie erklärten die Demüthigung Österreichs für um so schmählicher, je patriotischer die öffentliche Meinung das Cabinet zu muthiger und stolzer Entschlossenheit ermahnt hätte. In den Herzogthümern war die Wirkung im ersten Augenblicke bei allen Anhängern Augustenburg's niederschmetternd. Wir sind

preußisch geworden, sagte man in Schleswig. Wir werden nächstens wie Lauenburg verkauft werden, hieß es in Holstein. Der Erbprinz selbst war im Begriffe gewesen, auf Pfordten's Annahmen nach Berlin zu gehen, um die Großmuth des Königs anzurufen, hatte es dann aber auf ermunternde Berichte seines Wiener Agenten Wydenbrugk unterlassen, und sah jetzt die letzte Hoffnung schwinden. Daß ein Protest, welchen 31 holsteiner Ständemitglieder und Delegirte von 46 Ortschaften gegen die Gasteiner Übereinkunft dem Bundestage einsandten, wirkungslos bleiben würde war jedermann im Voraus klar. Im außerpreußischen Deutschland flackerte noch einmal eine geräuschvolle Erregung auf; die Zeitungen grollten über Österreichs Schwäche, zürnten über Bismarck's Triumph, höhnten über die Ohnmacht des Bundestags. In mannigfaltigen Variationen wurde das Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins gefeiert, welches durch die Gasteiner Contrahenten auf das Schmählichste mit Füßen getreten werde. In der richtigen Erkenntniß, daß die Entscheidung der schleswig-holsteiner Frage sofort auch jene der deutschen Bundesreform in sich schließe, arbeitete die württemberger „Volkspartei“, von hessischen und bayerischen Gesinnungsgenossen beauftragt, ein Parteiprogramm für die künftige deutsche Verfassung aus, in welchem die Sätze prangten: keine österreichische, keine preußische Spitze, Vereinigung der reindeutschen Staaten unter einer demokratischen, die Regierungen beherrschenden Centralgewalt und Volksvertretung, keine Einheit als auf der Grundlage der Freiheit. Eine andere Stellung nahm innerhalb dieser zürnenden Agitation der Ausschuß der 36 in Frankfurt, indem er unerschütterlich an der Hoffnung festhielt, durch eine fortgesetzte

Opposition des Wiener und des Berliner Parlaments auch die dortigen Regierungen auf die Bahnen des süddeutschen Liberalismus hinüberzuzwingen. Er berief auf den 1. October einen neuen Abgeordnetentag nach Frankfurt, zu dem er insbesondere die Mitglieder aus Österreich und Preußen einlud, und welchem er dann eine Reihe von Resolutionen vorlegte, des Inhalts, daß der Gasteiner Vertrag alle Rechtsordnung und Rechtssicherheit in Deutschland vernichte, mithin als Rechtsbruch von der Nation verworfen werde, namentlich für die Herzogthümer in keiner Weise rechtsverbindlich und gültig sei, und von allen deutschen Landtagen mit höchster Energie bekämpft werden müsse. Aber er mußte eine arge Enttäuschung erleben. Denn trotz seiner ausdrücklichen Mahnung waren unter 272 Anwesenden nur ein Österreicher und acht Preußen erschienen, von welchen sechs die Erklärung abgaben, daß sie als Preußen den Anträgen nicht beitreten könnten, und sich deshalb der Abstimmung enthielten. Mehrere namhafte preußische Abgeordnete der Fortschrittspartei, Twesten, Th. Mommsen, G. Jung, hatten ihr Nichterscheinen in Frankfurt mit dem Satze motivirt, daß die Mehrheit der preußischen Volksvertretung niemals Beschlüssen zustimmen würde, welche gegen die Macht und die Zukunft des preußischen Staats in die Schranken treten[1]). Andrerseits hatten 15 abwesende Österreicher angezeigt, daß sie an der Rechtsanschauung der frühern Abgeordnetentage festhielten, aber aus nicht näher zu erörternden Gründen an dem jetzigen Theil zu nehmen, sich nicht bestimmt fänden. Die Mehrheit

[1]) Ein französischer Diplomat äußerte etwas später: „in jedem Preußen steckt doch ein Stück vom alten Fritz.“ Möge er für alle Zeiten Recht behalten.

der kurhessischen Abgeordneten und ein Theil der bayerischen hatte beschlossen, von dem Tage ferne zu bleiben, weil nichts als nutzlose Worte dabei herauskommen würden.

Ähnlicher Stimmung und Meinung waren auch die süddeutschen Ultramontanen und die mit ihnen zusammengehende großdeutsche Partei. Der Ausschuß des deutschen Reformvereins erließ an die Mitglieder ein Rundschreiben, in welchem er ebenso nachdrücklich wie die Demokraten und Liberalen die Verletzung aller rechtlichen und sittlichen Grundsätze durch die Gasteiner Übereinkunft verdammte, aber, in Betracht, daß die Bestrebungen des Vereins auf legale Umbildung des deutschen Bundes gelähmt seien, so lange Fürsten- und Volksrecht in einem deutschen Lande von deutschen Regierungen selbst in solcher Weise gebeugt würde — eine Generalversammlung des Vereins bis auf Weiteres vertagte. Das bayerische Hauptorgan der ultramontanen Partei, die Historisch-politischen Blätter, brachten im September einen von Jörg geschriebenen Redactionsartikel, welcher in zutreffender Schärfe die Schwankungen Österreichs in der Herzogthümerfrage charakterisirte: zuerst Behauptung des Rechts der Verträge von 1852, und folglich Bekämpfung Augustenburg's gemeinsam mit Preußen, jedoch ohne das preußische Streben auf Dänemarks Zertrümmerung; dann seit dem 28. Mai 1864 Opposition gegen Preußen und Unterstützung Augustenburg's, der Mittelstaaten, des Selbstbestimmungsrechts der Völker; jetzt wieder der alte Standpunkt, in Folge dessen die Souveränität der beiden Monarchen in Schleswig-Holstein proclamirt, von Augustenburg aber, Selbstbestimmung und Mittelstaaten keine Rede mehr sei. Nothwendig habe sich aus dieser Unsicherheit ein wachsendes Übergewicht des in seiner Haltung

consequenten Preußen ergeben; solle dieses nicht zur Alleinherrschaft in Deutschland sich entwickeln, so sei es nothwendig, daß alle deutschen Staaten dem Wiener Cabinet den Muth erfrischten und bereitwilliger als Preußen den österreichischen Wünschen entgegenkämen. In diesem Sinne wurde nicht gerade die Aufnahme Gesammtösterreichs in den deutschen Bund, wohl aber eine Garantie des letztern auch für die außerdeutschen Besitzungen Österreichs bezeichnet.

Allein von solchen Gedanken waren gerade in diesem Augenblick die Regierungen der Mittelstaaten so weit wie möglich entfernt. Natürlich waren sie durch die Gasteiner Übereinkunft auf das Tiefste gekränkt, und ebenso natürlich richtete sich ihr Zorn weniger gegen den offenen Widersacher, den sie seit Jahren bekämpft, als gegen den treulosen Genossen, der auf die feindliche Seite zurückgetreten war. Zunächst am Bundestage war damit ihre völlige Ohnmacht wieder ebenso offenbar geworden, wie im Frühjahr 1864. Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt hatten am 27. Juli den von Pfordten mit Bismarck besprochenen Antrag in Frankfurt eingebracht, und der Bundestag denselben sofort dem holsteinischen Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen. Kein Mensch, schrieb Savigny an Bismarck, ist eigentlich recht erbaut davon. Dann kam der Gasteiner Vertrag, und mit dieser Nachricht auch die sichere Erfolglosigkeit jedes Bundesbeschlusses gegen den Willen der Großmächte. Im Ausschusse selbst trat Württemberg in der Meinung, es sei besser, nichts zu thun, als sich durch unnütze Schritte zu prostituiren, gegen Bayern und Sachsen der Ansicht der Mehrheit bei, der Bundesversammlung gar keinen Vorschlag über den Antrag vom 27. Juli zu empfehlen, als den negativen, weitere Mit-

theilungen der Großmächte zu erwarten, und einstweilen Ferien bis Ende October zu machen. Dies Alles wurde von der hohen Versammlung am 31. August genehmigt. Friedfertiger konnte man sich nicht verhalten. Um so mehr aber wuchs damit die Erbitterung der Einzelnen. Roggenbach nahm gleich nachher seine Entlassung, angeblich aus Gründen der innern badischen Verhältnisse; immer hatte er auch die Niederlage seiner bisher betriebenen schleswig-holsteinischen Politik vor Augen, sah die verhaßte preußische Annexion herannahen und mochte doch nicht einer offenen Bekämpfung Preußens sich anschließen. Pfordten freute sich, daß der Gasteiner Vertrag die Absicht der Mächte, eine deutsche Flotte zu gründen, ausspreche; freilich, setzte er hinzu, die Lage Augustenburg's ist sehr verschlimmert; indessen, ich habe das Meinige gethan. Auch er sah in dem Vertrage einen preußischen Triumph, schien gegen Österreich eine gewisse Schadenfreude zu empfinden, und sprach von den Herzogthümern nur noch mit Überdruß. Am lebhaftesten aber kochte der Unwille in dem Herzen Beust's. Jetzt brachte denn seine officiöse Leipziger Zeitung eine Reihe von Artikeln, worin die Unrechtlichkeit und Verderblichkeit der Gasteiner Übereinkunft erörtert wurde. Auch er erkannte den engen Zusammenhang der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage: diese Zerreißung Schleswig-Holsteins sei das Vorzeichen der Zerreißung Deutschlands durch die Mainlinie; das einzige Rettungsmittel in dieser Gefahr sei ein festes Bündniß der deutschen Staaten gegenüber den beiden Großmächten. Bei einem Gespräche mit dem österreichischen Geschäftsträger wies er dessen beschwichtigende Äußerungen mit Entrüstung zurück. Lange genug, sagte er, haben wir uns

durch Österreich in die Irre führen lassen; es ist jetzt Zeit, uns auf die eigenen Füße zu stellen; aus Rücksicht für Österreich haben wir den preußischen Antrag auf einen Handelsvertrag mit Italien abgewiesen, dadurch unsern wirthschaftlichen Interessen schweren Schaden zugefügt, und den Verdruß aller unserer Industriellen gegen die Regierung erregt; jetzt hat Österreich selbst uns die Hände frei gemacht, und wir werden nicht zaudern, zur Erlangung des Handelsvertrags auch die Anerkennung des Königreichs Italien auszusprechen.

In der That, über der italienischen Nation leuchtete damals ein günstiger Stern. Dasselbe Ereigniß, welches ihr die Aussicht auf Veneriens baldige Eroberung für den Augenblick wieder in Nebel hüllte, brachte ihr zur Entschädigung die Geneigtheit der bis dahin feindseligen deutschen Staaten, den Bestand des jungen Königreichs durch ihr Votum weiter zu befestigen. General La Marmora freilich hätte eines solchen Trostes für den Gasteiner Vertrag kaum bedurft. Er hatte endlich auf seine Anfrage in Paris den Bericht Nigra's vom 13. August über eine Unterredung mit dem eben zurückgekehrten Drouyn de Lhuys erhalten, in welcher dieser dem Gesandten mitgetheilt hatte, wenn Italien Krieg führen wolle, werde Napoleon es auf dessen eigene Gefahr vorgehen lassen, es nicht hindern, aber auch nicht schützen, sondern höchstens die Lombardei decken. Der französische Minister hatte aber weiter bemerkt, daß er La Marmora's Antwort an Usedom fast vollständig billige; Italiens Stellung sei ausgezeichnet; man solle nur zu warten verstehen. Was Preußen betreffe, so würde bei einem Kriege über Schleswig-Holstein Frankreich ruhig bleiben, bei weiterer Ausdehnung des Kampfes aber seine eigenen Interessen wahrnehmen. Also

möge Italien sich nicht übereilen, sich nicht compromittiren. Vielleicht sei Österreich selbst auf dem Wege zu einer Verständigung mit Italien. Wenigstens habe in Paris Fürst Metternich etwas von einem Wunsche des Wiener Cabinets verlauten lassen, gewisse Handelsbeziehungen mit Italien zu regeln; damit einmal begonnen, könne die Sache vielleicht weiter gehen.

Nachdem La Marmora zunächst die obige Mittheilung über Napoleon's Erlaubniß zum Kampfe telegraphisch erhalten, erklärte er am 15. August dem Grafen Usedom mit seltener Lebhaftigkeit, wenn Preußen wirklich einen „großen" Krieg gegen Österreich beginne, werde Italien in denselben eintreten; keine italienische Regierung habe die Möglichkeit, anders zu verfahren. Wie wir wissen, kam die tapfere Entschließung zu spät: wenige Tage nachher empfing er die Nachricht von dem Gasteiner Vertrag. Er zeigte darauf eine getheilte Stimmung, schrieb Graf Usedom; er schien den Aufschub des nationalen Kriegs zu beklagen, aber doch mit einer gewissen Befriedigung sich von der Last einer schweren Verantwortung befreit zu fühlen. Kein Gedanke kam hiebei diesem beschränkten und selbstbewußten Kopfe, ob nicht gerade sein Zaudern es gewesen, welches die Kriegslust Preußens gedämpft und den Entschluß zum Vertrage entschieden hätte. Im Gegentheil, er war jetzt doppelt durchdrungen von der Richtigkeit seines hinhaltenden Benehmens, von der Unmöglichkeit eines preußischen Kriegs gegen Österreich[1]). Er dankte sich selbst und seiner Vorsicht,

[1]) Usedom trat bald nachher den ihm bereits im Juli bewilligten und dann aufgeschobenen Urlaub an, und La Marmora war wieder scharfsinnig in seiner Weise, indem er in dieser Entfernung einen Ausdruck der Verlegenheit und der Scham über Preußens muthloses

den weisen Rath Drouyn de Lhuys' geahnt, sich nicht übereilt, sich nicht compromittirt zu haben. Um so mehr, sagt er in seinem Buche, mußte ich der Erklärung des französischen Ministers Rechnung tragen. Dessen Eröffnung, daß vielleicht Österreich einen Schritt thun würde, aus dem sich möglicher Weise etwas Weiteres ergeben könnte, nahm ihm einen Stein vom Herzen. Da ihm die Unzuverlässigkeit einer preußischen Allianz jetzt sonnenklar erwiesen schien, faßte er auf Grund der Pariser Nachrichten den Entschluß, einen unmittelbaren Versuch freundlicher Anknüpfung seinerseits in Wien zu machen.

Verhalten erblicken wollte. Nach der Kunde von Gastein, sagte er, habe sich Usedom bei ihm zwei Monate lang nicht sehen lassen. Usedom hatte jedoch vor seiner Abreise noch mehrere Gespräche mit ihm.

4. Capitel.

Bismarck in Biarritz.

In Paris war die Gasteiner Übereinkunft bereits mehrere Tage vor ihrer Ratification bekannt geworden. Trotz des strengen Geheimnisses, welches die beiden Contrahenten sich angelobt, hatte Mensdorff schon am 10. August Blome's Vorschläge, und am 14. die Unterzeichnung des Vertrags dem Fürsten Metternich mitgetheilt, und dieser die Kunde sofort an Drouyn de Lhuys weiter gegeben. Als Werther sich nachher darüber beschwerte, antwortete Mensdorff höchst treuherzig, er habe das nur gethan, um Metternich's bekannten französischen Eifer zu zügeln. Metternich's Eifer war jedoch im Gegentheil durch die Nachricht so weit entzündet worden, daß er sowohl dem französischen Minister, als dem italienischen Gesandten verkündete, hier sei nun die definitive Lösung der schleswig-holsteinischen Frage; das begehrliche Preußen, welches seine Hand nach dem Ganzen ausgestreckt, habe sich weislich jetzt mit der Hälfte begnügt.

Die öffentliche Meinung aber in Frankreich fällte ein anderes Urtheil über den Vertrag. Sie sah darin, wie die deutschen Radicalen und Demokraten, einen entschiedenen Sieg der preußischen Politik, und fiel um so hitziger über

denselben her, je einmüthiger sie seit zwei Jahren für Dänemark Partei genommen, und in Bismarck den wahren Urheber der dänischen Niederlage erkannt hatte. Hier habe, hieß es, die widerlichste Heuchelei endlich die Maske abgeworfen. Die deutschen Mächte hätten Dänemark bekriegt, weil dieses das untheilbare Schleswig-Holstein hätte theilen wollen: jetzt rissen sie selbst die Herzogthümer gewaltthätig auseinander. Sie wären im Namen des Nationalitätsprincips für Deutschland gegen Dänemark in den Kampf gezogen: jetzt ließen sie Deutschland, den deutschen Bund, die deutsche Volksstimme unbeachtet, und Preußen hielte die Dänen in Nordschleswig unter seinem Joch. Alle liberalen Grundsätze, alle Forderungen der Civilisation seien mit Füßen getreten; mitten im 19. Jahrhundert würden die Völker wie Viehheerden verhandelt. Die Zeitungen aller Farben, ministerielle, legitimistische, radicale, stimmten in diesen Chorus ein; die orleanistische Revue des deux Mondes war dieses Mal einig mit der von der Regierung subventionirten Revue Contemporaine.

Drouyn de Lhuys rieb sich bei diesem, wesentlich gegen Preußen gerichteten Sturm die Hände, und sprach gegen mehrere Mitglieder der diplomatischen Gesellschaft dieses Einverständniß in hohem Tone aus. Er wußte, aus welchen Gründen das Ereigniß auch dem Kaiser Napoleon unerfreulich sein würde, und hoffte, ihn damit von all jenen, auf Preußens Mitwirkung berechneten Plänen gründlich zu heilen. Indessen hatte Graf Goltz von Bismarck eingehende Instructionen über den Vertrag erhalten, und suchte darauf am 19. August den französischen Minister zu überzeugen, daß der ganze Zeitungslärm gegenstandslos sei. Es handle sich in dem Ver-

trage gar nicht um das Definitivum, sondern um eine neue Form des Provisoriums, nicht um Theilung der Souveränität, sondern um Verbesserung der Verwaltung; Preußen habe mit dem Wiener Cabinet vor Beseitigung der von Halbhuber beschützten Mißbräuche über die Zukunft der Herzogthümer nicht weiter verhandeln können; der Vertrag habe eben die Abstellung jener Mißbräuche zum Zweck; somit könne und werde die Verhandlung über das definitive Schicksal jetzt erst wieder beginnen. Der Minister freute sich, dies zu vernehmen, gestand aber, es habe seine Regierung befremdet, von einer Verhandlung zwischen Preußen und Österreich zu hören, ohne von Preußen eine Mittheilung darüber zu erhalten. Übrigens redete er in schmeichlerischeren Tönen als jemals früher, und versicherte Frankreichs wohlwollende Neutralität bei der preußischen Annexion der Herzogthümer, wenn nur Preußen den Dänen in Nordschleswig einige billige Rücksicht schenken wolle. Dann aber sondirte er noch etwas weiter. Bei größerer Ausdehnung des Kriegs und der Kriegszwecke könne natürlich Frankreich nicht ohne volle Gegenleistung auf die Freiheit seiner Action verzichten. Es sei auch bekannt, daß der Kaiser mehr zu Preußen als zu Österreich neige. Denn Österreich könne dem französischen Interesse ja nichts bieten; mit Preußen dagegen sei in dieser Beziehung eine Verständigung sehr wohl denkbar. Es gebe Nachbarländer, welche den Gegenstand von Combinationen bilden könnten, ohne irgend eine Beeinträchtigung der beiden Contrahenten. Goltz entgegnete: kein preußischer König kann preußisches Land wegschenken; andere Combinationen sind denkbar, aber vor dem geeigneten Zeitpunkte nicht auszusprechen. Das ist sehr wahr, schloß der Minister das Gespräch.

Wie wir mehrmals bemerkten, hatte Drouyn de Lhuys von jeher größere Sympathie für Österreich als für Preußen gehabt, niemals die Wünsche seines kaiserlichen Gebieters für Italien getheilt und folglich auch sich über die Möglichkeit eines preußisch-italienischen Kriegs gegen Österreich nicht gefreut. So fanden wir, wie er La Marmora die kaiserliche Erlaubniß zum Vorgehen mittheilte, dann aber seinerseits die dringenden Rathschläge zu Zaudern und Abwarten hinzufügte. Jedesfalls sollte nach seiner Ansicht Preußen erst dann Unterstützung erfahren, wenn es dem französischen Cabinet sehr realen Antheil am Gewinne zugesichert hätte.

Da nun Goltz so geringe Neigung zeigte, über Landgewinn für Frankreich zu verhandeln, so blieb der Minister um so fester in seinem Streben, den Gasteiner Vertrag bei Napoleon gegen Preußen zu verwerthen. Der Kaiser kam am 23. August aus dem Lager von Châlons nach Fontainebleau, und der Minister erstattete ihm dort am 27. Bericht über Gastein. Dem Kaiser war jede neue Befestigung der österreichisch-preußischen Allianz sehr widerwärtig, und Drouyn de Lhuys, ohne die Erläuterungen des Grafen Goltz irgend zu erwähnen, betonte um so mehr die Nichtachtung der großen Fundamentalsätze der französischen Politik: der populären Selbstbestimmung und des Nationalitätsprincips, durch welche der Vertrag die französische Regierung selbst bloßstelle, da dieselbe ihre deutschfreundliche Haltung gegenüber den dänischen Sympathien Frankreichs eben auf jene Principien gestützt habe. So erwirkte er sich eine Weisung, ein den Vertrag tadelndes Rundschreiben zu verfassen, nach welchem die französischen Gesandten bei etwaigen Gesprächen ihre Äußerungen einzurichten hätten. Jedoch befahl der

Kaiser ausdrücklich, daß die Gesandten den fremden Höfen den Erlaß selbst nicht mittheilen sollten: denn in Berlin sollte man zwar seinen Verdruß erfahren, aber doch jede unhöfliche Form vermieden werden, welche dann Preußen dem Wiener Hofe noch stärker annähern könnte.

Am 28. August hatte Napoleon den Grafen Goltz im engsten Kreise zur Tafel bei sich. Er wußte, daß die persönlichen Erlebnisse des Grafen nicht ohne Einfluß auf dessen politische Auffassungen waren, und verhielt sich demnach gegen ihn um so zutraulicher und huldvoller, je strenger und belehrender er über die preußische Politik zu reden gedachte. Gleich nach dem ersten Empfange brachte er das Gespräch auf die Gasteiner Übereinkunft. Die Frage der Herzogthümer, sagte er, war stets schwer zu verstehen, und jetzt verstehe ich nichts, aber auch gar nichts mehr davon; so schneidend widerspricht Ihr neuester Vertrag allen Consequenzen Ihres bisherigen Programms. Goltz hob den provisorischen Charakter des Vertrags hervor, einer auf kurze Dauer berechneten Verbesserung der völlig in Confusion gerathenen Landesverwaltung; der König habe dies einem Bruche vorgezogen, dessen Folgen unübersehbar gewesen, zumal er — Goltz — nach Berlin berichtet habe, daß Frankreichs Neutralität wohl für einen Streit über Schleswig-Holstein, keineswegs aber bei weiterer Ausdehnung des Kriegs gesichert sei. Hier fiel der Kaiser ein: Sie haben sich ein großes Verdienst um Ihr Land erworben durch die Beseitigung aller Täuschungen in dieser Hinsicht: wie sollte ich im Voraus mich binden, stille zu sitzen in allen Fällen, nichts zu verlangen, was immer auch kommen möchte? Sie kennen meine Gesinnungen gegen Preußen: ich wünsche, ja ich halte es für nöthig, daß es sich

vergrößere und dadurch von dem fremden Einflusse frei werde, dem es seit 1815 nicht zum Vortheile Frankreichs hat folgen müssen. Hiemit sollte Preußen für seine Entschließungen sich genügen lassen; auch kann es ja zur Zeit selbst keine andern Gegenstände zur Verhandlung bringen als Schleswig-Holstein; man kann die Haut des Bären nicht eher verkaufen, als man ihn hat; darüber habe ich meine Erfahrungen gemacht. Und nun erzählte Napoleon, wie er 1859 den Italienern größere Zusagen gemacht, als er zu Villafranca habe erfüllen können, und er demnach nicht mehr in der Lage gewesen sei, Victor Emanuel's eigenmächtige Annexionen 1860 zu hindern. Seitdem, sagte er, gebe ich kein Versprechen, von dem ich nicht weiß, daß ich es unter allen Umständen halten kann. Etwas schüchtern bemerkte Graf Goltz: indessen hat mir Drouyn de Lhuys gesagt, auch bei größeren Dimensionen des Kriegs würden Ew. Majestät sich mit Preußen leicht verständigen, aber nicht mit Österreich. Das ist vollkommen richtig, erwiderte der Kaiser. Aber Ihr begreift, welchen peinlichen Eindruck mir das Gasteiner Ereigniß machen mußte. Ihr wolltet die Herzogthümer befreien, Ihr verkündetet ihr Recht, vereint zu sein, Ihr wolltet die Bevölkerung über ihr künftiges Schicksal befragen: und jetzt schließt Ihr einen Vertrag, der Euch wenigstens in den bösen Schein setzt, als thätet Ihr von dem Allem das Gegentheil. Auch seht Ihr, wie die öffentliche Meinung, die ich nicht unbeachtet lassen kann, sich von Euch abwendet.

Bei Tische schlug Napoleon wieder einen freundlicheren Ton an. Er erzählte dem Botschafter, Österreich habe ihm zugemuthet, die Frage der Herzogthümer einem europäischen Congreß zu unterbreiten; er habe das auf der Stelle kate-

gorisch abgelehnt. Welche Haltung, fragte er, nimmt Rußland zu der Sache? Goltz konnte keine Auskunft darüber geben, vermuthete aber freundliche Neutralität. England, äußerte darauf Napoleon, will mit dem ganzen Handel nichts mehr zu schaffen haben. Was aber Österreich betrifft, so scheint der Vertrag die bittere Erinnerung an die vorausgegangenen Streitigkeiten keineswegs ausgelöscht zu haben; dort fühlt alle Welt sich gedemüthigt, die öffentliche Meinung, die Minister, der Kaiser Franz Joseph selbst. (Goltz zog hieraus den angenehmen Schluß, daß es nicht die Herstellung des friedlichen Einvernehmens zwischen Österreich und Preußen sei, welche Napoleon's Ärger über Gastein bewirke.)

Nach Tische beehrte Napoleon den Botschafter mit einer nochmaligen Ansprache, bei welcher er seiner Bewunderung für die preußische Armee und deren Officiercorps Ausdruck gab, und den militärischen Geist des preußischen Volkes lobend anerkannte, der in Friedenszeiten stärker als in Frankreich sei. Dann forderte er ihn zu einem Gange in den Garten, wieder einer großen Auszeichnung, auf, und sagte ihm hier: schreiben Sie dem Grafen Bismarck, bei einem Kriege zwischen Preußen und Österreich würde ich wohlwollende Neutralität beobachtet haben, aber ich sei überrascht, sehr überrascht durch das, was geschehen ist. Goltz wagte die Äußerung: wenn die Krisis sich erneuern sollte, dürfen wir doch auf dieselbe wohlwollende Gesinnung hoffen. Gewiß, antwortete der Kaiser. Aber ich beklage, daß Preußen mehr und mehr von seinem überlieferten Berufe zurücktritt, sich an die Spitze der nationalen Bewegung in Deutschland zu setzen; wenn der König ein liberales und nationales Programm aufstellt, wozu er keines Kriegs bedarf, so werden alle liberalen Elemente

in Deutschland ihm zufallen, und man wird die elenden parlamentarischen Zänkereien und die traurige Frage der Herzogthümer vergessen.

Goltz war mit dieser Mahnung zu einer liberalen Politik durchaus einverstanden, und berichtete seinem Chef mit sichtlicher Befriedigung die treffliche Aufnahme, die er bei Napoleon gefunden. Bismarck war von dem Vorgange weniger entzückt. Befremdet hat den König, schrieb er dem Botschafter am 1. September, die peinliche Überraschung Napoleon's, welche nach Ihrer Meinung nicht die Herstellung unseres Einvernehmens mit Österreich zum Grunde hat: welchen Grund aber könnte er sonst haben? wünschte er wirklich unsern Bruch mit Österreich, so müßte dies uns doppelt mißtrauisch machen. Die Einladung zu einer liberalen Wendung der preußisch-deutschen Politik lehnte Bismarck kurz und bündig ab. Die Parteien, sagte er, welche Napoleon dabei im Auge haben kann, sind höchstens stark genug, Kammerbeschlüsse ihres Sinnes herbeizuführen; die Regierungen der Mittelstaaten sind unter sich zwiespältig und schwach durch die Schlechtigkeit ihrer militärischen Organisation; das Alles kann uns weder eine feste Stütze, noch eine ernste Gefahr in Aussicht stellen: der echte Kern erfolgreicher und praktischer nationaler Bestrebungen kann nur in einem starken Preußen und einer selbständigen preußischen Politik liegen. Goltz wurde also angewiesen, fort und fort, entsprechend den Vorschriften des 4. August, zwar keine bestimmten Anträge an Napoleon zu bringen, wohl aber mit der größten Aufmerksamkeit die Gesinnungen desselben gegen Preußen zu studiren.

Unterdessen hatte Drouyn de Lhuys das Seinige gethan, um die preußisch-französischen Beziehungen weiter abzukühlen.

Am 8. September sandte Balan, damals Gesandter in Brüssel, eine Nummer der dort erscheinenden Émancipation Belge mit einem wörtlichen Abdruck jenes, vom 29. August datirten Rundschreibens an die französischen Missionen ein. Dasselbe ließ an massiver Grobheit nichts zu wünschen übrig. Nachdem es auf Grund der Zeitungsberichte über den Gasteiner Vertrag in demselben die Verletzung der Verträge von 1852 und die Beseitigung des bestberechtigten Erben, die Zerreißung der schleswig-holsteiner Untheilbarkeit und die Hinwegsetzung über das populäre Selbstbestimmungsrecht, die Nichtachtung der dänischen Nationalität und die Übergehung der deutschen Bundesgenossen beklagt, kam es zu dem Schlusse, der Vertrag habe keine andere Grundlage als die Gewalt, keine andere Rechtfertigung als die Convenienz der Theilungsmächte; es sei das eine Praxis, an welche das heutige Europa nicht mehr gewöhnt sei, und deren Vorbilder nur in den verhängnißvollsten Epochen der Geschichte sichtbar würden. Das Actenstück ignorirte also vollständig die von Goltz dem französischen Minister gemachte Mittheilung über den provisorischen Charakter der Übereinkunft, welcher allein zur vollständigen Widerlegung aller jener Vorwürfe ausreichte. Im ersten Augenblick hielt Bismarck das angebliche Circular für eine freche Fälschung; indeß ging es rasch durch alle Zeitungen Europas, ohne daß ein Widerspruch erfolgte, und bald kam Nachricht aus Dresden und Hannover, daß die dortigen französischen Gesandten es durch Vorlesen zur amtlichen Kenntniß der betreffenden Regierungen gebracht hatten. Um das Maaß zu füllen, folgte dann die Veröffentlichung einer Circulardepesche Lord John Russell's vom 14. September, die sich dem Gedankengang des französischen Schriftstückes

genau anschloß, sei es in Folge einer Aufforderung Drouyn de Lhuys', was freilich gleich nachher Napoleon sehr bestimmt abläugnete, sei es nach Lord John's Drange, hinter seinem Pariser Collegen in liberaler und humaner Gesinnung nicht zurückzustehen. Dieses Mal wurde er auch durch die Königin Victoria nicht gehindert, da die erlauchte Frau zur Zeit wegen der Zurücksetzung Augustenburg's sehr ungnädig gegen Preußen gestimmt war[1]). Genug, es war erstaunlich, mit welcher Wärme uns schlimmen Deutschen plötzlich die Gehässigkeit des Annectirens von den Eroberern Algeriens und Indiens, die Trefflichkeit des Liberalismus von dem französischen Autokraten, die Unverletzlichkeit fürstliches Erbrechts von dem whiggistischen England, und das Selbstbestimmungsrecht der Völker von den Beherrschern Nizzas und Irlands entgegen gehalten wurde. Erfreulich war indeß dabei die Thatsache, daß auf deutschem Boden auch in zahlreichen, sonst preußenfeindlichen Kreisen eine so brutale Einmischung des Auslandes in deutsche Streitfragen mit Unwillen zurückgewiesen wurde.

In Berlin war man natürlich erstaunt und verletzt in hohem Grade. Wenn man auch gewußt hatte, daß Napoleon über die Gasteiner Übereinkunft nicht gerade erfreut war, so schien der Weg doch weit von seinen schillernden Gesprächen mit Goltz am 28. August zu dem Ergusse plumper Injurien gleich am folgenden Tage. Dabei dauerte das feindliche Toben der französischen Regierungsblätter mit ungeminderter Stärke täglich fort. Fast unbegreiflich erschien es unter solchen Umständen, daß, als am 7. September Napoleon

[1]) Mittheilung König Leopold's I. von Belgien.

mit Gemahlin und Sohn zu längerem Aufenthalt nach Biarritz abreiste, Graf Goltz und ein jüngerer preußischer Diplomat, Sohn des Generals von Radowitz, die ehrende Einladung empfingen, den Hof dorthin zu begleiten, und dann fortdauernd des intimsten Verkehrs gewürdigt wurden. Ich weiß nicht, ob Bismarck schon früher den Gedanken gehabt hat, auch seinerseits, wie 1864, Erfrischung in dem kräftigen Wellenschlag des biscayischen Meeres zu suchen; jedesfalls sprach er jetzt dem Könige den Wunsch aus, dort mit eigenen Augen den Stand unserer Verhältnisse zu erkunden. Der König war Anfangs zweifelhaft, ob nach der erlittenen Beleidigung dies passend sei. Indessen meldete Goltz auf Grund wiederholter Mittheilungen des Kaisers selbst, daß dieser das Rundschreiben lebhaft bedauere; er sei bei den Zeitungsnachrichten über Gastein empfindlich berührt worden durch die Nichtbeachtung aller Principien der napoleonischen Politik, demnach habe er Drouyn de Lhuys beauftragt, eine Verwahrung an die Gesandten zu schicken; den Wortlaut des darauf erlassenen Rundschreibens aber habe er nicht gekannt, und am wenigsten eine Mittheilung desselben an die Höfe oder gar an die Zeitungen gewollt. Auch habe er schon am 20. September dem Minister befohlen, etwas zur Abschwächung des Rundschreibens zu thun, und wolle ihn jetzt anweisen, in einer neuen Depesche wegen des provisorischen Charakters des Vertrags den Inhalt des Rundschreibens zurückzunehmen. In der That setzte im Hôtel des Quai d'Orsay der Wind um: am 23. September sandte Drouyn de Lhuys eine Depesche nach Berlin, des Inhalts, er ersehe mit Genugthuung den provisorischen Charakter des Vertrags, er hoffe also bei der definitiven Lösung der Frage Grund zu haben, den

preußischen Wünschen ohne Rückhalt zuzustimmen und dadurch die Verbindung der beiden Mächte noch enger zu ziehen. Auch sagte er dem preußischen Geschäftsträger, er sei sehr erstaunt über den üblen Eindruck seines Rundschreibens in Berlin, und wünsche dringend, denselben zu verwischen. Bismarck fand allerdings diese Erklärungen in der Sache keineswegs genügend, denn die Verletzung sei öffentlich gewesen, die Genugthuung nur im Stillen erfolgt. Jedoch erschien es bedenklich, weitere Forderungen deshalb zu stellen; man hatte keine Aussicht, die Absetzung Drouyn's zu erlangen; jedesfalls hatte ihn Napoleon ganz ausdrücklich desavouirt; so beschloß man, von weitern amtlichen Erörterungen abzusehen, und der König genehmigte Bismarck's Reise nach Biarritz, unter dem Vorbehalte, daß dort zur Zeit keine Verpflichtungen gegen Frankreich übernommen würden, da zunächst die Wirkung Gasteins auf die deutschen und schleswig-holsteinischen Verhältnisse abzuwarten sei. Der Minister ging darauf am 30. September über Paris in das Pyrenäenbad, wo er bis zum 12. October mit Napoleon zusammen verweilte und nach der Rückreise des Kaisers dann noch den Rest des Monats zubrachte.

Nach einem kurzen Telegramm über die erste Unterredung mit Napoleon am 4. October, berichtete Bismarck am 11., dem Tage vor der Abreise des Kaisers, zusammenfassend seine Erfahrungen.

„Ich habe in Paris zunächst den Staatsminister Rouher besucht, und bei demselben eine unseren Interessen durchaus günstige Stimmung vorgefunden, auf welche ich deshalb einen besondern Werth legen darf, weil Rouher das persönliche Vertrauen des Kaisers in höherem Maaße zu besitzen

scheint, als Drouyn de Lhuys, und jedesfalls aufrichtiger ist als der Letztere. Er hatte gehört, daß es zweifelhaft sei, ob ich bei meiner Anwesenheit von nur einem Tage in Paris dem auswärtigen Minister meinen Besuch machen würde. Er redete mir lebhaft zu, es zu thun, damit die Beseitigung der durch das Circular vom 29. August geschaffenen Verstimmung nicht durch persönliche Verletzung des Herrn Drouyn de Lhuys erschwert werde. Ohnehin entschlossen, den fraglichen Besuch zu machen, ließ ich Herrn Rouher, der ein politischer und persönlicher Gegner von Drouyn de Lhuys ist, das Verdienst, mich dazu überredet zu haben. Es schien mir um so nothwendiger, den Vorgang vom 29. August der Vergessenheit zu übergeben, nachdem ich von Herrn Rouher mit Bestimmtheit erfahren hatte, daß der Kaiser selbst jenes Circular vor dem Abgang in seinem Wortlaute gesehen und gebilligt hat. Die Zuvorkommenheit, mit welcher Herr Drouyn de Lhuys mich demnächst empfing, war darauf berechnet, jede Empfindlichkeit über das Circular zu beseitigen. Der kaiserliche Minister erklärte den Ursprung dieser feindseligen Kundgebung aus der Befürchtung, daß Preußen sich, ohne Frankreich Dank dafür zu schulden, der Herzogthümer bemächtigen und, verstärkt durch die Mittel dieser neuen Erwerbung, sich demnächst einer antifranzösischen Politik wieder zuwenden werde. Er sagte, daß Preußen aus der wohlwollenden Haltung Frankreichs baaren Gewinn zöge, während die Vortheile, welche Frankreich aus guten Beziehungen zu Preußen erwachsen könnten, von einer ungewissen Zukunft abhingen. Auf meinen Wunsch deutete er die Vortheile, welche Frankreich erhoffen könne, in demselben Sinne näher an, wie dies in den kurz vor meiner Abreise von Berlin

Ew. Majestät von mir gemeldeten Äußerungen des Geschäftsträgers Lefebvre geschehen war[1]). Jede Begehrlichkeit nach preußischen oder deutschen Landestheilen stellte er auf das Bestimmteste in Abrede. Ich erwiderte ihm, daß wir der Geschichte der Zukunft ihren Lauf nicht vorzeichnen und sie nicht nach Willkür erfinden, sondern nur ihre Entwicklung abwarten und benutzen könnten; wir unsererseits hofften und wünschten, daß dies in einer Weise geschehen würde, vermöge deren die natürlichen guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich erhalten und gefördert werden könnten.

„Trotz der geflissentlichen, ich möchte sagen: übertriebenen Freundlichkeit, mit welcher der Minister den üblen Eindruck seiner Depesche zu verwischen suchte, habe ich doch keine volle Überzeugung von der Aufrichtigkeit seines Wohlwollens für uns gewonnen, sondern halte die Kundgebungen des letztern nur für den Ausfluß bestimmter kaiserlicher Befehle[2]).

„Am Tage nach meiner Ankunft in Biarritz wurde ich vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen ... Es war

[1]) Lefebvre hatte auf verschiedene Territorien französischer Zunge hingedeutet.

Der Herzog von Gramont hat später insinuirt, bei jenen Gesprächen habe nicht Lefebvre, sondern Bismarck die erwähnten Vorschläge gemacht. Der weitere Verlauf erspart uns die Mühe des Gegenbeweises.

[2]) Goltz berichtet am 23. October aus Paris, Drouyn de Lhuys lasse durch vertraute Personen verbreiten, daß Bismarck ihm die Nothwendigkeit großer Gebietserweiterung für Preußen vorgestellt und ihm Compensationen angeboten, er aber, Drouyn, Alles abgelehnt habe. Goltz meinte, daß Drouyn de Lhuys diese falsche Darstellung zu Nutz und Frommen der österreichischen Botschaft erfunden habe, um diese gegen Preußen aufzuhetzen. Bei den Diplomaten in Paris rede er viel correcter, rühme Bismarck's Liebenswürdigkeit und klage nur, daß derselbe so zugeknöpft gewesen.

ersichtlich, daß der Kaiser selbst lebhaft gewünscht hätte, das Circular vom 29. August ungeschehen machen zu können. Er schien nicht zu wissen, daß ich von seiner vorgängigen Billigung desselben Kenntniß hatte, denn er hob hervor, daß er die auswärtigen Geschäfte zwar in Situationen von Bedeutung unmittelbar in die Hand nehme, sich aber um die Einzelheiten des gewöhnlichen Geschäftsganges, so lange die Wichtigkeit derselben sich ihm nicht erkennbar gemacht habe, wenig kümmern könne. Er tadelte wiederholt die Veröffentlichung des Actenstücks und die Übereilung, mit welcher es, ohne vorgängigen Gedankenaustausch mit Ew. Majestät Vertreter, abgefaßt worden sei. Auf diese Weise habe man in Paris die Tragweite des Gasteiner Abkommens für die Gesammtpolitik Preußens überschätzt, zumal man nicht hätte glauben können, daß ein für Preußen so günstiges Resultat durch keine geheimen Zugeständnisse an Österreich erkauft worden sei. Der Kaiser ließ durchblicken, was Drouyn de Lhuys mir mit voller Bestimmtheit angedeutet hatte, daß die österreichischen Mittheilungen, welche durch ganz vertrauliche Canäle (anscheinend Ihre Majestät die Kaiserin) an ihn gelangt seien, der Voraussetzung einer geheimen, gegen Frankreich gerichteten coalitionistischen Verständigung der deutschen Mächte Vorschub geleistet hätten. Se. Majestät legte mir nochmals mit einiger Feierlichkeit die Gewissensfrage vor, ob wir Österreich keine Garantie wegen Venetien geleistet hätten. Ich verneinte es mit der Versicherung, daß der Kaiser meiner Aufrichtigkeit um so gewisser sein könne, als solche Verabredungen, wenn sie getroffen würden, doch nicht lange geheim blieben, und ich das Bedürfniß hätte, bei ihm den Gedanken an meine Zuverlässigkeit zu erhalten; außerdem hielt ich

auch für die Zukunft ein Abkommen für unmöglich, vermöge dessen wir Österreich in die Lage setzten, nach Belieben einen Krieg herbeizuführen, welchen Preußen ohne eigenen Vortheil zu dem seinigen zu machen, gezwungen sein würde. Der Kaiser versicherte demnächst, daß er keine Pläne anzuregen beabsichtige, durch welche der europäische Friede gestört werden könne, und daß Herr von Lefebvre, dessen Briefe über unsere Unterredungen er erhalten habe, in seinen Eröffnungen weiter als in seinen Instructionen gegangen sei[1]). Fast in denselben Worten, mit welchen ich den Gedanken gegen den Minister Drouyn de Lhuys ausgesprochen, und welche dieser inzwischen ohne Zweifel gemeldet hatte, sagte er: man müsse die Ereignisse nicht machen wollen, sondern reifen lassen; dieselben würden nicht ausbleiben, und alsdann den Beweis liefern, daß Preußen und Frankreich diejenigen Staaten in Europa seien, deren Interessen sie am meisten auf einander anwiesen, und daß er dann jeder Zeit bereit sein würde, die Freundschaft und die Sympathie zu bethätigen, von der er für Preußen erfüllt sei. Der Kaiser knüpfte hieran die Frage, auf welchem Wege wir glaubten, uns mit Österreich über Holstein auseinander zu setzen. Ich erwiderte offen, daß wir hofften, Holstein durch Geldentschädigung zu erwerben und zu behalten. Se. Majestät machte hiezu keine Einwendung, und erklärte ausdrücklich sein Einverständniß zu den Motiven, mit welchen ich die Besorgniß des Ministers Drouyn de Lhuys wegen des Wachsens der preußischen Macht ohne Äquivalent für Frankreich widerlegte,

[1]) Napoleon verwahrte sich insbesondere gegen die Annahme, daß er eigennützige Pläne gegen Belgien hege, und sprach sich in gleichem Sinne gegen Goltz und nach dem Tode König Leopold's I. auch gegen Lord Cowley aus. Bericht von Goltz, 9. December.

indem ich hervorhob, daß der Erwerb der Elbherzogthümer an sich noch keine Machtverstärkung Preußens sei, sondern im Gegentheil die Kräfte unseres Vaterlandes nach mehr als einer Richtung, behufs Entwicklung unserer Marine und unserer Defensivstellung gegen Norden hin, in einem Maaße festlege, welches durch den Zuwachs von einer Million Einwohner nicht aufgewogen würde. Der Erwerb der Herzogthümer sei nur ein Angeld (arrhes) für die Erfüllung der Aufgabe, welche die Geschichte dem preußischen Staate gestellt habe, und bei deren weiterer Verfolgung wir freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich bedürften. Es scheine mir im Interesse der französischen Politik zu liegen, den Ehrgeiz Preußens in Erfüllung nationaler Aufgaben zu ermuthigen: denn ein strebsames Preußen werde stets hohen Werth auf Frankreichs Freundschaft zu legen haben, während ein entmuthigtes seinen Schutz in defensiven Bündnissen gegen Frankreich suchen würde[1]). Diese Argumentation bezeichnete

[1]) Eine weitere Entwicklung dieser Gedanken gab Bismarck am 16. August dem Grafen Goltz zu weiterer Verwerthung in Paris. Man wird einige Sätze daraus mit Interesse lesen.

„Die continentale Politik hat seit langer Zeit auf der engen Verbindung der drei östlichen Mächte beruht, welche in der Nachwirkung der heiligen Allianz sich als eine Coalition gegen Frankreich darstellte . . . Die Stellung des deutschen Bundes ist in demselben Sinne aufgefaßt worden, und hat mehr der Befestigung dieser Coalition als der lebendigen innern Entwicklung Deutschlands dienen müssen. Die Politik Preußens war seit fünfzig Jahren nach dieser Seite hingewandt . . . So sehr auch die innere Entwicklung und die realen Interessen des Landes Preußen in vielen Beziehungen Frankreich angenähert haben, so schien die fortdauernde Theilnahme an jenem Bündniß doch durch die Annahme geboten, die vielleicht eine Fiction war: daß Preußen seine hauptsächlichsten Gefahren von Frankreich zu befürchten habe. Diese Auffassung hat mehr oder weniger die Politik Preußens seit 1815 bestimmt, und es genöthigt, der groß- und süddeutschen, durch die con-

der Kaiser als eine ihm vollständig einleuchtende und sympathische.

„Dieser wesentliche Inhalt der Unterredung mit Sr. Majestät wiederholte sich in verschiedenen Wendungen während der ersten Audienz, und während noch längerer Gespräche, die ich später nach einem Dejeuner mit dem Kaiser hatte. Bei letzterer Gelegenheit erkundigte er sich lebhaft nach der Richtung, welche Ew. Majestät Regierung Angesichts der

servativen Interessen Rußlands verstärkten Politik Österreichs zu folgen, welche den Bund, dessen auch Preußen zum Schutze gegen Frankreich zu bedürfen glaubte, zum Drucke auf Preußen benutzte . . ."

„Gegenüber diesem traditionellen System steht ein anderes Princip, welches ebenfalls in einem tiefen Bedürfniß Preußens seine Begründung hat. Es ist das Princip der unabhängigen und freien Entwicklung des preußischen und norddeutschen Elements zu einer selbständigen Großmacht, die ohne Anlehnung sich durch eigene Macht sicher fühlt. Es wäre dies eine Politik, die . . . in freier Entfaltung der eigenen Lebenskeime und Sammlung der diesen homogenen Elemente im Norden Deutschlands, wie in Beseitigung der Hindernisse, welche der Consolidirung eines nationalen Lebens entgegenstehen, ihre Aufgabe fände. Das durch die eigenthümliche Stellung Preußens und seinen eigenen Lebenstrieb hervorgerufene Streben nach Machterweiterung innerhalb der natürlich gegebenen Sphäre wird von einem großen Theile der Nation als ein Bedürfniß empfunden, und ein Einlenken auf diesen Weg ungeduldig ersehnt und gefordert . . . "

„Kann Kaiser Napoleon es für seinen Beruf halten, Preußen zu entmuthigen, wenn es den Versuch macht, diesen Weg zu betreten, eine Stellung einzunehmen, welche ebenso gut gegen Österreich Front macht, wie früher gegen Frankreich, und dadurch den Nachwirkungen der Coalition sich zu entziehen? Kann er es dem Interesse Frankreichs entsprechend erachten, Preußen auf den alten Weg der defensiven Coalition zurückzudrängen, was der Fall sein würde, wenn er die von Ihnen angedeutete Stellung einzunehmen suchte?" (Aufhetzen Österreichs und Preußens gegen einander, um dann im Trüben zu fischen.)

. . . „Es wäre damit der Beweis gegeben, daß jene Besorgniß, vor den von Westen drohenden Gefahren mehr als eine Fiction, daß die fünfzigjährige traditionelle Politik die richtige war und auch in der Zukunft für Preußen die bestimmende bleiben muß."

Wirren in den Donaufürstenthümern einhalten würde. Die Aussicht, daß diese Länder dermaleinst dazu dienen könnten, Österreich für Venetien zu entschädigen, ließ sich besonders im Hinblick auf bestimmte Andeutungen, welche der Geschäftsträger Lefebvre mir früher gegeben, im Hintergrunde erkennen. Ich entgegnete, daß unser directes Interesse an dem Schicksal der Donaufürstenthümer bisher nicht über die Sicherstellung des deutschen Verkehrs in dieselben hinausgehe, und daß unsere Mitwirkung zu etwaiger Neugestaltung der Zukunft jener Länder durch die Nothwendigkeit bedingt sei, mit Rußland über eine für uns verhältnißmäßig weniger wichtige Frage nicht in Verwicklungen zu gerathen. Die Zuverlässigkeit unserer freundschaftlichen Verhältnisse zu Rußland, und die Bedeutsamkeit unserer nachbarlichen Beziehungen machten es uns zur Pflicht, das seit lange zwischen beiden Höfen bestehende Vertrauen nicht zu untergraben. Der Kaiser schien der Wahrheit dieser Bemerkung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

„Er entwickelte ferner, wie Ew. Majestät es seitdem in den Zeitungen gelesen haben werden, das Interesse, welches Europa daran habe, die Quelle ansteckender Krankheiten zu verstopfen, welche, wie gegenwärtig die Cholera, ihren Ursprung aus den Wallfahrten nach Mekka entnähmen, und sich durch die heimkehrenden Pilger dem Westen mittheilen. Se. Majestät glaubte, daß durch gemeinsame Schritte der europäischen Mächte Gefahren dieser Art erheblich vermindert werden könnten, und sprach die Hoffnung aus, daß Preußen geneigt sein würde, hiezu mitzuwirken. Obschon sich die Gefahr nicht verkennen läßt, daß durch Eingriffe in die Wallfahrtsangelegenheiten der Fanatismus der Muhamedaner

erregt, und der Orient, absichtlich oder unabsichtlich, in Aufruhr versetzt werden kann, so glaubte ich doch in allgemeinen Worten die Überzeugung aussprechen zu sollen, daß Ew. Majestät sich bei jedem Werke der Civilisation in jener Richtung bereitwillig betheiligen würden, so weit Preußen in der Lage sei, einen Einfluß in diesen entfernteren Gegenden zu üben. Ich vermuthe, daß hierüber eine amtliche Eröffnung Frankreichs an die übrigen Regierungen ergehen wird.

„Nach meinen allgemeinen Wahrnehmungen darf ich die gegenwärtige Stimmung des hiesigen Hofes als eine uns äußerst günstige bezeichnen. Graf Goltz und Herr von Radowitz, welche morgen ihre Rückreise nach Paris antreten, erfreuen sich der besondern Gnade der Kaiserin, und sind die einzigen Fremden, welche täglich zu den engern Kreisen des kaiserlichen Hofes zugezogen werden. Die Gesundheit des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen läßt nichts zu wünschen übrig, wenn man von der bekannten Schwierigkeit absieht, mit welcher der Kaiser sich zu Fuße bewegt."

Über den kurzen Aufenthalt Bismarck's in Paris, Anfangs November, liegen sodann folgende Angaben vor.

Eine Audienz bei dem Kaiser in St. Cloud war sehr befriedigend. Napoleon sprach wiederholt sein Einverständniß mit der Erwerbung der Herzogthümer für Preußen durch Geldabfindung Österreichs aus. Nur sei es zweckmäßig, die Annexion durch irgend welches Organ des Landes nachher sanctionirt zu sehen; die Frage der Abtretungen an Dänemark könne der Zukunft je nach den Ereignissen vorbehalten bleiben. Übrigens ersuchte Napoleon den Minister, dem Könige zu sagen, er sei mit ihm (Bismarck) ganz einverstanden, daß, um uns über die Zukunft unserer politischen

Beziehungen zu verständigen, es nicht nöthig sei, die Entwicklung der Lage zu überstürzen, sondern daß man dieselbe abwarten müsse, um die Entschließungen ihr anzupassen. (Bismarck bemerkt hierüber: diese Zurückhaltung des Kaisers entsprach nicht nur meinen Wünschen, sondern war von mir selbst durch die Art meines Auftretens indicirt und veranlaßt, nach dem Willen des Königs, zur Zeit keine Verpflichtungen gegen Frankreich zu übernehmen.) Napoleon fügte dann die Aufforderung hinzu, der König möge ihm vertraulich schreiben, sobald ihm die Umstände ein engeres und specielleres Einvernehmen der beiden Regierungen zu erfordern schienen; es werde dann leicht sein, zu einem Verständniß zu gelangen. Dagegen erklärte er ohne eine Anregung von Seiten Bismarck's, daß ein Bündniß mit Österreich im Falle eines Conflicts in Deutschland für ihn eine Umöglichkeit sei. Einen Versuch in dieser Richtung, welchen Fürst Metternich bei ihm vor Gastein gemacht, habe er abgelehnt.

Diese letzte Äußerung, sowie die Mittheilungen Napoleon's an Goltz vom 28. August, zeigten, mit welchem Widerstreben Österreich an den Gasteiner Vertrag herangetreten, und welche Wechselfälle bei der Ausführung desselben denkbar waren. Bismarck deutete demnach bei einem Gespräche mit Nigra diesem die Möglichkeit weiterer Verwicklungen in Deutschland und die Wichtigkeit eines festen Einvernehmens zwischen Preußen und Italien für solche Fälle an. Er bat den Gesandten, seine Regierung zunächst zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über den deutsch-italienischen Handelsvertrag zu bestimmen: wenn Sie dem Zollverein die Rechte der meistbegünstigten Nationen zugestehen, so werden Sie einen hochpolitischen, für alle Zukunft vortheilhaften Act vollziehen.

Am 7. November kam dann Bismarck nach Berlin zurück. Positive Vereinbarungen hatte er weder bezweckt, noch geschlossen; es war ihm genug, im Allgemeinen die Haltung des Kaisers Napoleon als eine günstige für Preußens Erhebung wahrgenommen zu haben, so daß, falls Österreich wieder in die feindseligen Bestrebungen des Frühlings zurückfiele, gegen eine energische Bekämpfung derselben Frankreich nicht als Hinderniß zu betrachten wäre.

Seine Stimmung war erregt und gehoben; in lebhaften Worten sprach er die Überzeugung aus, alle Hindernisse siegreich überwältigen zu können.

5. Capitel.

Leidliches Einvernehmen.

Die auf Grund des Gasteiner Vertrags angeordnete Verwaltung Schleswigs und Holsteins entwickelte sich vom ersten Augenblicke an in charakteristischer Weise.

Schon in den letzten Tagen des August kam General Manteuffel in Kiel an, um die bisher preußische Garnison der Stadt, sowie den Kriegshafen nebst dessen preußischer Besatzung zu besichtigen. Er wurde gleich zu Anfang mit einer kleinen Probe der bisherigen Zustände empfangen. In Kiel sollte künftig zwar der Hafen preußische, die Stadt aber österreichische Garnison bekommen. Für den Einzug der Kaiserlichen bereitete nun die Augustenburger Partei dort große Ovationen als Ausdruck der Freude über den bevorstehenden Abmarsch der Preußen vor. Die gleichgesinnten Ständemitglieder wollten in der Universität, dicht neben Manteuffel's damaliger Schloßwache, eine öffentliche Versammlung halten, und hatten dazu die Genehmigung der Landesregierung erwirkt. Der General aber fuhr ungesäumt nach Schleswig und faßte Herrn von Halbhuber mit etwas derbem Griffe an. Er forderte das sofortige Verbot der

Versammlung; hier handle es sich um ein militärisches Anstandsprincip; er lasse sich nicht auf der Nase herumtrampeln — und Halbhuber, bereits über seinen baldigen Abgang unterrichtet, wagte es nicht, seinem Nachfolger die Entwirrung eines vielleicht sehr unwillkommenen Handels zu hinterlassen. Er unterzeichnete mit Zedlitz das begehrte Verbot. So unfreundlich wehte die holsteiner Luft dem tapfern General bei seiner Durchreise entgegen. In Schleswig empfingen ihn anderweitige Schwierigkeiten. Wie sein College in Holstein mit der Augustenburger Partei, hatte er jenseits der Eider mit dem Gegensatze der deutschen und der dänischen Bevölkerung zu rechnen. Zur Erläuterung des Verhältnisses müssen wir hier einen Blick auf die bezüglichen Vorgänge des letzten Sommers zurückwerfen.

Unter den größern liberalen Zeitungen in Deutschland war seit dem Ausbruche des dänischen Kriegs die Kölnische die einzige gewesen, welche fortdauernd die Ansprüche Augustenburg's abgewiesen, und ihr Programm rein auf das Nationalitätsprincip gestellt, also Südschleswig für Deutschland, Nordschleswig für Dänemark gefordert, und sich dadurch großen Zorn in Deutschland und warme Anerkennung in Dänemark zugezogen hatte. Im Mai brachte, dieser Auffassung entsprechend, das Blatt eine Reihe von Mittheilungen aus Nordschlesweg, nach welchen die damalige Landesregierung in den dänischen Bezirken durchgängig augustenburgisch gesinnte Beamte angestellt, und diese die dänischen Einwohner in vielfacher Hinsicht mit unleidlichen Bedrückungen heimgesucht hätten. Die Summe war, daß jetzt an die Stelle der frühern dänischen Tyrannei gegen die Deutschen nicht eine gerechte Freiheit für beide Theile, sondern umgekehrt

deutsche Tyrannei gegen die Dänen getreten sei. Hievon nahm Bismarck, nicht gesonnen, auch in jenen Gegenden dem Einfluß Augustenburg's Raum zu geben, Veranlassung zu einer Weisung an Zedlitz, zuverlässige Personen auf preußische Kosten nach den dänischen Bezirken zu senden, die sich an Ort und Stelle von den dortigen Zuständen und Beschwerden zu unterrichten hätten. Durch Zedlitz beauftragt, ging dann mit dieser Mission der Landrath Prinz von Hohenlohe am 9. Juni in den Norden ab. Überall, wohin er gelangte, strömten ihm eine Menge dänischer Klagen zu. Dänischer Gottesdienst und dänische Unterrichtssprache seien auch in dänischen Gemeinden unterdrückt worden; die neu angestellten deutschen Geistlichen und Lehrer hielten sich nicht fern von politischen Parteiumtrieben; die Beamten chicanirten und verfolgten einen Jeden, der sich nicht zu Augustenburg bekenne; die Polizei fahre mit harten Strafen dazwischen, wo einmal ein Däne ein dänisches Lied singe; man habe von den hohen deutschen Mächten und deren Commissaren milde Unparteilichkeit erwartet; es scheine aber, daß die Landesregierung die dänischen Beschwerden, auf die sie selbst weder Antwort noch Abhülfe gebe, auch zu den Commissaren gar nicht gelangen lasse. Die Kunde von Hohenlohe's Thätigkeit flog schnell in die Stadt Schleswig hinüber; die Landesregierung war außer sich über ein so unregelmäßiges Verfahren, erhob Protest dagegen bei Zedlitz, und ließ sich nur durch Halbhuber's ermuthigenden Zuspruch von einem Entlassungsgesuch in Masse abhalten. Zedlitz befahl darauf dem Prinzen nach wenigen Tagen die Rückkehr.

Indessen blieb der Vorgang nicht ohne Folgen. Die verklagten Beamten waren eingeschüchtert, die dänische Be-

völkerung neu belebt. Dazu kam Kunde aus Kopenhagen, daß der mächtige Kaiser Napoleon auf die Rückcession des dänischen Nordens dringe, und die preußische Regierung Günstiges in dieser Hinsicht hoffen lasse. So zeigte sich das Volk einstweilen gut preußisch, um nicht durch Widerhaarigkeit im Einzelnen eine so gnädige Gesinnung des Königs zu verscherzen. Vor dem Kriege, wo die Lande sämmtlich unter der dänischen Krone standen, hatten sie niemals an eine Trennung von Holstein oder an eine Verbindung mit Jütland gedacht: jetzt aber ging ihr ganzes Sinnen und Wünschen auf die Rückkehr zum dänischen Vaterlande, und Anfang September wurde zur Erfrischung der Gemüther eine große Massenpilgerfahrt nach Kopenhagen in Scene gesetzt. Um so stärker wurde bei den deutschen Schleswigern der Groll und Argwohn gegen diese erneuerte Auflehnung des dänischen Wesens; auf das Schwerste verdachten sie es der preußischen Regierung, daß sie dazu den ersten Anstoß gegeben hätte. Es war ein neuer Hader zu all den bisherigen Spaltungen.

General Manteuffel aber blieb gutes Muthes, seine schwierige Aufgabe trotz alledem zu lösen. Er genoß das volle Vertrauen des Königs, war allerdings der Leitung des Ministerpräsidenten unterstellt, wußte sich aber mit Bismarck in so vielen wesentlichen Punkten einig, daß er für sein Handeln alle wünschenswerthe Freiheit zu haben glaubte. „In Schleswig, so ungefähr hatte er sich bereits in Gastein erklärt, muß man nicht im gewöhnlichen Verwaltungsschlendrian verfahren. Das Land ist besetzt, aber nicht gewonnen, nicht unterworfen. Hier gilt es, den Leuten persönlich in's Auge sehen, ihnen Respect und damit Vertrauen einflößen, rasche Abhülfe bei

jedem Übelstand schaffen, feste Faust bei jeder Widerspenstigkeit zeigen. Ist erst Gehorsam im Gemüthe, wird auch nicht fern die Liebe sein. Dann wird man auch anfangen dürfen, ganz regelrecht nach der Schablone zu verwalten. Bis dahin aber muß ich die Arme frei haben, und vor Allem bitte ich für einen fröhlichen Beginn um eine tüchtige Summe Geldes, damit ich dem Volke den fruchtbaren Segen der preußischen Herrschaft augenfällig machen kann." Bismarck hatte ihm von Herzen zugestimmt. Nichts desto weniger blieb dem General, so geistreich und hochgestellt er war, vielfaches Lehrgeld in der Schule des preußischen Verwaltungsdienstes nicht erspart.

Als er in Schleswig ankam, betraf sein erstes Gespräch mit Zedlitz die Einrichtung und Besetzung der Verwaltungsämter. Nach den Erfahrungen, welche Zedlitz mit einem fast selbständigen Regierungscollegium gemacht, wurde sogleich beschlossen, daß er die Civilverwaltung allein führen würde, unterstützt durch eine ausreichende Anzahl von Räthen in verschiedenen Bureaux, als technischen und ausführenden Gehülfen. Die Bezirks- und Gemeindebehörden sollten einstweilen die bisherige, wenn gleich vielfach fragwürdige, Organisation und Competenz behalten. Es blieb die große Schwierigkeit, die Personenfrage. Zedlitz erläuterte dem General, die Entlassung der bisherigen, augustenburgisch gesinnten Beamten und Fernhaltung aller ihrer Parteigenossen bei der neuen Besetzung sei selbstverständlich. Aber auch die sogenannte Nationalpartei sei nicht zu gebrauchen. Ebenso wie die Augustenburger, stäken sie tief in demokratischer Wühlerei, und vor Allem, kaum Einer von ihnen besäße die für den Beamten erforderliche juristische und finanzielle Bildung. Es

gebe keinen andern Ausweg, als die technisch Bewährtesten unter den frühern dänischen Beamten anzustellen; hier finde sich eine Anzahl durchans befähigter und rechtschaffener Männer, bei welchen man vor jeder Augustenburger Anwandlung gesichert sei. Freilich würde es im ersten Augenblick einiges Geschrei bei der deutschen Bevölkerung absetzen, aber einem solchen würde man bei dem heillosen Parteigezänke und bei der Masse der Stellenjäger im Lande niemals entgehen, man möge beschließen, was man wolle. Eine solche Nichtachtung des Zeitungslärmens entsprach dem Sinne des Generals; er wies Zedlitz an, Alles in der angegebenen Weise vorzubereiten, berichtete diesen Entschluß nach Berlin, und bat zugleich um die Überweisung von 100000 Thalern aus der preußischen Staatscasse, um gleich am ersten Tage seiner Verwaltung einige, dem Lande erwünschte Anlagen verkünden zu können.

Es geschah, was Zedlitz vorausgesagt hatte: die erste Anstellung eines der frühern dänischen Beamten erregte einen tobenden Alarm von Hadersleben bis Altona. Der Gesandte Richthofen in Hamburg beklagte gegen Bismarck die grundlose Eingenommenheit Zedlitz's gegen die Nationalpartei, erachtete für Schleswig die dänische Partei ungleich gefährlicher als die Augustenburger, und erklärte, daß, wenn hier nicht Einhalt geschähe, nicht eine einzige deutsche Stimme mehr in Schleswig-Holstein für Preußen sich erheben würde. Scheel-Plessen, so wie mehrere preußische Agenten, welche Bismarck im Laufe des Sommers zum Studium der dortigen Zustände nach Schleswig gesandt hatte, berichteten im gleichen Sinne. Bismarck war auf der Stelle entschlossen. Am 11. September eröffnete er dem General, die Klugheit gebiete, offen als Freund unserer Freunde aufzutreten, also die Nationalpartei,

da sie tapfer und standhaft zu der preußischen Fahne gehalten, ohne zu ängstliche Rücksicht auf die persönlichen Eigenschaften dieser Männer heranzuziehen; die dänische Partei, obwohl Gegnerin Augustenburg's, habe unseren Erwartungen nicht entsprochen, vielmehr durch die Massenfahrt nach Kopenhagen offene Feindseligkeit bekundet; es sei bedenklich, sich auf sie zu stützen und dadurch die Deutschen abzustoßen; unter den früher dänischen Beamten möge es tüchtige und ehrenwerthe Männer geben, in diesem Augenblicke aber haben wir weniger auf administrative Fähigkeit, als auf die Zuneigung der Einwohner zu sehen. Trotz einer wiederholten Vorstellung Manteuffel's blieb der Minister auf diesem Standpunkte und lehnte die vorgeschlagene Anstellung mehrerer Dänen ab. Manteuffel war darüber schwer verdrossen, und in noch höherem Grade erstaunt, als Bismarck ihm am 13. September schrieb, der König sei ganz einverstanden mit dem Vorschuß von 100000 Thalern, es bedürfe aber dazu noch der Zustimmung des Finanzministers, welche baldigst zu beschaffen, er sich bemühen werde. Das Geld kam dann etwas später an, leider aber doch zu spät für den von Manteuffel gewünschten Effect.

Am 15. September, an welchem Tage König Wilhelm von dem Herzogthum Lauenburg feierlich Besitz ergriff, trat auch General Manteuffel officiell die Verwaltung Schleswigs an, mit einem kurzen Manifeste, worin er der Bevölkerung Gerechtigkeit, öffentliche Ordnung, Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt verhieß, und von ihr Gehorsam gegen die Befehle Sr. Majestät und Vertrauen begehrte. Ihm selbst war übrigens durch Bismarck's Mittheilungen die Stimmung gründlich verdorben; er äußerte wohl, daß er dies oder jenes thun werde, wenn er wisse, daß er dort bleibe. Und leider

setzten sich diese Unannehmlichkeiten noch geraume Zeit hindurch fort. Auf Bismarck's Wunsch ging der Minister des Innern, Graf Eulenburg, selbst nach Schleswig, um die Beamtenfrage zu regeln, und auf dessen Berichte verfügte der König, daß die Anstellung aller höhern Beamten nicht durch den Gouverneur, sondern durch den Minister erfolgen solle. Manteuffel bat darauf den König, ihn von der Civilverwaltung überhaupt zu entbinden, und erlangte damit endlich die Vollmacht, wenigstens in dringenden Eilfällen eine Ernennung selbst zu vollziehen. Weiterhin folgten unangenehme Verhandlungen mit dem Finanzminister. Schleswigs Finanzen standen, wie wir wissen, überhaupt nicht glänzend, und waren jetzt doppelt schwer durch die Verpflegung von 16000 Mann preußischer, früher zur Hälfte in Holstein stehender Truppen belastet: Manteuffel begehrte also zur Pflege des Landes weitere Vorschüsse, Bodelschwingh aber sprach seine hohe Verwunderung aus, daß der Gouverneur statt von der schuldigen Erstattung des frühern Vorschusses, jetzt von neuen Zahlungen rede, worauf dann Manteuffel in hellem Zorne an die Gasteiner Gespräche erinnerte, das Wort Vorschuß in seinem Antrage als eine leere Formalität bezeichnete und niemals an eine Rückzahlung ernstlich gedacht zu haben erklärte. Solle der hohe politische Zweck erreicht werden, so müsse er nicht bloß 100000 Thaler, sondern zwei bis drei Millionen erhalten. So kam der selbständige, selbstthätige und originelle Geist dieses Mannes hier mit Bismarck's straffem Festhalten der Einheit in den leitenden Gesichtspunkten, dort mit dem ausgearbeiteten Formalismus der preußischen Bureaukratie in Gegensatz. Wie Pegasus im Joche, mochte er sich zuweilen vorkommen. Ich werde die

Sache durchführen, schrieb er, aber man muß mir Vertrauen schenken, die Hände frei lassen, nicht aus Berlin zu viel hineinreden; das Was soll man mir vorschreiben, das Wie aber mir überlassen; der Wiener Hofkriegsrath hat jede Campagne verdorben, und hier ist noch Campagne. Allmählich besserten sich indessen diese Verhältnisse, wie die ersten Nöthe der neuen Einrichtung überwunden, feste Geleise für den Geschäftsgang gelegt, und die Ernennung der Behörden, wenn auch Anfangs meist nur in provisorischer Beauftragung, vollzogen war. Denn trotz aller Specialkritiken genoß Manteuffel in der Hauptsache fortdauernd das Vertrauen der Regierung, und Bismarck war weit entfernt von einem Streben nach peinlicher Bevormundung eines solchen Untergebenen.

Der lebhafteste Wunsch des Gouverneurs war das Anknüpfen persönlicher Beziehungen zu Land und Leuten. Nicht bloß vom grünen Tische aus, sondern nach eigener Beobachtung meinte er zu verwalten, und dem Volke durch sein nachdrückliches Hervortreten das Dasein einer Regierung leibhaftig vor Augen zu stellen. Er gedachte also, sämmtliche Bezirke des Herzogthums nach und nach zu bereisen, und begann am 25. September mit einer Inspection der Truppen und Vorstellung der Beamten in Flensburg. In längerer Rede mahnte er die Letztern zu voller Pflichterfüllung, zum Festhalten an der Zusammengehörigkeit der Herzogthümer, zum Aufgeben politisches Parteigetriebes, zum Anschluß an die bestehende Regierungsgewalt. Dann sprach er von der dänischen Agitation auf Rückgabe von Nordschleswig. Hatte er dänische Beamte anstellen wollen, so war ihm doch jeder Gedanke an Landabtretung zuwider. Niemand, rief er den Beamten zu, dürfe solchen Vorstellungen Raum geben. „Jedes sieben Fuß

lange Stück Erde decke ich, bevor es abgetreten wird, mit meinem Leibe." Da war denn, hier, an der Sprachgrenze, der Jubel groß bei den Deutschen und die Niedergeschlagenheit tief bei den Dänen, und jedesfalls der Eindruck der wuchtigen Rede gewaltig. Allerdings deutete nachher Bismarck dem General höflich an, die Entschiedenheit des Ausdrucks passe nicht völlig zu den Erklärungen, welche Preußen stets dem Kaiser Napoleon über die Möglichkeit künftiger Maaßregeln gegeben habe, und die officiösen Zeitungen in Berlin führten dann dieses Thema des Breitern aus. Hier aber ließ sich Manteuffel durch den hohen Vorgesetzten das Concept nicht verrücken, da ihm sehr wohl das stille Einverständniß des Königs mit seiner Erklärung bekannt war. Ich werde, schrieb er nach Berlin, den Zeitungen auf meiner nächsten Reise antworten. Als er dann einige Wochen später hart an der jütischen Grenze die Beamten in Hadersleben empfing, berührte er wieder die Abtretungsfrage, da sie jetzt vielfach zu Agitationen benutzt würde, warnte vor allen dänischen Demonstrationen, welche dem Wiener Frieden zuwiderliefen, der einzigen Basis, auf welcher die Ordnung des Landes erbaut werden könne. „Wer dieser Basis zuwiderhandelt, sagte er, der hat es mit mir zu thun. Man gaukelt jetzt den Leuten von einem dritten dänischen Kriege vor. Sagen Sie doch den Leuten, es sei Alles nicht wahr, sie sollten es doch nicht glauben, es sei nichts als Agitation, durch welche man die Ruhe und das Glück des Landes in die Ferne schiebe. Noch Eins: wir fürchten den Krieg nicht, der Soldat wünscht ihn, es ist unser Metier. Ich gehe morgen nach der Königsau, und werde mir dort meine sieben Fuß Erde einmal ansehen. Lassen Sie sich durch die Zeitungen nicht irre machen, be-

trachten Sie sich mein Gesicht, und entscheiden Sie sich später, ob Sie mehr Zutrauen zu mir als zu den Zeitungen fassen können."

So rund und klar den Dingen auf den Leib gehend, hatten allerdings weder Zedlitz noch Halbhuber oder früher einer der dänischen Minister gesprochen. Die Einen zürnten, die Andern lobten; die Einen nannten den Gouverneur geschmacklos, die Andern genial; immer war sein Name, im Guten oder Bösen, in Aller Munde, und daß er ein Mann sei, und zwar ein kräftiger und redlicher Mann, darüber war nur Eine Stimme. Und dies war nicht wenig.

Unterdessen hatte auch General von Gablenz am 15. September das Regiment in Holstein ergriffen. Seine Proclamation an die Einwohner war blumenreich, vermied das harte Wort Gehorsam, versprach Aufrechthaltung der dort so hoch ausgebildeten Selbstverwaltung, verkündete bestimmte Hoffnung auf den besonnenen gesetzlichen Sinn der Bevölkerung. Er setzte zugleich eine „herzogliche" Landesregierung ein, mit derselben Competenz zu selbständigen Beschlüssen, wie sie die vorausgegangene gemeinsame besessen; auch die Mitglieder derselben nahm er aus den Räthen dieser frühern Behörde, wie wir sahen, ausgesprochenen Augustenburgern. Die meisten der sonstigen Beamten ließ er bestehen; etwaige Vacanzen wurden ebenfalls mit Trägern der Parteifarbe, nicht selten mit den von Zedlitz entlassenen Personen, und immer in definitiver Anstellung besetzt. Da die Partei in Holstein den Boden in ungleich breiterem Maaße als in Schleswig beherrschte, gewann sich der Statthalter durch dieses Verfahren sogleich eine große Popularität, welche er beim persönlichen Verkehr durch treuherzige Höflich-

keit, verbunden mit soldatischer Offenheit, trefflich zu befestigen wußte. Auf solche Art belebte er die bereits erlöschenden Hoffnungen der Augustenburger Partei auf's Neue, vermied aber mit großer Sorgfalt, irgend etwas zu thun, was sich als eine directe Anerkennung des Prätendenten durch Österreich oder als eine offene Verletzung des preußischen Besitzrechts hätte deuten lassen. So machte er zu großer Freude der Particularisten dem Erbprinzen einen Besuch, constatirte aber nachher, daß es geschehen sei, um dem Prinzen zu erklären, daß Se. Durchlaucht nur als Privatperson zum Aufenthalt berechtigt sei. Auch entzog er ihm die bisher gebrauchte königliche Loge im Theater, um sie sich selbst als dem Vertreter des Landesherrn vorzubehalten. Die Beaufsichtigung der Vereine machte ihm geringe Mühe: die bisherige Erfolglosigkeit und dann die Gasteiner Übereinkunft hatte selbst den Führern den Muth gelähmt, und die große Masse des Volkes empfand ein starkes Ruhebedürfniß und Überdruß an der politischen Agitation. An die Zeitungen sandte Gablenz wiederholte Mahnungen zur Mäßigung und Glimpflichkeit bei der Besprechung der preußischen Politik, und ließ zu mündlicher Bekräftigung derselben ein Mitglied der Landesregierung eine Rundreise bei den Redactionen machen. So wurden die hervorstechendsten Mißstände der letzten Monate in der That beseitigt, und der preußischen Regierung kein Grund zur Beschwerde gelassen.

Unter diesen Umständen blieb das Verhältniß der beiden regierenden Generale ein durchaus freundliches, ja vertrauliches. Am 4. October waren Manteuffel und Zedlitz zur Feier des Namenstags des Kaisers nach Kiel geladen. Zuerst kam man in eine etwas lebhafte Verhandlung über eine

wenig erhebliche Differenz hinsichtlich der preußischen Telegraphenlinien; als man sich jedoch verständigt hatte, die Frage einer technischen Commission zur Prüfung zu überweisen, nahm das Gespräch kameradschaftlichen Charakter an. Gablenz versicherte, daß er keinen antipreußischen Interessen diene; er harre auf dem ihm wenig zusagenden Posten nur deshalb aus, damit nicht wieder ein vertrockneter Halbhuber in die Stelle einrücke, und die alte Noth auf's Neue begänne. Preußen werde und müsse schließlich die Herzogthümer bekommen; aber auch Österreich müsse einen Landgewinn machen, nach seiner persönlichen Ansicht am besten die sächsische Oberlausitz, was Herrn von Beust nach seinen grimmigen Reden über den Gasteiner Vertrag gar nicht schaden könnte. Der deutsche Bund sei überlebt; Preußen sollte die sächsischen Kleinstaaten nehmen, und sich dann mit Österreich über Nord und Süd verständigen.

Herr von Hofmann stimmte, wenn auch in kühlerer Weise und ohne große Zukunftsbilder, mit seinem Chef überein. Als ihn Zedlitz über die vielen Beamten Augustenburger Farbe anredete, erwiderte er, sie dächten gar nicht an Augustenburg; aber in Holstein hätten sie nur die Wahl zwischen Augustenburgern und Annexionisten, und wenn sie die Letztern anstellten, würde bald das ganze Land für die Annexion sein, und Österreich mit leeren Händen das Nachsehen haben. Denn, erläuterte er bei einer etwas spätern Zusammenkunft, Holstein ist unser Pfand für die Verwerthung unserer Rechte an den Herzogthümern; durch die Anstellung von Annexionisten würden wir unser Pfand verschlechtern und unsere Entschädigung verringern. Auf die Frage, welche Entschädigung Österreich denn begehre, sagte er, um hierauf

antworten zu können, sei seine Stellung nicht hoch genug, deutete indessen auf eine schlesische Grenzberichtigung, Ulm, Hohenzollern, sodann auf eine Garantie Venetiens, und auf Erhaltung des bisherigen deutschen Bundesrechts, womit allerdings eine Reform der Bundeskriegsverfassung (mit preußischem Oberbefehl im Norden und österreichischem im Süden) nicht ausgeschlossen wäre. Aber den höchsten Werth lege der Kaiser darauf, daß Preußen den deutschen Bund nicht zerstöre. Übrigens bat er dringend, so rasch wie möglich die definitive Ordnung für die Herzogthümer herbeizuführen. Für den Augenblick stehe Alles gut. Aber auf beiden Seiten sei die Eifersucht zu groß, und werde bei längerer Dauer nothwendig zu Reibungen führen, da der Kaiser dieser endlosen Sache gründlich überdrüssig sei.

Wieder einige Tage später empfing Manteuffel neue Zusage Gablenz's, daß er die Zeitungen scharf im Zaume halten würde, und schrieb Hofmann an Zedlitz, daß er der Kieler Universität nicht die geringste Augustenburger Demonstration zu verstatten gedenke. Ein ganz besonderer Vorfall gab beiden Beamten damals Veranlassung, Österreichs Übereinstimmung mit der preußischen Auffassung des Gasteiner Vertrags durch die That zu beweisen.

Am 14. October machte der Erbprinz von Augustenburg seinem Vetter, dem Prinzen Carl von Glücksburg, auf der in Schleswig nicht weit von Eckernförde gelegenen Carlsburg einen Besuch. Seine Ankunft war in Eckernförde vorher bekannt geworden (der Prinz versicherte später, ohne sein Zuthun); die Stadt hatte sich darauf beflaggt, und sandte dem eine Stunde lang in einem Gasthause dicht vor dem Orte verweilenden Prinzen eine huldigende Deputation, an welcher

sich auch einige städtische Beamte betheiligten. Dieselben Vorgänge wiederholten sich, trotz dringender Abmahnung der Polizeibehörde, bei der Rückreise des Prinzen. Manteuffel nahm die Sache sehr hoch auf, ordnete eine strenge Untersuchung an, die zur Absetzung von zwei Gemeindebeamten führte, belastete die Stadt mit einer Bequartierung von zwei Compagnien Infanterie, und zeigte dem Prinzen brieflich an, daß er bei einer neuen, ohne königliche Erlaubniß gemachten Betretung schleswig'schen Bodens Verhaftung zu gewärtigen habe. Zugleich richtete er an Gablenz die Aufforderung, dem Prinzen solche, die Landeshoheit der beiden Mächte in Frage stellende Demonstrationen auch in Holstein zu wehren, und in gleichem Sinne wandte sich das preußische Ministerium an den Grafen Mensdorff. Man hatte darauf die Genugthuung, daß von beiden Stellen her die gewünschten Schritte erfolgten. Mensdorff erließ an Gablenz die Weisung, keine Demonstrationen gegen die bestehende Regierung zu dulden und den Prinzen auf die für ihn sehr bedenklichen Folgen aufmerksam zu machen, wenn er, sei es in Schleswig, sei es in Holstein, solche Ausschreitungen seiner Anhänger zulasse. Gablenz verfuhr hienach, allerdings in höflicherer Form, als Manteuffel in seinem Briefe, immer aber in völlig bestimmter und jede Zweideutigkeit ausschließender Weise. Auf preußischen Wunsch wurde am 31. October in beiden Herzogthümern eine Verordnung erlassen, welche den Zeitungen verbot, den Erbprinzen als Friedrich VIII. oder als den Herzog von Schleswig-Holstein, und damit die Herrschaft der beiden Majestäten als eine unrechtmäßige zu bezeichnen.

Dies gute Vernehmen der beiden leitenden Behörden setzte sich dann auch noch in den November hinein fort.

Freilich war der Anblick, welchen die Herzogthümer und ihre Verwaltungen diesseits und jenseits der Eider darboten, ein grundverschiedener. In Holstein war Alles rosenfarb. Gablenz hatte, wie er Manteuffel versicherte, keine andere Instruction, als für die Zukunft alle Wege seiner Regierung offen zu halten und in der Gegenwart den österreichischen Namen in Holstein beliebt zu machen. Er unterlag im Einzelnen keiner ministeriellen Aufsicht, hatte keine Rechnung abzulegen, kein höheres Eingreifen zu befahren. Ursprünglich hatten Viele geglaubt, das Wiener Cabinet werde Holstein ganz als österreichische Provinz organisiren, um bei der endlichen Abtretung den Preis um so höher anzusetzen. Aber das Gegentheil geschah. Österreich behandelte das Land als ein völlig selbständiges. Trotz des eigenen Deficits verzichtete es auf jede Geldeinnahme aus demselben, so daß Gablenz bei der Geringfügigkeit seines Militärbudgets die Mittel zu verschiedenen gemeinnützigen Einrichtungen, zu einem Hafenbau in Glückstadt, zur Verbesserung der Schullehrer, zur Hebung der Universität, besaß. Alle Beamten waren definitiv angestellt; die Landesregierung erfreute sich ihrer weiten Competenz, und auch in den dem Statthalter reservirten Fällen verkündigte Gablenz stets die vorausgegangene Zustimmung derselben. Die Augustenburger mußten sich innerhalb gewisser Grenzen halten; das Verfahren gegen sie wurde aber immer mit so weicher Hand geübt, daß der Schrecken des Gasteiner Vertrags binnen Kurzem verflogen war. Vor der Annexion fühlen wir uns jetzt sicher, hieß es überall; der Kaiser Franz Joseph soll leben! Selbst die früher so entschieden preußisch gesinnten Großgrundbesitzer fingen an, schwarz-gelbe und großdeutsche Stimmungen zu bekennen: die

rein-conservative Partei, bemerkte Richthofen sarkastisch, ist ja stets geneigt, der gerade bestehenden Staatsgewalt sich anzuschließen.

Dagegen in Schleswig war eigentlich zufrieden kein Mensch. Der ganze Zustand hatte provisorisches Ansehen. Viele Beamte hatten nur widerrufliche Anstellung; zu einem gewohnheitsmäßigen Geschäftsgang kam es nicht bei der überall eingreifenden Thätigkeit des geistreichen und energischen Gouverneurs; dieser selbst sah mit stillem Neid auf die fast souveräne Stellung seines holsteiner Collegen, während er stets nach Berlin zu berichten hatte, nicht selten rectificirt, zu sparsamem Haushalt und zu regelmäßiger Rückzahlung jedes Vorschusses angehalten wurde. Daß die Stärke der militärischen Besatzung so weit über das gewöhnliche Maaß hinausging, so wie, daß der in Gastein vereinbarte Eintritt der Herzogthümer in den Zollverein nicht zur Ausführung kam, diente auch nicht dazu, in der Bevölkerung das Gefühl anerkannter und bleibender Verhältnisse zu befestigen. Die augustenburgisch Gesinnten knirschten über Manteuffel's Härte, der einen ihrer Vereine nach dem andern durch die Localbeamten auflösen, und den schleswiger Zeitungen nicht die leiseste Hindeutung auf den angestammten Fürsten passiren ließ. Die Dänen standen grollend und eingeschüchtert abseits. Die große Mehrzahl des Volkes war übrigens hier noch entschiedener als in Holstein jeder politischen Agitation abgewandt. Gegen die materiellen Ergebnisse der Verwaltung hatte sie nichts einzuwenden; Manteuffel führte ein strenges, aber gerechtes und einsichtiges Regiment, und gewann zwar keine Popularität, wohl aber Respect bei dem Volke.

Wie zwischen Schleswig und Kiel, erhielt sich in diesen

Herbstmonaten auch zwischen Berlin und Wien ein leidliches, wenngleich nicht völlig ungetrübtes Verhältniß.

In Gastein und Salzburg hatte man sich, wie wir uns erinnern, in dem Gedanken vereinigt, fortan gemeinsam eine feste, conservative Leitung der gesammtdeutschen Angelegenheiten zu führen. Es schien mit einem solchen Programme dem preußischen Minister, der seit Jahren mit der preußischen Volksvertretung in bitterm Streite lebte, sehr wohl im Einklange zu stehen, daß am 20. September Graf Belcredi mit dem österreichischen Reichsrathe gründlich aufräumte, indem ein kaiserliches Patent die ganze Verfassung von 1861 suspendirte, bis die Ansicht Ungarns und dann der Landtage der andern 17 Kronlande über eine neue Einrichtung gehört und erwogen wäre, für jetzt aber die Minister mit dem Erlasse aller erforderlichen Gesetze, und insbesondere der Vornahme finanzieller Operationen, beauftragte. Als dann einige Tage später in Frankfurt der Abgeordnetentag die oben angeführten Schmähungen gegen die Gasteiner Convention ergoß, glaubte Bismarck, eine erste Probe der conservativen Zweiherrschaft machen zu sollen, und beantragte in Wien einen gemeinsamen Schritt gegen die freie Stadt, welche in ihrem Gebiete solche Angriffe auf die deutschen Großmächte dulde. Graf Mensdorff war gerade beurlaubt, und die übrigen Minister erklärten sich mit dem preußischen Vorschlag einverstanden. Demnach erließ jede der beiden Mächte eine strenge Note an den Frankfurter Senat, worin die Verhinderung jedes ähnlichen Attentats für die Zukunft gefordert wurde, da anderesfalls, sagte die preußische Note, die Mächte zu eigenem Eingreifen genöthigt sein würden. Der Senat, wahrscheinlich, wie der weitere Verlauf zeigte, durch stille Winke aus Wien

ermuthigt, hielt sich tapfer, erklärte, daß in Frankfurt nichts den Gesetzen der Stadt Widersprechendes geschehen sei, und daß kein Bundesstaat das Recht habe, in die Souveränität eines andern Eingriffe zu machen. Bismarck regte darauf in Wien weitere Schritte an, der inzwischen zurückgekehrte Graf Mensdorff aber bezweifelte die Befugniß und die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens, und ließ es bei einer zweiten, dieses Mal milder gefaßten Warnung an den Senat bewenden. Gerade nach dem österreichischen Verfassungssturz mochte ihm um so mehr daran liegen, bei den guten Deutschen nicht ganz und gar den Schmuck der Freisinnigkeit einzubüßen. Er parirte also Bismarcks Drängen mit dem Gegenantrag, durch den Bundestag in ganz Deutschland solche Versammlungen verbieten zu lassen, sehr wohl wissend, daß außer etwa Hannover und Kurhessen keine deutsche Regierung für die Verfolgung der eifrigsten Anhänger ihrer eigenen Politik stimmen würde. Bismarck ließ darauf die ganze Sache fallen, mußte aber dann noch erleben, daß die über Frankfurt zwischen den beiden Höfen gepflogene Correspondenz wieder ihren Weg in die Zeitungspresse fand, und in Wien und Frankfurt, in Dresden und Stuttgart mit gleichem Eifer die liberalen Blätter auf das reactionslustige Berliner Ministerium losschlugen. Diese Vorgänge boten nicht gerade glänzende Aussichten für das Gedeihen der verabredeten conservativen Gemeinschaft.

Indessen verschmerzte Bismarck diese Schlappe für den Augenblick, da in denselben Tagen am Bundestage Österreich gerade in der schleswig-holsteinischen Sache noch einmal fest und entschlossen zu Preußen hielt. Die drei Antragsteller vom 27. Juli, Bayern, Sachsen und Darmstadt, klagten am

4. November, daß ihr damaliger Antrag, auf Berufung der Stände in den Herzogthümern und Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, still und todt im Ausschusse liege und durch die Zögerung der ganze Zweck des Antrags vereitelt würde. Da sie nun kein Mittel besäßen, die Ausschußmehrheit zur Erstattung eines Berichts zu nöthigen, so wiederholten sie hiemit ihren Antrag vor der Bundesversammlung selbst, mit der Bitte um sofortige Abstimmung. Statt dessen aber wurde nach dem Wunsche der beiden Großmächte beschlossen, erst nach 14 Tagen Entscheidung zu fassen, ob der Antrag im Plenum zur Abstimmung zu stellen, oder zunächst an den Ausschuß zu verweisen sei. Sachsen erklärte auf der Stelle, es würde die Verweisung als gleichbedeutend mit Ablehnung erachten, eine Auffassung, gegen welche die Großmächte keinen Widerspruch erhoben. Am 18. November gaben dann die Letztern die gemeinschaftliche Erklärung, sie beabsichtigten die Berufung der Landtage in den Herzogthümern, jedoch sei der jetzige Zeitpunkt dazu nicht geeignet; über die Aufnahme Schleswigs aber in den deutschen Bund könnten sie zur Zeit aus maaßgebenden Gründen in keine Erörterung eintreten. Hienach begehrten sie die Verweisung des Antrags an den Ausschuß. Bei der Abstimmung enthielt sich Luxemburg; die drei Antragsteller fanden noch vier unterstützende Stimmen, mit acht Stimmen aber siegten die Großmächte. Der Antrag ging an den Ausschuß, und wurde, wie in Hannover Graf Platen gesagt hatte, daselbst begraben.

Die Antragsteller gaben darauf eine Erklärung zu Protokoll, daß sie alle ihnen nach Bundesrecht zu Gebote stehenden Mittel erschöpft hätten, und sie deshalb in dieser Angelegenheit, so lange nicht dem Bunde zu einem auf der

Grundlage des Rechts beruhenden Beschlusse Aussicht geboten würde, ihre Aufgabe und Thätigkeit am Bundestage als abgeschlossen betrachten und sich auf eine feierliche Verwahrung gegen jede dieser Grundlage fremde Abmachung beschränken würden. Auch hiegegen wurde kein Widerspruch erhoben.

Es war das letzte Mal, daß Österreich und Preußen am Bundestage in einer wichtigen Sache Hand in Hand gingen. An dem seit August aufgehellten Horizonte war bereits von verschiedenen Seiten her schweres Gewölk aufgestiegen.

Fünfzehntes Buch.

Preußisch-italienisches Bündniß.

1. Capitel.

Das Ende der österreichischen Allianz.

Bismarck's französische Reise hatte in Wien einen äußerst ungünstigen Eindruck gemacht. Die Zeiten waren vorüber, in denen einst Drouyn de Lhuys den preußischen Diplomaten für eine scherzhafte Figur erklärt hatte; man hielt es jetzt für unmöglich, daß ein Besuch des großen Staatsmannes bei Napoleon nicht auch große Zwecke erstreben sollte. Als dann im November aus Paris bestimmte Nachricht kam, daß nichts der Art sichtbar geworden sei, kein Bundesvertrag, keine bestimmt formulirte Abrede: da zog man nicht die Folgerung, daß die frühern Sorgen grundlos gewesen, sondern constatirte nicht ohne Schadenfreude, daß Bismarck's unruhige Politik hier einmal ein glänzendes Fiasco gemacht habe. Freundlicher war die Stimmung gegen Preußen auch dadurch nicht geworden.

Während Bismarck noch auf französischem Boden weilte, wurde das Wiener Cabinet durch enie gewichtige Eröffnung oder Sondirung La Marmora's überrascht. Wir haben oben bemerkt, in welchem Zusammenhange der italienische Minister auf den Gedanken eines solchen Schrittes gekommen war. Da nun zwischen Wien und Florenz ein regelmäßiger diplo-

matischer Verkehr seit 1859 nicht bestand, so hatte La Marmora für die so geheime Sendung sich einen Grafen Malaguzzi aus Modena ausgesucht, einen patriotischen Italiener und zugleich Sprößling einer dem Kaiserhause unterthänigen Familie, und diesen für einen Aufenthalt in Wien am 9. October mit folgenden Instructionen versehen. Er sollte der dortigen Regierung den Verkauf Venetiens mit dem Isonzo als Grenze gegen 1000 Millionen Lire oder 400 Millionen österreichische Gulden vorschlagen; Italien würde dann außer der Zahlung einen vortheilhaften Handelsvertrag mit Österreich bewilligen und ein versöhnliches Verfahren gegen den Papst einhalten, außerdem aber seinerseits eine weitere geheime Verabredung wünschen, welche ihm unter gewissen Voraussetzungen auch die Erwerbung von Wälsch-Tirol in Aussicht stellte. Die schriftliche Instruction Malaguzzi's sagt nicht, welche Voraussetzungen hier gemeint seien; anderweit aber wird berichtet[1]), es sei die Zusage gewesen, daß bei einem Kriege Österreichs gegen Preußen Italien dem Kaiserstaate zur Eroberung Schlesiens beistehen wolle. Unwahrscheinlich ist die Angabe um so weniger, als sie durchaus im Style Drouyn de Lhuys' gedacht war, an dessen Augenwinken, wie wir wissen, La Marmora hing; auch hatte längst vor diesen Verwicklungen Graf Usedom nach Berlin berichtet, in Italien sei das Begehren nach Venetien so leidenschaftlich, daß Victor Emanuel sofort einschlagen würde, wenn Österreich ihm das Land gegen Kriegshülfe zur Erwerbung irgend eines andern Territoriums zusage.

Graf Malaguzzi blieb nun ungefähr zwei Monate in Wien, und benutzte seine zahlreichen Verbindungen daselbst,

[1]) Reuchlin, Italien IV, 427, nach italienischen Gewährsmännern.

um seine Vorschläge bei einflußreichen Personen der Ministerien, der Handelswelt, der Presse, zur Geltung zu bringen. Er erfuhr Zustimmung auf verschiedenen Seiten. Viele Politiker hatten längst die Ansicht, daß Venetien, zumal bei Preußens bedenklichem Verhalten, auf die Dauer nicht zu behaupten, und also ein so vortheilhaftes Abkommen, wie es Malaguzzi bot, nicht zu verachten sei. Die industriellen Kreise jubelten bei der Aussicht auf einen freien Handelsverkehr mit Italien, und in den Wiener Zeitungen machte plötzlich die bisherige feindliche Haltung gegen Italien einem freundlich anerkennenden Tone Platz. Vor Allem dem Finanzminister gab der italienische Antrag zu denken, da das Deficit mit jedem Monat schlimmere Ausdehnung gewann, für die Deckung der laufenden Ausgaben ein großes Anlehen nothwendig war, und bei dem erschütterten Credit des Reiches die Aufnahme desselben große Schwierigkeiten zeigte. Die Vorstellung eines plötzlichen Zuschusses von 400 Millionen erweckte unter solchen Umständen ein höchst erquickliches Gefühl.

Aber auch an Widerspruch fehlte es nicht. Der hohe Klerus sträubte sich gegen die Anerkennung des vom Bannfluch getroffenen Königs. Die Officiere liebten die italienischen Garnisonen; die Generale brausten auf gegen den Vorschlag, die kostbare Provinz einem so oft geschlagenen, gründlich verachteten Widersacher in den Schoß zu werfen, und das persönliche Gefühl des Kaisers war hier ganz auf ihrer Seite. Indessen blieb die Regierung eine geraume Weile hindurch unentschlossen. Wenn die gesuchte Anleihe nicht zu Stande kam, wer weiß, wozu die pressende Finanznoth gedrängt hätte?

Der Agent des Grafen Larisch, Sectionschef im Finanzministerium, Herr von Becke, war zur Zeit in Paris mit

dem Auftreiben baares Geldes beschäftigt. Aber es kostete große Mühe und manchen vergeblichen Gang. Rothschild, an welchen Becke sich mit großen Hoffnungen gewandt, lehnte rund und entschieden ab. Es kamen Nachrichten nach Wien, daß Napoleon der Sache widerstrebe, und daß der stete Übelthäter, daß Bismarck seine Anwesenheit in Paris auch in dieser Sache benutze, um durch die Vereitelung der Anleihe Österreich auf Schach und Matt zu setzen [1]). Die Aufregung und Erbitterung darüber war groß. Indessen folgte bald die erfreuliche Kunde, daß Becke mit andern Bankhäusern eine Anleihe von 90 Millionen Silber, allerdings zu wucherischen Zinsen, abgeschlossen habe. Graf Goltz meldete damals seinem Minister, Napoleon hätte die Cotirung der Anleihe leicht verhindern können, es scheine jedoch, daß er, stets den Zwiespalt zwischen den deutschen Mächten wünschend, Österreich widerstandsfähig habe erhalten wollen; der Graf berichtigte aber gleich nachher, daß mehrere der persönlichen Vertrauten Napoleon's bei der Anleihe stark betheiligt gewesen, und der Kaiser nach einigem Zaudern sich entschlossen hätte, ihnen den erhofften Börsengewinn nicht zu verderben. Wie dem auch sein mochte, in Wien blieb auch bei diesem Anlasse der einmal gegen Bismarck gefaßte Argwohn fest gewurzelt: wieder freute man sich, nicht, daß er keine Umtriebe gemacht, sondern daß sie fehlgeschlagen seien.

Da erschien denn der preußische, von Bismarck dem Kaiser Napoleon schon angekündigte Vorschlag auf Überlassung der Herzogthümer gegen Geldzahlung, zu dreifach ungünstiger Stunde. Jetzt, meinte man, wäre Alles klar.

[1]) In den Berliner Acten, auch den geheimsten, finde ich keine Spur einer Bestätigung dieses Argwohns.

Deshalb also hätte der Minister dem Wiener Agenten in Paris entgegen gearbeitet, um mit dem drohenden Bankerott die Annahme des preußischen Geldes zu erzwingen. Denn freilich, nach allen bisherigen Abweisungen, nach dem Sturme der Entrüstung, welche der Verkauf von Lauenburg in allen Wiener Kreisen hervorgerufen, hätte er es ja sehr wohl gewußt, daß ohne so gehässige Mittel sein Ansinnen vergeblich sein würde. Und dazu kam endlich das Zusammentreffen mit Malaguzzi's Sendung. War denn das alte Österreich wirklich schon zertrümmert, und die Reichseinheit in Scherben geschlagen, daß seine Bestandtheile in Nord und Süd einem jeden Kauflustigen zur Verfügung standen? Konnte man ohne Beleidigung dem alten Kaiserhause zumuthen, daß es die Perlen seiner Krone sich abschachern ließe? Der Kaiser war auf der Stelle entschieden. Sein kategorisches Nein erging nach beiden Seiten. Schleswig kann nur gegen eine Entschädigung an Land und Leuten aufgegeben werden. Eine Abtretung Venetiens ist nur nach einem für Österreichs Waffen ehrenvollen Kriege möglich.

Italien gegenüber klang diese Abfertigung recht kampfbereit. Malaguzzi's Berichte aber brachten trotzdem bei den Florentiner Staatsmännern den Eindruck hervor, daß Österreich nicht mehr an eine Erschütterung des jungen Königreiches denke, daß es zu bessern Handelsbeziehungen bereit sei, und nur nach einem militärischen Ehrenpunkte noch die Abtretung Venetiens ohne einen vorherigen Waffengang weigere, so daß es sich, wie der Minister Jacini es ausdrückte, in der entscheidenden Stunde mehr um ein Duell nach Cavaliergebrauch, als um einen wirklichen Krieg handeln würde. Hienach erließ dann La Marmora am 25. November ein Rundschreiben

an die italienischen Gesandtschaften, welches zunächst mit großem Pathos Italiens Anrecht an Venetien aufrecht hielt, und daraus den Schluß zog, daß man mit Österreich keine Handelsbeziehungen anknüpfen könne, wenn sie nicht als Einleitung zur Abtretung Venetiens aufträten, schließlich aber in das freundliche Erbieten hinauslief, daß immerhin eine factische Erleichterung des Grenzverkehrs ohne diplomatische Formalien möglich sei. In Wien wurde dies sehr wohl verstanden, und einige Wochen später unter Benutzung des stets freundlichen Mittelsmannes Drouyn de Lhuys die angedeutete Erleichterung in der That zu Stande gebracht.

Es war demnach in Wien eine mildere Gesinnung gegen Italien und eine stärkere Entfremdung gegen Preußen eingetreten. Hatte man sich bisher bestrebt, Preußens Hülfe gegen Italien zu gewinnen, so keimte jetzt der umgekehrte Gedanke, Italien zu beschwichtigen und gegen Preußen freie Hand zu bekommen. Um so bitterer wurde es empfunden, daß, immer in diesem unglücklichen November, dem Berliner Cabinet ein neuer Schritt zu vertrauter Freundschaft mit Italien gelang: und geschärft wurde der Verdruß durch die unläugbare Thatsache, daß Preußen diesen Erfolg dem Eintritte Österreichs in die Gasteiner Übereinkunft verdankte. Wir erinnern uns, wie Preußen während der Händel vor Gastein die Verhandlung des deutsch-italienischen Handelsvertrags wieder aufgenommen, jedoch damals von Bayern und Sachsen, Österreich zu Liebe, eine trockene Zurückweisung erfahren hatte. Dann aber, nach Gastein, sahen wir Beust, im Zorne über Österreichs Abfall, dem Handelsvertrage geneigt werden: das treulose Österreich sollte doch erfahren, daß auch dem Schwachen ein Stachel gegeben wäre. Das

feindliche Verhalten Österreichs gegen den mittelstaatlichen Antrag am Bunde (4. November) machte das Maaß voll: am 9. und 10. November zeigten darauf Bayern und Sachsen in Berlin ihre Bereitwilligkeit an, den Handelsvertrag abzuschließen, und hiemit ihre Anerkennung des italienischen Königreiches zu vollziehen. Einen Monat später, nachdem man sich mit Italien über die Form der Vereinbarung verständigt hatte (sie sollte widerruflich bleiben, so lange einzelne Staaten des Zollvereins sie nicht genehmigten), forderten Preußen und Bayern gemeinschaftlich alle zollvereinten Regierungen zum Beitritt auf. Das Resultat war glänzend. Mit einziger Ausnahme Hannovers, welches über den revolutionären Ursprung des subalpinen Königreichs nicht hinweg zu kommen vermochte, und des unbedingt österreichisch gesinnten Nassau, erklärten sämmtliche Regierungen ihr Einverständniß und erkannten damit Victor Emanuel als König von Italien an. Durch die Herbeiführung dieses Ergebnisses gewann Preußen mit einem Schlage jenseits der Alpen eine große Popularität, und erschwerte damit dem General La Marmora jeden Fortschritt auf der von Drouyn de Lhuys bezeichneten Bahn. Aber allerdings wuchs in Wien die gereizte Stimmung; man meinte, zu erkennen, daß Preußen auf die alten Pläne der Alleinherrschaft in Deutschland unter Ausschluß Österreichs zurücklenke, und auf der Stelle zeigten sich die Folgen in der Behandlung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse, für deren Ordnung der Gasteiner Vertrag, wie man jetzt in Wien zu entdecken meinte, doch zu sehr verschiedenen Auffassungen Gelegenheit böte.

Der November war noch nicht zu Ende, als Manteuffel und Richthofen die Wendung in dem Verhalten des Generals

Gablenz wahrnahmen. Der kritische Punkt war, wie nicht erst der Bemerkung bedarf, seine Stellung zu der Augustenburger Partei. Zwar vermied Gablenz wie bisher auf das Sorgfältigste jede nachweisbare Ermuthigung derselben in Halbhuber's Weise. Aber er ließ sie gewähren, und sehr bald begannen die Vereine sich wieder lebhafter zu rühren und die Propaganda auch in Schleswig zu erneuern, während die gelesensten holsteiner Zeitungen mit steigender Heftigkeit die preußische Politik angriffen, Österreich feierten, den Gasteiner Vertrag als rechtswidrige Vergewaltigung und deshalb als null und nichtig darstellten. Den Erbprinzen erwähnten sie täglich als „Se. Hoheit der Herzog"; da Gablenz's Erlaß nur die Bezeichnungen „Friedrich VIII." und „Herzog von Holstein" verboten hätte, sei jene Titulatur erlaubt. Darauf verfügte Manteuffel die Schließung der in Schleswig noch bestehenden Vereine, und verbot den Vertrieb jener Zeitungen im Herzogthum bei schwerer Strafe. Früher hatte ihm einmal Gablenz erklärt, was Manteuffel in Schleswig gegen die holsteiner Zeitungen vorkehre, sei ihm völlig gleichgültig; als aber die Erlasse erschienen waren, versagte er sich in einer Ansprache an die Beamten zu Wilster nicht die Bemerkung: bei meinem Abgange soll niemand sagen, ich habe rechtlos regiert; ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren. Manteuffel ließ sich das nicht anfechten; am 6. December schrieb er an Bismarck, es sei richtig, die Verhältnisse in Holstein nähmen den Charakter der Zeit vor Gastein an, doch sei nicht viel davon zu befahren, da nach diesem Vertrage Österreich unmöglich in solcher Haltung beharren könne. Indessen mußte er sich bald von der Falschheit dieser Annahme überzeugen. Gablenz's Schroffheit und die Zahl der

Differenzpunkte wuchs, und die Polemik der Zeitungen wurde immer zügelloser. Wenn Manteuffel früher seinen Collegen gelegentlich um Hemmung des Preßunfugs gebeten hatte, waren wohl verschiedene Entschuldigungen zum Vorschein gekommen, man könne den holsteiner Zeitungen doch nicht wehren, sich gegen die Angriffe der Berliner und der Kölnischen zu vertheidigen, oder, es gehe nicht an, den holsteiner Zeitungen geringere Freiheit, als die Wiener genössen, zu gestatten; jetzt aber erschien die ganz anders gewichtige Erklärung, daß man in Holstein gesetzliche Befugnisse zur Zügelung der Presse gar nicht habe, da die betreffenden Bestimmungen der Verfassung von 1854 durch die Bundescommissare 1864 aufgehoben seien; hienach habe Graf Mensdorff den Statthalter zu verfahren angewiesen. Allerdings war die Widerlegung dieses Satzes nicht schwer: die Bundescommissare hatten gerade umgekehrt die Weisung gehabt, das Land nach den bestehenden Gesetzen zu verwalten; sie hatten dieselben denn auch nicht aufgehoben, sondern nur geringen Gebrauch davon gemacht. Obgleich hierauf Mensdorff bald nachher erläuterte, er habe den betreffenden Erlaß nicht gerade als ein Verbot aller Verfolgung von Preßvergehen gemeint, so blieb es in den Herzogthümern doch bei der preußenfeindlichen Praxis, und die Augustenburger Partei durfte sich rühren, wie und wo ihr Herz es begehrte. In Nordschleswig machte sie damals einen Versuch, die dänische Bevölkerung zu gewinnen, indem sie ihr eine gemeinsame Petition an den König Wilhelm vorschlug, mit der Bitte um Rückgabe des Nordens an Dänemark, eventuell aber um Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins unter der Herrschaft seines Herzogs. Der Plan endigte jedoch in vollständigem Mißlingen; die Dänen wollten nichts

von dem Herzog wissen, die deutschen Schleswiger aber nahmen Ärgerniß an der Rückgabe des Nordens, und Manteuffel erinnerte an das Verbot von Collectiv-Petitionen in der Verfassung von 1854. Um dieselbe Zeit geschah, daß die Erbprinzessin Friedrich eine Reise von Altona nach Kiel unternahm, und die Anhänger der Partei ihr auf jeder Station den festlichen, bei Erscheinen der Landesherrschaft üblichen Empfang bereiteten. Aller Orten waren die Bahnhöfe und die Häuser beflaggt, Musikchöre begrüßten die Ein- und Abfahrt; weißgekleidete Jungfrauen überreichten Blumensträuße und Gedichte; Turner, Kampfgenossen und sonstige Deputationen betheuerten die unerschütterliche Treue für das angestammte Herrscherhaus. In demselben Sinne wirkte auch die Geistlichkeit: in mehreren Orten hielten die Pfarrer das öffentliche Kirchengebet nicht für den Kaiser von Österreich, sondern für den Herzog Friedrich von Holstein. Da Gablenz dies Alles ohne Rüge geschehen ließ, war kein Zweifel möglich, daß der Zustand, welcher Preußen im Juli bis zur Stellung des Kriegsfalls geführt hatte, wieder in ganzem Umfange eingetreten sei.

Manteuffel, welcher von jeher in Berlin zu den wärmsten Vertretern der österreichischen Allianz gehört hatte, begann die Geduld zu verlieren. Am 14. December speiste er in Kiel bei Gablenz zu Mittag und hatte dann lange Gespräche mit ihm und Hofmann. Wir verabredeten, berichtete er Bismarck am 16., daß wir uns nicht zanken und Anlaß zum Bruche zwischen beiden Cabinetten werden wollten. Aber was ihm die beiden Herren über die Intentionen ihrer Regierung mittheilten, klang wenig erfreulich. Preußen wolle die Herzogthümer erwerben und Österreich nur mit Geld abfinden,

halte aber die Erledigung hin, weil es noch weitere Pläne habe und die volle Herrschaft in Deutschland auf Kosten Österreichs anstrebe. Deshalb wahre Österreich seine Stellung in Holstein, und lasse das Augustenburgerthum bestehen, um es nach Umständen verwerthen, und den Erbprinzen als Herzog anerkennen zu können. Die schleswig-holsteinische Frage könne friedlich nur dann gelöst werden, wenn Preußen sich mit Österreich in einer großen gemeinsamen Politik vereinige, und dem Wiener Hofe für eine auch diesem ersprießliche Entwicklung der deutschen Verhältnisse Gewähr leiste. In Wien sei die Stimmung gegen Preußen gereizter als vor Gastein; man fürchte einen Krieg nicht mehr, wo es sich um Behauptung der deutschen Stellung des Reiches handle; auch der Kaiser sei nicht mehr wie früher für eine Erhaltung des Friedens um jeden Preis.

Als dann Manteuffel nach der Reise der Erbprinzessin schriftliche Beschwerde bei Gablenz erhob, daß das Besitzrecht des Königs verletzt sei, wenn einem Dritten Attribute der Souveränität beigelegt würden; als er an die Thatsache erinnerte, daß Gablenz durch die zweimal dem Erbprinzen ertheilte Verwarnung dieses Rechtsverhältniß anerkannt habe; als er hieran die Frage knüpfte, was Gablenz nach jener neuen Auflehnung bei der Reise der Erbprinzessin zu thun gedenke: da empfing er umgehend anstatt der gehofften Auskunft die Antwort, Gablenz habe bereits Herrn von Hofmann nach Wien geschickt, um Instruction einzuholen, ob es ihm erlaubt sei, über holsteinische Verwaltungs-Maaßregeln der preußischen Regierung Auskunft zu ertheilen. Manteuffel berichtete hierauf an Bismarck, nach diesem Verhalten scheine es ihm unerläßlich, bei dem kaiserlichen Cabinet auf ent-

scheidende Klarheit zu bringen; die Sache sei ganz danach angethan, um in Wien die Alternative zu stellen, ob Österreich mit Preußen oder mit Augustenburg brechen wolle. Ich glaube nicht, setzte er hinzu, daß Österreich dann den Bruch mit Preußen wählen wird. Bismarck beauftragte hienach Herrn von Werther am 29. December, in ernster und entschiedener Weise dem Grafen Mensdorff vorzustellen, wie sehr die Zulassung und Straflosigkeit solcher Demonstrationen mit der Gastein-Salzburger Übereinkunft in Widerspruch stehe; die Verwaltung in den Herzogthümern sei getheilt, die Souveränität aber gemeinsam geblieben; jede der beiden Mächte sei für die andere die Depositarin der dieser zustehenden Rechte auch in dem ihr überwiesenen Herzogthum geworden; demnach sei Preußen berechtigt, zu verlangen, daß Österreich in Holstein das in Gastein und Salzburg gegenseitig bewiesene Vertrauen rechtfertige, und den Erbprinzen nach zwei vergeblichen Warnungen jetzt durch die That fühlen lasse, daß es wie wir an dem gemeinsamen Rechte festhalte.

Ehe diese Darlegung in Wien anlangte, empfing Bismarck bereits die Antwort auf den Inhalt derselben. Am 31. December traf Hofmann auf der Rückreise von Wien in Berlin ein, und ließ sich durch den österreichischen Geschäftsträger Grafen Chotek (Karolyi war abwesend in Wien), dem preußischen Minister vorstellen. Seine Äußerungen stimmten überall mit seinen und Gablenz's neulichen Reden gegen Manteuffel überein. Die Gesetze von 1854 hätten keine Geltung mehr, der Erbprinz führe rechtmäßig den Titel Herzog, wie jeder andere Prinz seines Hauses; wenn Preußen über die Augustenburger Zeitungen klage, dürfe Österreich sich über die annexionistischen Blätter in Schleswig beschweren.

Als Bismarck diese Sätze zurückwies und insbesondere über die Annexionsartikel der schleswig'schen Zeitungen bemerkte, daß bei jedem preußischen Streben nach der Annexion die Zustimmung Österreichs die feste Voraussetzung bleibe, während die Augustenburger Preußens Verdrängung gegen dessen Willen durchsetzen wollten: da kam Hofmann zu dem unumwundenen Geständniß, Österreich habe nicht die Absicht, mit der Augustenburger Partei zu brechen, weil es sonst Gefahr laufe, jede moralische Stütze in Holstein zu verlieren; das Wiener Cabinet könne also in den Herzogthümern zur Förderung der preußischen Interessen schlechterdings nicht mehr, als bisher geschehen, die Hand bieten; nur auf dem Gebiete der allgemeinen Politik werde sich ein freies Feld zur Verständigung zwischen beiden Mächten gewinnen lassen.

Etwas freundlicher als diese Auslassungen klang dann ein Bericht Werther's vom 3. Januar 1866 über seine Besprechungen mit Mensdorff. In Bezug auf die Gültigkeit der Verfassung von 1854 sagte der Minister, daß ihm diese Frage noch nicht ganz klar vorschwebe; hinsichtlich des Erbprinzen habe er dessen Agenten von Wydenbrugk sehr bestimmt erklärt, daß bei weiterer Wiederholung jener Demonstrationen der Prinz nicht länger in Kiel werde bleiben dürfen, da Österreich sich seinetwegen nicht mit Preußen zu überwerfen wünsche; wir möchten jedoch über jeden solchen Fall nicht gleich so verstimmt und hitzig sein; er rede ja auch nicht in die preußische Verwaltung Schleswigs hinein. Die Frage ist nur, meinte Werther, ob diesen guten Worten nun auch das thatsächliche Verhalten der Statthalterschaft entsprechen wird.

Freilich war es die Frage. Denn das neue Jahr brachte in Holstein keine Verhinderung, sondern stetes Wachsthum

des preußenfeindlichen Treibens. Was half es, wenn Mensdorff gelegentlich seinem Freunde Werther versicherte, er werde niemals den Erbprinzen einsetzen, er halte nur deshalb Holstein so fest, um für die dereinstige Abtretung Österreich volle Entschädignng zu sichern; unmöglich könne Preußen ihm dies verübeln. In Berlin vermochte man einen Ausdruck befreundeter Gesinnung in solchen Reden nicht zu entdecken, und Manteuffel erklärte in rasch auf einander folgenden Berichten, Preußen müsse energischer als jemals in der Frage der Herzogthümer vorgehen, jeden Gedanken an Theilung oder Übertragung an einen Dritten ausschließen, die Entfernung des Erbprinzen als unerläßliche Bedingung des weitern Friedens begehren. „Die drei Monate, schrieb er am 18. Januar, welche wir damals in Gastein als Versuchszeit für Österreichs wahre Gesinnung in Betracht nahmen, sind herum; die letzte Probe dieser Gesinnung steht jetzt zur Entscheidung, die Ausweisung des Erbprinzen. Vollzieht Österreich dieselbe, so ist der moralische Effect derart, daß Preußen sich beruhigen kann. Wenn nicht, dann ist die Klarheit vorhanden, welche man haben wollte, ehe unliebsame Allianzen geschlossen würden, und dann schließe man sie."

Bismarck war längst dieser Meinung, und bereits seit einigen Tagen in der von Manteuffel angedeuteten Richtung thätig.

Es war die entscheidende Epoche in seinem mächtigen Lebensgang. Wir erinnern uns hier einer schon früher gemachten Ausführung. Seitdem Bismarck als Bundestagsgesandter die Wirklichkeiten der deutschen und der europäischen Politik erkannt hatte, stand der Entschluß in ihm fest, Preußen von den Fesseln des bisherigen Bundesrechts und dem öster-

reichischen Drucke zu befreien, und die Unabhängigkeit und Sicherheit seines Vaterlandes auf neue, unerschütterliche Grundlagen zu stellen. Dieses Ziel also lag unverrückbar vor seinem Auge. Der Wege aber, welche dahin führen möchten, sah er viele, und war mehrere Jahre hindurch bemüht, sich keinen derselben zu verschließen, sondern in jedem Zeitpunkte die Richtung seiner Schritte und den Umfang seines Begehrens den jedes Mal gegebenen Verhältnissen anzupassen. Ein neues Preußen war nicht denkbar ohne ein neues Deutschland: die Kräftigung Preußens also hing eng zusammen mit der Lösung der deutschen Frage. Hier aber boten sich dem Streben eines preußischen Staatsmannes mehrere Systeme: eine wirkliche Beherrschung Deutschlands gemeinsam mit Österreich, eine geographische Theilung wenigstens der deutschen Militärkräfte zwischen beiden Mächten, endlich ein Hinausdrängen Österreichs aus dem Bunde und Vereinigung des übrigen Deutschland unter preußischer Leitung. Ohne Frage war die letzte Alternative die glänzendste und gründlichste, und so hatte einst die Majorität der Paulskirche sie für ihr Programm erklärt. Aber sogleich hatte auch Preußen die Schwierigkeiten und Gefahren der Sache empfinden, und die Unmöglichkeit des Gelingens ohne einen Kampf auf Leben und Tod mit Österreich einsehen müssen. Klarer noch als seine Vorgänger erkannte jetzt Bismarck die Unabsehbarkeit der europäischen Folgen eines solchen Zusammenstoßes, den allseitigen Argwohn gegen den preußischen Friedensstörer, die Möglichkeit fremdes Eingreifens von mehr als einer Seite. Bei ihm fielen Vorsicht und Kühnheit, Vorwärtsdrängen und Mäßigung untrennbar zusammen, und so war er bereit, wenn ein großes Ergebniß sich im Frieden erreichen ließ, auf die kriegerische

Erringung des Größten zu verzichten. Wir haben gesehen, wie er in Wien die Reform der Bundeskriegsverfassung, d. h. die Theilung der deutschen Militärhoheit unter die beiden Mächte, und dann wieder das Zusammenwirken der letztern für eine kräftige Leitung Gesammtdeutschlands empfahl. Beides war fehlgeschlagen; Preußen sah sich dem Dilemma gegenüber, entweder wie 1850 reumüthig unter die Flügel des Bundestags zurückzukriechen, oder mit siegender Waffengewalt die Gedanken der Kaiserpartei von 1849 zu verwirklichen. Nun ist es schlagend, wie genau sich diese Lösungsversuche der großen deutschen Frage in dem engern Kreise der schleswig-holsteinischen wiederholten. Zuerst hatte man dort die Gemeinsamkeit der Herrschaft eingerichtet, und war damit binnen einem halben Jahre bis dicht an den Kriegsfall gelangt. Dann war man zur Theilung der Verwaltung geschritten, und wieder stand man, dieses Mal binnen noch kürzerer Frist, vor derselben Unmöglichkeit. Unaufhaltsam war man auf jedem der beiden bequemeren Wege vor den Rand des jähen Abgrundes geführt worden. Wollte man nicht feige verzichten, so blieb zur Erklimmung der Höhe nur der dritte, steilste Pfad, die kriegerische Action zur Beseitigung Österreichs. Der Schluß war einfach: wenn man Holstein erlangen wollte, so mußte man ganz Deutschland fordern. Entweder ein zweites Olmütz oder der Krieg mit Österreich: es gab keinen andern Ausweg mehr. Bismarck hatte den Krieg nicht gewünscht, jetzt aber war er zu einem Programm genöthigt, welches die Niederwerfung Österreichs zur nothwendigen Voraussetzung hatte.

Am 13. Januar 1866 schrieb er an Usedom in Florenz. Nachdem er die fortgesetzte preußenfeindliche Begünstigung der

Augustenburger Agitation durch Österreich geschildert, sprach er die Ansicht aus, daß diese Differenzen wachsen würden. Solche Erfahrungen, sagte er, lösen uns von den Verbindlichkeiten, welche im Herzen des Königs das Ergebniß der Gasteiner Annäherung bildeten, und geben in der von mir vorausgesehenen Weise unsern natürlichen Beziehungen zu Italien wieder freieren Spielraum. Sie werden dort aussprechen, daß der Zeitpunkt der Krisis voraussichtlich näher gerückt sei; Sie werden hervorheben, daß der Grad der Sicherheit und der Umfang dessen, was wir von Italien zu erwarten haben, von wesentlichem Einfluß auf unsere Entschließungen sein wird, ob wir es zur Krisis kommen lassen oder uns mit geringeren Vortheilen begnügen.

Er beruhigte ihn sodann über die Haltung der übrigen Großmächte. Die Gerüchte über ein französisch-englisches Einverständniß seien ebenso grundlos, wie jene über eine Anregung der Frage Seitens Rußlands[1]. Unsere Beziehungen zu Frankreich seien ungeändert, und die stark zur Schau getragene neue Cordialität zwischen Österreich und Frankreich[2] flöße uns keine Besorgniß ein. Es sei ein Börsenmanöver, um die letzte österreichische Anleihe besser unterzubringen und vornehmen französischen Zeichnern ihre Gewinne zu sichern. So weit überhaupt ein politisches Motiv zu Grunde liege, scheine es die Tendenz zu sein, Preußen zu bestimmten Anerbietungen hervor zu locken.

[1]) Kaiser Alexander sprach dem preußischen Militärbevollmächtigten so eben seine Verwunderung aus, daß Österreich noch immer Augustenburg protegire, um die preußische Annexion zu hindern.

[2]) Der junge französische Prinz hatte den höchsten österreichischen Orden erhalten.

Dann fuhr Bismarck fort:

Die deutsche Frage ruht einstweilen. Bei weiterer Entwicklung der Beziehungen Österreichs zu den Mittelstaaten mit aggressiver Tendenz gegen Preußen könnte leicht eine Wendung eintreten, welche den Bestand des Bundes in Frage stellte. In diesem Falle ist eine durchgreifende Initiative Preußens in der deutschen Frage nicht von den möglichen Eventualitäten auszuschließen. Wenn z. B. die holsteinischen Stände gegen unsern Willen zu antipreußischen Zwecken zusammen gerufen werden sollten, so würden wir zu erwägen haben, wie wir auf diese Regungen des Particularismus mit der Anrufung der nationalen Gesammtinteressen zu antworten hätten. Wir würden alsdann die Basen wieder betreten, die wir seiner Zeit dem Frankfurter Fürstentage entgegen setzten. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß bei einer Regelung der deutschen Angelegenheiten die Haltung Frankreichs uns feindselig sein würde. Sollte sie aber auch eine bedenkliche sein, so wäre dies nur ein Anlaß mehr, uns auf die tiefere nationale Basis zurückzuziehen und die dort vorhandenen Kräfte uns zu verbünden.

Die bevorstehende Schöpfung eines neuen deutschen Zustandes war in diesen Zeilen angekündigt.

Unterdessen gingen die Dinge in Holstein ihren Gang. Es kamen Manteuffel's Berichte über das Anwachsen der populären Bewegung, über ein Gerücht, daß ein zweiter Augustenburger, Prinz Christian, Verlobter der englischen Prinzeß Helene, in Schleswig Wohnung nehmen wolle, über beabsichtigte Massendemonstrationen für Berufung des holsteiner Landtags. Noch einmal wandte sich hierauf Bismarck nach Wien. Am 20. Januar 1866 entwickelte er Werther die

Sachlage: es sei selbstverständlich gewesen, daß nach Gastein ein jeder Theil in dem ihm überwiesenen Lande sich nach seiner Weise einrichte, stets aber unter voller Achtung der gemeinsam gebliebenen Souveränität, deren Depositar ein jeder von Beiden für den Andern sei, also unter Abweisung aller gegen das Recht der beiden Souveräne auftretenden Ansprüche auf die Landeshoheit. Der Vorwand, daß die dänischen Preß- und Vereinsgesetze nicht mehr bestanden, könne uns nicht täuschen: gelten diese nicht, so gelte auch die ganze Verfassung von 1854 nicht mehr; es bleibe dann nur das Recht eines absoluten und autokratischen Regiments, bei welchem Österreich noch leichter einschreiten könnte. Nach Gastein seien wir darauf gefaßt und einverstanden damit gewesen, daß Österreich in der Frage der Herzogthümer sein eigenes Recht geltend mache und verwerthe. Aber nicht darauf hätten wir gefaßt sein können, daß es sein und unser gemeinsames Recht verletzen lasse. Eine solche Verletzung liege in dem Aufenthalte und dem Benehmen des Erbprinzen; Se. Majestät der König sei berechtigt, Abhülfe zu fordern durch Verhinderung der Demonstrationen und Entfernung des Prinzen selbst, und lasse dem Gesandten sein vollkommenes Einverständniß mit dem Inhalte dieses Erlasses mittheilen.

Als Werther dem Grafen Mensdorff dies vorgelesen, erhielt er die Antwort, daß kein Grund zur Ausweisung des Prinzen vorliege, da sich derselbe stets nur als Privatmann gerire. Dann blieben, sagte Werther, die österreichischen Verwarnungen des Prinzen immer nur leere Worte. Mensdorff erwiderte etwas ärgerlich: meine Zusicherung, daß wir uns wegen des Prinzen nicht mit Preußen überwerfen wollen, bleibt bestehen, es ist aber an Preußen, die Sache nicht auf

die Spitze zu treiben; was die Presse betrifft, so hat Österreich mit dem Polizeistaat gründlich gebrochen und kann deshalb auch in Holstein keine polizeilichen Principien in Anwendung bringen, Preßfreiheit gilt in Holstein wie in Österreich; eine preußische Controle aber unserer holsteiner Verwaltung ist unstatthaft unter allen Umständen. Die Abweisung der preußischen Anträge war vollständig.

Ehe noch Bismarck den Bericht über dies Gespräch erhielt, hatten weitere Vorfälle in Holstein die letzten Bedenken über sein ferneres Verfahren hinweggeräumt. Die Führer der Augustenburger Partei hatten in beiden Herzogthümern die Einladung zu einer großen Volksversammlung zu Altona auf den 23. Januar 1866 verbreitet, um durch einmüthigen Willensausdruck der möglichst ganzen Bevölkerung die schleunige Einberufung der Stände des Landes zu verlangen. Gablenz erließ darauf am 21. eine Bekanntmachung, daß die Regierung diesen Wunsch theile und demnächst zu erfüllen gedenke, um so mehr aber erwarte, daß zur Zeit die darauf gerichtete Agitation aufgegeben werde, da sie erfolglos und nur neue Gefahren heraufzubeschwören, geeignet sei. Hienach sprach die Polizeibehörde von Altona am 22. das Verbot der Versammlung aus. Darauf aber folgten geheime Verhandlungen zwischen den populären Führern und der Landesregierung, welche zu dem Ergebniß führten, daß die Polizei am 23. Morgens ihr Verbot gegen das Versprechen, keine Resolutionen zu fassen, zurücknahm. Die Versammlung, ungefähr 4000 Köpfe stark, hatte also ihren Verlauf. Mehrere liberale Abgeordnete aus Frankfurt, Hessen und Bayern waren erschienen, um die freien Männer Schleswig-Holsteins durch den Brudergruß Süddeutschlands zu ermuthigen. Der

Zusage gemäß wurden keine Resolutionen gefaßt, aber um so lebhafter durch mehrere Redner die Nothwendigkeit der Ständeberufung erörtert, die Forderung durch kräftigen Zuruf der Versammlung unterstützt, die preußische Regierung einer grimmigen Kritik unterzogen, und dem „rechtmäßigen, geliebten Fürsten, Herzog Friedrich", ein dreimaliges donnerndes Hoch ausgebracht. Darauf ging die Versammlung ungestört auseinander.

Dem Erbprinzen halfen die Reden und Hochrufe nicht viel. Aber ihr Eindruck in Berlin war bitter in Bezug auf Österreich. Eine öffentliche Massendemonstration hatte selbst Halbhuber (am 6. Juli) nicht zugelassen, obwohl er Weisung hatte, Augustenburg zu fördern; jetzt aber hatte Gablenz sie gestattet, nach allen Betheuerungen, daß der Erbprinz nur als Privatmann in Holstein zu betrachten wäre. Es kam dazu, daß Karolyi, eben aus Wien zurückgekehrt, Österreichs Standpunkt dahin bezeichnete, die Erklärung der deutschen Mächte vom 28. Mai 1864 über die Berechtigung Augustenburg's bestehe für Österreich in voller Kraft, und habe auch durch den Gasteiner Vertrag keine Veränderung erlitten: eine Angabe, welche gleich nachher durch Mensdorff selbst dem Baron Werther bestätigt wurde. Jeder Zweifel an Österreichs neuer Schwenkung war damit ausgeschlossen. Der König war tief bewegt. Manteuffel hat Recht, sagte er, wir müssen uns Klarheit schaffen. Bei dem Schlusse eines in diesen Tagen wegen anderer Geschäfte von ihm berufenen Ministerraths nahm er aus eigenem Antriebe das Wort, um unter Darlegung der Verhältnisse ausdrücklich auszusprechen, wie ernst er die Lage auffasse, wie die Dinge wieder auf dem Punkte ständen wie vor dem Gasteiner Vertrage, wie er

selbst fest entschlossen sei, dieses aggressive Vorgehen gegen ihn und seine monarchische Autorität sich nicht gefallen zu lassen.

Dem Wiener Hofe sollte noch einmal das Bild dieses Zustandes und seiner nothwendigen Folgen in voller Deutlichkeit vorgeführt, und die peremptorische Frage über die Fortdauer der Allianz gestellt werden. In einem ausführlichen Erlasse an Werther vom 26. Januar 1866 faßte Bismarck alle preußischen Beschwerden in ruhiger, aber einschneidender Sprache zusammen. In Gastein habe man über den gemeinsamen Kampf gegen die revolutionären, beide Kronen bedrohenden Tendenzen Abrede genommen. Demnach hätten beide Mächte gemeinsame Schritte gegen den Frankfurter Senat begonnen, leider aber sei Österreich nur zu bald in Lauheit und Passivität zurückgesunken, und habe dem unternommenen Vorgehen hiedurch die Spitze abgebrochen. Damit aber nicht genug. Jetzt sei die kaiserliche Regierung aus dieser Passivität, unter offener Begünstigung jener aufrührerischen Tendenzen, zu einem aggressiven Verhalten gegen Preußen übergegangen. Unter dem Schutze des kaiserlichen Doppeladlers habe die Altonaer Versammlung tagen, und genau dieselben Angriffe gegen Preußen erheben dürfen, welche früher der Frankfurter Abgeordnetentag sich erlaubt, und wegen deren Österreich damals die freie Reichsstadt verwarnt habe. Preußen könne nicht dulden, daß auf solche Art Holstein zum Herde revolutionärer Bestrebungen, daß das durch den Gasteiner Vertrag Österreich anvertraute Pfand deteriorirt werde. Solche Eindrücke, fuhr die Depesche fort, müssen dahin führen, das von Sr. Majestät lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Mächte zu erschüttern und zu schwächen. Es ist

auf ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät, daß ich Sie auffordere, dies offen dem Grafen Mensdorff auszusprechen, und ihn zu ersuchen, es zur Kenntniß seines kaiserlichen Herrn zu bringen. Die Regierung Sr. Majestät bittet das kaiserliche Cabinet im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche das monarchische Princip, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System leiden, ein Ziel zu setzen ... Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Überzeugung geben, daß die kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein, wie wir hofften, überwundener traditioneller Antagonismus gegen Preußen in ihr mächtiger ist, als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinschaftlichen Interessen. Es würde dies für die Kgl. Regierung, es würde vor Allem für Se. Majestät den König selbst eine schmerzliche Enttäuschung sein, welche wir wünschen und hoffen, uns erspart zu sehen. Aber es ist ein unabweisbares Bedürfniß für uns, Klarheit in unsere Verhältnisse zu bringen. Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen, und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten.

Kein Punkt in dem Inhalt dieser Depesche war dem Wiener Hofe unbekannt; mehr als einmal hatte Mensdorff mit Werther, oder Gablenz mit Manteuffel in vertraulichem Gespräche die beiderseitigen Auffassungen erörtert. Neu aber

war in dem Erlasse vom 26. Januar die feierliche und amtliche Aufforderung zu einer ebenso amtlichen und definitiven Erklärung, ob man auf die Beschützung Augustenburg's oder auf das Freundschaftsband mit Preußen verzichten wolle. Man war, wie es Werther däuchte, in Wien auf ein so kräftiges Vorgehen nicht gefaßt gewesen. Mensdorff erkannte den Ernst der Lage an, sprach großen Verdruß über die Verstattung der Altonaer Versammlung aus und wollte darüber Gablenz bereits einen Verweis zugeschickt haben. Übrigens blieb er dabei, daß Österreich die Preßfreiheit in Holstein nicht beschränken könne, und daß es durch den Antrag vom 28. Mai 1864 sich ebenso wie Preußen zur Anerkennung Augustenburg's verpflichtet habe. Was die Depesche betreffe, so könne er nichts sagen, bis er den Willen des Kaisers eingeholt habe. Bei weiteren Gesprächen war stets das letzte Wort, Preußen könne unmöglich fordern, daß der Wiener Hof Schritte thue, welche die preußische Annexion der Herzogthümer unvermeidlich machen müßten. Das Alles war nicht glückverheißend für den Ausfall der amtlichen Antwort, und in der That brachte diese am 7. Februar 1866 eine möglichst kühle Abfertigung in dem bekannten stolzen Style der K. K. Hof- und Staatskanzlei. Ohne nähere Begründung wurde geläugnet, daß die Agitation in Holstein revolutionären Charakter habe — eine Behauptung, welche freilich dann unbestreitbar wurde, wenn sich Österreich Beust's und Pfordten's Deductionen über Augustenburg aneignete, damit aber auch von den Grundlagen der Wiener und Gasteiner Verträge lossagte. Preußen habe bei seinen Klagen über die Altonaer Versammlung offenbar vergessen, daß seine Regierung es gewesen, welche den Vorschlag Österreichs abgelehnt habe, für

ganz Deutschland ein Verbot solcher Versammlungen beim Bunde zu beantragen. Österreich erkenne seine Verpflichtung an, das ihm anvertraute Pfand unverletzt zu bewahren, diese Verpflichtung aber könne sich nur auf die ungeschmälerte Erhaltung der Substanz beziehen. Im Übrigen, hieß es weiter, hängt das Verfahren der österreichischen Regierung in Holstein nur von ihren eigenen Eingebungen ab, und sie betrachtet jede einzelne Frage, welche im Bereiche der dortigen Administration auftauchen mag, als ausschließlich zwischen ihr und ihrem Statthalter schwebend, jeder andern Einwirkung aber entzogen. Dieselbe Unabhängigkeit räumt sie in Schleswig der Kgl. preußischen Regierung ein ... Der Graf Mensdorff kann ohne Zweifel seinem Freunde, dem Freiherrn von Werther, anvertrauen, wie die Regierung des Kaisers über die Zulassung jener Altonaer Versammlung denkt, welcher man übrigens in Berlin allzugroße Wichtigkeit beizulegen scheint. Der Minister des Kaisers aber muß den Anspruch des Kgl. preußischen Gesandten, Rechenschaft über einen Act der Verwaltung Holsteins zu erhalten, entschieden zurückweisen, und ich befolge, indem ich dies ausspreche, nur die Befehle meines Kaiserlichen Herrn.

Mit diesen Sätzen war denn Preußens fernern Beschwerden allerdings ein fester Riegel vorgeschoben. Wenn Österreich nur die Substanz der ihm anvertrauten Provinz nicht verringerte, also keine Stücke derselben an einen Dritten abtrat, so mochte im Übrigen das preußische Condominium dort angefochten und unterwühlt werden, wie es wollte: was Österreich in dieser Hinsicht unterließ oder that, fiel ebenso wie die Anstellung eines Schullehrers oder die Anlage eines Vicinalwegs unter die Maaßregeln der Landesverwaltung, in

welche einzureden, Preußen nach dem Gasteiner Vertrag nicht den Schatten einer Befugniß besaß. Auch nur zur Erörterung einer solchen Frage sich herbeizulassen, erschien mit Österreichs Ehre und Würde unverträglich. Nicht ohne eine gewisse Neugier erwartete man in Wien, was Preußen auf eine so bündige Schlußfolgerung erwidern könnte.

Diese Erwartung aber wurde getäuscht. In der ersten Unterredung, welche Bismarck mit dem Grafen Karolyi nach dem Empfange des Erlasses vom 7. Februar hatte, begnügte er sich mit der gelassenen Bemerkung, daß also Preußens Beziehungen zu Österreich nunmehr anstatt des intimen Charakters, den sie während der letzten Jahre angenommen, auf denselben Standpunkt zurückgeführt seien, auf dem sie vor dem dänischen Kriege gewesen, nicht besser, aber auch nicht schlimmer, als zu jeder fremden Macht. Weiter erfolgte auf den österreichischen Erlaß kein Wort der Entgegnung. Der Meinungsaustausch über Schleswig-Holstein war zu Ende, wie die österreichisch-preußische Allianz.

2. Capitel.

Schwüle Luft.

Nach der Wiener Depesche vom 7. Februar hatte die preußische Regierung nur noch geringe Hoffnung auf Erhaltung des Friedens. Österreich blieb dabei, die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins im Sinne des Bundesrechts anzustreben: dies erschien dem Könige wie seinem ersten Minister als eine vertragswidrige Demüthigung Preußens, schlimmer noch als die einst in Olmütz erlittene diplomatische Niederlage. Niemals wäre dies unter den jetzigen, entschieden günstigeren Verhältnissen zu dulden: man mußte also bei den in Wien herrschenden Stimmungen auf die gewalsame Lösung, auf den Krieg gefaßt sein. Hielt man ihn einmal für unvermeidlich, so sprachen alle militärischen Gründe dafür, dem Gegner durch rasche Rüstung und lebhaften Angriff zuvorzukommen. Andrerseits blieb es stets unerläßlich, sich dabei des Wohlwollens oder doch der Neutralität der fremden Großmächte zu versichern und deshalb nicht als Friedensstörer und Aggressor zu erscheinen, sowie in Deutschland die öffentliche Meinung und den guten Willen der Regierungen für sich zu gewinnen, und dies Alles konnte durch jede übereilte Maaßregel un-

widerruflich eingebüßt werden. So wirkten gleich starke und gleich unläugbare Momente hier für möglichst schnelles, dort für höchst bedachtsames Vorgehen. In einer solchen Lage der Dinge war nichts natürlicher als häufige Meinungsverschiedenheit über die einzelnen Schritte des Verfahrens, auch bei voller Übereinstimmung in dem gemeinsamen Streben zum gemeinsamen Ziele, je nach der allgemeinen Seelenstimmung des Beurtheilers, und in der That fehlte es auch in den maaßgebenden Kreisen Preußens während der nächsten Monate nicht an solchen Vorgängen.

Bismarck war seit Jahren mit dem Gedanken vertraut und hatte ihn mehrmals ausgesprochen, daß eine Bundesreform im preußischen Sinne allmählich zur Lebensfrage seines Staats geworden, und Österreichs Widerstand dagegen nur ferro et igni zu brechen sei. Erfüllt von einer solchen Überzeugung, kannte er weder Neigung noch Abneigung, sondern nur die Erwägung von Mittel und Zweck; hier um so mehr, als er der Ansicht war, daß nach Zersprengung des alten unnatürlichen Bundesrechts die realen Interessen beider Parteien sehr bald eine echte Freundschaft zwischen ihnen begründen würden. Demnach war er für Beschleunigung der diplomatischen Action, für Annäherung an Frankreich, für Verbindung mit Italien, um so bald wie möglich, falls Österreich nicht einlenke, zum überwältigenden Schlage zu gelangen. Denn je länger man zauderte, desto mehr Zeit ließ man dem Gegner zu vollständiger Rüstung, desto größer wurden die dem eigenen Volke aufzuerlegenden Gefahren und Verluste. Die hervorragendsten und einflußreichsten Generale, Roon, Moltke, Manteuffel, stimmten jetzt mit diesen Anschauungen vollkommen überein.

Aber so viel sie vermochten, das entscheidende Wort gehörte nicht ihnen, sondern ihrem Monarchen. Wenn nöthig für Preußens Ehre, war König Wilhelm zum Kriege gegen Österreich so fest wie irgend ein Mensch entschlossen, aber es war für ihn ein ebenso schwerer wie schmerzlicher Entschluß. Politische Grundsätze, Familienerinnerungen persönliche Verhältnisse zogen ihn zu Österreich hinüber and machten ihm jede Anknüpfung mit Napoleon unerfreulich. Er sagte sich mit sicherer Deutlichkeit, daß er an einem Wendepunkte der preußischen Geschicke stehe, und im Begriffe sei, von dem bisherigen, vielfach eingeengten, aber festen Boden hinweg einer hoffentlich glorreichen, einstweilen aber unsichern und gefahrvollen Zukunft entgegen zu schreiten. Vor Allem aber hatte er in seinem tiefen Pflichtgefühl das bestimmte Bewußtsein der unermeßlichen Verantwortlichkeit, welche mit der Macht der Entscheidung auf sein königliches Haupt gelegt war. Er kannte die Schrecknisse eines jeden Kriegs und die unabsehbare Tragweite des vorliegenden Streites, und unerschütterlich war seine Entschließung, lieber durch Verzögerung des Bruchs es auf etwas schwerere Opfer zu wagen, als vor Erschöpfung des letzten friedbringenden Mittels zum Schwerte zu greifen.

So waren in dieser Zeit die Erwägungen des preußischen Cabinets keineswegs immer einstimmig. Zwar schlossen sich die übrigen Minister durchgängig Bismarck an, mit Ausnahme etwa Bodelschwingh's, welcher seine Unfähigkeit empfand, bei einem großen Kriege seinem Amte gerecht zu werden. Aber zwischen dem Könige und seinem ersten Berather gab es oft harte Auseinandersetzungen und schwere Stunden; jedoch ist es für die Zwecke dieses Buches nicht erforderlich, ihnen im

Einzelnen zu folgen, oder auf die sonstigen Einflüsse näher einzugehen, welche in dem königlichen Palaste in der einen oder der andern Richtung thätig waren. Denn das ist der einfache und große Zug in der Politik dieser Regierung, daß zuletzt doch immer die sachlichen Momente entschieden, und diese dem Leser darzulegen, ist unsere nächste Aufgabe.

Die ersten Nachrichten, welche man nach dem Einlaufen der Wiener Absage von Außen empfing, waren nicht ungünstig, aber förderten die Entschließung nicht. Bismarck hatte den Prinzen Reuß beauftragt, dem Minister von der Pfordten, den er seit der Salzburger Zusammenkunft nicht mehr zu den entschiedenen Gegnern Preußens rechnete, die preußischen Erlasse nach Wien vom 20. und 26. Januar vertraulich mitzutheilen. „Das sind ja recht freundliche Eröffnungen, sagte Pfordten. Ich würde gleich auf Ihre Seite treten, wenn das Fundament Ihrer Erörterungen nach meiner Ansicht ein richtiges wäre. Zugestehen muß ich jedoch, daß Ihre Regierung Österreich gegenüber consequent ist, während das Wiener Cabinet hin und her schwankt. So nachgiebig, wie in Gastein, wird es übrigens nicht mehr sein.“ Als Reuß bei einem weitern Gespräche am 27. Februar die Frage der Bundesreform zur Sprache brachte, meinte Pfordten, Preußen müsse stärkeren Einfluß in seiner Machtsphäre empfangen, der deutsche Südwesten aber freiere Hand behalten, um dann mit dem Norden und mit Österreich eine Art von Staatenbund zu bilden. Wollte man so weit nicht gehen, setzte er hinzu, so würde er nichts dagegen haben, wenn die Großmächte zunächst eine stärkere Stimmenzahl im Bundestag erhielten; es sei überhaupt ein Grundfehler in der Bundesverfassung, daß die Stimmenvertheilung nicht im Ver-

hältniß zu der realen Macht der Einzelstaaten stehe; der unnatürlich große Einfluß, welcher dadurch den Mittelstaaten zuwachse, sei für dieselben mehr eine Gefahr, als ein Vortheil. Indem er dann auf Schleswig-Holstein zurückkam, bemerkte er, unmöglich könne er sich entscheiden, so lange er nicht wisse, was Österreich wolle; opponire dieses dem preußischen Hofe um Augustenburg's willen, so habe es Recht; habe es nur die Hinderung der preußischen Annexion im Sinne, so könne es nicht verlangen, daß man sich ihm anschließe; denn wenn einmal das Recht sich unter die Convenienz beugen müsse, so sei ihm, im Vertrauen gesagt, die preußische Annexion lieber, als jede andere Einrichtung, da indirect dadurch immer wieder auch Deutschland gestärkt würde.

Was sodann Goltz aus Paris über die Äußerungen Napoleon's und Drouyn de Lhuys' berichtete, zeigte ebenfalls wieder die so oft versicherte Sympathie für Preußen, ließ aber doch auch wie früher der französischen Politik alle Wege offen. Der Minister bestätigte die Zustimmung Frankreichs zur Annexion der Herzogthümer; gewänne der Krieg weitere Ausdehnung, so werde man mit gegenseitiger Offenheit und Discretion sich leicht verständigen. Napoleon selbst erklärte dem Botschafter wörtlich:

„Ich bitte Sie, dem Könige zu sagen, daß er stets auf meine Freundschaft rechnen kann. Bei einem Kriege zwischen Preußen und Österreich werde ich absolute Neutralität bewahren. Aber ich brauche nicht zu sagen, welcher Seite meine Sympathie gehört. Ich wünsche die Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen, weil sie den Tendenzen unseres Zeitalters entspricht, und es immer nützlich ist, daß die mili-

tärischen Bewegungen durch den öffentlichen Geist gestützt werden. Auch wenn der Kampf größere, heute noch unberechenbare Dimensionen annähme, so bin ich überzeugt, daß ich mich leicht mit Preußen würde verständigen können, bei der vielfachen Übereinstimmung unserer Interessen. Eine solche ist zwischen Frankreich und Österreich nicht vorhanden, also legt niemals Gewicht auf Zeitungsnachrichten über eine Annäherung zwischen Wien und Paris; selbst Äußerungen solches Sinnes von einem meiner Minister würden nichts auf sich haben; ich allein weiß, welches die auswärtige Politik Frankreichs sein wird."

Auf Goltz's Befragen zuckte er die Achseln über den damals hier und da auftauchenden Gedanken, Österreich zur Abtretung Venetiens durch Überweisung der Donaufürstenthümer einzuladen. Für Frankreich habe das kein bestimmtes Interesse; die Rumänen würden geringe Lust haben, ihre junge Nationalität in den österreichischen Kaiserstaat aufgehen zu lassen, und Rußland würde entschiedenen Widerspruch einlegen.

Da Bismarck, wie wir sahen, bereits die Aufnahme der Bundesreform in das Kriegsprogramm und folglich große Dimensionen des letztern in das Auge gefaßt hatte, so schien der Augenblick gekommen, den Versuch des von Napoleon für diesen Fall in Aussicht gestellten Einvernehmens zu machen. Bismarck hatte für diesen Zweck den Botschafter zu weiterer mündlicher Berathung nach Berlin entboten.

Endlich in den Depeschen des Grafen Usedom aus Florenz kam man auf völlig schwankenden Boden.

So entschieden Österreich den Verkauf Venetiens abgelehnt hatte, ebenso gewiß überwog jetzt in Wien der frische

Widerwille gegen Preußen den alten Haß gegen Italien. An eine nahe Verbindung mit Victor Emanuel ließ sich freilich nicht denken, aber Graf Mensdorff hielt es gerathen, Einiges zur Beschwichtigung der italienischen Aufregung zu thun. Anfang Januar erschien eine Amnestie für die politischen Flüchtlinge aus Venetien, und bald nachher eine Erweiterung municipaler und ständischer Rechte des Landes. Gleichzeitig eröffnete Graf Mensdorff dem Herzog von Gramont, Österreich sei bereit, die Handelsvortheile, welche der frühere Vertrag mit Sardinien festgesetzt hatte, allen jetzigen Provinzen Italiens zu bewilligen, und ersuchte den Herzog, Herrn Drouyn de Lhuys um empfehlende Übermittlung dieses Vorschlags anzugehen. Dem französischen Minister konnte nach seiner bekannten Gesinnung kein erwünschterer Antrag kommen; auf der Stelle wurde Mensdorff's Begehren erfüllt. Auch La Marmora hätte gerne mit beiden Händen zugegriffen; dann aber kamen die Bedenken, es gehe doch nicht ohne Anerkennung des Königreiches durch das Wiener Cabinet; in einen offenen diplomatischen Verkehr könnte Italien mit Österreich nicht ohne die Befreiung Venetiens treten. Vollends aber plagte er sich mit der Frage, ob Napoleon die Sache eigentlich wünsche oder nicht, witterte verdeckte Andeutungen des Für und des Wider in jeder Sylbe der Pariser Depeschen, und kam erst Ende Februar nach mehrwöchentlichem Besinnen zum Entschlusse der Ablehnung.

Usedom hatte von diesen Dingen keine Kunde, schloß aber aus La Marmora's gesammter Haltung, daß für Preußen nur noch geringe Hoffnung auf Italien zu setzen sei. Hier meint man, schrieb er am 7. Februar, Österreich werde Venetien bald selbst anbieten, und freut sich, damit Gefahr

und Kosten des Kriegs zu sparen. In wunderlichem Widerspruche damit sagte er auf der folgenden Seite der Depesche, man fürchte, daß, wenn Preußen seine Forderung auf Schleswig-Holstein beschränke, Österreich dies gewähren würde, um seine ganze Kraft gegen Italien zu wenden. Nur wenn Preußen die Suprematie in ganz Deutschland begehre, würde man hier losschlagen und dann auch erst nach Abschluß eines festen, jeden Separatfrieden verbietenden Bundesvertrags. Trotzdem hielt Bismarck eine Annäherung zwischen Österreich und Italien nicht für wahrscheinlich, zumal Nigra dem Grafen Goltz ganz entgegengesetzte Versicherungen gab; auch klangen zwei Telegramme Usedom's vom 22. und 24. Februar wieder aus besserem Tone. Die Stimmung La Marmora's habe sich neulich gehoben; er begehre bestimmte Vorschläge von Preußen. Victor Emanuel sei zum Kriege gegen Österreich bereit; nöthig aber sei vorgängige Verständigung über solche Ziele des Kriegs, vor deren beiderseitiger Erreichung kein Theil einen Separatfrieden eingehen dürfe.

So war, wohin man von Berlin aus blicken mochte, die einzige sichere Thatsache Österreichs feindseliger Widerspruch gegen alle preußischen Wünsche, sonst war ringsum nichts weiter erkennbar, als wechselnde Anzeichen einer freundlichen, aber keineswegs zuverlässigen Gesinnung. Stehen bleiben schien unmöglich, jeder weitere Schritt auf jeder Seite gefährlich.

Unter diesen Umständen beschloß der König, zu einer umfassenden Erwägung der Lage auf den 28. Februar einen großen Ministerrath unter seinem Vorsitz zu berufen, an welchem neben sämmtlichen Ministern der Kronprinz, Graf Goltz und die Generale Moltke, Manteuffel und Alvensleben

Theil nehmen sollten. Wie nahe man sich dem Höhepunkte der Krisis fühlte, zeigte die Maaßregel, daß man, um durch keine innere Belästigung gestört zu werden, am 23. Februar die erst vor vier Wochen begonnene Landtagssession plötzlich schloß, nachdem sie bis dahin durch den fortdauernden Budgetstreit in völliger Unfruchtbarkeit und wachsender Zwietracht verlaufen war.

Am 28. eröffnete der König die Verhandlung des Conseils mit einem kurzen Vortrag, in welchem er hervorhob, die Schwierigkeiten in Holstein seien nur ein einzelnes Symptom des österreichischen Bestrebens, Preußen niederzuhalten, sowie der Gehässigkeit, selbst im Einverständniß mit aufrührerischen Preßorganen gegen den bisherigen Verbündeten zu wirken; dieses Verfahren müsse, auch auf die Gefahr eines Kriegs, endlich beseitigt werden. Österreich und Preußen im Bunde beherrschen die europäische Situation, wie dies sich 1864 gezeigt habe. Man habe noch beim Gasteiner Vertrage auf die Erhaltung dieses Verhältnisses, auf eine ehrliche Einigung hoffen können; diese Hoffnung sei schon nach wenigen Wochen untergraben und jetzt völlig vernichtet worden. Der Besitz der Herzogthümer sei in ganz Preußen nationaler Wunsch; ein Zurückgehen von dieser Forderung würde das Ansehen der Regierung nach Innen und Außen schwächen und Österreichs Übergriffe gegen uns in Deutschland steigern. Wir wollen, schloß der König, keinen Krieg provociren, aber wir müssen auf unserm Wege vorwärts gehen, ohne vor einem Kriege zurückzuschrecken.

Bismarck legte darauf in geschichtlichem Rückblick die gegen Preußen gerichteten Bestrebungen Österreichs dar, dessen Verhalten in der polnischen Frage, den Frankfurter

Fürstentag, die wiederholten Bemühungen um eine französische Allianz gegen Preußen. Der Krieg mit Österreich werde jedesfalls erfolgen müssen; es sei klüger, ihn in der jetzigen vortheilhaften Lage zu unternehmen, als es Österreich zu überlassen, sich die günstige Stunde auszusuchen. Wir haben Österreich erklärt, daß die fortgesetzte Augustenburger Agitation unser Bündniß lösen würde; am 7. haben wir die entschieden ablehnende Antwort erhalten; der Bruch ist vorhanden. Der Kriegsminister schloß sich an mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die dazu erforderlichen Mittel beschaffbar sein würden. Nicht anders stimmten Itzenplitz, Selchow und Mühler. Der Finanzminister Bodelschwingh erkannte an, daß Österreichs Verhalten für Preußens Ehre und Interesse verletzend sei, hielt aber an dem Wunsche fest, daß sich doch noch ein rettender Ausgleich finden würde. Graf Eulenburg fügte statt dessen zu Bismarck's Ausführung die Bemerkung hinzu, daß ein Krieg mit Österreich es möglich machen würde, von dem Landtage Geld zu fordern, und wenn dieser ablehnte, eine andere Volksvertretung zu schaffen: worauf Bismarck jedoch sehr kühl erwiderte, daß die innern Zustände einen Krieg nicht nöthig machten, immerhin dazu beitrügen, ihn günstig erscheinen zu lassen. Nachdem dann Goltz die uns bekannten Erklärungen Napoleon's (feste Neutralität bei einem Kriege um Schleswig-Holstein, hoffentliches Einvernehmen über weitere Objecte des Kampfes) der Versammlung wiederholt hatte, erhielt Moltke das Wort, um die militärischen Machtverhältnisse näher zu entwickeln. Die Summe war, daß die unerläßliche Bedingung für einen voraussichtlich sichern Erfolg das active Vorgehen Italiens sei; dann würde Österreich mit höchster Anstrengung 240000 Mann in Böhmen

aufzustellen vermögen, welchen wir, ohne die Landwehr in das Feld zu bringen, gleiche Zahl entgegensetzen könnten, während 50000 Mann gegen Bayern und die übrigen Süddeutschen stehen blieben.

Noch unbedingter redete darauf Manteuffel für den Krieg. Thatsächlich, sagte er, befinden wir uns schon darin; Gablenz, mit dem ich persönlich in gutem Vernehmen stehe, schreibt es allein seiner Vermittlung zu, wenn noch keine offene Feindseligkeit vorgekommen ist. Die Stimmung in Schleswig ist dafür, aber es fehlt das Vertrauen, daß Preußen wirklich handeln werde.

Gegen Moltke bemerkte Bismarck, er sei nicht der Meinung, daß Bayern bereits sicher als Feind zu betrachten sei. In Übereinstimmung aber mit dessen Ansicht über die Wichtigkeit des italienischen Eingreifens, schlug er vor, Moltke selbst nach Florenz zu senden, um ein Bündniß abzuschließen, durch welches Italien sich verpflichte, Österreich anzugreifen, sobald Preußen losschlage, und beide Theile bis zur Erlangung der vereinbarten Objecte auf jeden Separatfrieden verzichteten. Österreich, setzte er hinzu, werde den Ernst eines solchen Schrittes nicht verkennen, und dann neue Verhandlungen über die deutsche Frage, wie sie durch den Tod Frederik's VII. unterbrochen wurden, vielleicht bessern Eingang finden.

Allen diesen Erörterungen gegenüber verharrte als zuletzt Abstimmender der Kronprinz auf seinem, schon im Mai 1865 bezeichneten Standpunkte. Der Krieg gegen Österreich sei ein Bruderkrieg, und die Einmischung des Auslandes in denselben gewiß.

Nach Erwägung der vernommenen Voten entschied der König dahin: der Besitz der Herzogthümer sei eines Kriegs

werth, jedoch solle der Ausbruch desselben nicht übereilt werden, da eine friedliche Erlangung des Objectes, wenn möglich, immer wünschenswerther sei. Die Entscheidung über Krieg und Frieden werde daher von Österreichs fernerem Verhalten abhängen, und preußischer Seits zur Zeit nur diplomatische Einleitungen zu treffen sein, um für den Fall des Kriegs günstige Chancen zu gewinnen.

Die Schlußworte des Königs waren, er wünsche den Frieden, sei aber, wenn es sein müsse, zum Kriege entschlossen, welchen er, nachdem er Gott gebeten, ihm den rechten Weg zu zeigen, für einen gerechten halte[1]).

Diesen Erwägungen gemäß waren zunächst die Verhandlungen mit Frankreich und Italien in die neue Phase hinüber zu führen. Wohlverstanden, der Beschluß des Conseils ging nicht dahin, zur Zeit ein Preußen verpflichtendes Schutz- und Trutzbündniß mit diesen Staaten zu suchen, sondern, wie im vorigen Jahre zu Gastein, Erkundigung einzuziehen, wie im Falle eines preußischen Kriegs die beiden Mächte sich verhalten würden.

Auch der König war der Ansicht, daß die Erwerbung der Herzogthümer ohne eine Reform des Bundes nicht zu erreichen, daß also neben die schleswig-holsteinische unmittelbar die deutsche Frage zu stellen sei (wir werden gleich erfahren, im Sinne welcher Lösung): damit wäre eine weitere Ausdehnung des Streitobjectes in größtem Maaßstab gegeben, und der Fall eingetreten, für welchen Napoleon sich bisher freie Hand vorbehalten, gegen Bismarck aber den Wunsch einer persönlichen Correspondenz mit dem Könige geäußert hatte. Unter Bezugnahme auf diese Worte des Kaisers

[1]) Nach Moltke's Aufzeichnungen.

übersandte ihm der König am 3. März ein eigenhändiges Schreiben, der damals bezeichnete Augenblick eines specielleren Einvernehmens sei gekommen; Goltz sei beauftragt, dem Kaiser mit rückhaltloser Offenheit unsere Beurtheilung der Lage und die dadurch für Preußen erforderliche Haltung darzulegen; Napoleon's Auffassung dieser Ansichten werde der König mit der Discretion aufnehmen, welche dem persönlichen Charakter, den Napoleon diesem Ideenaustausch beilege, entspräche.

Mit andern Worten, man wünschte zu erfahren, ob und unter welchen Bedingungen Napoleon sich im Kriegsfall zu einer unbedingten Neutralität verpflichten würde.

Gleich nach seiner Ankunft in Paris besuchte Goltz am 5. März zuerst den Minister Drouyn de Lhuys, tauschte mit ihm die üblichen Freundschaftsversicherungen aus, gab ihm aber keine Kenntniß von dem königlichen Briefe, was Napoleon nachher vollkommen billigte. Am Abend desselben Tages wurde er von dem Kaiser empfangen und gab demselben die in dem königlichen Briefe verheißenen Aufklärungen. Es handle sich nicht mehr um Schleswig-Holstein allein; die gesammte Haltung Österreichs und die maaßlosen Angriffe der von ihm inspirirten Presse, schlössen jeden Zweifel an den kriegerischen Absichten des Wiener Cabinettes aus. Hienach müsse Preußen den für sich günstigen Moment zu ergreifen suchen; dies aber sei von zwei Vorbedingungen abhängig: Preußen denke einerseits, mit Italien die beiderseitigen Zielpunkte eines gemeinsamen Wirkens festzustellen, und wünsche andrerseits Napoleon's Einverständniß mit diesen Zielen zu constatiren und die etwaigen Folgerungen zu erfahren, welche der Kaiser im französischen Interesse daraus herleiten zu müssen glaube.

Goltz bezeichnete darauf als das Object unserer Action außer der Erwerbung der Herzogthümer eine engere Vereinigung der norddeutschen Staaten unter preußischer Leitung, analog der 1849 für ganz Deutschland aufgestellten Reichsverfassung, jedoch mit größerer Beschränkung der parlamentarischen Gewalt und stärkerer Autonomie der einzelnen Staaten. Als möglich stellte er dabei hin, daß einer oder der andere dieser Staaten wegen feindseliger Haltung gegen Preußen eine directere Unterordnung werde erfahren müssen. Für die Begrenzung des Objectes sei die Voraussetzung, daß sich Bayern zu irgend einer Art der Mitwirkung bestimmen lassen und dann die militärische Leitung Süddeutschlands erhalten würde. Zum Schlusse seines Vortrags bat Goltz den Kaiser, die Schritte anzugeben, welche er thun zu müssen glaube, um das französische Nationalgefühl mit einer solchen Erweiterung der preußischen Machtstellung auszusöhnen.

Napoleon hatte mit sichtbarem Interesse zugehört, und sprach dann seine Billigung dieser Politik aus; es sei vortrefflich, daß sie einen höheren nationalen Ausgangspunkt nehme, als die Frage der Elbherzogthümer. Aber, sagte er, ich bin in Verlegenheit, ein demnächstiges Compensationsobject für Frankreich im Voraus zu bezeichnen. Es ist angemessen, daß mir ein solches in Aussicht gestellt, und der Frage schon jetzt näher getreten wird, denn ich darf nicht unterlassen, der französischen Nation einen Preis für die Zulassung oder gar Begünstigung einer preußischen Machtvergrößerung, die hier mit Eifersucht betrachtet wird, zu zeigen. Ich bin frei von ängstlichen Vorurtheilen und kleinlichen Gleichgewichtsrücksichten, aber einer wirklich vorhandenen öffentlichen Meinung muß ich Rechnung tragen, und wie es

damit bei uns steht, habt Ihr aus den Reden Thiers' und Favre's und deren Eindruck im gesetzgebenden Körper vernommen. Allein jetzt schon ein einzelnes Object positiv zu bestimmen, ist für mich sehr schwer.

In der That war, da es sich doch nur um die französische Ostgrenze handeln konnte, die Auswahl nicht groß: belgische, deutsche, schweizerische Landstriche. Napoleon ging sie der Reihe nach durch. In Belgien, bemerkte er, herrscht auch nach dem Tode Leopold's I. völlige Ruhe; man sieht noch nicht ab, wann der Parteikampf zwischen Klerikalen und Liberalen das Land in solchem Grade zerrütten wird, um für uns eine neue Gebietserweiterung zu rechtfertigen. Goltz warf noch dazu die Bemerkung hin, preußische Officiere seien der Ansicht, daß bei einer Annexion Südbelgiens an Frankreich Preußen die Maaslinie zur Grenze erhalten müsse. Und sie haben vollkommen Recht, sagte Napoleon. — Dann die französische Schweiz. Das ist eine schwere Frage, rief er, das würde reife Überlegung fordern. Was die deutschen Grenzlande betrifft, so scheint nur in Rheinbayern französische Sympathie zu herrschen. Freilich, wenn Ihr Bayerns Mitwirkung in das Auge faßt, wird es um so weniger thunlich sein, diese Provinz heranzuziehen. Auch in Luxemburg gibt es französische Sympathien. Indeß habe ich vor Kurzem den Marschall Niel zu einem Gutachten über die militärisch wünschenswerthen Grenzen Frankreichs aufgefordert: er hat darauf die Grenzen von 1814 (Landau und Saarbrücken) bezeichnet. Aber die Abneigung des Königs, preußisches oder deutsches Gebiet abzutreten, erschwert die Wahl des Objectes ungemein.

So blieb es denn jetzt wie früher bei dem Ergebniß,

daß die preußische Regierung auf seine wohlwollende Neutralität, und der König auf seine sympathische Freundschaft zählen könne; über ein bestimmtes Compensations-Object vermöge er sich jetzt noch nicht zu äußern, hoffe aber, sich dereinst mit dem Könige leicht darüber zu verständigen. Eben diese Sätze bildeten dann den Inhalt des Briefes, womit er am 7. März das Schreiben des Königs beantwortete.

Goltz berichtete dazu: ich halte es für einen Gewinn, daß der Kaiser durch Hinausschieben der Verhandlung es uns erspart, ihn durch Versagung eines Begehrens schon heute zu verletzen; er wird für die Annexion der Herzogthümer keine Compensation, bei weiterem Machtzuwachse Preußens aber höchst wahrscheinlich die Grenzen von 1814 fordern. Darauf erwiderte Bismarck umgehend, nach dem unerschütterlichen Entschlusse des Königs könne niemals von einer Überlassung deutsches Landes die Rede sein; Napoleon sei falsch berichtet, wenn er an französische Sympathien in Rheinbayern glaube; wie könne er, nachdem er das Hervorheben des nationalen Programms durch Preußen als richtig anerkannt, uns zumuthen, die Durchführung desselben durch eine Abtretung deutscher Bevölkerung unmöglich zu machen? Er wies den Botschafter an, seinerseits die weitere Berührung der Frage zu vermeiden, französische Andeutungen darüber aber mit dem Hinweise auf die tödtliche Verletzung des deutschen Nationalgefühls abzulehnen.

War hienach auf der französischen Seite ein für alle Fälle sicherer Boden nicht gewonnen, so war doppelt erfreulich die weitere Meldung des Grafen Goltz, daß Nigra ihm einen Auftrag Napoleon's mitgetheilt habe, den König Victor Emanuel zu möglichst raschem Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses

mit Preußen zu ermahnen. Allen preußischen Wünschen eröffnete dies gute Aussichten.

Seit dem großen Conseil vom 28. Februar war man in Berlin mit den Vorbereitungen für Moltke's Sendung nach Florenz beschäftigt. Ein nationales Bedenken gegen Hereinziehung des Auslandes in die deutschen Wirren konnte in diesem Falle nicht bestehen. Da Österreich zu größerem Theile Slaven, Magyaren und Venetianer in das Feld führte, so konnte es sich nicht beschweren, wenn Preußen italienische Streitkräfte zur Unterstützung heranzog. Vollends entscheidend war die Betrachtung, daß zwar ein Bündniß mit Frankreich für die deutschen Gesammtinteressen schwere Gefahren bereitet hätte, Italien aber schlechterdings nicht in der Lage war, das außerösterreichische Deutschland zu schädigen. Die letzten Nachrichten aus Florenz lauteten etwas besser, etwas mehr Bereitwilligkeit zu einem Bunde mit Preußen, freilich aber auch stete Fortdauer des Mißtrauens, Preußen werde das Bündniß nur zu einem diplomatischen Drucke auf Österreich benutzen, und wenn es diesem Schleswig-Holstein abgepreßt habe, Italien im Stiche lassen. In Berlin hatte man Grund genug zu einer entsprechenden Besorgniß in entgegengesetzter Richtung, fand aber im Übrigen sich in der Lage, die Sorgen La Marmora's zu beseitigen, und mehr, viel mehr als Holstein zu fordern, nachdem man sich zu der Aufstellung der großen nationalen Frage entschlossen hatte. Nur war diese, wenngleich populärer in Deutschland und imponirender für Europa, doch auch weitschichtiger und verwickelter als die schleswig-holsteinische. Eine gewisse Zeit zu ihrer Einführung und Entwicklung war unerläßlich, während Italien — in der Klemme seiner Finanznoth, thunlichst baldigen, wenn irgend

möglich sofortigen Abschluß und Losbruch begehrte. Um so mehr wollte das preußische Cabinet die Führung der Sache in der eigenen Hand behalten und der Herr der Entscheidung über das Ob und Wann des Losbruchs bleiben. Dies erschien um so nöthiger, als Preußen nicht bloß der stärkere der beiden Theile war, sondern auch, bei Frankreichs Haltung, die bei Weitem gefährlichere Rolle in dem künftigen Bunde auf sich nahm. Moltke hatte allerdings starken Zweifel, ob Italien sich zu einem Vertrage dieses Inhalts verstehen würde, jedoch überwogen die angeführten Gründe, und es wurde beschlossen, nicht sofortigen Angriff auf Österreich zu verheißen, sondern die Wirksamkeit des Bündnisses ganz ausschließlich auf den Fall einer preußischen Kriegserklärung gegen Österreich zu beschränken.

Hienach wurde dann Moltke's Instruction, nach einem zuerst von Bismarck vielfach umgearbeiteten und darauf von dem Könige im Einzelnen verbesserten Entwurfe des Generals, am 12. März festgestellt. Wegen der zweifelhaften Haltung Napoleon's und der Nothwendigkeit, vor Europa nicht als muthwilliger Friedensbrecher zu erscheinen, wurde vor Allem der eventuelle Charakter des Bündnisses betont. Als die im Kriegsfall zu erstrebenden Ziele wurde für Preußen eine Stellung in Norddeutschland bezeichnet, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 der Reichsgewalt für ganz Deutschland zugedacht war, für Italien aber die Eroberung von Venetien, jedoch mit bestimmter Ablehnung jedes deutschen Bundesgebietes, Tirols oder Triests. Wenn Italien, sagte die Instruction, diese Ziele genehmigt, und Frankreich ihnen nicht entgegen ist, so sind wir, von dem Augenblicke an, wo der Krieg zum Ausbruch kommt, zur Führung desselben in großen

Dimensionen und zum Verzichte auf jeden Separatfrieden vor Erreichung der beiderseitigen Ziele bereit.

Die militärischen Gesichtspunkte blieben Moltke's Beurtheilung überlassen. (Dieser hatte schon früher bemerkt, daß eine besondere Abrede über die Operationen kaum nöthig sei. Sie seien völlig unabhängig von einander. Nicht in ihrer Combination, sondern in ihrer Gleichzeitigkeit liege der Vortheil.) Daß der Krieg beiderseits mit dem Aufgebote der ganzen Macht geführt werde, verstehe sich von selbst.

Also, wiederholte die Instruction, ein eventuelles Bündniß für den Fall, daß Preußen in Folge seiner deutschen Politik zum Kriege genöthigt würde. Mit welcher Raschheit und Entschiedenheit wir diese Politik durchführen werden, hängt für uns wesentlich davon ab, ob wir auf Italiens Hülfe mit der vollen Sicherheit rechnen können, die ein eventuelles Bündniß gewähren würde. Noch steht es in unserer Macht, zwischen Krieg und Frieden zu wählen: es liegt also in Italiens eigenem Interesse, uns die gedachte Sicherheit zu gewähren, und zugleich uns Zeit zu lassen, den Conflict mit Österreich auf das Gebiet hinüber zu spielen, auf welchem Preußens Forderungen im Einklang mit den nationalen Bedürfnissen Deutschlands stehen.

Die Instruction schloß mit dem Bemerken, daß, wenn trotz aller dieser Erwägungen Italien zu dem eventuellen Bündniß nicht zu bewegen sei, dann sich der Vorschlag eines einfachen pactum de contrahendo empfehlen würde, eines allgemeinen Freundschaftsvertrags, in welchem man sich zusagte, beim Eintritt gewisser Eventualitäten ein Kriegsbündniß des erwähnten Inhalts einzugehen.

Bismarck, welcher dem sichern Urtheil und Tacte des

Grafen Usedom kein besonderes Vertrauen schenkte, hatte die baldige Abreise Moltke's lebhaft gewünscht. Allein, während dessen eben mitgetheilte Instruction ausgearbeitet wurde, kam aus Florenz die Nachricht, daß La Marmora einen italienischen General zu ganz ähnlichem Zwecke nach Berlin sende, und so wurde hier beschlossen, Moltke einstweilen zurückzuhalten, und zunächst abzuwarten, mit welchen Aufträgen der italienische Unterhändler versehen sei.

3. Capitel.

Abschluß des italienischen Bündnisses.

Am 24. Februar 1866 wurde Fürst Cusa von Rumänien durch eine unblutige Palastrevolution in Bukarest vom Throne gestürzt und durch eine provisorische Regierung ersetzt. Auf die erste Nachricht davon telegraphirte Comthur Nigra aus Paris sofort nach Florenz, hier erscheine ein herrlicher Anlaß, Österreich zur Entschädigung für Venetien die Donaufürstenthümer anzubieten, worauf er umgehend die Ermächtigung empfing, bei Napoleon für diesen Plan zu wirken. Der Kaiser, einem solchen Gedanken, wie wir sahen, bisher wenig geneigt, hörte zwar am 28. Februar Nigra's Eröffnungen wohlwollend an, bemerkte aber, daß Österreich den Vorschlag wenig günstig aufnehmen, und ohne eine fühlbare Pression schwerlich darauf eingehen würde; indessen habe Italien zu diesem Zwecke ein nahe liegendes Mittel, den Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen; wenn dieses geschähe, würde er, Napoleon, den Tauschplan in Wien, wie er hoffe, mit raschem Erfolge, selbst befürworten. Diese Aussicht, Venetien nun doch ohne Krieg zu erwerben, that La Marmora's Herzen wohl, und da Napoleon als Bedingung dafür das preußische

Bündniß bezeichnete, entschloß sich der Minister, dem Berliner Cabinet einen Schritt in dieser Richtung entgegen zu thun[1]). Er veranlaßte den Grafen Usedom am 4. März zu einem Telegramm an Bismarck, Italien beabsichtige, wenn es der preußischen Regierung genehm sei, behufs politischer und militärischer Verhandlung einen Officier nach Berlin zu senden. Mit dieser Depesche kreuzte sich ein Telegramm Bismarck's, der König genehmige eventuelles Bündniß und militärische Sendung (nämlich Moltke's nach Florenz). Hierin meinte Usedom die preußische Zustimmung zu La Marmora's Vorschlag zu finden, und auf seine Mittheilung berief der Minister den General Govone, einen ebenso kräftigen wie vorsichtigen Officier, aus Perugia nach Florenz, um ihm die erforderlichen Instructionen für Berlin zu ertheilen. Immerhin erklärte Bismarck nach Aufklärung des Sachverhalts umgehend sein wirkliches Einverständniß mit der Sendung Govone's, und ließ dies auch durch Goltz dem Comthur Nigra erklären[2]).

La Marmora begann also die Unterhandlung, nicht um im Bunde mit Preußen Krieg zu führen, sondern um das Schreckbild dieses Bundes in Wien als Pression für den rumänischen Tausch zu verwerthen — bei welcher Gesinnung, beiläufig bemerkt, es allerdings natürlich war, daß er eine gleiche auch bei Preußen aus jedem Worte heraus zu fühlen

[1]) Dies Alles nach Nigra's Bericht vom Juni an den Prinzen von Carignan. Derselbe gibt die Motive und den Zusammenhang der ganzen Unterhandlung, während die von La Marmora veröffentlichten Bruchstücke der Nigra'schen Depeschen aus dem März und April den entscheidenden Punkt im Dunkel lassen.

[2]) Dies Alles verschweigt La Marmora in seinem Buch, um den Schein zu erwecken, als habe Bismarck die Sendung Govone's veranlaßt.

meinte. So erhielt denn Govone keinen Auftrag zum Abschluß eines Italien irgendwie bindenden Vertrags; er sollte sich über Preußens Gesinnungen unterrichten, und wenn diese auf große deutsche Politik, auf Krieg gegen Österreich und wirksame Verträge mit Italien gingen, darüber einen offenen Meinungsaustausch pflegen, und insbesondere über die von Preußen begehrten militärischen Combinationen berichten. Übrigens theilte der Minister dem General die rumänischen Aussichten mit, indem er ihn ermahnte, sich nicht seinerseits als Vogelscheuche mißbrauchen zu lassen, mit welcher Bismarck vielleicht nichts Anderes als die Abtretung Holsteins in Wien zu erjagen trachte[1]). Wenn es Govone gelang, auf diesem Wege von Preußen das Anerbieten eines Schutz- und Trutzbündnisses zu sofortiger Kriegserklärung gegen Österreich zu erhalten, so fand sich La Marmora in der erwünschten Lage, je nach den Umständen Preußens Anträge entweder anzunehmen und Krieg zu führen, oder in Wien zu Gunsten des rumänischen Tausches zu verwerthen und die Kriegführung dann Preußen allein zu überlassen.

Schon am Tage seiner Ankunft in Berlin, am 14. März, hatte Govone, in Gegenwart des Grafen Barral, sein erstes Gespräch mit Bismarck. Er erklärte seiner Instruction gemäß, da nach Usedom's wiederholten Mittheilungen Preußen zum Kriege gegen Österreich entschlossen sei, neige Italien dazu, diesem Vorgehen behufs Lösung der venetianischen Frage sich anzuschließen, wenn durch formelle Verpflichtungen das preußische

[1]) La Marmora bedauert, im Anfang des Capitel 7 seines Buches, daß Govone's Instruction verloren gegangen sei, und er nur einige Hauptpunkte aus dem Gedächtniß wiederholen könne. Indessen läßt über Inhalt und Tendenz derselben La Marmora's Erlaß an Barral und der Verlauf der Unterhandlung keinen Zweifel.

und das italienische Programm solidarisch gemacht würden; für diesen Fall habe er den Auftrag, auf der so gewonnenen politischen Grundlage über eine Militärconvention in Verhandlung zu treten.

Bismarck erwiderte ihm unter Darlegung der uns aus Moltke's Instruction bekannten Sätze, daß sich die bisher zwischen Preußen und Österreich schwebende holsteiner Frage zur Stellung des Kriegsfalles nicht eigne. Preußen denke deshalb, die nationale Frage der deutschen Bundesreform zur Grundlage seiner fernern Action zu machen, bedürfe aber zu deren zweckmäßiger Vorbereitung und Einführung noch einiger Monate, und schlage mithin, um für dieses Wirken einen gesicherten Rückhalt zu haben, der italienischen Regierung einen Vertrag vor, durch welchen Italien sich zur Kriegserklärung gegen Österreich verpflichte, sobald Preußen zur Durchführung der Bundesreform die Waffen ergreifen werde.

Wir haben gesehen, wie oft Italien bisher erklärt hatte, es könne Preußen nicht trauen, so lange dieses seinen Kriegszweck auf Holstein beschränke; je größere Forderungen es erhebe, desto eher sei an den Ernst seiner Vorschläge zu glauben. Jetzt also trat Preußen mit dem weitesten Programm hervor, dessen Aufstellung ihm überhaupt möglich war; von jener Sorge, daß es die Freundschaft Italiens nur als Pressionsmittel zur Erwerbung Holsteins benutzen wollte, konnte keine Rede mehr sein. Aber um so größeren Anstoß nahmen die italienischen Unterhändler zunächst an dem vorgeschlagenen Aufschub der Kriegserklärung, wenn sie auch Bismarck's Erörterung über die eigenthümliche Natur der deutschen Frage nicht wiederlegen konnten, und vor Allem an dem Umstand, daß Italien versprechen sollte, auf Preußens Signal

den Krieg zu erklären, umgekehrt aber Preußen keine solche Verpflichtung übernehmen wollte. Das alte Mißtrauen gegen Preußens Zuverlässigkeit und Entschlußkraft erwachte wieder in vollem Umfange. Graf Barral, ein ebenso argwöhnischer Piemontese, wie La Marmora, war sofort, wie dieser, überzeugt, man werde lediglich eine Wiederholung von Gastein erleben, und auch Govone, obgleich ein Mann von völlig anderem Temperamente, war im Augenblicke durch seinen Minister von denselben Sorgen erfüllt. Nur wenn Preußen sich zu sofortigem Losschlagen entschlösse, könne man auf seine Ehrlichkeit sich verlassen und mitthun; wenn nicht, so gelte es zunächst, sich selbst nicht zu binden, und in Berlin Material zur Einschüchterung des Wiener Hofes und zur friedlichen Erwerbung Venetiens zu sammeln. Der jetzige Antrag Bismarck's erfüllte aber keinen dieser Zwecke. Gerade umgekehrt, Italien sollte sich binden, Preußen jedoch freie Hand behalten. Nicht einmal zur diplomatischen Bedrohung Österreichs ließ sich dergleichen benutzen. Denn von jeher war in Wien alle Welt überzeugt, daß Italien angreifen würde, wenn Preußen losschlüge; wollte Italien dort eine neue Wirkung erzielen, so mußte es anzeigen können, daß Preußen sich zum Losschlagen rüste.

Govone erklärte also auf der Stelle, daß er für einen Vorschlag, wie den eben vernommenen, ohne Instruction sei darüber berichten werde, aber schon jetzt an der Bereitwilligkeit seiner Regierung zweifle. Bismarck, indem er die Vortheile seines Antrags nochmals entwickelte, bemerkte dann, daß er, falls Italien in seiner abweisenden Haltung beharre, wenigstens als Minimum seiner Wünsche einen einfachen, allgemeinen, beständigen Freundschafts- und Allianzvertrag vor-

schlagen würde, in welchem man verabredete, bei Ausbruch eines Kriegs einen specielleren Vertrag über die beiderseitigen Leistungen zu zeichnen. Govone behielt sich vor, auch hierüber zu berichten. Am folgenden Tage schrieb er darauf seinem Minister: wenn die Frage einfach wäre, und es sich nur darum handelte, ob man mit Preußen einen Act abschließen sollte oder nicht, so müßte man nach dem gestrigen Gespräche meines Erachtens jede weitere Unterhandlung unverzüglich abbrechen; da es aber wegen anderer Unterhandlungen (offenbar der rumänischen), welche Ew. Excellenz mir andeuteten, für uns nützlich ist, daß man in Wien an ein preußisch-italienisches Kriegsbündniß glaube, so werden Sie es wohl billigen, daß ich noch einige Tage hier als Beobachter bleibe, und vielleicht auch den von Bismarck gewünschten Freundschaftsbund zeichne; auf diese Art gewännen wir Zeit und Mittel zu jenen andern Combinationen, und dann hätte die Natter den Charlatan gebissen.

Der wackere Soldat sollte binnen kurzer Zeit erkennen, daß Bismarck kein Charlatan, und folglich seine Anwendung des alten Sprichworts nur zur Hälfte richtig war.

Mehrere Tage lang bewegte sich die Verhandlung in dem am 14. bezeichneten Kreise hin und her. Bismarck deckte den Italienern mit rückhaltloser Offenheit alle Schwierigkeiten seines Spieles auf, die zweifelhafte Stellung Süddeutschlands, die Unsicherheit der napoleonischen Haltung gegen Preußen, die heftige Abneigung Englands gegen die Annexion der Herzogthümer. Während Usedom zwar immer ein entschlossenes Eintreten Italiens als die unerläßliche Bedingung des preußischen Vorgehens bezeichnet, daneben aber, um La Marmora Muth zu machen, doch auch die starke

Neigung Preußens zum Kriege betont hatte, hielt Bismarck mit Grund das umgekehrte Verfahren für richtig, und setzte Govone und Barral wiederholt auseinander, daß Preußen immer noch die Wahl zwischen Krieg und Frieden, zwischen vollem und bescheidenem Vortheil habe, daß es bei Abweisung seiner wohlerwogenen Vorschläge ganz sicher den kleinern, aber gefahrlosen Gewinn einem Kampfe auf Tod und Leben vorziehen würde. Um sie auf das Eindringlichste davon zu überzeugen, schilderte er ihnen, wie er persönlich zwar für die kriegerische Politik sei, mit dieser Ansicht aber in Berlin sehr vereinzelt stehe, wie namentlich der König stets nur mit höchstem Widerstreben an den Gedanken eines österreichischen Kriegs herangehe, so daß, wenn Italien fortfahre, Hindernisse zu bereiten, es ihm (Bismarck) alle Mittel raube, den König zum Kriege zu bestimmen; dann könnte es, durch Italiens Schuld, allerdings zu einem neuen Gastein kommen, bei welchem Italien das leere Nachsehen hätte. In der That war der König fest entschlossen, die Leitung der Sache allein in der eigenen Hand zu behalten, und lieber auf das italienische Bündniß zu verzichten, als sich durch Italien das Ob und Wann des Kriegs vorschreiben zu lassen.

Indessen traten Ereignisse ein, welche die Gedanken der italienischen Unterhändler erheblich modificirten.

Zunächst ging das rumänische Project in Rauch auf. Nachdem Frankreich es den Großmächten mitgetheilt hatte, sprach der englische Minister ohne Zaudern ein ungünstiges Urtheil aus. Der Kaiser von Rußland schrieb auf den Rand der Depesche: unzulässig auf Gefahr eines Kriegs[1]). Vor Allem Österreich antwortete mit einer kurzen und runden

[1]) Inadmissible jusqu'à la guerre.

Ablehnung. Eine friedliche Erwerbung Venetiens war also nicht mehr zu hoffen; Italien mußte verzichten oder Krieg führen und folglich sich zu Preußens Bedingungen bequemen.

Geradezu entscheidend aber wurde, daß in diesem Augenblicke die bis dahin chronische Spannung zwischen Österreich und Preußen acuten Charakter gewann.

Das völlige Schweigen, welches Bismarck seit dem Empfange des österreichischen Erlasses vom 7. Februar und seiner kurzen Erklärung über das Ende der Allianz beobachtete, steigerte in Wien die Unruhe der Gemüther mit jedem Tage. Man zweifelte nicht mehr, daß Bismarck, seiner Erklärung vom 26. Januar entsprechend, andere Bündnisse, selbstverständlich gegen Österreich, suche. Bald fand diese Besorgniß ihren Weg zuerst in die officiösen Blätter und von dort in die Presse von ganz Europa. Die Berliner Zeitungen antworteten mit nachdrücklichen Gegenbeschwerden, und unablässig flogen immer schärfere Anklagen hinüber und herüber. Man war in Wien überzeugt, daß Preußen jedesfalls und zwar vielleicht in kurzer Frist, die Einverleibung Holsteins gewaltsam zu vollziehen meine; dagegen stand bei der österreichischen Regierung der Entschluß fest, der preußischen Habgier schlechterdings kein weiteres Zugeständniß zu machen; demnach erschien der Krieg gewiß, und jede Möglichkeit einer friedlichen Verständigung ausgeschlossen. Das Werk des österreichischen Generalstabs über den Krieg von 1866 sagt in diesem Sinne[1]: „obgleich Österreich um jeden Preis vermeiden wollte, als provocirender Theil zu erscheinen, so war doch jetzt (nach Bismarck's Äußerung über die Depesche vom 7. Febr.) die

[1]) Österreichs Kämpfe im Jahre 1866, herausgegeben von dem K. K. Generalstab (angeblich redigirt von Vivenot) I, 19.

Nothwendigkeit eingetreten, sich ernstlich für den Krieg vorzubereiten, um so mehr, da seine Heeresverfassung nur eine langsamere Mobilmachung als in Preußen zuließ."

Allerdings war die Lösung dieser Aufgabe, zu rüsten, ohne als Herausforderer zu erscheinen, nicht leicht. Denn es kam darauf an, dem neutralen Europa kriegsdrohende Schritte des Gegners nachzuweisen, welche für Österreich Maaßregeln der Abwehr nöthig erscheinen ließen, und dieser unberechenbare Bismarck, dem man jede Teufelei zutraute, ließ sich schlechterdings auf keinem solchen Schritte betreffen. Daß er am 9. Februar gesagt hatte, Preußen stehe fortan zu Österreich nicht besser, aber auch nicht schlechter als zu allen andern Mächten, konnte im Ernste doch nicht als Kriegserklärung verwerthet werden, und daß am 28. Februar ein Ministerrath unter Vorsitz des Königs Statt gefunden hatte, dessen Beschlüsse niemand kannte, war ein auch in den ruhigsten Zeiten nicht ungewöhnliches Ereigniß. So wurde die Stimmung in Wien immer gereizter; die großdeutschen Räthe der Staatskanzlei waren längst von der Lehre des Herrn von Beust durchdrungen, es werde in Deutschland nicht eher besser werden, als bis man Preußen zu einer „bundescorrecten" Haltung mit dem Schwerte zurückgezwungen hätte, und das bittere Gefühl, durch Rechberg's Politik dem Gegner große Vortheile und bestimmte Rechtstitel selbst geliefert zu haben, trug nicht dazu bei, diese Empfindungen zu mildern. Da hörte man plötzlich von einem ersten Beginne preußischer Rüstung, von einer Einberufung preußischer Landwehr. Allerdings zeigte sich gleich nachher, daß es nichts als die alljährliche Controlversammlung der Berliner Landwehr gewesen, mit dem einzigen Unterschiede von dem ge-

wöhnlichen Brauch, daß sie nicht successiv in den einzelnen Stadttheilen, sondern an demselben Tage für die gesammte Mannschaft Statt gefunden hatte, welche dann aber nach dem Namensaufruf wieder friedlich nach Hause gegangen war. Aber gleich auf die erste Meldung war das Wiener Kriegsministerium auch seinerseits zum Beginne activer Rüstung entschlossen, und erließ am 2. März einen Befehl an sechs Reiterregimenter und sechs Batterien, sich marschfertig zu machen. Am 7. März wurden darauf unter dem Vorsitze des Kaisers die Sitzungen eines sogenannten Marschallrathes eröffnet, zu welchem außer den betreffenden Ministern achtzehn höhere Generale geladen waren; in diesen Berathungen, welche bis zum 13. fortdauerten, wurden die militärische Lage, die Gründe für eine Mobilmachung, die eventuelle Aufstellung einer Nordarmee gegen Preußen und einer Südarmee gegen Italien erwogen[1]). Graf Mensdorff sprach sich entschieden gegen jede Rüstung als voreilig in diesem Zeitpunkt, und deshalb für Österreichs Interessen schädlich, aus, brachte aber bei seinen militärischen Hörern nur geringen Eindruck hervor[2]). Um so entschiedenere Wirkung hatte dagegen folgende, von Herrn von Beust eiligst nach Wien berichtete Thatsache.

Bei einem Mittagsessen in der sächsischen Gesandtschaft zu Berlin, hatte die Gesandtin, Gräfin Hohenthal, die Naivität, den neben ihr sitzenden preußischen Ministerpräsidenten kurzweg zu fragen: Sagen Sie mir doch, Excellenz, ist es wirklich war, daß Sie Österreich bekriegen und Sachsen erobern wollen? Bismarck erwiderte mit größter Freundlichkeit:

[1]) Österreichs Kämpfe I, 70.

[2]) Wiederholte Mittheilung Mensdorff's an den preußischen Gesandten, Ende April und Anfang Mai.

Ganz gewiß ist das wahr, theuerste Gräfin; vom ersten Tage meines Ministeriums an habe ich keinen andern Gedanken gehabt; unsere Kanonen sind heute gegossen, und Sie sollen bald sehen, wie sie der österreichischen Artillerie überlegen sind. Entsetzlich, rief die Dame; aber, fuhr sie fort, dann geben Sie mir einen Freundesrath, da Sie einmal in offenherziger Laune sind: ich habe zwei Besitzungen, auf welche soll ich mich flüchten, auf mein Gut in Böhmen, oder auf mein Schloß bei Leipzig? Wenn Sie mir glauben wollen, antwortete Bismarck, reisen Sie nicht nach Böhmen; eben dort, und wenn ich nicht irre, gerade in der Nähe Ihres Gutes, werden wir die Österreicher schlagen; Sie könnten dort also schreckliche Abenteuer erleben. Gehen Sie ruhig nach Sachsen; bei Leipzig wird nichts vorfallen, und Sie werden nicht einmal durch Einquartierung belästigt werden, denn Ihr Schloß Knauthayn liegt an keiner Etappenstraße [1]).

Als bald nachher Bismarck von andern Diplomaten über diese Äußerungen besorglich interpellirt wurde, lachte er, daß man von der Verspottung einer unpassenden Frage Notiz nähme. Herr von Beust aber nahm, in Erinnerung an seine langjährige Feindseligkeit gegen Preußens Politik, die Sache äußerst ernsthaft, sandte die wichtige Enthüllung nach Wien, rief Österreichs mächtigen Schutz an, und erklärte, daß, wenn Österreich jetzt rüste, sämmtliche Mittelstaaten fest zu ihm stehen, anderes Falls aber der Freundschaft Österreichs für immer den Rücken kehren würden [2]).

[1]) Rothan, la politique française en 1866, p. 112, nach einer Mittheilung des Grafen Hohenthal selbst.

[2]) König Wilhelm erwähnte dies in einem Schreiben vom 4. Mai an König Johann von Sachsen; dieser schrieb zurück, er werde dem-

Nun hatte Mensdorff seine Warnungen gegen jede offensiv erscheinende Maaßregel hauptsächlich auf die Kriegsscheu der Mittelstaaten gestützt; die sächsische Eröffnung entzog also seinem Begehren den Boden, und der Marschallrath gelangte zu dem Beschlusse, Truppenverstärkungen nach den an Preußen angrenzenden Provinzen zu senden. Bisher hatten in Böhmen, Mähren und Westgalizien 60 Bataillone und 34 Schwadronen gestanden; dazu stießen jetzt im Laufe des März zehn Bataillone und dreißig Schwadronen, also in Friedensstärke ungefähr 11 000 Mann, von welchen neun Bataillone ihre Aushebungsbezirke in Böhmen selbst hatten, mithin sich binnen wenigen Tagen auf Kriegsstärke setzen konnten [1]. In die früheren Garnisonen derselben rückten dann aus entfernteren Provinzen andere Truppentheile nach; zugleich erging ein Verbot an die Zeitungen, Nachrichten über Truppenbewegungen zu bringen.

Durch diese Verfügungen wurde es möglich, binnen kurzer Frist von drei Seiten her 80000 Mann in Schlesien einbrechen zu lassen, wo damals nur 25000 Mann in immobilem Stande und in den gewöhnlichen Friedensgarnisonen vertheilt waren.

Es war begreiflich, daß diese fast in dem ganzen Umfange des Kaiserstaats bemerkbaren Truppenzüge eine allgemeine Unruhe hervorriefen, und alarmirende, zum Theil auch übertriebene Berichte, nicht bloß nach Berlin, sondern

nächst hierüber völlig befriedigende Auskunft geben; diese ist aber, so viel man weiß, bei den rasch wachsenden Kriegsvorbereitungen nicht erfolgt.
Auch der preußische Gesandte bei den sächsischen Herzogthümern erfuhr den Hergang in Meiningen. Bericht vom 23. Mai.

[1]) Österreichs Kämpfe I, 75. Genau damit übereinstimmend das (früher erschienene) preußische Generalstabswerk S. 6.

auch nach München, Hannover u. s. w. veranlaßten. Es kam dazu, daß aus Triest Meldungen über lebhafte Flottenrüstung umliefen, und daß das Königreich Sachsen die sonst am 1. April Statt findende Recruten-Einstellung auf den 18. März verlegte, und Pferdeankäufe für sein Armeecorps einleitete. Allerdings läugnete Graf Mensdorff jeden Gedanken an einen feindseligen Angriff auf Preußen ab, erklärte die Truppenbewegungen für harmlose, aus sonstigen Gründen beschlossene Dislocationen, bemerkte, daß bisher nur ein einziges Bataillon seine Reservisten einberufen habe[1]). Doch konnte er nicht umhin, einzugestehen, daß diese defensiven Maaßregeln ihre Front gegen Preußen richteten. Als der preußische Militärbevollmächtigte, Graf Gröben, ihm in einer Abendgesellschaft sein Bedauern aussprach, daß man bereits von Rüstungen Österreichs gegen Preußen reden höre, erwiderte Mensdorff: ich kann es Ihnen natürlich nicht sagen, wann wir rüsten; aber man muß auf der Hut sein[2]); die Nachrichten aus Berlin lauten unsicher; es ist schwer zu erfahren, was Sie thun[3]); schließlich treibt in solchen Dingen immer Einer den Andern. „Wir schützen uns vor Überrumpelung", setzte seine Gemahlin hinzu. In gleichem Sinne redete er einige Tage später auch zu dem preußischen Gesandten.

Mit jenen Dislocationen erachtete man jedoch den Schutz

[1]) Ähnlich erläuterte Graf Karolyi, wo eine Einberufung von Urlaubern Statt finde, handle es sich nicht um ausgediente Kriegsreservisten, sondern um beurlaubte Soldaten des Friedensstandes. Die Zahl dieser sogenannten Extraurlauber war damals übrigens aus finanziellen Gründen sehr groß, und stieg bei manchen Bataillonen über 200 Mann, so daß ihre Einberufung durchaus keine gleichgültige Sache war.

[2]) „Wir auch", schrieb Bismarck auf den Rand eines solchen Berichts.

[3]) Sehr begreiflich, da Herr von Roon eben nichts that.

vor Überrumpelung noch nicht ausreichend. Frischen Ärger gegen Preußen hatte so eben eine in Schleswig am 11. März erlassene königliche Verordnung bewirkt, welche alle Umtriebe zur Untergrabung der preußisch-österreichischen Souveränität in den Herzogthümern mit Zuchthausstrafe bedrohte: der Verdruß über diesen neuen Schlag gegen die Augustenburger Partei war um so bitterer, als sich nicht füglich Widerspruch gegen eine Maaßregel erheben ließ, welche ebenso die Souveränität des Kaisers, als die des Königs zu stützen bestimmt war. An welchem Ende also sollte man die Sache anfassen? So bedenklich Bismarck's Gespräch mit der sächsischen Gräfin auch sein mochte, so konnte man es doch nicht zur Grundlage eines völkerrechtlichen Actes machen. Daß aber die Zeit zu einem solchen gekommen sei, schien jetzt, wo man die Nachricht von Govone's Ankunft in Berlin erhielt, auch dem Grafen Mensdorff klar, und er beschloß also, die Frage, welche Bismarck der Gräfin so frivol beantwortet hatte, durch den Grafen Karolyi am 16. März ernstlich und amtlich stellen zu lassen, die Frage, ob Preußen beabsichtige, die Gasteiner Convention gewaltsam zu brechen, und den grundgesetzlichen Bundesfrieden in Deutschland zu stören. Auf welche Erwiderung man gefaßt war, zeigt ein österreichisches Rundschreiben von demselben 16. März, worin allen deutschen Regierungen bereits ausführlich geschildert wurde, was zu geschehen habe, wenn Bismarck eine ungenügende oder ausweichende Antwort gebe, nämlich: Antrag an den Bundestag, über Schleswig-Holstein zu entscheiden, und falls Preußen sich diesem Ausspruch widersetze, Mobilmachung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme der dazu gehörigen drei preußischen Armeecorps.

Mensdorff hätte wohlgethan, dieses Circular zurückzuhalten, bis die Voraussetzung desselben, nämlich Bismarck's Antwort, ihm vorgelegen hätte. Denn als am 16. Karolyi dem preußischen Minister die inhaltschwere Frage stellte, entgegnete dieser sehr ruhig [1]): „wenn Sie auf eine solche Frage eine eingehendere Antwort wünschen, so muß ich bitten, dieselbe schriftlich an mich zu richten; in mündlicher Antwort muß ich mich mit dem einfachen Worte Nein begnügen, das ich aussprechen kann, ohne vorher die Befehle Sr. Majestät einzuholen; wir wünschen im Gegentheil, daß Österreich seinerseits die Verträge von Wien und Gastein genauer beobachte. Als dann Karolyi sich über Preußens Rüstungen erkundigte, erhielt er die völlig begründete Auskunft, daß von Rüstungen auch nicht die leiseste Spur in Preußen vorhanden sei. Karolyi versicherte darauf, wenn, was er nicht wisse, in Österreich wirklich Rüstungen Statt fänden, so hätten sie nur die Vertheidigung zum Zweck; Österreich denke nicht daran, Preußen anzugreifen. Solche defensive Vorbereitungen, sagte Bismarck, sind für Preußen stets eine Gefahr; hat Österreich einmal 150000 Mann an den Grenzen, so ist ein Grund zum Bruche leicht gefunden; das hat Preußen 1850 erlebt.

Nach diesem Gespräche wurde in Berlin erzählt, Bismarck habe seinem einfachen Nein noch das Wort hinzugefügt: „aber, lieber Graf, glauben Sie denn, daß ich anders geantwortet hätte, wenn ich von kriegerischen Absichten erfüllt wäre?" Eine treffendere Kritik der österreichischen Interpellation ließ sich nicht geben, als in diesem Scherze.

Indessen, gegen Bismarck's wirkliche Antwort konnte man

[1]) Unmittelbar nachher gemachte Aufzeichnung Bismarck's.

in Wien nichts einwenden; die Frage war also ein Schlag in's Wasser gewesen, und Mensdorff beeilte sich, die Überreichung seines Rundschreibens an die Regierungen, wo es noch möglich war, abzubestellen. Auch mußte er erleben, daß die meisten Regierungen, welche die Depesche empfangen hatten, ganz im Gegensatze zu Beust's Versicherungen, in großer Kriegsscheu sich auf den formellen Bundesstandpunkt zurückzogen und dringend von jedem Schritte abmahnten, welcher zu einer Störung des Bundesfriedens führen könnte. Dem preußischen Cabinet wurde der Wortlaut des Actenstücks erst nach längerer Zeit, der wesentliche Inhalt desselben aber, und mit ihm der diplomatische Feldzugsplan des Gegners, sehr bald bekannt. Bismarck säumte nicht, seinen Gegenzug zu thun. In einem Rundschreiben an die deutschen Regierungen, vom 24. März, legte er eine genaue Übersicht der nach Norden vorgeschobenen und ihnen nachrückenden österreichischen Regimenter vor, erklärte, daß die königliche Regierung einer solchen Bedrohung gegenüber Deckungsmaaßregeln ergreifen müsse, und fragte, ob Preußen, falls sich hieraus ein österreichischer Angriff entwickele, auf die Hülfe seiner Bundesgenossen zählen könne. Zugleich aber nahm er von diesen Vorgängen den Anlaß für eine erste Ankündigung seiner Pläne zu einer großen Bundesreform, auf die wir unten näher zurückkommen werden. Der Gegensatz zwischen den beiden Mächten lag vollständig in den beiden Rundschreiben zu Tage: hier Österreich, welches jede preußische Erhebung durch das alte Bundesrecht zu erdrücken, dort Preußen, welches durch Zersprengung dieses Rechts Luft und Licht zu gewinnen suchte.

Am 27. März beschloß in Berlin ein Ministerrath unter

Vorsitz des Königs die Armirung der schlesischen und der Elbfestungen, den Pferdeankauf für die Hälfte der preußischen Feldartillerie, und die Verstärkung von 75 Bataillonen von je 530 auf 685 Mann (die volle Kriegsstärke wäre 1002 gewesen). Die Erhöhung des Mannschaftsstandes durch diese Befehle betrug etwas über 11000 Mann, also fast genau so viel, wie die österreichischen Grenzprovinzen durch die Dislocationen erhalten hatten. Die preußische Maaßregel enthielt zugleich eine Vermehrung der Gesammtstärke der Armee, während die österreichische eine solche erst vorbereitete und erleichterte. Andrerseits bedrohte die neue Aufstellung der Österreicher ganz unmittelbar die schlesische Grenze, die preußischen Vorkehrungen aber bewahrten auf das Strengste den defensiven Charakter. Nicht ein Truppentheil war vollständig mobilisirt; die Bataillone konnten in Ermanglung eines Ersatzes die Festungen nicht verlassen, die Aufstellung auch nur einer Division war durch die bisherigen Anordnungen noch nicht ausführbar geworden.

Es konnte nicht fehlen, daß die eben berichteten Ereignisse auf die beiden italienischen Unterhändler, Barral und Govone, einen nachhaltigen Eindruck machten. Denn durch jedes derselben wuchs die Wahrscheinlichkeit des Kriegs, und verringerte sich also das Bedenken gegen einen Vertrag, welcher die Entscheidung über Krieg und Frieden allein in Preußens Hand legte. Zwar wollte La Marmora, stets von Zweifeln und Argwohn geplagt, immer nur von einer Offensiv- und Defensiv-Allianz mit gleichen Rechten und Pflichten beider Parteien hören: Graf Barral aber, welcher Bismarck's Entschließung unbeugsam fand und die veränderte Sachlage anerkannte, machte am 21. März seinem Minister den ver-

mittelnden Vorschlag, den preußischen Entwurf zwar anzunehmen, die bindende Wirksamkeit desselben aber auf zwei, oder wie er am 23. nach Bismarck's Wunsch verbesserte, auf drei Monate zu beschränken. Wenn dann Preußen binnen dieser Frist den Krieg nicht erklärt hätte, so würde Italien wieder freie Hand nach allen Seiten haben. La Marmora erwiderte zunächst, daß er nichts sagen könne, bis er den Wortlaut des Vertrags vor Augen habe. Übrigens war, wie wir wissen, sein Entschluß noch von einer andern Instanz abhängig, und so hatte er gleich am 21. März den Gesandten Nigra angewiesen, die Willensmeinung des Kaisers Napoleon einzuholen. Dieser antwortete auf der Stelle, Italien müsse annehmen, dürfe aber nicht den ersten Schritt zum Angriff auf Österreich thun; wäre eine Macht wie Preußen bereits im Kriege mit Österreich, so könne niemand es Italien verdenken, wenn es die unvergleichliche Gelegenheit benutzte, und auch für Napoleon's Stellung würde dies vortheilhaft sein. Noch fügte er im Gespräche mit Nigra die Äußerung hinzu, Italien werde wohl thun, seinen eventuellen Angriff auf die adriatische Küste zu richten und Ungarn die Hand zu reichen; denn es könne die Lombardei von Truppen unbedenklich entblößen, weil Österreich diese Provinz aus Scheu vor Frankreich nicht angreifen werde. Dann kam freilich noch eine Erklärung des Kaisers, daß er zwar nach voller Überzeugung im Interesse Italiens diese Rathschläge ertheile, damit aber für keinen Fall eine Verpflichtung selbst übernehmen wolle: und La Marmora war sofort auch nach dieser Seite ebenso mit Sorgen und Mißtrauen erfüllt, wie bisher nach der preußischen. Jedoch meldete Nigra's nächster Bericht, der Kaiser habe Italien seine Unterstützung ganz ausdrücklich für den

Fall verheißen, daß es von Österreich angegriffen oder im Kriege von Preußen bundesbrüchig verlassen würde. So entschloß der Minister sich endlich, und erwirkte die königliche Vollmacht zur Unterzeichnung des preußischen Vertrags. Mittlerer Weile hatten Barral und Govone ein auf Wälsch-Tirol gerichtetes Begehren nach Bismarck's Einspruch fallen lassen; eine früher von Bismarck gestellte Forderung, daß im Kriegsfall Italien auch den deutschen Bundesgenossen Österreichs den Krieg erklären sollte, war von preußischer Seite selbst gestrichen worden, da König Wilhelm nicht bloß das ganze Bundesgebiet ungeschmälert erhalten, sondern das außerösterreichische Deutschland vor jeder Berührung durch fremde Truppen behütet wissen wollte. Noch in der letzten Stunde zeigte sich eine unscheinbare, aber in La Marmora's Sinne wichtige Differenz. Als am 8. April die Urkunde gezeichnet werden sollte, fand Barral, daß die Übereinkunft in der Einleitung als Freundschafts- und Allianzvertrag bezeichnet war. Er erhob sogleich Einspruch. Es müßten statt dessen die Worte: „Offensiv- und Defensiv-Allianz“ gesetzt werden; auf einen solchen Vertrag, und auf keinen andern laute seine Vollmacht. Wir wissen, was La Marmora sich dabei dachte, Bismarck aber erwog, daß zuletzt nicht die Benennung, sondern der Inhalt einer Urkunde ihre rechtliche Bedeutung bestimme, und genehmigte demnach die Änderung, worauf dann die Unterzeichnung und eine Woche später der Austausch der Ratificationen vor sich ging.

Die Urkunde hatte folgenden Wortlaut:

Ihre Majestäten der König von Preußen und der König von Italien, beseelt von dem Wunsche, die Garantien des allgemeinen Friedens zu befestigen, und in Rücksicht auf die

Bedürfnisse und berechtigten Bestrebungen ihrer Nationen, haben, um die Artikel einer Offensiv- und Defensiv-Allianz zu regeln, zu ihren, mit Instruction versehenen Bevollmächtigten ernannt (folgen die Namen).

Artikel 1. Es wird Freundschaft und Bündniß zwischen S. M. dem Könige von Preußen und S. M. dem Könige von Italien bestehen.

Artikel 2. Wenn die Unterhandlungen, welche S. M. der König von Preußen mit den andern deutschen Regierungen in Absicht auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung eröffnet hat, scheitern sollten, und in Folge dessen Se. Majestät in die Lage käme, die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen, so wird Se. italienische Majestät, nach der von Preußen ergriffenen Initiative, sobald sie davon benachrichtigt sein wird, in Kraft des jetzigen Vertrags, den Krieg gegen Österreich erklären.

Artikel 3. Von diesem Augenblicke an wird der Krieg von Ihren Majestäten mit allen Kräften geführt werden, welche die Vorsehung zu ihrer Verfügung gestellt hat, und weder Italien noch Preußen werden Frieden oder Waffenstillstand ohne gegenseitige Zustimmung schließen.

Artikel 4. Diese Zustimmung kann nicht verweigert werden, wenn Österreich eingewilligt hat, an Italien das lombardisch-venetianische Königreich und an Preußen österreichische Landstriche, die an Bevölkerung diesem Königreich gleichwerthig sind, abzutreten. (Mündlich wurde hiezu erläutert, daß Preußen beabsichtige, statt einer solchen Landerwerbung entsprechende Zugeständnisse in der deutschen Frage anzunehmen.)

Artikel 5. Dieser Vertrag erlischt drei Monate nach seiner

Unterzeichnung, wenn in diesen drei Monaten der in Artikel 2 vorgesehene Fall nicht eingetreten ist, nämlich, daß Preußen nicht den Krieg an Österreich erklärt hat.

Artikel 6. Wenn die österreichische Flotte, deren Rüstung jetzt sich vollzieht, vor der Kriegserklärung das Adriatische Meer verläßt, wird Se. italienische Majestät eine hinlängliche Zahl von Schiffen in die Ostsee senden, die dort Station nehmen wird, um zur Vereinigung mit der preußischen Flotte beim Ausbruch der Feindseligkeiten bereit zu sein.

Folgen die Unterschriften, sowie ein Protokoll, worin beide Mächte sich die Geheimhaltung des Inhalts und der Existenz dieses Vertrags zusagen.

So hatte Bismarck's Ausdauer das Ziel erreicht. Für den Fall, daß Preußen zum Kriege schritte, war ihm Italiens Waffenhülfe, ohne welche Moltke den Kampf gegen Österreich und die Mittelstaaten für bedenklich erklärte, gesichert, und damit auch dem Protector Italiens, dem Kaiser Napoleon, eine offene Feindseligkeit gegen Preußen beinahe unmöglich gemacht. Für Italien aber erwuchsen für jetzt aus dem Vertrage nur Pflichten und keine Rechte. So lange Preußen nicht aus eigenem Entschlusse den Krieg erklärte, hatte es freie Hand, mochte im Süden der Alpen vorgehen, was da wollte. Nur nach langem Sträuben hatte sich Italien zu einem so einseitigen Abkommen entschlossen, und es dann auch nur auf kurz beschränkte Frist auf sich genommen. Es hatte sich überzeugen müssen, daß König Wilhelm niemals die Entscheidung über den Beginn eines Kriegs, der für Preußen die Existenzfrage stellte, aus der Hand geben würde.

4. Capitel.

Antrag auf Bundesreform.

Gleichzeitig mit der italienischen Unterhandlung hatte Bismarck auch die Einleitungen zu dem Antrage auf Bundesreform getroffen, welchem in dem italienischen Bündniß eine so wichtige Rolle zugedacht war. Wir haben früher gesehen, wie oft er die Aufgabe gemeinsam mit Österreich zu lösen gestrebt hatte, wie er dann durch Österreichs Verhalten in der holsteiner Sache die Reform im Kampfe mit Österreich zu suchen, getrieben worden war. Das Programm, welches er durch Goltz in Paris vorlegen ließ, erwähnte zwar Österreich mit keiner Sylbe, aber die Theilung des Heerbefehls, an Preußen im Norden, an Bayern im Süden, sprach auch ohne ausdrückliche Worte die Entfernung Österreichs aus dem Bunde aus. Denn daß Österreich auf solche Bedingungen nicht eingehen würde, verstand sich von selbst: entweder wurde nichts aus der Reform, oder Österreich wurde zum Austritt gezwungen. Es kam also darauf an, zu erproben, welche Kräfte sich in Deutschland zur Durchführung der Reform und damit zur Überwindung Österreichs würden sammeln lassen, und hiefür schien, trotz aller hinderlichen Umstände, nach zwei Seiten hin eine günstige Erwartung berechtigt.

Bei der Bekämpfung der preußischen Politik gegen Schleswig-Holstein hatte Alles, was liberal hieß, in Resolutionen, Vereinsschriften, Zeitungsartikeln, hundert und aber hundert Mal erklärt, daß nur die Berufung eines deutschen Parlaments das Vaterland erretten könne. Die Ansicht war erlaubt, daß in der öffentlichen Meinung sich ein Umschwung zu Preußens Gunsten vollziehen müßte, wenn dessen schwer verkannte Regierung jetzt diesen Lieblingswunsch der Nation sich aneignete und zur Erfüllung brächte. Was aber die deutschen Regierungen und deren gemeinsames Organ, den Bundestag, betraf, so war allerdings bei deren großer Mehrzahl nur auf tiefe Abneigung gegen einen solchen Plan zu rechnen. Indessen gab es einen Staat, und gerade den bedeutendsten nach den beiden Großmächten, welcher in früherer Zeit mehrmals und in offenem Gegensatze gegen Österreich, die Nothwendigkeit der Reform und einer Volksvertretung beim Bunde betont hatte, welchem Preußen in seinem jetzigen Plane eine ganz hervorragende Stellung anzutragen gedachte, und dessen leitender Minister seit einiger Zeit sich in einer persönlich freundschaftlichen Haltung gegen Bismarck gefiel. Oben wurde erwähnt, wie entgegenkommend im Februar Baron von der Pfordten eine erste Andeutung des Prinzen Reuß über Preußens Reformgedanken aufnahm. Auch sonst pflegte er rückhaltlos seine Achtung vor dem großen preußischen Staatsmanne auszusprechen. „Wie irren sich diejenigen, sagte er, welche bei ihm persönliche Ehrsucht vermuthen. Er ist der verkörperte preußische Staatsgedanke; er ist kein principieller Gegner Österreichs, im Gegentheil, er möchte mit diesem gehen, aber stets unter der Bedingung, daß es einer berechtigten preußischen Politik nicht immer

Hindernisse bereite: dieser Gedanke ist ein durchaus deutscher, und eben deshalb setze ich Vertrauen in den Mann, welcher sein hauptsächlichster Vertreter ist."[1]) Bismarck that Alles, dieses günstige Verhältniß zu pflegen; es lag auf der Hand, daß für den Ausgang des schwebenden Streites kaum ein anderer Umstand größere Bedeutung haben konnte, als wenn es gelang, Bayern auf die preußische Seite hinüber zu ziehen, und damit eine österreichische Partei in Deutschland beinahe unmöglich zu machen. Demnach hatte Bismarck den Prinzen Reuß jene vertraulichen Gespräche mit Baron von der Pfordten fortsetzen lassen und fand auch jetzt dafür ein wohlgesinntes Eingehen.

Am 8. März machte Reuß dem Minister die vertrauliche Mittheilung, daß Preußen behufs einer Revision der Bundesverfassung die Einberufung eines deutschen Parlaments aus directen Volkswahlen in Frankfurt zu beantragen gedenke. Als seine persönliche Ansicht sprach darauf Pfordten seine lebhafte Zustimmung zu einem Gedanken aus, der einem längst gehegten Wunsche Bayerns entspreche. Gegen die directe Wahl des Parlaments erhob er sonst keine Einwendung, als daß die Bildung desselben durch den Zusammentritt von Delegationen der einzelnen Landeskammern leichter erreichbar sein würde. Dann aber erschienen die Bedenken. Zunächst müsse man wissen, welche neue Verfassung Preußen dem Parlamente vorzuschlagen beabsichtige, und vor Allem sei nöthig, daß Preußen sich über die wichtige Frage mit Österreich in's Einvernehmen setze.

Bismarck hoffte, diesen letzten Rest österreichischer Tendenzen vielleicht sehr bald durch das Angebot bayerisches

[1]) Bericht des Prinzen Reuß, 10. April.

Oberbefehls über den deutschen Süden zu überwinden, und nahm also keinen Anstand, die begonnene Anknüpfung weiter zu verfolgen. Jene Circulardepesche vom 24. März über die österreichischen Rüstungen schloß er mit dem Satze, daß eine Reform der Bundesverfassung für Preußen und Deutschland gleich dringend sei; wenn Preußen nicht der Unterstützung Deutschlands vertrauen könne, sei seine Lage gefährdeter als die irgend eines andern Staats; sei aber Preußens Kraft einmal gebrochen, so werde Deutschland schwerlich dem Schicksal Polens entgehen. Der nach München bestimmten Ausfertigung des Rundschreibens legte er dann eine ausführliche Depesche über die Parlamentsfrage bei, worin er Pfordten's Vorbehalte und Einwendungen besprach. Eine vorgängige Verhandlung mit Österreich erklärte er bei dessen offener Feindseligkeit für hoffnungslos. Eine freie Vorberathung zwischen den Regierungen über die dem Parlamente zu machenden Vorlagen würde nach jahrelanger Schreiberei, ganz wie die Dresdener Conferenzen von 1851, nichts als eine Masse sogenanntes schätzbares Materials liefern; man müsse also den Regierungen einen Präclusivtermin setzen, indem man auf einen bestimmten Tag das Parlament einberufe, und sie dadurch zwänge, bis zu demselben sich über die Vorlagen zu einigen. Gegen das System der Kammer-Delegationen bemerkte Bismarck, eine solche Versammlung würde der Nation gegenüber nicht die erforderliche Autorität haben. Denn sicher sei es nicht die allgemeine Meinung, daß die Sonderlandtage — er nehme auch den preußischen nicht aus — die gesammte staatsmännische Befähigung der deutschen Nation in sich schlössen. Directe Wahlen aber und allgemeines Stimmrecht, fuhr die Depesche fort, halte ich für größere

Bürgschaften einer conservativen Haltung, als irgend ein künstliches, auf Erzielung gemachter Majoritäten berechnetes Wahlgesetz. Nach unseren Erfahrungen sind die Massen ehrlicher bei der Erhaltung staatlicher Ordnung interessirt, als die Führer derjenigen Classen, welche man durch die Einführung irgend eines Census in der activen Wahlberechtigung privilegiren möchte. —

— Bei der unermeßlichen Wichtigkeit, welche die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts für Deutschlands Zukunft gewonnen hat, wird man es billigen, wenn ich hier noch eine weitere Äußerung des preußischen Ministers[1]) über die Frage einschalte.

„Ich darf es wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Überzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirecter und Classenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisie-Classen beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen. In Preußen aber sind neun Zehntel des Volkes dem Könige treu, und nur durch den künstlichen Mechanismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht. Die Träger der Revolution sind die Wahlmänner-Collegien, welche der Arbeit der Umsturzpartei ein über das Land verbreitetes und leicht zu handhabendes Netz gewähren — wie es 1789 die Pariser électeurs gezeigt haben. Ich stehe nicht an, indirecte Wahlen

[1]) An den Grafen Bernstorff in London, 19. April.

für eins der wesentlichsten Hülfsmittel der Revolution zu erklären, und ich glaube, in diesen Dingen praktisch einige Erfahrungen gesammelt zu haben."[1]) —

So viel sich nun auch gegen eine solche Theorie sowohl nach den sittlichen Voraussetzungen politischer Rechte, als nach der geschichtlichen Beobachtung ihrer Wirkungen einwenden ließ: im Jahre 1866 stand in Folge der langjährigen Opposition des deutschen Bürgerthums Bismarck's Überzeugung fest. Er hoffte, durch die Depesche vom 24. März Pfordten's Bedenken aus dem Wege geräumt zu haben, und ersuchte den bayerischen Collegen: es möge das Münchener Cabinet gemeinschaftlich mit dem Berliner beim Bundestage den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments aus allgemeiner directer Volkswahl zu einem bestimmten Termine stellen.

Allein diesem Vorschlage war, so wenig Sympathie für Österreich damals auch in München herrschte, ein günstiger Erfolg nicht bestimmt.

Die bayerische Regierung hatte sich die Jahre daher unter der Bundesverfassung von 1815 ganz wohl befunden, und auch Freiherr von der Pfordten war, nachdem die populären Anwandlungen von 1848 und die ehrgeizigen Pläne von 1850 bei ihm allmählich verraucht waren, mit dem bestehenden Bundesrechte von Herzen ausgesöhnt. Er war bei

[1]) Als Graf Bernstorff am 26. April von dem Schrecken Lord Clarendon's über das allgemeine Stimmrecht berichtete, machte Bismarck dazu folgende Randnote:

In England sind eben nur die höheren Classen dem Königthum und der Verfassung anhänglich, welche *ihre* Privilegien, *ihre* Herrschaft über das Land darstellen. Die Massen sind roh, unwissend, und ihre Anhänglichkeit an die Krone ist nicht von der Art wie in Preußen.

seiner lebhaften Weise nicht allzu stetig in seinen Empfindungen, jedes Mal aber von der gerade vorhandenen gründlich durchdrungen. Da es ihm zunächst auf die volle Unabhängigkeit seines bayerischen Staats oder doch auf die Gleichberechtigung seines Königs mit jedem andern deutschen Potentaten ankam, so pries er die Bundesverfassung vor Allem deshalb, weil sie nicht Eine Großmacht, sondern deren zwei in den Rath der deutschen Regierungen aufgenommen hatte. Die Summe aller bayerischen Politik lag ihm, wie wir bemerkten, damals in einem Schaukelsystem zwischen den beiden Gewaltigen, wo er dann für Bayern, bald rechts, bald links steuernd, Sicherheit, Einfluß und Vortheil zu erlangen meinte. In seinen vertraulichen Gesprächen liebte er, mit Wohlgefallen zu erzählen, wie Bayern auf diese Art in den Sturmjahren der eigentliche Bewahrer des Bundes gewesen, wie es zu gleichem Zweck den Eintritt Österreichs in den Zollverein erstrebt habe, und zu erstreben fortfahren werde. Ein solches System war offenbar nur unter einer doppelten Voraussetzung lebensfähig, einer steten Rivalität zwischen den beiden Großmächten, und einer ebenso steten Vermeidung eines kriegerischen Bruchs. So war denn auch sein Streben nach Erhaltung des Friedens, seine Bereitwilligkeit zu Concessionen an Preußen, sein Vermittlungsversuch zwischen Wien und Berlin, durchaus aufrichtig und redlich gemeint.

Allein der Verlauf der schleswig-holsteinischen Sache erschütterte diese Anschauungen des leicht erregbaren Mannes in allen Beziehungen. Zuerst ließ er sich durch sein Rechtsgefühl und den Beifall der öffentlichen Meinung verleiten, als Führer der bundestäglichen Mehrheit gegen beide Groß-

mächte Front zu machen, und erlitt dabei die gründlichste Niederlage. Dann richtete er sich wieder muthig auf, als Graf Mensdorff sich dem Bundestag annäherte; bald aber erfüllten ihn die Schwankungen Österreichs mit immer wachsendem Widerwillen gegen diese Macht, und mehr als einmal lehnte er die Aufforderungen des sächsischen Genossen ab, ein festes Bündniß der Mittelstaaten gegen die preußischen Attentate auf die Bahn zu bringen. Er erklärte jetzt, wenn einmal von dem Rechte Augustenburg's abgesehen werden müsse, die preußische Annexion der Herzogthümer für die beste Lösung; Österreich widerspreche ihr nur, um für sich selbst einen Gewinn herauszuschlagen, und da es sich innerlich schwach und zum Kriege unfähig fühle, schmeichle es dem Bunde und suche die Mittelstaaten gegen Preußen zu hetzen; wir aber, sagte er, wären große Thoren, wenn wir darauf eingingen, denn nur zu bald würde Wien sich mit Berlin auf unsere Kosten versöhnen und uns sitzen lassen. Zuweilen aber stiegen doch andere Gedanken in ihm auf, und schon im Februar 1866 begann er den Krieg zwischen den beiden Mächten für wahrscheinlich, im März für beinahe unvermeidlich zu halten. In diesem Falle aber schien ihm die Vernichtung des alten Bundesrechts für alle Zeiten gewiß. Mit dem Bruche zwischen Preußen und Österreich, schrieb er nach Dresden, wäre der deutsche Bund zersprengt, und jeder Staat würde sich zu fragen haben, wie er seine Sicherheit am besten decke.

Trotz Beust's kräftigem Widerspruche, daß ein rechtswidriges Benehmen Preußens die übrigen Staaten nicht von ihren Bundespflichten entbinde, blieb Pfordten bei seinem Satze, und begann, dem sächsischen Freunde die Grundlinien

eines neuen Staatenbundes zu zeichnen, der aus drei Gruppen bestehen würde, nämlich Österreich, Norddeutschland unter preußischem, Süddeutschland unter bayerischem Heerbefehle. Wir sehen, wie nahe sein deutsches Zukunfts-Programm dem Bismarck'schen gekommen war, aber eine Verständigung war und blieb trotzdem unmöglich, da Pfordten auch den neuen Bund nur mit beiden Großmächten, und nicht mit Preußen allein, hergestellt wissen, und am wenigsten sich auf eine Bundesverfassung mit parlamentarischer Grundlage ohne Österreich einlassen wollte. Dabei stand von allen bayerischen Ministern Pfordten den preußischen Tendenzen noch am nächsten, und auch der junge König war durch die plötzliche Empfehlung eines demokratischen Bundesparlaments erschreckt. So war kein Gedanke an die Annahme des Vorschlags, gemeinsam mit Preußen beim Bundestage die Parlamentswahl zu beantragen. Wenn Preußen den Antrag selbst einbringe, werde man ihn wohlwollend aufnehmen; man könne jedoch für die Berufung eines Parlaments erst dann stimmen, wenn Preußen den Entwurf der künftigen Verfassung vorgelegt, und Bayern ihn gebilligt habe. Die directe Wahl solle dann kein Hinderniß sein, wohl aber eine Ausschließung Österreichs aus den Verhandlungen. Sollte die augenblickliche Entfremdung zwischen den beiden Großmächten in dieser Hinsicht Schwierigkeiten verursachen, so sei Bayern bereit, jede gewünschte Vermittlung zu übernehmen. Diesem Erbieten ließ Pfordten unverweilt die Ausführung folgen, indem er am 31. März eine gleichlautende Note an beide Höfe absandte, in welcher er als wahren Grund der vorhandenen Spannung ein Mißbehagen an der jetzigen Bundesverfassung bezeichnete, und daran die Aufforderung

knüpfte, nicht an die Vernichtung, sondern an die Verbesserung derselben zu denken. Er lud deshalb beide Mächte ein, der bayerischen Regierung den Verzicht auf bewaffneten Angriff und die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über die Wahrung des Bundesfriedens auszusprechen.

Einstweilen hielt sich Bismarck, obwohl nicht ohne Kunde über diese Stimmung und überrascht durch einen ersten Anfang bayerischer Rüstungen, noch an die freundliche Seite der bayerischen Politik, nahm also mit Dank das Erbieten einer Vermittlung zwischen den Großmächten an, und hoffte auf Pfordten's Unterstützung bei der Berathung der Bundesreform in Frankfurt. Denn daß der Antrag auf Berufung des Parlaments, jetzt nach Bayerns Zurückziehen, von Preußen allein gestellt werden müsse, verstand sich von selbst. Schon am 4. April erhielt der Bundestagsgesandte, Herr von Savigny, darüber vorläufige Weisung; am 8., gleich nach der Zeichnung des italienischen Vertrags, ging der definitive Befehl nach Frankfurt ab, und in der Sitzung des 9. April brachte Savigny den Antrag ein, im Wesentlichen unter derselben Motivirung, wie wir sie aus den Depeschen vom 24. März kennen gelernt haben.

Die erste Wirkung dieses Schrittes in Deutschland wie in Europa war eine allgemeine Verblüffung. Wie? dieser Heros der Reaction, der Führer der extremsten Junkerpartei von 1848, der Verächter und Unterdrücker des preußischen Landtags, er sollte die aufrichtige Absicht haben, den deutschen Bund auf die breiteste Basis des allgemeinen Stimmrechts zu stellen? Kein Mensch wollte es glauben. Einer jeden Regierung, erklärte der Frankfurter Ausschuß der 36, welche, das Recht des eigenen Landes mißachtend, mit Plänen einer

Bundesreform hervortritt, fehlt das Vertrauen des deutschen Volkes.

Es war damals in den gebildeten Kreisen der liberalen Partei eine nicht seltene Vorstellung, Bismarck sei bei Louis Napoleon in die Schule gegangen, und habe hier erfahren, wie man nach Unterdrückung der Preßfreiheit und des Vereinsrechts die gedankenlosen Volksmassen durch Gensdarmen und Pfaffen zur Wahlurne führe und durch ihre Stimmenzahl jede Regung des freien Geistes unterdrücke. Daß überhaupt bei dem preußischen Minister kein anderes Trachten, als absolutistische Herrschsucht, lebendig sei, schloß man vor Allem aus seinem Verfahren in der Sache der Herzogthümer, wo er sowohl das hundert Mal bewiesene Erbrecht des Augustenburgers, als das heilige Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volkes mit Füßen trete. Mochte in Österreich das Ministerium Belcredi noch viel weiter als Bismarck in der Bekämpfung des parlamentarischen Liberalismus gegangen sein, so waren dennoch Millionen deutscher Männer bereit, dies Alles zu verzeihen und zu vergessen, weil Österreich Schleswig-Holstein gegen die preußische Vergewaltigung zu schützen fortfuhr. Demnach erklärte eine Volksversammlung in Hannover, es sei ein fluchwürdiges Unternehmen, unter dem Vorwande der Bundesreform einen Bruderkrieg zu beginnen; und äußerst kräftig, wenn auch nicht gerade prophetisch, beschloß die Gesammtheit der schleswig-holsteinischen Vereine in Neumünster: es steht fest, daß ein Gewährenlassen der verabscheuenswerthen Politik des preußischen Cabinets Deutschland unrettbar dem tiefsten Verfall Preis geben würde. Die württemberger Volkspartei forderte auf's Neue eine demokratische Constituirung des dritten Deutschland, und sprach

die Hoffnung aus, ein deutsches Parlament sonst schon zu erlangen, wies aber eine solche Gabe aus den Händen der preußischen Regierung energisch zurück. Vollends das Organ der bayerischen Klerikalen, der Münchener Volksbote, hatte nicht Farben grell genug, um die Niederträchtigkeit des Bismarck'schen „Schelmenantrags“ gebührend zu charakterisiren. Genug, ein tobender Ruf der Verwerfung erhob sich in allen deutschen Gauen, und ein fast einstimmiger Beschluß der Mitglieder der zweiten badischen Kammer für Eingehen auf den preußischen Antrag verhallte um so mehr in diesem Gelärme, als der leitende Minister Badens, der Freiherr von Edelsheim, zu den eifrigsten Hitzköpfen der großdeutschen Partei gehörte.

Bei den deutschen Regierungen war der Eindruck des Antrags nicht erfreulicher. Ein großer Theil von ihnen traute dem Ehrgeize und der Rücksichtslosigkeit Bismarck's alles Schlimme zu. Sogar an dem sonst so befreundeten Hofe zu Carlsruhe konnte man sich nicht entschließen, den Antrag ernst zu nehmen, und erwog, welche verderblichen Pläne hinter demselben lauern möchten. In Hannover, wo man eben einen stillen Versuch machte, die Mannschaftsstärke der Bataillone erheblich zu erhöhen, bezeichnete Graf Platen den Antrag geradezu als einen unglückseligen, und König Georg sagte dem preußischen Gesandten, es sei ganz schauderhaft, daß in solcher Weise durch directe Volksabstimmung auf die Fürsten und die Regierungen gedrückt werden sollte. Nicht Alle redeten so unumwunden, die Stimmung aber war bei der Mehrzahl die gleiche. Sachsen, Württemberg und Baden erwogen mit einander die Frage, ob man nicht statt der Bundesreform wieder einmal einen Antrag zu Gunsten Augustenburg's an

den Bund bringen sollte. Auch König Ludwig von Bayern blieb äußerst bedenklich, Pfordten aber hielt noch fest an der sehr unsichern Hoffnung, daß die Verfassungsberathung ein Ableiter für alle Kriegsgedanken sein würde: er that dem entsprechend auch in Wien das Mögliche, um das dortige Cabinet zu veranlassen, wenigstens in eine Erwägung des preußischen Antrags einzutreten, sistirte die eben begonnene bayerische Rüstung, und unterstützte zugleich bei den Mittelstaaten Preußens Wünsche über die geschäftliche Behandlung des Antrags im Bundestage. Bismarck meinte noch einmal, aus diesem Verhalten auf die Möglichkeit einer Allianz mit Bayern schließen zu können, und ließ eine Andeutung über den künftigen bayerischen Oberbefehl in Süddeutschland nach München gelangen. Prinz Reuß aber warnte dringend vor einer solchen Täuschung; im Kriegsfalle würde Bayern unter allen Umständen zu Österreich und gegen Preußen stehen; selbst wenn die Regierung preußische Sympathien hätte, würde sie bei der unendlichen Erbitterung der Volksmassen nicht wagen, ihnen Folge zu geben.

Auch im Auslande erfuhr der Antrag eine sehr verschiedene Beurtheilung. Einige hielten ihn für gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung gegen Österreich, Andere sahen darin den verzweifelten Versuch, eine große Popularität im Fluge zu erhaschen. Man fragte sich, da die Ablehnung oder Verschleppung des Antrags im Bundestage sicher sei, aus welchen Gründen sich Preußen einer zweifellosen Niederlage aussetze. Die englische Regierung, seit 1864 der preußischen gründlich abgeneigt, hatte so eben in Berlin und Wien ihre Vermittlung angeboten, dann aber, als Bismarck sie mit der Bitte annahm, in Wien ihre guten Dienste wirken zu lassen,

sie schleunig wieder zurückgezogen: jetzt nahm Lord Clarendon schweren Anstoß an dem allgemeinen Stimmrecht des Antrags, und fand für diese Kritik die lebhafte Zustimmung des russischen Cabinets, wie sehr auch sonst Kaiser Alexander von innigem und dankbarem Wohlwollen für Preußen erfüllt war, und so eben erst in dringender Weise den Kaiser Franz Joseph zur Einstellung der österreichischen Rüstungen aufgefordert hatte.

Allerdings drückte in Paris Kaiser Napoleon gerade wegen des allgemeinen Stimmrechts dem Grafen Goltz seine hohe Freude aus, daß fortan die beiden Länder demselben politischen Systeme huldigen würden; im Übrigen aber klang auch aus Frankreich dem preußischen Vorgehen nichts als feindseliges Mißtrauen entgegen. Drouyn de Lhuys erkannte an, daß Deutschland berechtigt sei, seine Verfassung zu ändern; für den Fall aber, daß daraus eine Schädigung französischer Interessen entstände, müsse das dortige Cabinet seine Vorbehalte machen. An der Pariser Börse hatten Preußens Beschwerden über Österreichs Rüstungen eine colossale Panik und schwere Verluste hervorgerufen, und der Zorn darüber richtete sich nicht gegen Österreich, welches die Truppenmärsche befohlen, sondern gegen Preußen, dessen Politik sie veranlaßt habe. Minister, Finanzherren, Senatoren und Abgeordnete bestürmten den Kaiser, dem revolutionären Treiben Preußens entgegen zu treten, welches durch den Antrag auf Bundesreform Deutschland mit den schwersten innern Convulsionen, Frankreich aber mit einer nachtheiligen Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse bedrohte.

Dem Manne aber, auf dessen Haupt sich alle diese Schmähungen und Drohungen häuften, war es, als wäre nichts geschehen. Seine Feinde jubelten über das Fiasco,

welches sein Reform-Antrag gemacht hatte; er blieb unerschüttert in dem Entschlusse, entweder zu Grunde zu gehen, oder sein Vaterland zu neuer Größe empor zu führen. Als Graf Goltz in erschreckter Aufregung über den Lärm der Pariser Börse und deren Gesinnungsgenossen eine Änderung der preußischen Politik in Anregung brachte, antwortete ihm Bismarck: „es ist höchst bedenklich für das Ansehen einer Großmacht, System und Ziele willkürlich zu wechseln, besonders aber, Entschließungen, deren Durchführung mit Gefahren verknüpft ist, bei der Annäherung dieser Gefahren wieder aufzugeben. Daß die in Paris lebenden Börsenspeculanten jeden Andern, und nur nicht ihren eigenen Leichtsinn anklagen, ist natürlich, kann aber die wohlerwogene Politik Sr. Majestät des Königs zur Umkehr nicht veranlassen."

Er schritt also vorwärts in der Verhandlung der Bundesreform, und wir wollen ihm dabei folgen, obwohl, wie wir bald sehen werden, der Gegner ihm nicht die Zeit ließ, auf diesem Wege entweder ein positives Ergebniß oder einen berechtigten Kriegsfall zu gewinnen.

Daß der Antrag von der Mehrheit des Bundestags nicht an der Schwelle abgewiesen, sondern am 21. April die Wahl eines besonderen Ausschusses zu seiner Erwägung beschlossen wurde, war wesentlich Pfordten's Werk. Auch Österreich hatte zugestimmt, dabei aber erklärt, daß Preußen einen so wichtigen Schritt ohne Zweifel nicht gethan, ohne über die Zielpunkte einer Revision der Bundesverfassung mit sich im Reinen zu sein; die darauf gegründeten Vorschläge müsse der Bundestag kennen, ehe er in eine Verhandlung wieder einträte, welche, je nachdem sie auf richtige oder falsche Ziele gelenkt würde, zum Heil oder zum Unheil führen müsse.

Am folgenden Tage, dem 22. April, hatte Baron von der Pfordten mit den leitenden Ministern der Mittelstaaten in Augsburg eine Zusammenkunft zur Erwägung einer gemeinsamen Politik. Er war damals in Folge einer preußischen Depesche über allseitige Abrüstung erfüllt von Friedenshoffnungen, und richtete die Aufmerksamkeit seiner Collegen auf die allein jetzt noch zu behandelnde Bundesreform. Zu großem Verdrusse des Herrn von Beust erklärte er eine stärkere Stellung Preußens in Norddeutschland für gefordert durch die Natur der Dinge, stimmte aber, was die formelle Behandlung der Sache betraf, ganz der österreichischen Forderung zu, daß vor jedem weitern Schritte des Bundestags Preußen seine Vorschläge über die künftige Verfassung vorzulegen hätte. Damit waren denn Alle einverstanden, und nahmen Abrede, im ganzen Verlaufe der Verhandlung stets geschlossen und gemeinsam vorzugehen. Am 26. April fand darauf die Wahl des Ausschusses in Frankfurt Statt; er bestand aus neun Mitgliedern, unter welchen Preußen kaum auf eine sichere Stimme rechnen konnte.

Indessen war durch neue militärische Schritte Österreichs die frohe Friedenshoffnung Pfordten's gründlich zerstört, und bei der völligen Unsicherheit der Lage war Bismarck weniger als je der Meinung, durch übereilte Verfassungsvorschläge sich für die Zukunft die Hände zu binden. So erließ er am 27. April ein Rundschreiben an alle deutschen Höfe, worin er erinnerte, daß der preußische Antrag zunächst nicht die Aufstellung eines Verfassungsentwurfs, sondern die Berufung eines Parlaments begehre; ohne die selbst auferlegte Nöthigung, die in der Festsetzung eines Termins für die Eröffnung des Parlaments liege, würde eine Berathung über die Verfassung

sich ergebnißlos wie so viele frühere hinschleppen; Preußen also werde seine Reformvorschläge erst nach Festsetzung des Einberufungstermins mittheilen, und bei einer Ablehnung desselben seinen ganzen Antrag als abgelehnt betrachten.

Indessen sollte doch durch ein völliges Schweigen den Mittelstaaten nicht der erwünschte Vorwand zu einer solchen Ablehnung geboten werden, und so wurde Herr von Savigny nach Berlin berufen, um an einer Berathung der Vorschläge über die Bundesreform Theil zu nehmen, welche er dann mündlich in vertraulicher Mittheilung seinen Frankfurter Collegen eröffnen möchte. Die Gesinnung des Königs vereinigte sich hier mit allen taktischen Erwägungen, um die größte Mäßigung in den Vorschlägen herbeizuführen. Der König hatte längst klares Bewußtsein über die gefährliche Unzulänglichkeit der deutschen Bundesverfassung, aber jeder Ehrgeiz, persönlich über seine fürstlichen Bundesgenossen emporzusteigen, war seiner Seele fremd. Wie sein verstorbener Bruder begehrte er nichts als eine den gegebenen Machtverhältnissen entsprechende Stellung Preußens im deutschen Bunde, Gleichberechtigung mit Österreich, festen Oberbefehl, wenn nicht über alle, so doch über die nördlichen Bundes-Armeecorps. Er war sodann entrüstet über die aus der Forderung der Einstimmigkeit hervorgehende Unfruchtbarkeit des Bundestags, und deshalb bereit, eine Erweiterung der Competenz desselben zu beantragen, aber freilich unter der Voraussetzung, daß ihm, dem Centrum des particularistischen Geistes, ein Organ des nationalen Gemeinsinns, eine aus directen Wahlen hervorgehende Volksvertretung mit gleichem Rechte in der Gesetzgebung, an die Seite gestellt werde. Dann möge die regierende Gewalt nach wie vor in der Hand des

Bundestags verbleiben. Seine Wünsche in diesen Schranken zu erhalten, war, wie gesagt, die äußere Lage in jeder Beziehung geeignet. Wir werden sogleich wahrnehmen, daß sich während dieser Erwägungen der Ausbruch des Kriegs tagtäglich näher rückte; um so mehr empfahl sich eine dem Ausdruck der Friedensliebe entsprechende Haltung. Das Gewicht dieser Erwägungen wurde gleichzeitig durch den Umstand noch gesteigert, daß Frankreich auf die Berufung eines europäischen Congresses aller Großmächte zu dringen begann, welcher über die schwebenden Fragen, die venetianische, die schleswig-holsteinische und die deutsche, Beschluß fassen sollte. Damit wurde die Beschränkung der Bundesreform auf ein möglichst bescheidenes Maaß eine gebieterische Pflicht, um nicht dem Auslande einen scheinbaren Rechtstitel zur Einmischung in eine innere Lebensfrage der deutschen Nation zu gewähren. Hienach wurde dann folgende Mittheilung an den Ausschuß des Bundestags über Preußens Absichten hinsichtlich der Bundesreform beschlossen.

Eine periodisch einzuberufende Nationalversammlung wird zur Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung und zur Ersetzung der bisher in gewissen Fällen erforderten Einstimmigkeit geschaffen. Zur Competenz der so entstehenden Bundesgewalt gehören die in der Wiener Schlußacte bezeichneten gemeinnützigen Anordnungen, sodann die Regelung des Verkehrswesens, Freizügigkeit und deutsches Heimathsrecht, Zoll- und Handelsgesetzgebung, Schutz des deutschen Handels im Auslande, sowie der deutschen Schifffahrt und Seeflagge, eine Consularvertretung Gesammt-Deutschlands, Gründung einer Kriegsmarine, Revision der Bundes-Kriegsverfassung zum Zwecke, durch bessere Zusammenfassung der Wehrkräfte die

Gesammtleistung zu erhöhen und die Leistung des Einzelnen zu erleichtern. Hinsichtlich des Wahlgesetzes für das ad hoc zu berufende Parlament wird allgemeines Wahlrecht und directe Wahl eines Abgeordneten für je 100000 Seelen, so wie passive Wählbarkeit nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes von 1849 vorgeschlagen.

Dies Alles blieb innerhalb des Rahmens der bisherigen Bundesverfassung; es war keine Rede von einem die souveränen Staaten beherrschenden Bundesoberhaupt; es handelte sich nur um die Ausdehnung der gesetzgeberischen Competenz des Bundestags, falls dieser an die Mitwirkung eines von der Nation gewählten Parlaments gebunden würde. Fragen dieser Art konnten unmöglich vom Auslande als Grund zur Einmischung benutzt werden. Freilich war es höchst wahrscheinlich, daß der Bundestag auch diese gemäßigten Anträge ablehnen würde, und für diesen Fall hatte Preußen bereits mehreren deutschen Regierungen erklärt, und ließ es jetzt durch seine officiöse Presse öffentlich verbreiten, man werde bei einem so gemeinschädlichen Verfahren genöthigt sein, auf tiefer einschneidende Reformen zu dringen.

Als Savigny mit diesen Aufträgen nach Frankfurt zurückkam, hatten die Mittelstaaten vereinbart, daß der bayerische Gesandte, der frühere Minister von Schrenck, zum Berichterstatter zu wählen sei. Von München aus war diesem der dem Bundestage einzureichende Vortrag bereits in genauem Wortlaute zugeschickt worden, dahin gehend, die Bundesversammlung möge vor jedem weitern Verfahren an Preußen die Aufforderung zu schleuniger Vorlage seines Reformentwurfs richten. Schrenck selbst fand ein solches Verhalten herausfordernd und unzweckmäßig, und versprach gerne dem preußi-

schen Collegen, in der nächsten Sitzung ihm Raum für seine vertrauliche Eröffnung zu schaffen. So geschah es am 11. Mai. Schrenck wurde zum Berichterstatter ernannt, verlas als solcher den ihm befohlenen Vortrag, ersuchte aber dann den Ausschuß, vor der Abstimmung Herrn von Savigny das Wort zu einer bedeutsamen Mittheilung zu gestatten. Der Eindruck, welchen darauf die Mäßigung der preußischen Vorschläge machte, war ein so günstiger, daß die Mehrheit trotz heftiges Widerspruchs Österreichs und Darmstadts beschloß, die Abstimmung über den bayerischen Vortrag auszusetzen, und weitere Instructionen bei ihren Regierungen einzuholen.

Allein ehe diese Instructionen anlangten, war durch andere Kräfte der Stein in das Rollen gebracht, und die letzten Sitzungen des Bundestags hatten sich mit andern Gegenständen, als mit Verfassungsreformen zu beschäftigen. Bismarck's Gedanke, seinen Parlamentsantrag zur Gewinnung Bayerns oder zur Umstimmung der öffentlichen Meinung zu verwerthen, war damit für den Augenblick vereitelt. Um so größer aber war und blieb die Bedeutung desselben für die Zukunft Deutschlands. Es war, gegenüber dem tobenden Unglauben der Parteien, das feste Wahrzeichen, daß Deutschlands Einheit unter Preußens Führung auf dem Boden politischer Freiheit gegründet werden würde. Es war der Tropfen demokratisches Öles, mit dem einst Uhland die Stirne des künftigen deutschen Kaisers gesalbt wissen wollte.

Sehen wir jetzt, wie unterdessen die Dinge zur kriegerischen Entscheidung herangereift waren. Wir versetzen uns in die letzten Märztage zurück.

Sechzehntes Buch.

Bruch zwischen Österreich und Preußen.

1. Capitel.

Allseitige Rüstung.

In Wien war man sehr durchdrungen von Österreichs Friedensliebe, fleckenlosem Recht und tückischer Bedrohung durch den argen preußischen Rivalen. Es stand fest, daß man Österreichs Ehre hochhalten und dem anmaaßlichen Gegner an keiner Stelle eine würdelose Nachgiebigkeit zeigen würde. Auf welche Weise aber der preußischen Offensive am besten zu begegnen sei, darüber waren die Ansichten getheilt. Der Kriegsminister, Baron Frank, und der Chef des Generalstabs, General von Henikstein, überzeugt von Preußens Angriffslust, erachteten schleunige Rüstung unerläßlich für die Sicherheit des Landes, da die Mobilmachung des Heeres in Österreich sieben, in Preußen nur drei Wochen erfordere, also im Falle eines Bruchs das Reich beinahe einen Monat lang einem feindlichen Einfall offen liege. Dagegen mahnte Graf Mensdorff, nicht durch übereilte Rüstung die gehässige Rolle des Angreifers zu übernehmen, in diesem Augenblick, wo man ebenso wie der Gegner sich an die bundesfreundliche Gesinnung der deutschen Regierungen gewandt und bei der großen Mehrzahl die Erfahrung gemacht habe, daß sie in

ihrer Kriegsscheu unbedingt für den Angegriffenen Partei nehmen würden: er schlug demnach vor, noch einen letzten Versuch auf dem Wege der Güte zu machen, und die seit dem 7. Februar ruhende Verhandlung mit Preußen wieder aufzunehmen. Schließlich kam man zu der Ansicht, daß beide Theile unwiderlegliche Gründe hätten; Mensdorff möge also unterhandeln, Frank militärische Vorkehrungen treffen. Dies schien um so richtiger, als man leidlich gut über Govone's Thätigkeit unterrichtet war, und das Herandrohen einer preußisch-italienischen Allianz Erbitterung und Argwohn in Wien mehr als jeder andere Umstand gesteigert hatte.

So erließ Graf Mensdorff am 31. März eine Note an das Berliner Cabinet: man habe vernommen, daß Preußen (im Rundschreiben vom 24. März) die deutschen Höfe befrage, ob sie ihm gegen einen österreichischen Angriff beistehen würden. Nun, Österreich erkläre in aller Form, daß den Absichten Sr. Majestät des Kaisers nach dessen Bundestreue und persönlicher Freundesgesinnung für den König nichts ferner liege, als ein offensives Auftreten gegen Preußen, und hoffe, daß das Berliner Cabinet ebenso bestimmt und unzweideutig den Verdacht eines beabsichtigten Friedensbruchs zurückweisen werde.

In Berlin nahm man diese Betheuerungen etwas zweifelnd auf, da nach allen Nachrichten die österreichischen Truppenmärsche nach Norden ununterbrochen fortdauerten[1]). Indessen hatte Bismarck kein Bedenken, in einer Depesche vom 4. April

[1]) Berichte des preußischen Militärbevollmächtigten Grafen Gröben in Wien, Meldungen des schlesischen Corpscommandos, Berichte des preußischen Gesandten in München über die der bayerischen Regierung zugekommenen Nachrichten.

die verlangte Erklärung in aller Form mit wörtlicher Wiederholung der österreichischen Ausdrücke zu geben. Die einzige Ursache der Kriegsbesorgnisse, bemerkte er, sei die Ansammlung österreichischer Streitkräfte an der preußischen Grenze, wobei Österreich keinen Versuch gemacht habe, den defensiven Charakter derselben durch Angabe irgendwelcher Gefahr, gegen welche die Vertheidigung sich richten sollte, zu rechtfertigen, so daß Preußen am 29. März zu einigen Vorkehrungen zur Sicherung seiner Grenzen gezwungen worden wäre.

Die einfache Forderung dieser Note, zu sagen, weshalb man rüste, rief in Wien eine grimmige Aufwallung hervor. Schon nach 24 Stunden ging an Karolyi eine Antwort ab, die an Leidenschaftlichkeit und in Folge dessen an Schwäche der Beweise nichts zu wünschen übrig ließ. Sie zählte als die wahre Ursache der Kriegsbesorgnisse alle jene drohenden Schritte Preußens auf, die Note vom 26. Januar, den Ministerrath vom 28. Februar, Bismarck's Äußerungen über die Unvermeidlichkeit des Kriegs, die Verhandlungen mit Italien. Sie erklärte dann, in Österreich sei keine zur Vorbereitung eines großen Kriegs nöthige Maaßregel getroffen worden, keine erhebliche Truppenconcentration, keine nennenswerthe Einberufung, kein ungewöhnlicher Pferdeankauf. Die wirklich Statt gehabten Dislocationen seien dem preußischen Gesandten offen mitgetheilt worden. Übrigens sei der Streit über die Priorität der Rüstungen durch das Wort des Kaisers erledigt, daß er keinen Angriff beabsichtige; man nehme die entsprechende Erklärung des Königs mit Vertrauen an, und erwarte jetzt die Nachricht, daß die preußische Mobilisirungsordre vom 29. März unausgeführt bleibe.

So schrieb man am 7. April. Am 8. beschloß eine

große militärische Conferenz eine neue Aushebung von 85000 Mann, um daraus neue 80 Bataillone und 32 neue Jägercompagnien zu bilden[1]). Die Stimmung wurde heißer, als am 9. April der preußische Antrag auf Bundesreform erschien, den man als den ersten Schritt zu der preußischen Hegemonie über Norddeutschland betrachtete. Das Drängen der Generale wurde eifriger, der diplomatische Widerstand des Grafen Mensdorff schwächer. Als am 13. April eine preußische Erwiderung noch nicht angelangt war, wurde die Armirung der Festungen im Norden befohlen, am 14. die Einberufung aller Urlauber und Reservisten der Feldartillerie und der schleunige Ankauf aller für die Kriegsstärke erforderlichen Pferde angeordnet, und am 15. die Mobilisirungs-Marsch- und Transportpläne für die bevorstehende Aufstellung einer Nord- und einer Südarmee an die Truppentheile versandt. Da in Preußen seit dem 29. März kein weiterer Schritt zur Mobilmachung erfolgt war, so ergaben diese Beschlüsse für die österreichische Armee allerdings einen erheblichen Vorsprung in den Rüstungen.

Unterdessen hatte die Depesche vom 7. April in Berlin einen wenig günstigen Eindruck gemacht. In ihrer groben Fassung, schrieb Bismarck an Werther, mit ihren Entstellungen und Zweideutigkeiten ist sie, wenn Österreich wirklich den Frieden will, ein plumper Fehler. Der russische Gesandte Oubril sagte, die Depesche sei in einem Tone geschrieben, als rede der römische Kaiser zum Markgrafen von Brandenburg; er forderte seinen Wiener Collegen dringend auf, die Zurücknahme der Depesche zu erwirken; dies lehnte Mensdorff ab,

[1]) Österreichs Kämpfe I, 72, 88. Zur Ausführung der Ordre kam es erst drei Wochen später.

betheuerte aber auf's Neue Österreichs Friedensliebe. Die preußische Antwort wurde durch einen bayerischen Vermittlungsversuch um einige Tage verzögert: König Wilhelm mahnte dringend zu ruhiger und ernster Haltung derselben; erst nach vielfachem Feilen und Glätten ging die Depesche am 15. April nach Wien ab und wurde am 17. dem Grafen Mensdorff vorgelegt.

Sie hielt sich in höflichem, aber äußerst kühlem Tone. Die angeblichen Symptome preußischer Kriegslust lehnte sie als künstliches Zusammenfügen von Vermuthungen, Auslegungen und Gerüchten ab, beklagte, daß die Abläugnung österreichischer Rüstungen so wenig bündig und rückhaltlos sei, wollte sich jedoch auf die eingestandenen Dislocationen beschränken, und erklärte deren Zurücknahme für unerläßlich, ehe Preußen seine partiellen Sicherheitsmaaßregeln wieder aufheben könne.

Obgleich in Wien die Kriegsströmung im Wachsen war, beschloß man doch, um nicht in den Augen der Welt als Friedensstörer zu erscheinen, auf das preußische Begehren einzugehen. Die preußische Depesche redete nur von der Rücknahme der ersten Dislocationen, und diese meinte man unter Aufrechthaltung der letzten Beschlüsse ohne Gefahr für die eigene Sicherheit bewilligen zu können. Die aus Böhmen abziehenden Bataillone würden in der erhöhten Stärke bleiben, und die Mobilmachung der Artillerie und der Pferdeankauf ihren Gang gehen; dazu wurde noch am 18. April die Bespannung des Armeeparks und die Organisirung des Armeefuhrwerks befohlen. So würde man trotz der Zurücknahme der Dislocationen durchaus streitfähig bleiben, während in Preußen mit der Widerrufung der Erlasse vom

29. und 31. März die Armee wieder auf den völlig immobilen Stand zurückgeführt würde. Demnach erwiderte man, an demselben 18. April, der preußischen Regierung, man wolle am 25. die im März an die Grenze vorgeschobenen Truppen wieder von dort zurückziehen, wenn Preußen sich verpflichte, am 26. die Ende März verstärkten Regimenter wieder auf den Friedensfuß zurückzuführen.

In Berlin war, obwohl man von den Conferenzbeschlüssen des 13. bis 18. April natürlicher Weise noch keine Kunde hatte, das Vertrauen auf die Gesinnung des Gegners nicht größer als in Wien. Man hielt zwar eine Ablehnung des österreichischen Vorschlags Europa gegenüber für unmöglich, sah sich jedoch bei der Annahme vor, da die von Österreich angebotene Maaßregel längere Zeit zu ihrer Verwirklichung bedurfte, als die preußische Gegenleistung. Man antwortete also am 21. April, man sei einverstanden mit dem österreichischen Vorschlag: sobald der Erlaß des kaiserlichen Befehls, jene Dislocationen rückgängig zu machen, in Berlin authentisch mitgetheilt sei, werde der König die Reduction der am 29. März verstärkten Heertheile anordnen; die Ausführung dieses Befehls werde in demselben Maaße und demselben Zeitraum erfolgen, wie die Verminderung der österreichischen Kriegsbereitschaft; man setze dabei voraus, daß Österreich jetzt auch die Mittelstaaten zur Einstellung ihrer militärischen Vorkehrungen bestimmen würde. Freiherr von der Pfordten war entzückt, als er hievon Kenntniß erhielt. Er hatte ebenso wie der russische Kaiser in den letzten Wochen sowohl in Wien als in Berlin mit lebhaftem Nachdruck auf allgemeine Entwaffnung gedrungen, so daß man in Wien bereits über seine neutrale Haltung verdrießlich zu werden

begann. Jetzt sah er jede Kriegsgefahr als beseitigt an, und sprach beiden Höfen über das gewonnene Einverständniß seine hohe Genugthuung aus. In Berlin sah man, allerdings nicht mit gleicher Sicherheit, doch für den 25. April der in Aussicht gestellten kaiserlichen Ordre entgegen.

Allein es sollte anders kommen.

Kaum war die österreichische Friedensdepesche am 18. April nach Berlin abgegangen, als drohende Nachrichten über italienische Rüstungen in Wien einliefen. Wir wissen, wie Preußens Befreundung mit Italien von jeher die empfindlichsten Nerven der österreichischen Regierung verletzt hatte; mehr als alles Andere hatte der Abschluß des Bündnisses vom 8. April die Stimmung des Cabinets verbittert: jetzt schien sich das durch Bismarck's Arglist geknüpfte Gewebe in ganzem Umfang am Tageslichte zu entfalten. Preußen rede jetzt freundlich und friedfertig, um Österreich zur Abrüstung zu verführen, habe aber im Stillen die eigene Mobilmachung in jeder Hinsicht vorbereitet, und hetze zugleich Italien auf, über das entwaffnete Österreich herzufallen. Am 20. April übergab der Kaiser dem Grafen Mensdorff eine neue Denkschrift Henikstein's, welche auf Beschleunigung der Rüstungen drang, zur Begutachtung. Der Minister erklärte, daß er viel zu sehr Militär sei, um nicht das Begründete dieser Anschauung einzusehen, und daß die von dem kaiserlichen Cabinette seit dem 31. März eingeschlagene Richtung allerdings etwas Gewagtes hätte, daß aber auch die durch eine Aufstellung der Armee herbeigeführte Situation nicht ohne Gefahren sein würde. Alles, was bisher diplomatisch geschehen, wäre darauf gerichtet gewesen, Preußen die Handhabe zur Aggression aus der Hand zu winden. Gelänge dieses, so würde Österreich

sich damit politisch und finanziell besser stellen. Mensdorff schloß also mit dem Wunsche, vor jedem weitern Beschlusse die Wirkung seiner nach Paris und Berlin gerichteten Erlasse abzuwarten.

Aber die italienischen Alarmnachrichten häuften sich und schienen jede Möglichkeit des Zauderns auszuschließen.

Das englische Cabinet, welches eine Vermittlung zu Preußens Gunsten nicht hatte übernehmen wollen, war seit einiger Zeit bemüht, in Wien die freiwillige Abtretung Venedigs an Italien im Interesse des europäischen Friedens zu empfehlen. Zur Unterstützung dieses Antrags theilte jetzt der englische Gesandte, Lord Bloomfield, dem Grafen Mensdorff mit, daß eine baldige Entschließung wünschenswerth sei, da in Italien eine kriegerische Bewegung sichtbar werde, und nach Berichten seines Florentiner Collegen fortdauernde Truppenmärsche aus Neapel nach Bologna Statt fänden. Dies stimmte nur zu wohl mit anderweitigen Angaben, daß Italien neuerlich den Mannschaftsstand seiner Regimenter sehr erheblich, man sprach von mehr als 100000 Mann, erhöht habe. Das Maaß wurde schließlich gefüllt und jeder Zweifel beseitigt durch einen Bericht der venetianischen Militärbehörde[1]), dessen Inhalt wie ein Lauffeuer durch ganz Wien flog, eine Schaar Garibaldianer sei bereits über die Grenze hinüber nach Rovigo hereingebrochen. Es schien klar, daß man bei solchen Vorgängen nicht unthätig bleiben, daß hier mit nutzlosen Unterhandlungen kein kostbarer Augenblick verloren werden durfte. Der Krieg, nicht bloß gegen Italien,

[1]) Dies versichert nicht bloß La Marmora, dessen Zeugniß hier nicht entscheiden könnte, sondern auch der sehr preußenfeindliche Gesandte Hannovers in Wien in einem Berichte an seine Regierung.

sondern auch gegen den eigentlichen Sünder, gegen Preußen, war seit dieser Stunde eine beschlossene Sache.

Es mag gleich hier bemerkt werden, daß alle diese aufregenden Nachrichten grundlos waren.

La Marmora's Mißtrauen gegen Preußen war durch den Vertrag vom 8. April keineswegs beseitigt worden. So wenig kampflustig er war, so wünschte er doch Venetien, wenn nicht durch Kauf, dann durch Krieg zu gewinnen; er wartete also mit Ungeduld auf das durch Preußen zu gebende Kriegssignal, erlebte aber statt dessen, daß Preußen seit dem 29. März nicht den geringsten Schritt zur Waffnung that, sondern umgekehrt dem Wiener Hofe seine volle Bereitwilligkeit zur Abrüstung erklärte. In gereizter Verstimmung über dies Hinschleppen und in stets neuen Zweifeln über Preußens Muth, war La Marmora durchaus entschlossen, nicht einen Tag früher als Preußen an Mobilmachung zu denken, oder sich durch eine solche den Kosten und der Gefahr eines ohne Bundeshülfe zu führenden Kriegs auszusetzen. Vollends bestärkt wurde er in dieser Ansicht durch den Kaiser Napoleon, welcher — wir werden sehen, aus welchen Gründen — wie vorher den Abschluß des preußischen Bündnisses, so jetzt die Vermeidung jedes dem Losbruche näher tretenden Schrittes höchst nachdrücklich anrieth. La Marmora gehorchte, schmollendes Sinnes, aber mit gewohnter Folgsamkeit. Nicht eine der nach Wien gemeldeten Maaßregeln war verfügt worden. Was die angebliche Verstärkung der Armee um 100000 Mann betraf, so lag nichts vor, als die regelmäßige, alljährliche Aushebung von 80000 Recruten, welche das italienische Cabinet wegen seiner steten Finanzklemme Anfang Januar verschoben, dann aber gegen Ende März bei der Bewölkung

des politischen Horizontes in Vollzug gesetzt und damit erst die etatsmäßige Friedensstärke der Armee von 204000 Mann hergestellt hatte. Der einberichtete Angriff der Garibaldianer war völlig aus der Luft gegriffen, was dann bald nachher auch von der österreichischen Regierung selbst anerkannt wurde. Endlich die bedrohlichen Truppenmärsche gegen die venetianische Grenze beschränkten sich auf zwölf Reiterschwadronen, welche man vor zwei Jahren nach Neapel zur Verfolgung der Briganten verlegt hatte, die sich aber für diesen Zweck unbrauchbar erwiesen, und deren Rückmarsch in die frühern Garnisonen schon seit längerer Zeit beschlossen worden war. Der englische Gesandte in Florenz, welcher die erste alarmirende Nachricht nach London geschickt hatte, bestätigte einige Tage nachher die Richtigkeit der von La Marmora gegebenen Aufklärung, und ebenso meldeten der russische und der französische Geschäftsträger ihren Regierungen, daß keine Spur von Rüstungen in ganz Italien wahrzunehmen sei.

Indessen, als diese Aufklärungen in Wien anlangten, war der verhängnißvolle Schritt längst geschehen und durch seine Folgen unwiderruflich geworden. Am 21. April beschloß ein großer Kriegsrath die Mobilisirung der Südarmee und der für Tirol, das Küstenland und Dalmatien bestimmten Truppen, so wie des größten Theils der Grenzregimenter und zahlreicher vierter Bataillone der Linien-Infanterie. Mit dem Oberbefehl der Südarmee wurde Erzherzog Albrecht, der Sohn des Helden von 1796 und 1799, beauftragt, für die Führung der Nordarmee Feldzeugmeister Benedek bestimmt. Schon durch diese Beschlüsse wurde das Verhältniß nicht bloß zu Italien, sondern auch zu Preußen trotz aller Entwaffnung im Norden wesentlich berührt.

Bekanntlich gab es Eisenbahnen in Österreich, so daß eintretendes Falls die mobilen Truppen der Südarmee bald nach Böhmen versetzt werden konnten. Aber die Einwirkung auf die nördlichen Beziehungen ging noch erheblich weiter; sie war nicht bloß eine in der Zukunft mögliche; sie machte sich auch sogleich in der Gegenwart handgreiflich geltend. Aus guten Gründen, damit die Leute nicht gleich zum Feinde überliefen, hatte man die Einberufung aller Urlauber italienischer Nationalität zur Fahne befohlen: dadurch kamen 28 Bataillone zur vollen Kriegsstärke, von denen 11 im Norden und 10 in Wien, Linz und Preßburg mit Bahnverbindung nach Böhmen standen. In die böhmischen Garnisonen selbst wurde eine Anzahl vierter Bataillone der venetianischen Bezirke verlegt. Sodann waren 20 Bataillone, die bisher in Venetien standen, dort durch Grenzregimenter ersetzt und wurden einstweilen in Ortschaften an der Ödenburger und der Semmeringbahn untergebracht, von wo auch sie in wenigen Tagen Böhmen oder Mähren erreichen konnten. Es war nicht daran zu denken, daß die preußische Regierung, alle diese Thatsachen vor Augen, noch an eine ernstliche Abrüstung im Norden glauben sollte. Auch gab man sich darüber in Wien keiner Täuschung hin. Obgleich bei dem preußischen Heere seit dem 29. März tiefe Ruhe herrschte, obgleich jetzt auch Bismarck's Friedensdepesche vom 21. April in Wien einlief, schritt man gleich nach den Befehlen über die Mobilmachung gegen Italien zu den Anordnungen gleiches Zweckes für die Nordarmee. Am 27. April wurde für alle vierten Bataillone und ein Infanterie-Regiment die Erhöhung auf die Kriegsstärke befohlen; am 28. folgte gleiche Anordnung für 19 Bataillone Infanterie, Jäger und Pioniere;

am 29. wurde für die gesammte Reiterei die Annahme der Kriegsformation, die Verstärkung der Dépôt-Schwadronen und die Einrichtung des Fuhrwerks verfügt, am 1. und 2. Mai die Mobilmachung von 94 Bataillonen Infanterie, Jäger und Pioniere beschlossen. Bereits waren alle Landschaften des weiten Reiches mit kriegerischem Getümmel und Gerassel erfüllt. Ungarische Urlauber zogen nach Venetien, italienische Reservisten eilten nach Prag; Liccaner und Oguliner marschirten zur Besetzung Triests und Dalmatiens; in Tirol bildeten sich die Compagnien der freiwilligen Landesschützen, und sammelten sich die Haufen des Landsturms. Unaufhörlich begegneten sich die militärischen Bahnzüge von Nord nach Süd, von Süd nach Nord; die Recruten wurden gedrillt, das schwere Geschütz auf die Festungswälle geschleppt; Pferdehändler und Lieferanten hatten herrliche Tage, und mit Seufzen brachte der Finanzminister ein Anlehen von 60 Millionen zu Stande, welchem sehr bald die Verkündigung des Zwangscourses für 115 Millionen übernommener Banknoten folgte.

Gleichzeitig gab Österreich auch seiner diplomatischen Action eine schärfere Wendung. Am 18. April, erinnern wir uns, hatte Mensdorff die Zurücknahme der im März angeordneten Dislocation auf den 25. verheißen, wenn Preußen am folgenden Tage seine partiellen Sicherheitsmaaßregeln zurücknehme, und Bismarck's letzte Depesche hatte sich damit einverstanden erklärt. Trotzdem erfolgte am 25. der versprochene Befehl nicht, sondern es erging am 26. eine Depesche an Karolyi, es solle bei der getroffenen Abrede bleiben, wenn Preußen auch jetzt, nach der Mobilisirung der Südarmee, die Abrüstung vollziehen wolle.

Hiemit aber verband sich in unaufhaltsamer Consequenz eine weitere Entschließung. War das Heer einmal mobil gemacht, so verbot die üble Lage der österreichischen Finanzen schlechterdings ein längeres unthätiges Verharren in einem so kostspieligen Zustande. Folglich mußte jetzt die Quelle alles Haders, die schleswig-holsteinische Frage, so rasch wie möglich aus der Welt geschafft werden. Man beschloß, das bereits am 16. März den deutschen Freunden angekündigte Verfahren jetzt einzuleiten. Eine zweite Depesche an Karolyi, ebenfalls vom 26. April, bot der preußischen Regierung noch einmal die bekannten kleinen Vortheile in Schleswig-Holstein an, erklärte aber zugleich, daß, wenn Preußen hierauf nicht eingehe, Österreich gezwungen sein würde, die ganze Frage zur Entscheidung des Bundestags zu stellen, und zugleich die schleswig-holsteinischen Landstände zur Äußerung darüber aufzufordern. Daß man in Wien über die Tragweite dieser Erklärung und die Aufnahme derselben in Berlin vollkommen klar sah, zeigt die Thatsache, daß man unmittelbar nach der Absendung der Depesche, ohne Preußens Antwort abzuwarten, zu den oben erwähnten Befehlen über die Mobilmachung der Nordarmee schritt. Die Bedeutung derselben, an sich unzweideutig, tritt in volles Licht durch den Umstand, daß in denselben Tagen Graf Mensdorff der französischen Regierung das Anerbieten machen ließ, wenn Frankreich und Italien bei dem bevorstehenden Kriege neutral blieben, Venetien freiwillig abzutreten, sobald die österreichischen Waffen dem Kaiser Schlesien zurückerobert hätten. Man rüstete also gegen Italien, so zu sagen, Anstands halber, das wirkliche Ziel auch der Südarmee lag im Norden. So hatte der ursprüngliche Wunsch, sich zu einer geharnischten Vertheidigung zu rüsten,

in raschem Verlaufe zu dem Entschlusse activer Kriegspolitik geführt.

Sehen wir, wie sich gegenüber dieser plötzlichen und umfassenden Offensive die Gegner Österreichs verhielten.

Am schnellsten kam der schwächere und ungeduldigere, kam Italien zum Entschluß.

La Marmora erhielt die erste Nachricht von den Wiener Vorgängen über Berlin am 23. April; nach wenigen Stunden erschienen Bestätigungen aus Petersburg und München, und dann in rascher Folge die Meldungen über den Aufbruch der österreichischen Grenzregimenter, die Einberufung der venetianischen Reservisten, die Überweisung des dortigen Eisenbahndienstes an die Militärbehörde, kurz, alles dessen, was zu einer Rüstung großes Styls gehört. Im höchsten Grade aufgeregt, schwankend zwischen der Befriedigung über das Herannahen der ersehnten Explosion und der Sorge einer verderblichen Überrumpelung des unbewehrten Landes, beeilte sich der Minister, zunächst das Orakel in Paris zu befragen. Leider fiel die Antwort nicht nach seinen Wünschen aus. Napoleon empfahl auch jetzt auf das Bestimmteste kaltes Blut und gelassene Ruhe. Möge Italien fortfahren, den Wiener Hof sich vor Europas Augen als Angreifer hinstellen zu lassen; möge es den eigenen ungetrübten Friedensstand in gemessenem Tone ohne Leidenschaft der Welt darlegen, vor Allem aber nicht selbst ohne Noth zu Rüstungen schreiten: dann werde es des Beifalls der civilisirten Welt und im Nothfalle der Unterstützung Frankreichs versichert sein.

Ich verhehle es nicht, schreibt La Marmora, daß dieses Telegramm, vom 24. April, mich schmerzlich betroffen hat.

In der That, wenn Österreich plötzlich über das ungerüstete Italien hereinbrach, so konnte es dort trotz des Tadels der civilisirten Welt unermeßlichen Schaden anrichten, bis die französische Hülfe zur Stelle war. Aber noch mehr! La Marmora, so sehr er gestrebt hatte, Venetien durch Kauf oder Tausch zu gewinnen, hatte nach dem Fehlschlagen dieser Versuche jetzt doch seine Hoffnung auf den Krieg gestellt, und zwar auf den baldigen Krieg, da sowohl die Finanznoth als der Parteihader ein langes Hinhalten für Italien ebenso wie für Österreich unmöglich machten. Entweder mußte die Armee ohne Zaudern auf den Kriegsfuß und zum Schlagen kommen, oder sogar ihr Friedensstand vielleicht um ein Drittel verringert werden. So hatte der Minister mit brennender Ungeduld auf Preußens Vorgehen gewartet, und meinte jetzt, daß Österreichs Rüstung dasselbe unvermeidlich mache. Dann aber lag es auf der Hand, daß auch Italien nicht eine Stunde zaudern dürfe, sich in streitfähigen Stand zu setzen. So telegraphirte er am 26. April nach Berlin an seinen Gesandten den Auftrag: „sehen Sie, was die preußische Regierung von alledem denkt, und was sie zu thun beabsichtigt.“ An demselben Tage empfing er die Antwort: „Bismarck sagt, er wisse, daß die österreichischen Rüstungen nicht bloß in Venetien, sondern allenthalben beschleunigt würden; Werther solle in Wien erklären, daß dann auch Preußen nicht abrüsten, und gegenüber einem Angriffe auf Italien nicht gleichgültig bleiben könne, da man Italien zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts nothwendig erachte.“ Dies war noch nicht ausdrücklich eine Verheißung sofortiger Kriegserklärung, wohl aber eine bestimmte Zusage preußisches Beistandes bei einem österreichischen Angriffe. Wie die Dinge lagen, genügte das

La Marmora's Ungeduld[1]), und noch an demselben Abend verfügte eine Militärconferenz die Mobilmachung der ganzen italienischen Armee, und erging am Morgen des 27. ein Rundschreiben an die Gesandtschaften zur Rechtfertigung dieses Beschlusses. Ein unermeßlicher Jubel des ganzen Landes begrüßte den muthigen Schritt, bei welchem endlich einmal in La Marmora's enger Natur der Soldat es über den Politiker davongetragen hatte. In der Nation wie in der Kammer gab es weder Majorität noch Opposition mehr; alle Gedanken und alle Leidenschaften flossen in dem einen Rufe in einander: Krieg gegen Österreich, Befreiung Venetiens. Recruten, Reservisten, Freiwillige strömten zur Fahne; die Kammern bewilligten jeden Credit und jede Regierungsvollmacht; der König konnte erklären, daß er die Bewegung sonst in fester Hand halte, Eines aber für ihn unmöglich sei, die Rückkehr zum Friedensstande ohne Venetien[2]).

In Berlin aber war man trotz aller Entschiedenheit in der Sache doch nicht der Meinung, durch so eiliges Vorgehen das Verhältniß Preußens zu den Großmächten zu

[1]) Es ist charakteristisch für La Marmora's Streben, in seinem Buche Preußen in ungünstiges Licht zu stellen, daß er seinen Entschluß, zu mobilisiren, nicht durch das Berliner Telegramm vom 26. April, sondern durch seine Kenntniß der Wiener Note an Preußen von demselben Datum motivirt, einer Note, die an diesem Tage in Wien erst festgestellt und dann am 28. in Berlin übergeben wurde, von deren Inhalt also am 26. weder er, noch Bismarck unterrichtet sein konnte.

[2]) Die Befehle zur Mobilmachung, Pferdekauf, Bildung der Dépôts und fünfter Bataillone u. s. w. ergingen vom 28. April ab. Das österreichische Generalstabswerk II, S. 3, scheint die Einberufung der Urlauber und Reservisten in die erste Hälfte des April zu verlegen; sieht man aber genauer zu, so zeigt sich, daß nur solche Vorbereitungen behauptet werden, auf deren Grund die spätere Einberufung leicht von Statten gegangen.

compromittiren. Wohl empfing Freiherr von Werther auf die erste Kunde von der österreichischen Mobilmachung am 25. April die telegraphische Weisung, als seine persönliche Ansicht dem Grafen Mensdorff die Vermuthung auszusprechen, daß Preußen nicht abrüsten könne, wenn Österreich im Süden große Heeresmassen aufstelle; zugleich ging zu seiner nähern Instruction jene nach Florenz gemeldete Depesche an ihn ab, welche besonders auf die Einziehung der venetianischen Urlauber zu den böhmischen Regimentern hinwies, und mit dem Satze schloß, daß bei der jetzigen Spannung mit Österreich, bei dessen feindseliger Begünstigung der Augustenburger Partei, eine Niederlage Italiens eine wesentliche Schädigung der Stellung Preußens in Europa in sich schließen würde. Noch bestimmter sprach sich Bismarck an demselben Tage auch gegen den französischen Botschafter, Grafen Benedetti, aus: bei einem Angriffe Österreichs auf Italien sei Preußen durch die Loyalität, so wie durch sein eigenes Interesse verpflichtet, am Kriege Theil zu nehmen. So nachdrücklich und jeden Zweifel beseitigend, redete er in diesem Sinne, daß Benedetti auf die Vermuthung kam, es beständen zwischen Berlin und Florenz noch andere Abmachungen, als der bekannte Vertrag vom 8. April, welcher eine solche Verpflichtung Preußen ja nicht auferlege[1]). Immer war Bismarck entschlossen, vor dem Eintreffen der österreichischen Erwiderung auf seine Depesche vom 21. April keinen Schritt zu militärischer Action zu thun, noch auch gegen das Wiener Cabinet in amtlicher Weise diplomatische Erklärungen zu erlassen. Einstweilen schrieb er am 27. April nach Dresden und Stuttgart, um Beschwerde gegen die auch dort begonnenen Rüstungen zu

[1]) Benedetti, mission en Prusse 114, 115.

erheben, welche durch keine preußischen Maaßregeln gerechtfertigt seien, und abgestellt werden müßten, wenn nicht Preußen seinerseits zu entsprechender Deckung sich genöthigt sehen sollte. Es bedarf nicht erst der Bemerkung, daß Beust und Varnbüler zwar kein beweiskräftiges Material zu Anklagen gegen Preußen besaßen, aber die eigenen Anordnungen als äußerst ungefährlich bezeichneten, und sie nur getroffen haben wollten, um nöthiges Falls jeder Verfügung des Bundestags zum Schutze des Bundesfriedens gerecht werden zu können.

So lagen die Dinge, als am 28. April Graf Karolyi die beiden österreichischen Depeschen vom 26. dem preußischen Minister übergab. Es war einleuchtend, daß die auf Holstein bezügliche die Aufkündigung der Gasteiner Convention bedeutete; offenbar konnte ihre Erklärung, die Frage zur Entscheidung an den Bundestag bringen zu wollen, nur mit der Unterwerfung Preußens oder der Stellung des Kriegsfalls beantwortet werden. Bismarck kam zu dem einfachen Beschluß, sie für's Erste gar nicht zu beantworten. Hinsichtlich der Rüstungen hob er in einem Erlasse vom 30. April hervor, daß es sich nicht bloß um den Abzug von zehn Bataillonen aus Böhmen, sondern auch von der Zurücknahme der dreißig nach Mähren und Westgalizien vorgeschobenen Schwadronen gehandelt habe, daß ferner die dort zurückbleibenden Regimenter wieder auf den Friedensfuß versetzt werden müßten, daß man überhaupt nach den am 18. und 21. ausgetauschten Zusicherungen von Österreich eine vollständige Rückkehr auf den Friedensfuß erwartet habe, und auch jetzt noch hoffe, Österreich werde, sobald es die Grundlosigkeit seiner gegen Italien gerichteten Besorgnisse erkenne, zu einem solchen Verfahren schreiten. Sonst sei es für Preußen nicht thunlich,

der nächsten Zukunft, in welcher ihm wichtige und folgenschwere Verhandlungen mit der kaiserlichen Regierung bevorständen, anders als unter Feststellung des Gleichgewichts in der beiderseitigen Kriegsbereitschaft entgegen zu gehen. Von Verhandlungen, welche von einer Seite bewaffnet, von der andern in voller Entwaffnung geführt würden, könne sich die königliche Regierung einen gedeihlichen Erfolg nicht versprechen.

In Wien hatte die Mittheilung dieser Depesche am 2. Mai keine andere Wirkung, als daß Graf Mensdorff in einer Entgegnung vom 4. die Verhandlungen über die beiderseitige Abrüstung für erschöpft erklärte, im Kriegsministerium aber bis zum 7. die Einberufung der Urlauber und Reservisten für die noch nicht auf Kriegsfuß stehenden Regimenter befohlen, und dann Tag für Tag die Anordnungen für Alles, was zur vollständigen Streitfähigkeit einer Armee gehört, erlassen wurden. Das Wiener Publicum gab in stolzer Siegessicherheit diesen Maaßregeln geräuschvollen Beifall; die allgemeine Stimmung faßte sich in dem Worte zusammen: keinen faulen Frieden, vorwärts nach Berlin! Die Zeitungen fast ohne Ausnahme strömten über von den massivsten Schmähungen gegen Preußen: nicht ein Olmütz, nein, ein Jena werde ihm bereitet werden. Baron Werther meldete damals, es gäbe in Wien nur noch drei Menschen, welche nicht vom Kriegstaumel ergriffen wären: den Kaiser, den Grafen Mensdorff und den Grafen Moritz Esterhazy. Aber auch sie wurden von der Consequenz der selbstgeschaffenen Lage erfaßt und fortgerissen. Die Männer des Kriegsministeriums und des Generalstabs waren die factischen Lenker des Staats geworden; sie hofften, die Gesammtrüstung etwa um die Mitte

des Juni ausgeführt zu haben, und dann mit dem deutschen Friedensstörer, der ihnen auch Italien auf den Hals gehetzt habe, ein ernstes Wort reden zu können.

Dieser Friedensstörer hatte nun allerdings seit den Befehlen des 29. März keinen Finger gerührt. Jetzt freilich, wo der Waffenlärm ganz Österreich erfüllte, schien es unmöglich, noch länger in absoluter Unthätigkeit die Arme zu kreuzen. Immer entschloß sich der König auch jetzt noch sehr schwer zu Rüstungsbefehlen, und äußerst unklar, wie wir im Folgenden näher sehen werden, gestaltete sich gerade in diesen Tagen die diplomatische Lage. Es geschah wesentlich zur Beruhigung der halb vorwärts drängenden, halb wieder mißtrauischen Italiener, daß am 3. Mai die Kriegsbereitschaft der gesammten Cavallerie und Artillerie der Feldarmee, sowie der volle Kriegsstand der am 29. März verstärkten Bataillone angeordnet wurde: es waren die Truppen in den zunächst bedrohten Provinzen, an der österreichischen und sächsischen Grenze, fünf Armeecorps von neun. Aber nicht lange hielt der Glaube vor, daß man hiebei stehen bleiben könne. Der preußische Gesandte in Cassel, General von Röder, der bisher trotz der österreichischen Gesinnung der Fürstin von Hanau, und trotz des Ärgers des Kurfürsten über Preußens Antrag auf Bundesreform, im Ganzen immer nur Günstiges hatte berichten können, meldete am 4. Mai, der österreichische Gesandte habe die Zusammenziehung der kurhessischen Truppen bei Hanau beantragt; die Absicht gehe dahin, wenn die österreichische Brigade Kalik Holstein verlassen müsse, sie dort im Verein mit den Kurhessen zum Kern eines feindlichen Armeecorps zu machen. Dies erinnerte denn doch zu lebhaft an die Vorgänge von 1850, und am 5. Mai befahl, um solche

Pläne im Keime ersticken zu können, König Wilhelm die Mobilisirung des achten (rheinischen) Armeecorps.

Unmittelbar nachher führten ähnliche Vorkommnisse in Hannover zu weiterer Ausdehnung der Maaßregel.

Am 5. Mai kündigte der Minister Graf Platen, um jedes Mißverständniß zu vermeiden, wie er sagte, dem preußischen Gesandten, Prinzen Ysenburg, an, König Georg habe die großen Herbstexercitien, zu denen die Reservisten einberufen wurden, für dieses Jahr auf den Monat Mai verlegt; auf die Bemerkung des Gesandten, daß dies in Berlin ernste Beunruhigung hervorrufen würde, äußerte der Minister: Sie sehen zu schwarz; in diesen schweren Zeiten ist der König der Ruhe und Ordnung im Lande nicht sicher; da ist es doch natürlich, daß er etwas mehr Soldaten zur Verfügung haben will. Dieses „etwas Mehr" brachte jedes Bataillon von 260 auf 560 Mann[1]), außer 260 noch weiter verfügbaren Recruten und Beurlaubten. Schon früher hatten Verhandlungen zwischen beiden Staaten über Hannovers Neutralität bei einem etwaigen Kriege mit Österreich Statt gefunden; Preußen hatte sich bereit erklärt, nicht bloß eine solche anzuerkennen, sondern auch dem König Georg seinen Landbesitz zu garantiren, nur war stets die Bedingung gestellt worden, daß Hannovers Neutralität eine unbewaffnete sei, da Preußen im Kriegsfalle zwischen seinen östlichen und westlichen Provinzen keine von ihm unabhängige Heeresmacht dulden könne. Damit war

[1]) In der Geschichte der Kriegsereignisse zwischen Preußen und Hannover von v. d. Wengen S. 132 sagt der Verfasser, jede Compagnie sei auf 140 Mann verstärkt worden (was also für das Bataillon 560 Mann austrüge), fährt aber dann fort, daß die Maaßregel für das Bataillon die Stärke von 647 Mann ergeben habe, außer 132 Recruten. Ich weiß dies nicht zu erläutern.

aber die eben angekündigte Einberufung der Reservisten unvereinbar, und weiter meldete Prinz Ysenburg, daß die Aufregung des Königs über Preußens Parlamentsantrag in stetem Wachsen begriffen sei, daß derselbe in der Bundesreform nur die Absicht seiner und seiner Mitfürsten Mediatisirung erkenne, und die in Holstein eingesogene Erbitterung seiner Officiere gegen Preußen auf alle Weise befördere. Für sich allein wäre dies Übelwollen dem mächtigen Nachbar wenig gefährlich gewesen, da nach löblichem Bundesbrauch das hannoversche Heerwesen bei unbedingter Trefflichkeit der Leute in allen materiellen Beständen recht übel bestellt war. Aber auch hier wirkte der Gedanke an die Österreicher in Holstein ein; man vernahm von der Absicht, ein hannoversches Lager bei Stade zu bilden; man erfuhr, daß diese kleine Festung mit ganz unverhältnißmäßigen Massen von Geschütz, Munition, Utensilien aller Art angefüllt wurde; man hörte von Vorbereitungen für die Ausrüstung eines holsteiner Contingents für Augustenburg. Auch hier also war für Preußen die Gegenvorkehrung unerläßlich. Am 7. Mai wurde die Mobilisirung des westfälischen (siebenten) Armeecorps befohlen, und am 9. eine sehr ernste Depesche nach Hannover erlassen, welche unverhüllt auf die schweren Folgen jeder Rüstung hinwies, und dann auch die Wirkung erzielte, daß trotz großer Mißstimmung des Königs Graf Platen sich zur Verhandlung eines Neutralitätsvertrags am 13. bereit erklären durfte.

Endlich gaben bedenkliche Nachrichten aus Süddeutschland, welche sogleich zu berichten sind, den Anlaß zu der Vollendung der preußischen Rüstung, am 8. Mai zur Mobilmachung des ersten und zweiten Armeecorps (Preußen und Pommern), am 10. zur Einberufung eines großen Theils der

Landwehr. Man konnte hoffen, die Ausführung dieser Befehle vor dem Schlusse des Monats zu vollenden; also auch jetzt noch gleichzeitig mit dem Gegner schlagfertig zu sein.

Inmitten all dieses kriegerischen Getümmels, welches für Preußen die Nähe eines Kampfes um Leben und Tod ankündigte, erlebte Bismarck am 7. Mai, daß ein württemberger Republikaner, Namens Cohn, einen Mordversuch gegen ihn unternahm, indem er auf der Straße aus nächster Nähe mehrere Revolverschüsse auf ihn abgab. Die Rettung erschien beinahe wunderbar; auf die eiserne Natur des Ministers machte das Ereigniß weiter keinen Eindruck, als daß es ihm noch in derselben Stunde den Gedanken zu einem Briefe an Kaiser Alexander eingab, über dessen Befürchtung, daß Bismarck's Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments die revolutionären Parteien stärken würde. Das Attentat, bemerkte jetzt Bismarck, scheine doch darzuthun, daß von seiner Wirksamkeit jene Parteien sich keine große Förderung versprächen.

Gleichzeitig mit den preußischen Waffnungen entwickelten sich dann auch die der Mittelstaaten. In solchen Dingen, hatte einst Mensdorff gesagt, treibt immer Einer den Andern.

Sachsen, zwischen den Landen der beiden Großmächte eingeklemmt, machte jetzt aus seinen Rüstungen kein Hehl mehr, und rief zugleich am 5. Mai den Bundestag an, von Preußen eine beruhigende Erklärung seiner Achtung des Bundesfriedens zu begehren. Preußen antwortete darauf bei der Abstimmung in Frankfurt am 9. Mai, daß es lediglich Vorkehrungen zum Schutze seiner seit Wochen bedrohten Grenzen getroffen, und seinerseits Beruhigung über die gegnerischen Rüstungen vom Bunde zu fordern habe; werde ihm diese geweigert, so müsse es fortan den Bund für sich

nicht als einen Schutz, sondern als eine Gefahr betrachten, und sich zu voller Actionsfreiheit auf seine Stellung als europäische Großmacht zurückziehen. Trotz dieser Erklärung wurde der Antrag mit zehn gegen fünf Stimmen angenommen.

An demselben Tage verfügte König Ludwig von Bayern die Mobilisirung seiner Armee. Pfordten hatte sich lange gegen eine solche Maaßregel gesträubt und dafür jeden Tag heftige Angriffe der von Österreich gelenkten Allgemeinen Zeitung und aller bayerischer Localblätter erfahren müssen. Als dann Preußen das rheinische Armeecorps mobil machte, meinten darin alle bayerischen Parteien eine unmittelbare Bedrohung des eigenen Landes zu sehen, und unwiderstehlich erscholl nun die Forderung der Rüstung gegen diese eingebildete Gefahr. Allerdings war, wenn man Krieg führen wollte, Grund zu eiliger Vorkehrung: denn wie in Hannover war die Mannschaft vortrefflich, sonst aber die Heerverfassung in elendem Zustand.

Am 11. Mai folgte Württemberg dem bayerischen Beispiel durch den Befehl zur vollständigen Mobilmachung seines Armeecorps.

Drei Tage später fand eine neue Conferenz der mittelstaatlichen Minister in Bamberg Statt. Sachsen, die drei süddeutschen Staaten, Darmstadt, Nassau und einige Thüringer waren vertreten. Die Stimmung war jetzt entschieden preußenfeindlich, in weit höherem Grade als drei Wochen früher in Augsburg; auch Baron von der Pfordten sah kaum noch eine Möglichkeit mehr, den Frieden zu erhalten, und war durch Österreichs Absicht, die schleswig-holsteinische Sache an den Bundestag zu bringen, für Wien gewonnen. Ein Antrag, bei einem Kriege zwischen Österreich und Preußen neutral

zu bleiben, welchen Baron Edelsheim auf bestimmten Befehl seines friedliebenden Großherzogs einbringen mußte, gewann zu innerlicher Freude des Antragstellers nicht Eine Stimme. Indessen wünschte die Versammlung, nach Außen hin unparteiisch und bundescorrect zu erscheinen, und lehnte deshalb einen durch Österreich angeregten Vorschlag, von Bundeswegen schon jetzt alle, nicht den Großmächten angehörigen Bundescorps mobil zu machen, ebenfalls ab. Dagegen wurde beschlossen (nur die Thüringer nahmen an allem Folgenden keinen Antheil), daß jeder einzelne Staat aus allen Kräften rüsten, und in Stuttgart eine gemischte Commission von höhern Officieren zur Leitung des gemeinsamen Werkes zusammen treten sollte. Man dachte, 160000 Mann aufzustellen, und damit Sachsen, Hannover und Kurhessen gegen einen preußischen Friedensbruch zu schützen. Im Kriegsfall würde Nassau sich dem achten Bundescorps (Württemberg, Baden, Darmstadt) zugesellen, was freilich im Widerspruche zu der gepriesenen Bundeskriegsverfassung stand. Man wußte bereits, daß zur Führung dieses Corps der österreichische General, Prinz Alexander von Hessen, bestimmt war. Jedoch sollten alle diese Dinge nur zur Sicherung des Bundesrechts und des Friedens dienen: zum Zeugniß dieser Gesinnung würde man beim Bundestage einen Antrag auf allgemeine Entwaffnung einbringen.

Hienach beschlossen denn auch Darmstadt und Nassau die Mobilisirung ihrer Truppentheile, an demselben Tage, an dem sie den Antrag auf allgemeine Abrüstung unterzeichneten.

So verwandelte sich ganz Deutschland um die Mitte des Mai in ein einziges großes Waffenlager. An dem Ausbruch des Kriegs zweifelte niemand mehr. Alle Geschäfte stockten,

Credit und Absatz verschwand, Bestürzung und Aufregung erfüllte abwechselnd die Gemüther, die abenteuerlichsten Gerüchte durchschwirrten die Luft. In Süddeutschland überwog bei der Mehrheit noch immer der Preußenhaß jede andere Erwägung, und wurde jetzt durch die Furcht vor einer Verschwörung Bismarck's mit Napoleon vollends glühend. Daneben aber bewirkte gerade die Gewißheit des Kriegs auch die ersten Symptome eines Umschlags in der öffentlichen Meinung. So entschieden die gemäßigten Liberalen und die Anhänger des Nationalvereins sich bisher Bismarck's innerer und holsteiner Politik widersetzt hatten, so klar schien es ihnen doch, daß jetzt vor der einfachen Frage, ob Österreich oder Preußen in Deutschland gebieten solle, die Entscheidung keinem nationalliberalen Manne zweifelhaft sein könne. In Preußen habe Bismarck sich über die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in Sachen der Heerverfassung hinweggesetzt, in Österreich aber das Grafen-Ministerium die ganze Verfassung suspendirt. Jenes biete der deutschen Nation eine große und einheitliche Volksvertretung, dieses dränge im eigenen Reiche den deutschen Gedanken zu Gunsten der Slaven und Magyaren zurück. Bliebe keine andere Wahl, so wolle man lieber preußisch als croatisch werden. Solche Stimmungen wurden in Schwaben und Bayern vernehmbar, wuchsen in Hannover heran, waren ganz vorwiegend in Kurhessen und rührten sich in Thüringen und Sachsen. Dagegen spielte in jenen Tagen das preußische Bürgerthum eine wenig rühmliche Rolle. Die große Masse desselben war verbittert durch den langen Verfassungsstreit, in Angst und Jammer über die Störung der materiellen Interessen, und völlig überzeugt, daß alle Feinde Bismarck's an ihm

nichts Anderes, als seinen Absolutismus auszusetzen hätten. Sobald Preußen wieder liberal aufträte, würde Benedek der Degen aus der Hand sinken, alle deutschen Völker sich um Preußen schaaren, und durch die Freiheit die Bahn zur Einheit eröffnet werden. Die Erfahrungen von 1850 über Österreichs Verhalten zu deutscher Freiheit und Einheit waren vergessen. So regnete es denn Reden und Resolutionen, Adressen und Petitionen gegen die Scheußlichkeit des Kriegs überhaupt und des Bruderkriegs insbesondere, und nur zwei erfreuliche Ausnahmen in dem kläglichen Treiben wurden bemerkbar, Adressen der Breslauer Gemeindebehörden und der Altliberalen zu Halle an den König, welche muthige Begeisterung für Preußens große Bestimmung aussprachen. Die Regierung ließ sich auch durch diese, in Preußen bis dahin unerhörte Kriegsscheu nicht beirren, sondern beschloß, von den weichlichen Gefühlen des Volkes an dessen feste Einsicht zu appelliren. Ein Bericht des Staatsministeriums an den König erklärte: „das jetzige Haus der Abgeordneten, wenn auch seine Mehrheit Angesichts der Gefahren, welche das Vaterland bedrohen, ihre Hingebung für dasselbe gewiß bereitwillig bethätigen würde, ist doch unter dem Einflusse anderer Verhältnisse gewählt, als diejenigen sind, welche heute bestimmend auf die Wähler wirken müssen. Ew. Majestät werden das Bedürfniß fühlen, die Stimmung zu kennen und zum Ausdruck zu bringen, welche das preußische Volk im jetzigen Augenblick und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Dinge beseelt.“ Im Einklange hiemit verfügte der König am 9. Mai die Auflösung des Hauses und die demnächstige Anordnung von Neuwahlen.

---

2. Capitel.

Letzter Einigungsversuch.

Wir sahen, wie langsam, schrittweise, stets als Antwort auf neue Provocationen, Preußen seine Rüstungen trotz des großen Vorsprungs der österreichischen anordnete. Der Grund lag theils in der Gesinnung des Königs, der noch immer nicht den letzten Ausweg zu friedlicher Lösung sich verschließen wollte, theils aber auch in auswärtigen Einwirkungen, welche Preußens Entschlüsse in verschiedener Richtung beeinflußten.

Am 25. April berichtete Goltz über ein Gespräch mit Napoleon. In Paris war zwar damals die österreichische Aufstellung der Südarmee eben bekannt geworden; man nahm aber an, daß der Vorschlag eines deutschen Parlaments die Kriegsgefahr überhaupt vermindert hätte. Demnach sagte der Kaiser dem Botschafter, der große europäische Congreß, welchen er im November 1863 vergeblich vorgeschlagen, könnte wohl zu völliger Ausgleichung der jetzigen Wirren führen. Die Hauptschwierigkeit dabei sei allerdings die für Frankreich auszumittelnde Compensation bei einer Vergrößerung anderer Mächte. Hättet ihr ein Savoyen, bemerkte Napoleon, so wäre die Sache leicht. Aber vom Rheine

wollt ihr nicht reden hören, und ich verstehe das. Über anderer Herren Länder kann man jedoch nicht so leicht verfügen. Goltz erwiderte, ganz sicher könne Preußen keine neue Erwerbung durch Abtretung deutsches Landes erkaufen; wenn dem Könige fünf Millionen neuer Unterthanen für die Abtretung von einer Million alter geboten würden, so müßte er ablehnen; der moralische Nachtheil wäre größer, als der materielle Gewinn. Ich muß, schloß der Kaiser, die Ehrenhaftigkeit dieser Gesinnung anerkennen. Gleich nachher redete auch der Minister Drouyn de Lhuys den Botschafter an, besprach den Congreßgedanken, und meinte, ein einiges Auftreten Frankreichs, Preußens und Italiens würde an sich schon ein großer Gewinn sein. Bereits am 2. Mai stellte dann Graf Benedetti in Berlin die amtliche Frage, wie Preußen einen Antrag auf Eröffnung eines Congresses zur Verhütung des Kriegs aufnehmen würde.

Bismarck war nicht der Ansicht, daß der Congreß ein Mittel zum Frieden sei, im Gegentheil, er sah darin nur eine Quelle allgemeiner Verwirrung und Zwietracht in Europa: indessen erschien es mißlich, dem alten Lieblingsgedanken des Kaisers, vor seinen Parisern als Erretter des Friedens und Schiedsrichter des Welttheils zu erscheinen, geradezu zu widersprechen. Er erklärte also dem französischen Botschafter, daß Preußen gerne auf den Vorschlag des Kaisers eingehe, jedoch vor dem Beginne des Congresses ein festes Einvernehmen mit Frankreich dringend wünschen müsse.

Die nächsten Berichte aber des Grafen Goltz ließen ein solches Einvernehmen weiter entfernt als jemals erscheinen. Er meldete unter dem 1. und 2. Mai, daß er bei einer Unterredung mit Drouyn de Lhuys die Nothwendigkeit einer

preußisch-französischen Verständigung vor dem Congresse betont, und dabei erwähnt habe, daß ein erheblicher Territorialgewinn kein Bedürfniß für Frankreich sei; im Gegentheil, er würde in ganz Europa Furcht und Argwohn erwecken, und dadurch Frankreichs Einfluß vermindern. Der Minister habe jedoch darauf erwidert: „Einfluß haben wir genug; dergleichen zieht nicht mehr; wir werden nicht mehr für Ideen kämpfen; wenn Andere sich vergrößern, müssen wir es in gleichem Maaß; Zug um Zug, anders geht es nicht.“ Am Abend, auf einem Hofball, hatte sich dann der Kaiser mit Goltz in eine Fensternische zurückgezogen, und gegen das Gelöbniß strenger Verschwiegenheit gesagt, Österreich habe ihm Andeutungen gemacht, die sich bald zu förmlichen Anerbietungen gestalten würden. Er, nach seiner Sympathie für den König, wolle lieber mit Preußen als mit Österreich sich verständigen. Da er aber auf die Dauer die österreichischen Anerbietungen schwerlich würde ablehnen können, bitte er den König, seinerseits gleich annehmbare Anerbietungen zu machen. Goltz hatte die natürliche Antwort gegeben, dies würde leichter sein, wenn der Kaiser seine Zielpunkte etwas näher bezeichnen wollte. Napoleon sei zuerst darauf nicht eingegangen, habe aber endlich erklärt: die Augen meines ganzen Landes sind auf den Rhein gerichtet. Goltz fügte hinzu, der Kaiser solle gegen einige Abgeordnete geäußert haben: was werdet ihr sagen, wenn ich euch, ohne einen Schuß zu thun, das linke Rheinufer verschaffe? Er kam zu dem Schlusse, Österreich habe dem Kaiser dieses Anerbieten gemacht, und Preußen werde zu erwägen haben, mit welchen Liebesdiensten es in diesem Wettbewerbe um Napoleon's Gunst den Sieg davon tragen könne.

Sowohl der König als Bismarck bezweifelten die Richtigkeit dieses Schlusses; sie neigten zu der Annahme, daß Goltz in seiner bekannten Erregbarkeit, wie oft zu rosig, so dieses Mal zu schwarz gesehen und auf flüchtig hingeworfene Äußerungen ein zu großes Gewicht gelegt habe. Jedesfalls telegraphirte Bismarck auf der Stelle, 3. Mai, an Goltz: wenn man von uns Anerbietungen, gleichwerthig den österreichischen, wünscht, müssen wir diese kennen, um zu beurtheilen, ob wir solche Zusagen geben können; die Forderung, welche dem Anscheine nach gemacht werden will, hat keine Aussicht auf Erfolg; doch ist es Angesichts des Congresses nicht rathsam, sich jeder Verhandlung darüber zu versagen.

Ob Österreich in der That, wie Goltz glaubte, damals schon dem französischen Cabinet für irgend welche Unterstützung die Rheinlinie oder Stücke rheinisches Landes verheißen hat, ist aus dem mir vorliegenden Material nicht zu entnehmen. Wohl aber hat in diesem Zeitpunkt Österreichs Entgegenkommen und Preußens Zurückhaltung eine vollständige Schwenkung der französischen Politik bewirkt.

Für Napoleon's Bestrebungen war bei dem raschen Heranwachsen der Krisis mehr als je die Constituirung Italiens der entscheidende Punkt. Wenn ich dies Werk, sagte er in jenen Tagen dem englischen Botschafter, nicht zur Vollendung bringe, so wird der Thron meines Sohnes auf einem Vulcan stehen. Seit Jahren hatte ihn unter jeder Conjunctur diese Auffassung zur Annäherung an jeden Gegner Österreichs gewiesen, und da er selbst einen zweiten Krieg gegen diese Macht nicht zu führen wünschte, zur Beförderung jedes Haders bestimmt, in welchen dieselbe mit einem Dritten gerieth. Wir haben gesehen, wie er sich demnach seit 1864

stets freundschaftlich und ermuthigend gegen Preußen verhielt, über den Gasteiner Vertrag zürnte, die Lockerung desselben mit Freuden begrüßte und Italien dringend zum Abschlusse des preußischen Bündnisses antrieb.

Indessen, so gewaltig er in Frankreich herrschte, so kannte er doch die Gefahr, welche die Verletzung eines starken und einmüthigen Nationalgefühls für ihn und seine Dynastie in sich schloß. Nun aber war gegen Italien die Stimmung der liberalen Franzosen äußerst kühl, die der klerikalen von bitterem Grimm und Haß erfüllt. Vollends aber der preußische Name war in allen Kreisen des Landes so unpopulär wie möglich. Mochte bei dem Streite der beiden deutschen Höfe der Bruch der zwischen ihnen bestehenden Verträge noch so ausschließlich auf Österreichs Seite liegen: für das französische Urtheil galt nur die Thatsache, daß Österreich für sich und Deutschland nichts als die Erhaltung des alten Zustandes begehrte, Preußen aber die Erweiterung seines Landbesitzes und die deutsche Bundesreform erstrebte. Folglich war Preußen der Angreifer, der Feind des Friedens, der Störer der Ruhe in Europa, und je berechtigter seine Forderungen im deutschen Interesse waren, je reichere Früchte sie für die Macht und Wohlfahrt Deutschlands verhießen, desto entschiedener begehrte Frankreich von seiner Regierung, daß sie einem so gefährlichen Treiben Einhalt thue. Denn kein politischer Satz war dem französischen Nationalgefühl geläufiger und wurde mit größerer Unbefangenheit für allgemein gültig und selbstverständlich erklärt, als die Anschauung, daß das europäische Gleichgewicht in der Stärke Frankreichs und der Ohnmacht Deutschlands beruhe. In diesen Tagen verhandelte der gesetzgebende Körper das jährliche Recrutirungsgesetz, und Thiers nahm

davon am 3. Mai Anlaß zu einer seiner großen Reden, in welcher er mit der ganzen Wucht seiner meisterhaften Klarheit und geschlossenen Beweisführung, allerdings aber auch mit einer schamlosen Verfälschung der weltkundigsten Thatsachen, das bisherige Verfahren der kaiserlichen Regierung in der dänischen und deutschen Sache verurtheilte. Nimmermehr dürfe Deutschland zur politischen Einheit gelangen; seine Zersplitterung sei ein alter Satz des europäischen Staatsrechts und die Bedingung des französischen Übergewichts in Europa; Preußens Zweck gehe aber unverkennbar auf die Schöpfung der deutschen Einheit durch einen siegreichen Krieg gegen Österreich; den Ausbruch dieses Kriegs unmöglich zu machen, sei also die erste Pflicht jedes französischen Patrioten; wie die Dinge lägen, bedürfte es dazu gar nicht einmal einer französischen Rüstung oder einer unmittelbaren Bedrohung Preußens; es sei ganz ausreichend, wenn Frankreich den Italienern, welche ihm ihr politisches Dasein verdankten, jede Theilnahme an einem so verwerflichen Kriege verböte; dann würde Preußen keine Schilderhebung wagen, und das Gleichgewicht Europas, wie es die Verträge von 1815 festgestellt, gesichert sein.

Ein wahrer Beifallssturm auf allen Bänken, der Ministeriellen wie der Opposition, begleitete den ganzen Verlauf dieser Rede. Thiers hatte Frankreich aus der Seele gesprochen. Trotzdem war Napoleon in der Hauptsache nicht erschüttert. Nach wie vor wollte er Venetien befreien und dafür Italiens Verzicht auf Rom erkaufen; nach wie vor wollte er demnach den Ausbruch des Kriegs nicht verhindern, sondern herbeiführen. Aber freilich schien es klar, daß er der nationalen Abneigung gegen eine solche Politik nur dann zu trotzen wagen durfte, wenn er als Ergebniß derselben

einen ansehnlichen, materiellen Vortheil für Frankreich selbst aufzuweisen vermochte. Einen solchen hatte er bisher mit Preußen zu verabreden gedacht, und auch zuletzt noch, als Österreichs neueste Anerbietungen einliefen, jene Sondirung bei dem preußischen Botschafter versucht. Leider aber ergab sich auf dieser Seite, wenn gleich nicht kategorische Ablehnung, so doch ein entschiedenes Widerstreben, das französische Wohlwollen mit einem greifbaren Gewinn für Frankreich zu bezahlen.

Dagegen paßte Österreichs Antrag zu allen seinen Zwecken: die Bereitwilligkeit, Venetien abzutreten, erledigte die italienische Frage, und der Entschluß, dann alle Kraft Österreichs in den preußischen Krieg zu werfen, eröffnete Frankreichs Wünschen für seine Ostgrenze die besten Aussichten. Alle französischen Generale behaupteten die unbedingte Überlegenheit der österreichischen Armee über die preußische, und obgleich dem Kaiser die Sicherheit dieses Urtheils nicht erwiesen däuchte, so wurde doch auch nach seiner Ansicht mit dem Rücktritt Italiens die preußische Sache in hohem Grade mißlich, und wenn somit nach langem Ringkampf Preußen in schweres Gedränge käme, könnte Napoleon als Helfer und Retter dazwischen treten, und dann die künftige Gestaltung des deutschen Bundes nach französischem Interesse reguliren. So entschied er sich, dem ungelehrigen Preußen den Rücken zu wenden.

Am 5. Mai ließ er den italienischen Gesandten Nigra rufen, um ihm folgenden Vorschlag Österreichs mitzutheilen. „Österreich ist bereit, Venetien abzutreten, so bald es sich Schlesiens bemächtigt hat. Frankreich und Italien würden versprechen, Preußen nicht zu unterstützen, und neutral zu bleiben. Venedig würde dem Kaiser Napoleon überliefert

werden, welcher es ohne Bedingung weiter an Italien abtreten möchte. Italien würde eine bestimmte Summe Geldes zahlen, welche Österreich zu Festungsbauten an seiner neuen Grenze verwenden würde.“ Napoleon bemerkte, er habe darauf entgegnet, daß die Abtretung jedesfalls vor der Besetzung Schlesiens erfolgen müsse, habe aber hierüber noch keine Antwort. Er fragte, ob es Italien möglich sei, sich von seinem preußischen Vertrage loszusagen; Nigra erwiderte ihm darauf, daß so eben über die Auslegung desselben zwischen beiden Höfen eine Controverse schwebe, und daß Preußen behaupte, bei einem Angriffe Österreichs auf Italien zur Hülfeleistung nicht verbunden zu sein. Da erklärte Napoleon, das sei eine sonderbare Theorie, und hienach allerdings die Erwägung begründet, ob Italien nicht zur Kündigung des Vertrags das Recht habe.

An dieser Controverse war thatsächlich so viel richtig, daß am Abend des 1. Mai Govone den preußischen Minister gefragt hatte, ob Preußen, wenn nach Vollendung der italienischen Rüstung Ende Mai der Krieg in Italien ausbräche, bereit sein würde, gemäß dem Bundesvertrag in denselben einzugreifen. Bismarck hatte erwidert, Preußen werde, so lange er Minister sei, seinen Verbündeten nicht im Stiche lassen; doch müsse er bemerken, daß es nicht der Vertrag sei, der ihm die Verpflichtung dazu auferlege, da dieser nur von dem Falle einer preußischen Kriegserklärung gegen Österreich handle, und dann Italien zur Hülfe verpflichte. Wir wissen, wie genau dies dem Wortlaute des Vertrags entsprach: nichts desto weniger meldete es am 2. Mai Govone in großer Aufregung nach Florenz, wo es dann den General La Marmora in doppelte Unruhe versetzte. Indeß folgte nach wenigen

Stunden ein neues Telegramm: auf einen Vortrag Bismarck's habe der König versprochen, auch bei einem Angriff Österreichs auf Italien sofort in den Krieg einzutreten; bei etwaigen Friedenserbietungen Österreichs an Preußen würde man Italien zeitig benachrichtigen, und niemals ein Abkommen schließen, bei welchem Italien der österreichischen Armee allein gegenüber stehen würde.

Der Zwischenfall war damit thatsächlich erledigt, und wenn bei La Marmora das durch ihn aufgefrischte Mißtrauen keineswegs ganz erloschen war, so antwortete er doch auf Nigra's Bericht über Napoleon's Mittheilung umgehend: mein erster Eindruck ist, daß es eine Pflicht der Ehre und der Loyalität ist, uns Preußen gegenüber nicht loszusagen, namentlich, da es eben rüstet, und allen Mächten erklärt hat, daß es Österreich angreifen würde, wenn Österreich uns angriffe. Er blieb hiebei, auch als am folgenden Tage Nigra meldete, Fürst Metternich hätte die Ermächtigung erhalten, die Abtretung Venetiens nicht erst nach der Eroberung Schlesiens, sondern sogleich gegen das einfache Versprechen der Neutralität zu zeichnen. Dies steigerte den Reiz des Vorschlags erheblich: nichts desto weniger sagte sich La Marmora, daß die Annahme für jeden italienischen Minister eine Unmöglichkeit wäre. Im ganzen Volke brauste fort und fort die lange zurückgepreßte Begeisterung, mit eigener Kraft das herrliche Venedig dem Vaterlande wieder zuzuführen; mit Verachtung und Abscheu hätte man den Gedanken hinweggestoßen, wieder eine Gnadengabe aus der Hand des französischen Beschützers anzunehmen, dessen Vormundschaft durch die Knechtung Roms unter das päpstliche Joch längst jede Schuld der Dankbarkeit ausgelöscht hatte; alle Herzen schlugen

in dem heißen Drange, endlich die volle Unabhängigkeit Italiens mit dem besten Blute seiner Söhne zu besiegeln. Und dann die weitern Folgen jenes schimpflichen Handels! Österreich wäre auch nach der Abtretung ein Feind, und nach Preußens Besiegung ein doppelt furchtbarer Feind Italiens geblieben; die Verbindung mit Preußen wäre durch den Vertragsbruch auf lange zerrissen, und unterdessen Italien gegen Österreichs Übermacht fort und fort auf demüthiges Flehen um Frankreichs Beistand angewiesen. Ein Sturm der Entrüstung aller Parteien hätte, wenn La Marmora annahm, sein Ministerium binnen 24 Stunden hinweggefegt.

So stellte er denn dem Kaiser Napoleon die Mißlichkeit seiner Lage vor, und freute sich, daß dieser sie gnädig anzuerkennen schien. Übrigens fügte La Marmora noch hinzu, daß der preußische Vertrag ja am 8. Juli ablaufe; wenn man bis dahin die Zeit mit den angekündigten Congreßverhandlungen hinbringe und damit eine preußische Kriegserklärung vor jenem Termin verhindere, so würde die italienische Regierung dann wieder volle Freiheit für jede Entschließung haben: eine Andeutung, welche freilich nicht in formellem Widerspruch zu dem Bundesvertrage stand, immer aber erkennen ließ, wie viel lieber im Frieden als im Krieg, wie viel lieber durch den französischen Schutz als durch den preußischen Bund, La Marmora Venetien erlangt hätte.

Es bedarf nicht der Bemerkung, daß La Marmora sich hütete, dem preußischen Bundesgenossen eine Mittheilung über diese geheime Correspondenz zu machen. Nach seiner ablehnenden Antwort kehrte dann auch Napoleon gegen Goltz wieder die freundliche Seite heraus, versicherte, daß er an Gebietserwerbung nicht denke, und behauptete, nichts mehr

zu wünschen, als baldige Eröffnung des Congresses zur Verhütung des Kriegs. Dazu paßte freilich sehr wenig eine Rede, womit er am 6. Mai bei seinem Empfang in Auxerre die Ansprache des Maire beantwortete, und welche in dem Satze gipfelte, das Volk des Yonne-Departements habe ihm stets seine anhängliche Gesinnung bekundet, „denn es hat wie die Mehrheit des französischen Volkes begriffen, daß seine Interessen die meinigen sind, und daß ich, gleich ihm, die Verträge von 1815 verabscheue, die man heute zur einzigen Grundlage unserer auswärtigen Politik machen will.“ Mit Grund konnte Emil Girardin von dieser Rede sagen, daß sie wie ein Kanonenschuß durch Europa erschollen sei; außer der kriegerischen Tendenz ließ sie freilich keine bestimmte Absicht des Kaisers erkennen, vielmehr mochte aus ihren Worten ein Jeder herauslesen, was ihm schmackhaft däuchte, Befreiung Veneticns, Einheit Deutschlands, Abtretung des linken Rheinufers — ganz nach Belieben, wenn es nur den Verträgen von 1815 widersprach. Die preußische Regierung empfand die Unsicherheit dieses Bodens um so mehr, als ihr von verschiedenen Seiten Gerüchte über den Plan einer friedfertigen Cession Veneticns an Italien zukamen. Bismarck zog aus alledem die Folgerung, daß man sich die Thür zu Verhandlungen mit Österreich um so weniger schließen dürfe, als Kaiser Alexander immer wieder ein eifriges Bestreben nach erneuerter Verständigung zu Dreien bethätigte, und neuerlich aus Wien selbst Andeutungen einliefen, welche über die amtlichen Erlasse vom 26. April im Sinne des Friedens weit hinausgingen. In der That, so verhielt es sich; in ganz besonderer Weise war noch einmal ein Hauch leiser Friedensregung aus Wien herübergekommen.

Ein Bruder des österreichischen Statthalters von Holstein, Baron Anton Gablenz, war in Preußen ansässig, hatte eine Zeitlang einen Sitz im Berliner Abgeordnetenhause eingenommen, und dort durch zuverlässige Gesinnung und tüchtige, wenn auch nicht glänzende Begabung, die Achtung Aller, die mit ihm in Berührung kamen, gewonnen. Daß dem Brüderpaar der Riß zwischen ihren Staaten durch die Seele ging, war natürlich, und ohne Zweifel geschah es nicht ohne Mitwirkung des Statthalters, daß im April Baron Anton bei dem Grafen Mensdorff erschien, um ihm einen Vermittlungsplan in dem großen Streite vorzulegen. Graf Mensdorff nahm ihn freundlich auf, bedeutete ihm aber, seinen Entwurf zunächst dem preußischen Cabinet zu unterbreiten; er gab ihm ein privates Einführungsschreiben nach Berlin mit, und sprach sich gegen Baron Werther nicht ungünstig über Gablenz's Gedanken aus. In den ersten Tagen des Mai, also in dem Augenblicke, wo Goltz jene drohenden Zumuthungen Napoleon's einsandte, verhandelte darauf Gablenz seinen Entwurf mit Bismarck, und fand auch hier bereitwilliges Gehör. Seine Vorschläge waren einfach und deshalb zweckentsprechend. Österreich hatte ein selbständiges, Preußen ein preußisches Schleswig-Holstein begehrt: Gablenz gab anheim, die Souveränität der Herzogthümer als eines unabhängigen Staats einem preußischen Prinzen zu übertragen. Preußen hatte für ein selbständiges Schleswig-Holstein die Februar-Bedingungen gestellt, Österreich dieselben als unverträglich mit der Bundeskriegsverfassung abgelehnt: Gablenz schlug die Reform dieser Verfassung, und zwar ebenso zu Österreichs, wie zu Preußens Gunsten vor, in der Weise, daß in Krieg und Frieden Österreich den Oberbefehl über alle süddeutschen,

Preußen über alle norddeutschen Heerestheile erhielte. Preußen würde sodann den Kieler Hafen erwerben und dafür fünf Millionen Thaler an Österreich zahlen. Ferner empfinge Österreich 20 Millionen Kriegskosten von den Herzogthümern, während Preußen auf jede solche Zahlung verzichte. Rendsburg würde Bundesfestung mit preußischer Besatzung, dafür erhielte Österreich ausschließliches Besatzungsrecht in Rastadt und Hohenzollern, so wie den Oberbefehl über das hohenzollern'sche Bundes-Contingent. Beide Regierungen würden gemeinsam die Bundesreform auf dieser Basis in Angriff nehmen.

Bei den colossalen österreichischen Rüstungen gerade in diesen Tagen, den wuthschnaubenden Ausbrüchen aller Wiener Zeitungen, den peinlichen Gerüchten über die freiwillige Abtretung Venetiens, war Bismarck überrascht, daß von Wien aus ein solcher Ausgleichsversuch überhaupt noch gemacht oder verstattet wurde. Er hielt das Gelingen für wenig wahrscheinlich, war aber weit entfernt davon, den Mittelsmann kurzer Hand abzuweisen. Wir wissen, wie er während mehrerer Jahre dem Wiener Cabinet die Bundesreform in Gestalt der gemeinsamen Beherrschung Deutschlands durch beide Mächte bei jedem Anlaß an das Herz gelegt hatte; was Gablenz vortrug, war nur eine neue Form desselben Gedankens; es gab keinen Grund, welcher den Versuch, auf diesem Wege einem Kriege von unabsehbarer Tragweite auszuweichen, verboten hätte. Allerdings war dabei große Vorsicht unerläßlich; bei der in Wien herrschenden Feindseligkeit gegen Preußen mußte man auf die Möglichkeit gefaßt sein, daß ein von Berlin kommender Friedensvorschlag sofort benutzt würde, um in Paris und namentlich in Florenz Miß-

trauen gegen Preußen zu erwecken. So gedachte Bismarck, zwar persönlich und im Stillen bei der Verhandlung guten Rath zu ertheilen, zunächst aber jede amtliche Äußerung zu vermeiden, bis man Gewißheit über den Ernst und die Aufrichtigkeit der österreichischen Friedensliebe gewonnen hätte. König Wilhelm war in jeder Hinsicht derselben Meinung, und so theilte Bismarck dem Baron Werther am 4. Mai vertraulich mit, Gablenz werde am 5. wieder in Wien eintreffen; seine Vorschläge enthalten, wenn in einigen Punkten modificirt, in andern genauer präcisirt, eine geeignete Basis zur Verhandlung: Werther möge sich in diesem Sinne gegen den Grafen Mensdorff in Anknüpfung an dessen frühere Mittheilungen über Gablenz aussprechen. In diesem Zusammenhang beschloß Bismarck jetzt auch, eine Antwort auf Mensdorff's Depesche über Schleswig-Holstein vom 26. April zu geben, in der Form eines vertraulichen Erlasses an Baron Werther vom 7. Mai, worin er zwar jede Anrufung oder Einmischung des Bundestags als vertrags- und rechtswidrig zurückwies, dann aber sich bereit erklärte, falls Österreich über seinen Antheil an der Souveränität in Schleswig-Holstein anderweitig verfügen wolle, mit ihm direct darüber zu verhandeln; dann würde die Verständigung um so leichter erreichbar werden, wenn es gelänge, gleichzeitig eine Einigung über die von Preußen angebahnte Bundesreform zu erzielen. Sie werden leicht erkennen, setzte Bismarck in einem besondern Schreiben hinzu, daß es bei diesem Erlasse meine Absicht war, den Weg einer vertraulichen Verständigung im Sinne des Entwurfes Gablenz's nicht abzuschneiden; wenn dessen Gedanken dort von besonnenen Politikern, wie Graf Mensdorff, ernstlich aufgenommen würden, so wäre es vielleicht

noch nicht zu spät zur Einigung. Wenn es sich dagegen bestätigen sollte, fuhr er fort, daß Österreich den französischen Vergrößerungsgelüsten durch Angebot deutsches Landes schmeichle, — was man in Wien wohl nur in der Zuversicht wagen würde, daß unsere nationale Stellung und die deutsche Gesinnung des Königs es uns unmöglich machte, den schmachvollen Wettstreit auf diesem Gebiete aufzunehmen — so würde es uns nicht schwer werden, solchem Beginnen gegenüber die fessellose Entwicklung des deutschen Nationalgefühls durch jedes Mittel gegen Österreich aufzurufen.

Unterdessen war Gablenz am 5. Mai in Wien wieder angekommen. Mensdorff versprach, den Kaiser sogleich zu unterrichten, der bis dahin kein rechtes Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Ausgleichsvorschläge gesetzt hatte, sie verspätet fand, und befürchtete, daß sie nur als Mittel dienen sollten, die Mittelstaaten von Österreich zu trennen. Der Minister selbst, ebenso wie sein College Esterhazy, zeigte übrigens guten Willen, versöhnlich zu wirken, zugleich aber auch die Besorgniß, im Ministerrathe bei dem acuten Stande der Dinge und dem jetzigen Einfluß der Kriegspartei nicht durchzudringen. Beide Staatsmänner erkannten an, daß Österreichs Ehrenpunkt, die Selbständigkeit Schleswig-Holsteins, in dem Vorschlage gewahrt sei, fanden auch die Geldentschädigung sehr annehmbar, hatten aber Zweifel, ob Österreichs Oberbefehl in Süddeutschland sich erreichbar zeigen würde. Napoleon's Rede in Auxerre steigerte die versöhnliche Stimmung, die jetzt beginnende Mobilmachung in Preußen aber in noch höherem Grade das herrschende Mißtrauen. Der Kaiser erklärte schließlich seine Genehmigung, daß die Verhandlung fortgesetzt werde, jedoch seien bestimmter formulirte Vorschläge

erforderlich. Zu diesem Behuf beschloß dann Gablenz, am 10. Mai, zu weitern Erwägungen nach Berlin zurückzugehen.

Was man sonst in Berlin damals aus Österreich vernahm, gab stets geringere Aussicht auf Versöhnung. Das Toben der Wiener Presse hielt sich auf derselben Höhe des wüthenden Hasses; der Statthalter von Niederösterreich rief zur Bildung von patriotischen Freischaaren auf; unter kaiserlicher Genehmigung erließ ein Oberst Starzenski ein Manifest an die Polen, worin er ihnen die von Österreich erwiesenen Wohlthaten aufzählte und gegen das polenfeindliche Preußen die Waffen zu ergreifen mahnte. In den leitenden Kreisen wurde vielfach ausgesprochen, daß, wenn man nach so gewaltigen und kostspieligen Rüstungen nicht zur Entscheidung durch die Waffen schreite, Österreich bankerott und ruinirt, und sein Ansehen in Deutschland und Europa vernichtet sein würde; die einzige Rettung sei der Krieg. So berichtete Werther aus Wien, so redete Graf Blome in München zum Prinzen Reuß, so deutete es Lord Clarendon in London dem Grafen Bernstorff an. Sollte unter solchen Umständen Preußen die Unterhandlung Gablenz's fortsetzen? Andrerseits wiederholte der russische Kaiser mit gesteigerter Wärme seine Aufforderungen zu Abrüstung und Frieden, sowohl in Wien als in Berlin, und die Nachrichten über die napoleonische Politik waren keineswegs dazu angethan, Preußen zu raschem Vorgehen auf kriegerischen Bahnen anzuspornen. So entschloß sich Bismarck auf's Neue, zwar mit höchster Behutsamkeit zu verfahren, immer aber das letzte Friedensmittel noch nicht von der Hand zu weisen. Vom 13. bis zum 20. Mai erwog er mit Gablenz die nähere Formulirung der von demselben gemachten Vorschläge. Nach mehrfacher Durchsicht

war das Ergebniß das Folgende. Die auf Schleswig-Holstein bezüglichen Artikel blieben im Ganzen unverändert: als künftiger Souverän der Herzogthümer wurde jetzt der Prinz Albrecht von Preußen ausdrücklich genannt[1]), und für Preußen außer dem Kieler Hafen auch Düppel und Sonderburg gefordert. Die wesentliche Umarbeitung betraf den fünften Artikel über die Bundeskriegsverfassung, welcher eine genauere Ausgestaltung erhielt. „Die beiden Regierungen, lautete er jetzt, werden bei der Bundesversammlung einen Antrag auf Bundesreform stellen. Als dringendster Theil derselben ist die Reform der Bundeskriegsverfassung anzusehen. Die Souveränitätsrechte der Bundesfürsten innerhalb ihrer Contingente sind zu wahren, aber gleiche Organisation, Armirung und Einübung durchzuführen. Der Kaiser von Österreich ist für Krieg und Frieden Bundesfeldherr des Südens, der König von Preußen des Nordens. Die Bundesfeldherren haben das Recht und die Pflicht, für diese gleichmäßige Organisation Sorge zu tragen, jeder Bundesfeldherr hat das Recht, in dringenden Fällen die kriegsbereite Aufstellung des ihm untergebenen Heeres anzuordnen, vorbehaltlich späterer Genehmigung durch Bundesbeschluß. Beide Regierungen, setzte dann noch Bismarck hinzu, werden die Reform der Bundeskriegsverfassung ungesäumt zur Annahme und Durchführung bringen, und vorher nicht entwaffnen. Sie werden zu diesem Behuf einen Tag der deutschen Fürsten und freien Städte nach Weimar berufen. Die Fürsten werden eingeladen, ihre Minister mitzubringen, und über das

[1]) In Wien hatte man die Bestimmung gewünscht, daß die beiden Kronen stets unvereinbar sein sollten; in Berlin zog man vor, statt dessen einen der preußischen Krone ferner stehenden Prinzen zu bezeichnen.

Ergebniß der Verhandlungen zu entscheiden, ehe sie sich trennen.

Der König genehmigte Alles, empfing Gablenz in besonderer Audienz, forderte ihn auf, dem Kaiser Franz Joseph seine neuen Vorschläge persönlich zu überreichen, und demselben zu sagen, daß Er, der König, in ihnen einen Weg zu sehen glaube, auf welchem man zu einer ersprießlichen amtlichen Verhandlung gelangen könne. Während dieser Besprechungen erhielt der König ein Schreiben des Generals von Manteuffel aus Gottorp vom 18. Mai. Manteuffel hatte Tags zuvor bei General von Gablenz in Rendsburg gespeist und berichtete über seine dortigen Gespräche. Ich erlaube mir, das Schreiben einzurücken, weil es für die beiden militärischen Politiker charakteristisch ist und zugleich die Mission des Herrn Anton von Gablenz in scharfe Beleuchtung rückt. Manteuffel schreibt: General Gablenz versicherte, sein Kaiser wolle den Frieden mit Ew. Majestät; ein Erschwerniß sei nur, daß der Kaiser glaube, daß, nachdem er so viel Leute zusammen berufen, so viel Geld ausgegeben, sein Land es nicht verstehen würde, wenn er jetzt Frieden schlösse. General Gablenz behauptet, er schriebe dem Kaiser, „daß gerade die beiderseitigen Truppenversammlungen und Geldausgaben nothwendig gewesen seien, um einen wirklichen, haltbaren, guten Frieden zwischen Preußen und Österreich herbeizuführen. Die Lage erforderte rasche und kräftige Entschlüsse, und diese würden unter gewöhnlichen Verhältnissen nie gefaßt. Seine Ansicht sei, König und Kaiser einigten sich über das Verhältniß Preußens in Nord-, Österreichs in Süddeutschland, und über die hienach festzusetzende Bundesreform. Darauf riefen sie sämmtliche deutsche Fürsten zusammen, und sagten ihnen: das haben wir beschlossen, und

fordern euch auf, zuzustimmen. In den Staat, dessen Fürst es nicht wollte, rückte ein Corps ein, im Norden ein preußisches, im Süden ein österreichisches. Die Fürsten würden dann Alle zustimmen. Darauf riefe man, wenn es sein müßte, ein Parlament zusammen, und bei einer Million Soldaten würde dieses auch zustimmen. Dann wäre Deutschland geordnet, und ein dauerhaftes Verhältniß zwischen beiden Staaten gegründet. Dem Auslande sagte man dann, so ist Deutschland jetzt geordnet, und da Preußen und Österreich jetzt eine Million Soldaten auf dem Feldetat hätten, so würde es sich hüten, einen Kampf aufzunehmen, zu dem es sich erst rüsten müßte. Nothwendig sei nur ein Ministerwechsel; entweder müsse der Kaiser einen Minister nehmen, der mit Bismarck schnell und energisch zu handeln vermöchte, oder der König einen, der mit Mensdorff zu bedenken und zu überlegen verstände." Ich sagte ihm, daß, da sein Project doch schnellen Entschluß und energisches Handeln erfordere, es weit rathsamer schiene, daß der Kaiser einen Minister nähme, der tanti sei.

(Die beiden Kriegsmänner hatten dann noch als gute Kameraden ihr eigenes Verhältniß besprochen, wenn der Krieg ausbräche, Gablenz gemeint, man könne dann vielleicht die Herzogthümer neutral stellen, Manteuffel aber erklärt, das sei für Preußen zu gefährlich, die Österreicher müßten Holstein und überhaupt Norddeutschland räumen. Gablenz sagte darauf, militärisch angesehen, sei dies richtig; er wünsche, im Kriegsfalle nach Italien versetzt zu werden, damit ihm der Kampf gegen die alten Waffenbrüder erspart werde. Manteuffel schloß dann sein Schreiben): „Nun, Ew. Kgl. Majestät, ich fasse die Situation so auf, daß jetzt Alles auf rasches

Handeln ankommt, und daß nichts gefährlicher ist, als durch lange Verhandlungen die Sache zu trainiren. Soll verhandelt werden, und ist es gegeben, was ich nicht weiß, es nochmals zu versuchen, dann ein Termin von zweimal 24 Stunden, und ist der verlaufen, dann das Signal Fanfare."

Bismarck, welchem der König den Brief auf der Stelle mittheilte, fand hier zum Theil seine eigenen Gedanken wieder, meldete dem General, daß der von ihm entwickelte Plan in Berlin gute Aussichten habe; er möge also die Erwägung desselben mit seinem Collegen fortsetzen; nach Umständen werde er Vollmacht erhalten, den Vertrag dort mit demselben abzuschließen. Einstweilen aber solle er diesem nicht sagen, daß er einen Auftrag von dem Ministerium empfangen habe, sondern direct vom Könige über dessen Friedenswünsche unterrichtet sei. Ebenso instruirte er, als Anton Gablenz am 19. Mai nach Wien zurückfuhr, den Baron Werther, daß eine amtliche Unterhandlung erst dann beginnen könne, wenn Se. Majestät der König die Überzeugung von der zuverlässigen Gesinnung des Wiener Cabinets gewonnen hätte; zunächst wünsche Gablenz nur, dem Kaiser Franz Joseph die Eindrücke mitzutheilen, die er in seiner Audienz bei Sr. Majestät dem Könige gewonnen habe.

Wie würde der Erfolg ausfallen? Bei allen Vortheilen, welche der Entwurf Gablenz's für Österreich in Aussicht stellte, war es immer eine starke Zumuthung, die ihm zu Grunde lag: anstatt des Bundes mit den Mittelstaaten gegen Preußen ein Ausgleich mit Preußen auf Kosten der Mittelstaaten. Freilich hatte, wie wir wissen, in den letzten Jahren Österreich viermal eine solche Schwenkung gemacht: offenbar aber war, was auch General Gablenz sagen mochte,

durch die jetzigen Rüstungen ein Entschluß dieser Art in hohem Maaße erschwert, wenn nicht unmöglich geworden. So berichtete auch Manteuffel, daß er bei einem neuen Gespräche seinen Collegen ungleich zugeknöpfter gefunden; ohne Zweifel hatte dieser aus Wien ungünstige Antwort erhalten. Ebenso schrieb Werther, er habe von Mensdorff auf eine Bemerkung, daß Österreich zum Gelingen der Unterhandlung die Rücksicht auf die Mittelstaaten etwas in den Hintergrund treten lassen müsse, eine entschiedene Ablehnung erfahren. Indessen nahm der Minister, als Anton Gablenz, durch die Militärtransporte verspätet, am 22. Mai in Wien ankam, ihn durchaus freundlich auf, und versprach ihm, sogleich eine Audienz bei dem Kaiser zu erwirken. Dieselbe hatte am 25. Statt, und dauerte fünf Viertelstunden. Nach einigen Erörterungen über Augustenburg und die Priorität der Rüstungen sprach Gablenz die Hoffnung aus, daß zur Beseitigung des jetzt zwischen den beiden Cabinetten bestehenden Mißtrauens sich wohl in der Person des Generals von Manteuffel ein Vertrauensmann finden ließe, welchem der König sicherlich die nöthige Vollmacht geben würde, wenn der Kaiser den Statthalter von Holstein mit gleicher Vollmacht versehen wollte. Der Kaiser begehrte jedoch zunächst Gablenz's einzelne Vorschläge zu hören. Gablenz las vor; der Kaiser stellte Fragen, Gablenz gab nähere Erläuterung. Der Kaiser sagte dann, es sei wahrhaft zu bedauern, daß diese Vorschläge nicht vor sechs oder acht Wochen gemacht worden, wo man dieselben sicher angenommen hätte; muthmaaßlich liege dabei eine tiefere Absicht zu Grunde, daß Graf Bismarck diese annehmbaren Propositionen erst zu einer Zeit mache, wo die Annahme nicht mehr möglich sei. Trotz aller

Bescheidenheit, sagte Gablenz, muß ich bemerken, daß die Vorschläge nicht von dem Grafen Bismarck, sondern von mir herrühren. Allein er machte damit wenig Eindruck; die Urheberschaft, berichtete er nachher, blieb auf Bismarck sitzen, und das Mißtrauen gegen diesen war größer, als das Vertrauen zu meiner Erfindungskraft. Indessen wurde er nicht ungnädig entlassen: ich werde, sagte der Kaiser, die wichtige Sache erwägen und Ihnen Antwort zukommen lassen; so viel ist klar, daß bei diesem Abkommen Preußen den Löwenantheil erhält, und Österreich weniger geboten wird.

An demselben Tage äußerte Mensdorff gegen den Baron Werther, er finde in Gablenz's Vorschlägen manchen annehmbaren Punkt, wisse aber nicht, ob jener heute noch damit durchdringen werde. Hier halte jedermann Preußen für den Urheber des, wie es scheine, unvermeidlichen, italienischen Kriegs; das sei der wahre Grund der in Österreich herrschenden Erbitterung gegen Preußen, und der Kaiser dürfe die öffentliche Meinung seines Landes nicht vernachlässigen.

Es waren gute Worte, und ohne Zweifel auch aufrichtige Wünsche des Ministers, wenn er hier von manchen annehmbaren Punkten redete. Aber wie während der Verhandlung über die Abrüstungsfrage die österreichischen Generale unaufhörlich weiter rüsteten, so hatte es auch Graf Mensdorff für richtig gehalten, während der Unterhandlung Gablenz's Schritt auf Schritt in dem diplomatischen Kampfe gegen Preußen vorwärts zu thun, und dadurch Österreichs Politik an die der Mittelstaaten unauflöslich fest zu ketten. Als am 19. Mai die Bamberger ihren Antrag auf allgemeine Entwaffnung in Frankfurt einbrachten, nahm der österreichische Gesandte den

Anlaß wahr, die Aufmerksamkeit des Bundestags auf die preußische Verhandlung mit Hannover zu lenken, nach welcher dieses auf alle Fälle unbewaffnete Neutralität versprechen sollte, auch wenn der Bundestag die Mobilmachung der hannoverschen Truppen anordnete. Zugleich schickte Mensdorff den Obersten Wimpffen nach Cassel und den Prinzen Carl Solms nach Hannover, um die beiden Höfe zu fester Bundestreue zu ermahnen und ihnen Österreichs mächtige Garantie für ihren Besitzstand gegen jede preußische Anfechtung zuzusichern. Prinz Carl Solms erregte den heftigsten Zorn des blinden Königs gegen Preußen durch die Erzählung, daß dieses Frankreichs Unterstützung durch die Zusage des linken Rheinufers gewonnen habe [1]), und stellte ihm zugleich für den Kriegsfall Unterstützung durch die in Holstein befindliche Brigade Kalik und Gebietserweiterung auf Preußens Kosten in Aussicht [2]). So gingen denn auch die Vorkehrungen für das Lager bei Stade ebenso wie für die heimliche Augustenburger Rüstung in Hamburg ihren Gang; für Hannover bildete das Alles eine halbe Mobilmachung, wenn auch noch von Pferdeankäufen, Organisation der feldmäßigen Verpflegung, schweren Lazarethen u. s. w. nicht die Rede war. König Georg genehmigte diese Dinge nach seiner Abneigung gegen Preußen und dessen Bundesreform, nach dem Wunsche, auf alle Fälle vorbereitet zu sein. Indessen strebte er doch bei der offenbaren Gefahr einer preußenfeindlichen Politik, so lange wie irgend möglich freie Hand zu behalten. Nun legte einen Tag nach der An-

[1]) Mittheilung des Prinzen Bernhard Solms an den Prinzen Ysenburg.

[2]) Mittheilung des Staatsraths Zimmermann an den preußischen Gesandten von Richthofen in Hamburg.

kunft des Prinzen Solms der preußische Gesandte eine neue Depesche Bismarck's vom 20. Mai vor, worin dieser, ebenso klar wie nachdrücklich, die preußische Forderung wiederholte: vertragsmäßige Zusage unbewaffneter Neutralität, auch in dem Falle, daß ein Bundesbeschluß die Mobilmachung befehle; denn Preußen müsse einen solchen Beschluß als rechtswidrig und die Ausführung desselben als Kriegserklärung betrachten, sei aber, wenn Hannover immobil bleiben wolle, zum sofortigen Abschluß einer Convention bereit, welche die Unabhängigkeit Hannovers in einem neuen Bunde gewährleiste. König Georg, so lebhaft von beiden Seiten angegangen, war in höchster Erregung, kam aber bald in der ihm eigenthümlichen Weise zum Entschluß. Einen förmlichen Vertrag, einen Sonderbund mit Österreich gegen Preußen, wollte er nicht schließen, weil ein Krieg zwischen den beiden Mächten durch das Bundesrecht verboten sei. Aber noch weniger wollte er thun, was zur Erhaltung des Friedens für Hannover unerläßlich war. In dem von Preußen angebotenen neuen Bunde sah er, so bestimmt auch Bismarck von der Unabhängigkeit Hannovers jetzt redete, doch seit dem 9. April eine Beschränkung seiner ihm von Gott übertragenen Souveränitätsrechte herandrohen, wogegen sein ganzes Ehr- und Pflichtgefühl sich empörte. Schon die jetzt erhobene Forderung der unbedingten, ungerüsteten Neutralität, der Verzicht also auf das Recht, zu waffnen, wo ihm Waffnung geboten schiene, fiel ihm unter diesen Gesichtspunkt. Der König, sagte Graf Platen dem Prinzen Ysenburg, versteht nicht, warum er nicht rüsten solle, wenn alle seine Mitfürsten rüsten; er wird nie feindselig gegen Preußen auftreten, aber er ist verpflichtet, zu rüsten, wenn ein Bundesbeschluß die Rüstung befiehlt. Unter den

schönsten Friedensphrasen that Hannover Alles, was ein österreichischer Bundesgenosse zu thun verpflichtet war. Genau in demselben Sinne beantwortete gleichzeitig Kurhessen dieselbe preußische Aufforderung.

Man wird nicht behaupten können, daß Preußen die beiden Regierungen durch trügerisches Spiel in das Verderben gelockt hätte. Nichts konnte klarer sein, als die wiederholte Erklärung des Kriegsfalls, wenn sie waffneten, und der Garantie ihrer Regierung, wenn sie auf Friedensfuß blieben. Nach ihrem ablehnenden Bescheide wies dann Bismarck die beiden Gesandten an, nicht weiter auf die Sache zurückzukommen, sondern nur gelegentlich zu erklären, daß Preußen annehmen müsse, Hannover so wie Kurhessen fortan unter seinen Gegnern zuerblicken, und hienach sich also an keine der früher in Aussicht gestellten Verheißungen gebunden erachte.

Von ungleich größerer Wichtigkeit aber war der Erlaß, durch welchen Graf Mensdorff am 22. Mai die Mittheilung nach München sandte: nachdem Preußen am 7. eine gemeinsame Behandlung der Fragen der Herzogthümer und der Bundesreform empfohlen habe, scheine es ihm nur folgerichtig, auch die erstere an dieselbe Stelle zu weisen, wo die letztere entschieden werden müsse, an den Bundestag. Die geheime Verhandlung mit Preußen, setzte er hinzu, könne ja daneben ihren ruhigen Fortgang haben. Er mochte dies wünschen, hätte aber voraussehen können, daß es ein unmöglicher Gedanke war. Schleswig-Holstein zur Entscheidung des Bundestags stellen, war gleichbedeutend mit der Kriegserklärung gegen Preußen. Seine Collegen gaben sich darüber keiner Täuschung hin; man war des Wartens müde, und wollte jetzt den Bruch so bald wie möglich. Auch die Nöthe der

innern Lage, welche das Jahr zuvor für eine Friedenspolitik entschieden hatten, drängten zur Zeit in entgegengesetzter Richtung. Nachdem das Ministerium Schmerling den Hader der Nationalitäten im Reiche entzündet hatte, war dem Ministerium Belcredi noch an keiner Stelle ein Ausgleich auf verfassungsmäßigem Boden gelungen. Die deutschen Landtage hatten großes Theils gegen die Sistirung der Februar-Verfassung protestirt; mit den Croaten war man zu keiner Verständigung, weder über ihr Verhältniß zu Ungarn, noch über jenes zur Wiener Regierung, gekommen; vollends im ungarischen Reichstag stand das Ansehen Franz Deák's höher als je, und seine Forderung der unbedingten Anerkennung der Verfassung von 1848 durch die Krone, wurde von einer unermeßlichen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Dazu wollte sich aber das Ministerium nach seinen absolutistischen Gesinnungen nicht entschließen, und so standen sich in Pest die Parteien mit ungemilderter Schroffheit nach wie vor gegenüber. Zu all diesem Hader kam mit täglich wachsendem Drucke die Finanznoth, ein Deficit von 80 Millionen, eine tiefe Erschöpfung des Credits, und auch für dieses Elend gab es kein Heilmittel, als die Beendigung der endlos sich hinziehenden Verfassungskämpfe. Da konnte denn ein großer Krieg als die sichere Radicalcur erscheinen: der Sieg über den auswärtigen Feind würde auch die Mittel zur Niederwerfung aller innern Oppositionen liefern. Leider hätte man nicht schon 1865 statt des Gasteiner Vertrags zu diesem durchschlagenden Mittel greifen können; damals war man nicht gerüstet; jetzt aber stand eine gewaltige Armada bereit, und an deren Triumphen zu zweifeln, war nicht erlaubt. Graf Mensdorff rang vergeblich gegen diese Stimmung seiner Collegen: es wird

behauptet[1]), daß er dem Kaiser die auch jetzt vorhandene Unzulänglichkeit der militärischen Kräfte entwickelt und damit einen gewissen Eindruck gemacht, daß dann aber Biegeleben, durch Esterhazy unterstützt, diesen Eindruck beim Kaiser wieder verwischt habe. Genug, als der Kaiser dem Baron Gablenz hatte eröffnen lassen, daß er dessen Vorschläge dem Ministerium zur Bescheidung übergeben hätte, sagte Graf Mensdorff dem Unterhändler, es sei zu spät, das Mißtrauen auf beiden Seiten sei zu groß für eine unmittelbare Unterhandlung. Graf Belcredi bemerkte, die innern Schwierigkeiten des Reiches könnten nur durch einen Krieg beseitigt werden. Graf Larisch erklärte, daß er für Österreich binnen drei Monaten eine preußische Kriegscontribution von 500 Millionen, oder einen anständigen Bankerott auf Grund des Kriegs bedürfte.

Ohne Zweifel hielten die hier so offenherzigen Herren den Bruder ihres holsteiner Statthalters für einen durchaus schwarz-gelben Patrioten. Graf Esterhazy fügte, ohne zu ahnen, wie prophetisch er rede, den Trost hinzu, nach der ersten Schlacht werde man mit besseren Aussichten unterhandeln können. Am 28. Mai schrieb Mensdorff die amtliche Antwort, er bedauere aufrichtig, daß die gegenwärtige Spannung keine directe Unterhandlung gestatte, und hoffe, daß es beiden Regierungen noch möglich sein würde, Anknüpfungspunkte zu finden.

Auf den Wunsch des Königs Wilhelm hatte auch der Großherzog von Weimar einen Vermittlungsversuch gemacht, durch einen Brief an den Kaiser Franz Joseph von 22. Mai,

[1]) Im Wiener Neuen Tageblatt, September 1872, angeblich nach Aufzeichnungen Mensdorff's. Vgl. Rogge, Österreich von Világos 2c. II. S. 336.

worin er anheimgab, durch eine versöhnliche Behandlung der Bundesreform das Unheil des Kriegs entfernt zu halten. Er empfing einige Tage später die Antwort, daß der Kaiser in vollem Maaße seine Gesinnung theile, bei den jetzt sich drängenden Ereignissen aber für die Bewahrung des Friedens keine andere Grundlage finde, als die Erhaltung des bestehenden Zustandes.

Ein weiteres Moment, welches nicht mit geringem Gewichte auf diese Entschlüsse eingewirkt hatte, werden wir sogleich kennen lernen.

3. Capitel.

Österreich und Frankreich.

Kaiser Napoleon war nach der Ablehnung des österreichischen Vorschlags durch Italien und bei dem fortdauernden Schweigen Preußens über französische Compensationen in keiner freudigen Stimmung. Die öffentliche Meinung in Frankreich forderte von ihm Erhaltung des Friedens und Bändigung der preußischen Kampflust. Blieb aber Friede in Deutschland, so blieb auch Venetien unter Österreichs Herrschaft, und so schwer ihn Italiens Ablehnung verdrossen hatte, so drückend lastete die Sorge vor neuen Orsini-Bomben auf seiner Seele, wenn er Italiens Hoffnungen gründlich täuschte. Hier bot denn der alte Plan eines großen europäischen Congresses einen erwünschten Ausweg. Auf einem solchen ließ sich vielleicht durch das vereinte Gewicht der Großmächte bewirken, was er bisher durch Preußens Schwert zu erreichen gehofft hatte, und dann würde der europäische Areopag sich auch wohl zu einer Ordnung aller schwebenden Streitfragen herbeilassen, wie sie dem Interesse der übrigen Mächte und also auch Frankreichs entsprechen könnte. Sein Leben lang hatte der Kaiser es geliebt, sich in großen und weitschichtigen Combinationen zu ergehen, von denen jede die andere stützen

und fördern sollte; nur war es leider nicht seine Art, jeden einzelnen Gedanken scharf und klar in alle seine Consequenzen zu verfolgen, und damit die Durchführbarkeit, sowie die Vereinbarkeit desselben mit seinen übrigen Entwürfen zu ermessen. So verwickelte er durch die Häufung seiner Pläne seine Politik in stets wachsende Schwierigkeiten und unlösbare Widersprüche, führte einen großen Krieg zum Schutze der Türkei und wiegelte die christliche Rajah gegen den Sultan auf, wünschte, mit Rußland gemeinsame Erfolge zu erringen und wünschte doch auch Polen zu befreien, entflammte das italienische Nationalgefühl und beschützte zugleich den geistlichen Todfeind desselben. Nothwendig wurde damit sein Verfahren unsicher und zweideutig nach allen Seiten; er verfolgte eine Richtung eine Strecke Weges, und wenn dann die Hindernisse sich aufthürmten, überraschte er plötzlich die Welt durch einen ganz neuen Einfall, welcher freilich nicht aus schöpferischer Tiefe, sondern aus brütender Verlegenheit entsprang. Eine energische Thatkraft hatte er nie besessen; jetzt, mit dem herannahenden Alter und schweren Krankheitsanfällen, versank er vollends in schwankende Unschlüssigkeit. Lange Zeit hatte ihn das Publicum für einen unergründlichen Staatsmann gehalten; jetzt sagten seine Diener im Stillen, mit ihm sei eine wirkliche Politik nicht mehr zu machen.

Den Gedanken, sich bei einem erheblichen Anwachsen der preußischen Macht durch Stücke rheinisches Landes zu entschädigen, hatte er damals selbst wieder aufgegeben. Ein schmaler Gewinn, etwa die Grenze von 1814, schien ihm nicht erheblich genug, um dafür eine feindselige Entrüstung des ganzen deutschen Volkes auf sich zu nehmen. Eine große Beute, wie die Einverleibung des ganzen linken Rheinufers,

drohte europäische Gefahren, und war vollends auf dem Congresse nicht zu beantragen, geschweige denn durchzusetzen. Auch fehlte ihm jene französische Selbstgefälligkeit, welche ganz ehrlich jede französische Eroberung als ein Glück für die Unterworfenen betrachtet: ich habe nicht Lust, sagte er, mir ein deutsches Venetien zu erschaffen. Statt dessen hatte er sich für den Congreß ein Programm ersonnen, welches anstatt Landgewinns leitenden Einfluß Frankreichs in Deutschland verhieß. Österreich würde für den Verlust Venetiens mit Schlesien entschädigt werden. Preußen empfinge dafür Schleswig-Holstein und außerdem noch etwa Sachsen und zwei oder drei Kleinstaaten, sowie die militärische Hegemonie über Norddeutschland. Hiedurch gewaltig verstärkt, würde es den deutschen Westen völlig räumen und sich aus der Nähe der französischen Grenze durch Abtretung der Rheinprovinz zurückziehen. Dort könnten dann die depossedirten Fürsten in kleinen Herzogthümern untergebracht werden, welche zum deutschen Bunde gehörten, aber unter französischem Schutze ständen. Die süd- und mitteldeutschen Staaten würden einen selbständigen Bund bilden, welcher mit Österreich und Preußen gewisse feste Beziehungen behielte, immer aber gegen deren Ehrgeiz an Frankreichs Gönnerschaft einen sichern Rückhalt hätte. Auch ließe sich vielleicht aus den Landschaften des linken Rheinufers, von der elsasser bis zur holländischen Grenze, ein neutraler Staat nach belgischem Muster bilden, um den Schein einer unmittelbaren Berührung zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen. Mit einer solchen Erneuerung des Rheinbundes, meinte er, könnten alle französischen Politiker zufrieden sein. Höchst wahrscheinlich würden übrigens die Verhandlungen des Congresses sich über

den 8. Juli (die Dauer des italienisch-preußischen Bundes) hinziehen, und dann gemäß La Marmora's Andeutung Italien freie Hand haben, nach Erlangung Venetiens neutral zu bleiben. Jedesfalls hätte er durch die Berufung des Congresses dem französischen Volke sein aufrichtiges Streben zur Erhaltung des Friedens dargethan.

Wenn Bismarck auf Benedetti's erste Anfrage sich zum Congresse bereit, aber eine vorausgehende Verständigung mit Frankreich und Italien für nothwendig erklärt hatte, so wäre eine solche auch dem Kaiser recht angenehm gewesen, vorausgesetzt, daß sie auf Grund des obigen schönen Programms erfolgt wäre. Drouyn de Lhuys sondirte darüber den Grafen Goltz am 7. Mai. Er bat den Botschafter, die etwas verbrauchte Congreß-Idee nicht gar zu ernst zu nehmen. Jedesfalls sei ein Einvernehmen mit Preußen und Italien dem Kaiser sehr erwünscht. Also, sagte er dem Grafen, machen Sie einen Speisezettel. Goltz meinte darauf, er könne Preußens Wünsche angeben, aber die französischen Lieblingsgerichte könnten doch nur von Frankreich selbst bezeichnet werden. Eben dies, sagte Drouyn de Lhuys, wünschen wir zu vermeiden; Frankreich verlangt keine Vergrößerung; wenn aber ein Anderer sich vergrößert, muß es ein Äquivalent begehren; welches, das hat der sich Vergrößernde anzugeben. Eine bloße Genugthuung der Eigenliebe würde nicht ausreichen, fuhr er fort, jedoch brauchte es nicht gerade ein Gewinn an Land und Leuten zu sein; es ließe sich ein Mittelding denken, welches jedem Franzosen als reeller Gewinn erscheinen würde, eine Combination, welche neue Gruppirungen bildete, alte, für Frankreich bedenkliche, sprengte, Frankreich stärkte, dessen Gegner schwächte. Für einen solchen Vorschlag

würde ich Ihnen sehr dankbar sein; ich will auch mit dem Kaiser darüber reden, der in dergleichen Combinationen sehr fruchtbar ist.

Goltz war naiv genug, bei diesen Reden nicht an den Rheinbund, sondern an Polen zu denken, erhielt jedoch am folgenden Tage von Napoleon selbst die Versicherung, daß er zur Zeit die polnische Frage in Angriff zu nehmen nicht beabsichtige. Auch von eigenem Landerwerb sehe er ab, so viel auch in Frankreich von der Rheingrenze die Rede sei; er wünsche Frieden, und deshalb den großen Congreß, welcher die drei Streitfragen: Venetien, Schleswig-Holstein und die deutsche Bundesreform, behandeln, und sie alle im Sinne Italiens und Preußens zu lösen suchen würde. Für das Alles verlange er für Frankreich gar nichts. Goltz freute sich sehr ob dieser Uneigennützigkeit, mußte es aber doch bedenklich finden, daß die deutsche Bundesreform unter europäische Curatel gestellt werden sollte, und deutete ehrerbietig an, daß dies in Deutschland sehr böses Blut machen würde. Napoleon ging leicht darüber hinweg, mit der Bemerkung, daß die deutsche Bundesacte ja zu den europäischen Verträgen von 1815 gehöre, also ohne Zustimmung der damaligen Signatärmächte nicht abgeschafft oder wesentlich geändert werden könnte. Als Goltz sich nach der Entschädigung erkundigte, welche Österreich für die Abtretung Venetiens erhalten sollte, sagte der Kaiser, das sei ein schwieriger Punkt; Österreich lehne Rumänien ab, und verlange Schlesien, worauf man natürlich nicht eingehen könne; es werde wohl nichts übrig bleiben, als ihm Bosnien zu überweisen,

Auf den Bericht über diese Gespräche antwortete Bismarck mit dem Befehle, in dem Bestreben auf eine dem Con-

greß vorausgehende Verständigung zwischen Preußen, Italien und Frankreich fort zu fahren. Goltz that in dieser Hinsicht, was er konnte, vermochte aber, da er weder Compensationen, noch Combinationen vorlegen durfte, keinen Erfolg zu gewinnen. An irgend einem Punkte brach bei jedem Gespräche darüber Napoleon mit der Erklärung ab, er könne keine bindende Zusage geben, da er dies auch den Österreichern verweigert habe. Dagegen erfuhr man in Berlin, daß die französischen Gesandten beim Bundestage und bei den Mittelstaaten ganz entschieden in preußen- und reformfeindlichem Sinne redeten: der Kaiser interessire sich, hierin mit Österreich einverstanden, für die Souveränität der Mittelstaaten; die Zeit sei gekommen, wo die Mittelstaaten zu zeigen hätten, daß sie des Daseins würdig seien u. dgl. m. Nicht minder deutlich erhellte eine starke Abkühlung der früher so oft bekundeten Sympathie Napoleon's für Preußen durch den Umstand, daß er jetzt eine vorläufige Verständigung nicht mit Berlin und Florenz, sondern hinter Preußens Rücken mit London und Petersburg suchte, wovon dann Bismarck erst durch eine Mittheilung des Kaisers Alexander Kenntniß erhielt. Während Napoleon fortfuhr, sich in unbestimmten Friedenswünschen zu ergehen, nahm Drouyn de Lhuys bei dem Ausbleiben preußischer Anerbietungen keinen Anstand, in vertrauten Gesprächen sehr unumwunden zu erklären, er wünsche nicht, wie der Kaiser, das Gelingen des Congresses, sondern den Ausbruch des Kriegs zwischen Preußen und Österreich; Frankreich stehe mit den neutralen Mächten so gut, daß es bei einer Intervention nicht allein bleiben werde; es gönne Preußen die Elbherzogthümer unter gewissen Bedingungen; wenn aber Bismarck meine, ohne Weiteres im Triumphwagen

auf das Capitol fahren zu können, so täusche er sich; er werde unterwegs umwerfen, und Frankreich die Centralisirung Deutschlands unter preußischer Führung nicht dulden; auch möge Bismarck nicht glauben, daß sein italienisches Bündniß ein festes Bollwerk für jede Tollkühnheit sei; der Kaiser werde das von ihm geschaffene Italien in fester Abhängigkeit zu erhalten wissen[1]).

In der That hatte Italien in diesem Augenblicke Napoleon's Gnade nicht weniger als Preußen verwirkt. Zwar mahnte König Victor Emanuel den Grafen Usedom, und Comthur Nigra den Grafen Goltz wiederholt, Preußen möge den französischen Imperator durch das Anerbieten kleiner rheinischer Landstriche gewinnen; da aber von Bismarck keine feste Zusage solcher Art zu erlangen war, so erndtete die italienische Regierung für diese nutzlosen Bemühungen in Paris keinen Dank. Um so verdrießlicher wurde dort die selbständige Haltung vermerkt, welche sie gegenüber dem Vorschlage des Congresses bewahrte. Gleich auf die erste Meldung darüber erklärte La Marmora in einem Rundschreiben an alle Höfe, daß Italien bereit sei, in den Congreß einzutreten, den Wunsch der neutralen Mächte aber, vor dem Beginn der Congreßverhandlung zu entwaffnen, unmöglich erfüllen könne — eine Erklärung, welcher auch das preußische Cabinet einige Tage später beitrat. Als dann La Marmora aus London die Nachricht erhielt, dort sei das Gerücht von einer freiwilligen Abtretung Venetiens an Frankreich verbreitet, beeilte er sich, am 14. Mai dem Comthur Nigra die

[1]) Goltz erfuhr dies durch La Gueronnière; Bismarck bezweifelte allerdings dessen Zuverlässigkeit.

Weisung zu geben, er möge bei Napoleon darauf wirken, daß Venetien nicht durch französische Schenkung, sondern durch einen Beschluß des venetianischen Volkes an Italien falle; jener erstere Weg würde erniedrigend für Italien sein und bei der Nation einen beklagenswerthen Eindruck hervorbringen; einer derartigen Lösung würde er, La Marmora, der früher stets eine friedliche Ausgleichung zu erleichtern gesucht, jetzt ganz entschieden den Krieg vorziehen müssen. Eine solche Erklärung enthielt für französische Augen die offene Aufkündigung des schuldigen Gehorsams, die pflichtwidrige Auflehnung des undankbaren Vasallen, und gab dem stets österreichisch und papistisch gesinnten Drouyn de Lhuys das erwünschte Material, um bei dem Kaiser volles Übergewicht über Italiens Freunde, den Prinzen Napoleon, den Staatsminister Rouher und deren Parteigenossen, zu gewinnen. Immerhin sollte Venetien von der Fremdherrschaft befreit, im Übrigen aber Italien in das gebührende Verhältniß zu seinem Schöpfer zurückgebracht werden. Die alten, am 3. Mai von Thiers in Erinnerung gebrachten Gedanken, daß Italien nach seiner Natur und Geschichte nicht zum Einheitsstaate, sondern zum Staatenbunde bestimmt sei, kamen auch im kaiserlichen Cabinette auf's Neue zur Sprache. Es wäre verkehrt, sagte Napoleon einmal zu Goltz, dem Wiener Hofe für die Abtretung Venetiens die Herstellung des Königreichs Neapel schon jetzt anzubieten; erst wenn die italienische Einheit durch Venetien vollendet sei, werde die alte Uneinigkeit wieder ausbrechen, und der Staatenbund möglich werden. Dagegen fand die Kaiserin Eugenie es gefährlich, die Einheit Italiens sich vollenden zu lassen; denn, sagte sie, ist dies geschehen, so wird der König sich irgendwie mit dem Papste

verständigen, und dann anstatt Frankreichs im ganzen Oriente als Beschützer der römischen Katholiken auftreten.

So lenkten die Gedanken der französischen Regierung mehr und mehr auf das Geleise der Wiener Politik hinüber. Daß man in Österreich sehr bestimmt gesonnen war, im Kriegsfalle mit Italiens Selbständigkeit ebenso gründlich wie mit der preußischen aufzuräumen, versteht sich von selbst: auch hatte man ja nach dieser Seite ungleich bessere Gründe zum Zorne, als gegen Preußen. Denn mochte man von Bismarck's weitern Plänen noch so viel Schlimmes besorgen, so hatte bisher Preußen nicht einen Buchstaben der bestehenden Verträge verletzt, während Italien seit 1859 trotz aller Verträge um sich gegriffen, und hundert Male den Angriff auf den letzten Rest der österreichischen Besitzungen im Süden der Alpen offen angekündigt hatte. Wenn Österreich jetzt siegte, würde es sich sicherlich nicht auf die Vertheidigung Venetiens beschränken. Der preußische Gesandte in Rom, Graf Harry Arnim, meldete bald nachher seiner Regierung, dem Cardinal-Staatssecretär Antonelli seien durch Drouyn de Lhuys fortlaufend Mittheilungen über die zwischen Paris und Wien schwebenden Unterhandlungen zugegangen, und ebenso sei er über die Absicht des Wiener Cabinets unterrichtet worden, zwar Frankreichs Werk von 1859, die Vereinigung der Lombardei mit Piemont, zu respectiren, und dazu noch Venetien aufzuopfern, im Übrigen aber auf die Bestimmungen des Züricher Friedens zurückzugehen, und jedesfalls dem Papste die Legationen und die Marken wieder zu verschaffen, also den alten Kirchenstaat herzustellen, und damit das piemontesische Oberitalien vollständig von Neapel zu trennen, ganz so, wie dies Drouyn de Lhuys noch 1863

empfohlen hatte. Dasselbe, was hier dem Vatican als schöne Hoffnung entgegen leuchtete, berichtete Nigra, unmittelbar vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten, mit schwerer Besorgniß nach Florenz: unsere Aussichten stehen gut, schrieb er dem Prinzen Carignan; nur schenke Gott den Preußen Sieg; nach ihrer Niederlage würde Benedek mit mehr als 100000 Mann über uns hereinbrechen, um uns die Legationen und die Marken wieder abzunehmen [1]).

Mittlerer Weile war Napoleon in der Verhandlung über die dem Congreß zu machenden Vorlagen vorangeschritten. Er hatte den General Fleury zu einer vorläufigen Erkundung nach London geschickt, und Lord Clarendon sich im Allgemeinen bereit erklärt, damit nicht wieder wie 1863, sagte er dem preußischen Botschafter, England angeklagt werde, durch Ablehnung des Congresses den Weltfrieden gefährdet zu haben. Auch war ihm die Abtretung Venetiens an Italien durchaus genehm; die Erwerbung Schleswig-Holsteins durch Preußen ließ er sich im Interesse des Friedens gefallen; der Behandlung der deutschen Bundesreform auf dem Congreß wollte er Napoleon zu Liebe nicht widersprechen, obgleich er überzeugt war, daß Deutschland eben so gutes Recht wie Frankreich, Schweiz, Italien, hätte, seine Verfassung nach eigenem Ermessen zu ändern. Drouyn de Lhuys legte darauf den Botschaftern Englands und Rußlands, Lord Cowley und Baron Budberg, den Entwurf einer gemeinsam an Österreich, Preußen und Italien zu richtenden Note vor, enthaltend die

[1]) Wie weit das Detail dieser Angaben durch die Wiener und Pariser Acten bestätigt wird, lasse ich dahingestellt. Über die Richtigkeit ihres wesentlichen Inhalts läßt der weitere Verlauf der Thatsachen keinen Zweifel.

Einladung zu dem Congresse, wo man die Abtretung Venetiens vorschlagen werde, gegen eine von Österreich zu bezeichnende Entschädigung; sodann werde man über eine europäische Garantie für den weltlichen Besitz des Papstes, über die Frage der Herzogthümer und über die deutsche Bundesreform, so weit sie das europäische Gleichgewicht berühre, Beschluß fassen. Nach Drouyn's Meinung würde der Congreß seine Beschlüsse nöthiges Falls mit Waffengewalt durchführen; davon aber wollten England und Rußland nichts wissen, sondern nur durch moralische Mittel wirken. Ebenso wurde die Garantie für den Kirchenstaat von beiden Mächten abgelehnt, und auf Rußlands Vorschlag anstatt der „Abtretung Venetiens" der unbestimmtere Ausdruck „österreichisch-italienische Differenz" beliebt. Auch der deutsche Bund sollte zur Sendung eines Vertreters aufgefordert, und die vorgängige Entwaffnung der streitenden Mächte nicht als Bedingung, sondern nur als Wunsch der Neutralen bezeichnet werden. So ging denn am 24. Mai die amtliche Einladung nach Berlin und Frankfurt, sowie nach Wien und Florenz ab, wurde am 28. den dortigen Organen überreicht, und die Annahme in Berlin bereits am 29. Mai, sowie in Frankfurt und in Florenz am 1. Juni erklärt.

Die österreichische Regierung hatte die Ende April begonnene vertrauliche Unterhandlung mit dem französischen Hofe seitdem im Flusse erhalten; mehrmals im Laufe des Mai hatte Graf Goltz seine Sorge über die rastlose Thätigkeit des Fürsten Metternich in seinen Depeschen ausgesprochen. Über die Stellung seines Hofes zu dem Congreßvorschlag vermied damals Graf Mensdorff eine bestimmte Äußerung; längst aber stand in Wien die Entschließung fest, die Ab-

tretung Venetiens nimmermehr als Gegenstand einer Congreßverhandlung ohne Kampf und Waffenehre zuzulassen, wenn man auch bereit blieb, sie im Falle eines siegreichen Kriegs gegen den Gewinn von Schlesien zu vollziehen. Je mehr sich die Heeresrüstung im Norden und Süden der Vollendung näherte, desto entschiedener wurde — nicht gerade bei den Generalen, wohl aber bei den meisten Staatsmännern der Hofburg — die Überzeugung einer sichern und vollständigen Niederlage Preußens, so daß es nur noch darauf ankommen konnte, in der Ausbeutung des Siegs nicht etwa durch Frankreich gestört zu werden. Wie die Verhandlung dieser Frage in Wien und Paris im Einzelnen verlief, ist unbekannt. Gewiß aber ist, daß um den 24. Mai der Herzog von Gramont in Paris eintraf, und dem Kaiser Napoleon die Erklärung wiederholen konnte, Österreich sei bereit, unter gewissen Bedingungen schon vor dem Kriege Venetien dem französischen Monarchen zur Verfügung zu stellen [1]). Diese Mittheilung schloß die Ablehnung des Congresses in sich: vor dem Kriege wollte Österreich Venetien opfern, also nicht ohne einen Krieg, und folglich nicht auf einem Congresse. Auch dagegen wird sich schwerlich ein Zweifel erheben, daß der eifrig klerikale Gramont den österreichischen Standpunkt warm empfohlen, der gleichgesinnte Minister ihn dabei dringend unterstützt, und Fürst Metternich

[1]) Gramont erwähnt dies in einem späteren Briefe an Drouyn de Lhuys vom 17. Juli. Rothan, la politique française en 1866, p. 444.

Wenn Rothan l. c. p. 155 ff. erzählt, Napoleon und Drouyn de Lhuys hätten nach Gramont's Eröffnungen so sicher die Annahme des Congresses durch Österreich erwartet, daß der Minister noch am 4. Juni bei einem landwirthschaftlichen Feste auf den guten Erfolg des Congresses getoastet hätte, so ist dies wenig glaublich, da Österreich seine Antwort schon am 1. Juni gegeben, und Napoleon dieselbe schon am 3. als gleichbedeutend mit Ablehnung bezeichnet hat.

seinen Hof über diese günstigen Stimmungen unzögerlich unterrichtet hat.

Unter solchen Umständen kam am 28. Mai die officielle Einladung zum Congresse in Mensdorff's Hand, und die Antwort war nicht eine Stunde zweifelhaft. Österreich nahm allerdings die Einladung an, jedoch unter zwei Bedingungen, von welchen die eine, der Antrag auf Zuziehung des Papstes zu dem Congresse, von den Neutralen bereits beseitigt war, die andere aber die Eigenschaft hatte, dem Congresse jeden Gegenstand zu entziehen, die Forderung nämlich, daß auf demselben von keinem Gebietszuwachs für eine der streitenden Mächte die Rede sein dürfe. In einem Rundschreiben vom 1. Juni erläuterte Graf Mensdorff diese verdeckte Ablehnung dahin, daß die Einladung trotz der rücksichtsvollen Form doch das Begehren der Abtretung Venetiens ankündige, Österreich aber dasselbe in diesem Augenblicke entschieden zurückweisen müsse. Österreichs Ehre erlaube es nicht, auf einen wichtigen und rechtmäßigen Besitz in friedlicher Weise zu verzichten. Man habe von einem Ländertausche gesprochen, allein wo sei eine ausreichende Entschädigung zu finden? Offenbar sei die Zeit zur Zertrümmerung der Türkei noch nicht gekommen. Man habe zwar andeutungsweise auf Schlesien als Entschädigung hingewiesen: allein Österreich ziehe vor, daß ein Jeder das Seine behalte. Dann aber folgte ein inhaltschwerer, positiver Satz. „Wenn der Krieg wirklich ausbräche, wenn glänzende militärische Erfolge Österreichs Macht erhöhten, dann freilich wäre die Annahme nicht auszuschließen, daß wir auf eine Provinz Verzicht leisteten, um uns den Besitz einer andern zu sichern." Im Übrigen habe man gegen eine Discussion der italienischen Angelegen-

heit nichts einzuwenden, müsse aber darauf bestehen, daß zu deren Ausgangspunkt der Züricher Vertrag genommen werde, dessen Nichteinhaltung die Ursache von dem jetzt ganz Europa beschäftigenden Verhältniß sei.

Durch diese Darlegung war nicht bloß das neutrale Europa, sondern auch Preußen unterrichtet, um was es sich bei dem bevorstehenden Waffengange handelte: wenn der Krieg ausbreche, Freigebung Venetiens, um mit voller Kraft zur Rückgewinnung Schlesiens über Preußen herzufallen. Daß aber der Krieg ausbrechen würde, erklärte Österreich an demselben Tage dem Frankfurter Bundestage. Die Versammlung hatte am 24. Mai den Bamberger Antrag auf allgemeine Abrüstung einstimmig angenommen, Hannover seine unbedingte Bundestreue versichert, und Österreich und Preußen darauf erklärt, sie würden in der nächsten Sitzung am 1. Juni die Voraussetzungen angeben, unter denen sie zur Abrüstung bereit seien. Demnach erklärte jetzt Österreich, es habe rüsten müssen wegen der rechtlosen, durch ein Bündniß mit Italien gestützten, mit Gewaltthat drohenden Ansprüche Preußens auf Schleswig-Holstein; es werde entwaffnen, wenn dort der rechts- und verfassungsmäßige Zustand hergestellt sei; zu diesem Behufe stelle es die Frage der Herzogthümer den Entschließungen des deutschen Bundes anheim, welchen von Seiten Österreichs die bereitwilligste Anerkennung gesichert sei, und zeige zugleich an, daß der Statthalter von Holstein Befehl habe zur Einberufung der Stände des Landes, dessen Wünsche und Rechtsanschauungen einen wesentlichen Factor der Entscheidung bilden.

So war es geschehen. Die letzte Möglichkeit des Ausgleichs zwischen den beiden Großmächten war abgeworfen,

dafür aber das Bündniß Österreichs mit den Mittelstaaten vollendet. Nichts war gewisser, als daß der Spruch des Bundestags gegen Preußen fallen, und daß Preußen mit der Zerreißung des Bundes antworten würde. Der Krieg war so gut wie vorhanden. Mochten die Juristen streiten, ob Preußen das Bundesrecht, oder ob Österreich seine preußischen Verträge von 1864 und 1865 verletzt hätte: die Dinge waren so weit gediehen, daß es sich nicht mehr um das Recht, sondern um die Macht handelte. Schleswig-Holstein hatte den Anlaß zum Streite gegeben, war aber nicht mehr der Gegenstand desselben. Österreich wollte seine deutsche Stellung von 1815 und 1850 behaupten, trotz aller Rechtstitel, welche Rechberg's Politik dem preußischen Rivalen überliefert hatte. Mochte dabei Deutschlands Zukunft fahren, wie sie wollte, Österreich meinte, nach Deutschlands Vergangenheit festen Grund für seinen Anspruch zu haben. Eine halbe Million tapferer Kämpfer hatte es aufgestellt; die Finanznoth drängte zu rascher Entscheidung, und was Europa betraf, so hatte das Rundschreiben des 1. Juni den Boden bezeichnet, auf welchem der Wiener Hof sein Einvernehmen mit Frankreich festzustellen bereit war: die Erwerbung Schlesiens unter Erhaltung des deutschen Bundesrechts, die Abtretung Venetiens gegen Durchführung der Bestimmungen des Züricher Friedens.

Das Wiener Cabinet hatte nicht lange auf Frankreichs Gegenerklärung zu warten.

Mochte Napoleon nun ernstlich an ein friedfertiges Ergebniß des Congresses geglaubt, oder mochte er ihn nur der Friedensliebe des französischen Volkes zu Gefallen vorgeschlagen haben, vielleicht auch in der Hoffnung, den Ausbruch des Kriegs bis zum Ablauf des preußisch-italienischen

Bündnisses hinaus zu schieben: jedesfalls zeigte er keine schwere Bekümmerniß über die Vereitlung des Congresses. Nach telegraphischer Zustimmung Englands und Rußlands erklärte er am 3. Juni, daß der Plan in Folge der Wiener Antwort aufgegeben sei, und sagte dem Grafen Goltz, Österreich allein trage jetzt die Verantwortung für den Krieg, und somit sei für Preußen die wohlwollende Neutralität Frankreichs gesichert. Zugleich aber ging an die Pariser Zeitungen die Weisung, sich aller feindseligen Angriffe gegen Österreich zu enthalten, und am 4. Juni trat der Kaiser mit Drouyn de Lhuys und Gramont zur Feststellung der Instructionen zusammen, mit welchen an demselben Abend der Botschafter nach Wien zurückreiste. Nach wie vor hielt man in Paris unter den beiden streitenden Mächten Österreich für die bedeutend überlegene; Preußen würde, vollends, wenn Italien nach Erlangung Venetiens vom Kampfe zurücktrete, den Kürzeren ziehen und bald gezwungen sein, Frankreichs Schutz zu erbitten und zu bezahlen; um so wünschenswerther sei es aber, im Voraus sich von Österreich Sicherheit gegen jeden Mißbrauch seiner Siege zu verschaffen, und Frankreichs Einfluß bei der künftigen Gestaltung Deutschlands und Italiens in möglichst weitem Maaße zur Anerkennung zu bringen.

Demnach hatte Gramont dem österreichischen Minister einen sehr einfachen, aber sehr inhaltreichen Vorschlag zu machen. Frankreich wollte sich zu vollständiger Neutralität in dem bevorstehenden Kriege verpflichten und verhieß, Alles zu thun, um Italien zu der gleichen Haltung zu bestimmen. Dafür würde Österreich dem Kaiser Venetien zur Verfügung stellen, dann, wie auch die Ergebnisse des Kriegs sich gestalteten, die Weitercession des Landes an Italien genehmigen,

und dort den Besitzstand vor dem Kriege respectiren. Was Deutschland beträfe, so würde Österreich auf die Errichtung einer Hegemonie verzichten, welche ganz Deutschland unter eine und dieselbe Autorität stellen würde, und ohne Zustimmung Frankreichs keine Gebietsveränderung vornehmen, welche das europäische Gleichgewicht zu stören geeignet wäre[1]). Die erste dieser beiden Clauseln schloß die deutsche Einheit unter Österreichs Führung aus, setzte also ein gewisses Maaß für Preußens Demüthigung, um den bisherigen Dualismus in Deutschland fortdauern zu lassen. Die zweite enthielt stillschweigend Frankreichs Genehmigung zur Erwerbung Schlesiens durch Österreich anstatt Venetiens, räumte Frankreich eine entscheidende Stimme bei jeder Neugestaltung der deutschen Verhältnisse ein, und gab eintretendes Falls dem Kaiser die gewünschte Sicherheit französischer Compensationen.

Es war begreiflich, daß Graf Mensdorff auf einen Vertrag mit so viel umfassenden Forderungen neben einem Angebote lediglich der französischen Neutralität, nicht gleich mit beiden Händen zugriff. Indessen war Gramont in der Lage, unter Festhaltung der Deutschland betreffenden Sätze, auf der italienischen Seite weitere Zugeständnisse zu machen. Wir wissen, daß die Einheit Italiens dem französischen Minister verhaßt, dem Kaiser wenigstens nicht erwünscht war. Er selbst konnte nicht füglich mehr dagegen auftreten, aber unter gewissen Voraussetzungen war er bereit, Österreichs Bekämpfung derselben freie Bahn zu lassen. Während also am 5. Mai Napoleon dem italienischen Minister die bedingungs-

[1]) Vgl. über die Verhandlung Gramont, l'Allemagne nouvelle, p. 279, über den Inhalt des Vertrags Rothan, l. c. p. 169 ff., und in näherer Ausführung Hansen, coulisses de la diplomatie, p. 106 ff.

lose Überlassung Venetiens in Aussicht gestellt hatte, gab jetzt Gramont in Wien das Versprechen, Frankreich werde diese Abtretung nur unter folgenden Bedingungen vollziehen: Erhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes und Unverletzlichkeit der ihm noch unterworfenen Gebiete, ohne Präjudiz der zu Gunsten der Rechte des heiligen Stuhles gemachten Vorbehalte, Gewährleistung der neuen österreichischen Grenze, Geldentschädigung für das Festungsviereck, und Übernahme eines verhältnißmäßigen Theils der österreichischen Staatsschuld. Ferner verspräche Frankreich, den Bevölkerungen Italiens freie Hand zu lassen, wenn es künftig dort zu einer Reaction gegen die italienische Einheit kommen sollte. Außerdem behielte sich der Wiener Hof das Recht vor, für die depossedirten Erzherzoge von Toscana und Modena Entschädigung aller Orten sonst, als in Italien, zu begehren.

Es ist deutlich, wie schwer diese Sätze die Zukunft der Italiener bedrohten. Sie zeigten, was unter der oben erwähnten Wahrung des Besitzstandes vor dem Kriege gemeint war, nichts Anderes als Erhaltung des französischen Werkes von 1859, Österreichs Verzicht auf die Lombardei, der jetzt durch die Abtretung Venetiens ergänzt werden sollte. Der Vorbehalt aller Rechte des heiligen Stuhles verstattete Österreich, bei günstigem Verlaufe des Kriegs die Legationen und die Marken für den Papst zurück zu erobern, und damit Neapel völlig von dem Königreich zu trennen. Wenn dann in Toscana und Modena eine Partei sich für die vertriebenen Fürsten erhöbe, würde Frankreich auch diese Provinzen sich ruhig von Italien ablösen lassen, im entgegengesetzten Falle aber den Erzherzogen eine Entschädigung verschaffen helfen, auf deutschem Boden? oder

vielleicht auf Kosten des Prinzen Karl von Hohenzollern in Rumänien? Erst vor wenigen Wochen war die Erwählung des Letztern unter thätigem Zusammenwirken Preußens und Frankreichs erfolgt; jetzt aber, nachdem Preußen jedes Angebot rheinisches Landes verweigert hatte, redete Napoleon zur peinlichen Überraschung des Grafen Goltz mit scharfer Ungunst von der Einsetzung des Prinzen.

Ganz anders hatte Österreich in dieser Beziehung, wenn wir der Aussage des damaligen Cabinetschefs unter Drouyn de Lhuys, Baron André, trauen dürfen, seine Interessen bei Napoleon zu wahren gewußt. André erzählte drei Jahre später, am 29. Mai 1869, dem preußischen Botschaftsrathe, Grafen Solms-Sonnenwalde, Folgendes: „Unser Vertrag mit Österreich sicherte uns, wenn es siegte, die Erwerbung des Rheins. Sie wissen dies längst; also brauche ich Ihnen kein Geheimniß daraus zu machen. Allerdings war in dem Vertrage der Rhein nicht ausdrücklich genannt, aber unter den Compensationen, die wir eventuell zu fordern berechtigt waren, war eben der Rhein verstanden.“ Dieselben Angaben theilte im October 1869 dem Grafen Solms der General Caillé mit, unter specieller Bezeichnung der rheinischen Gebietstheile, welche für die französische Annexion bestimmt waren.

Hat sich dies Alles so verhalten, so wird man den Inhalt des am 9. Juni paraphirten, am 12. abgeschlossenen Vertrags kurz dahin zusammen fassen können: Frankreich gab Italiens Einheit dem Wiener Hofe, dafür gab Österreich die Selbständigkeit Deutschlands den Franzosen Preis.

Nach der Ansicht Drouyn de Lhuys' wäre, wie mit Österreich, so auch mit Preußen, noch vor dem Ausbruche des Kriegs ein Vertrag über die künftige Gestaltung der deutschen

Verhältnisse zu schließen gewesen. Napoleon aber hielt einen solchen Versuch, nach allen ihm aus Berlin zukommenden Berichten, theils für unnöthig, theils für aussichtslos, ja für gefährlich.

Schon seit mehreren Wochen klagte Graf Benedetti, daß bei Bismarck an die Stelle der bisherigen vertraulichen Offenheit eine schweigsame Zurückhaltung getreten sei. Am 19. Mai sagte ihm Bismarck, daß Napoleon trotz aller frühern Zusicherungen jeder Verständigung mit Preußen, jeder Mittheilung seiner Absichten ausweiche; er erwähnte zugleich jene feindseligen Äußerungen der französischen Gesandten bei den Mittelstaaten, so wie die Gerüchte von einer friedlichen Abtretung Venetiens an Italien, sprach aber den Entschluß aus, auch wenn Italien dann den Bundesvertrag breche, den Kampf gegen Österreich und die Mittelstaaten dem Könige anrathen zu wollen, da er bei der Stärke und Tüchtigkeit der Armee an einem guten Erfolge nicht zweifle.

Was französische Compensationen betraf, so berichtete Benedetti wiederholt, daß der König ebenso wie sein Volk nur unter dem bitteren Zwange einer völligen Niederlage sich zur Abtretung deutsches Bodens entschließen würden. Die Doctrin, sagte er einmal, welche Deutschland als eine einheitliche Macht auffaßt, und ihr das Recht, ihre Verfassung nach Gutdünken umzugestalten, beilegt, verblendet hier auch die am wenigsten voreingenommenen Geister, und mit Entrüstung weisen sie jede Verhandlung zurück, welche den Verlust irgend eines Gebietstheils zur Folge haben könnte. Ich kenne, schrieb er ein anderes Mal, niemand außer dem Grafen Bismarck, der sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hätte, eine Gebietsabtretung an Frankreich könnte in Preußens

Interesse liegen, und auch dieser würde höchstens in eine mehr oder weniger bedeutende Grenzverbesserung willigen.

Diese exceptionelle Belobung hatte sich Bismarck auf folgende Weise zugezogen. Es versteht sich, daß er so wenig wie sein König von Hingabe deutsches Landes etwas wissen wollte. Die dem Grafen Benedetti so verwunderliche Doctrin, daß die deutsche Nation berechtigt sei, ihre Verfassung ohne fremde Erlaubniß umzubilden, war der Inhalt seines ganzen Daseins geworden, und so war das Pariser Verhalten, für eine solche Erlaubniß einen Entgelt an Land und Leuten zu fordern, in seinen wie in jedes deutschen Mannes Augen eine rechtlose Anmaaßung. Was hätte Frankreich erwidert, wenn bei dessen Revolutionen 1830, 1848, 1851 Deutschland im Namen der alten Verträge oder auf Grund des gestörten Gleichgewichts sich eingemischt und eine Landabtretung begehrt hätte? Wie aber in einem solchen Falle Lafayette 1830 oder Louis Napoleon 1851 empfunden hätte, so empfand jetzt auch Bismarck. Die gebührende Antwort auf jede Zumuthung dieser Art ließ sich nur mit der Hand am Schwertgriff geben; dies aber wäre freilich im Juni 1866 ein Act des Wahnsinns gewesen. Demnach beschloß Bismarck, hinzuhalten, den Ausspruch eines kategorischen Nein zu vermeiden, von der Schwierigkeit, aber nicht geradezu von der Unmöglichkeit einer Compensation zu reden. Nichts lag dabei näher als die Wendung, daß man zwar nach dem Nationalitätsprincip deutsches Land nicht abtreten könne; wenn also Frankreich schlechterdings etwas erwerben wolle, so möge es auf Grund desselben Princips französisch redende Bezirke annectiren. Dann drängten, wie erwähnt, die Italiener, in ihrer Sorge über Napoleon's unheimliche Politik, fort und fort in

Berlin auf Erfüllung des französischen Wunsches. Er will essen, sagte Victor Emanuel dem Grafen Usedom; gebt ihm etwas, aber nicht viel; erklärt ihm dann sehr bestimmt, mehr bekäme er nicht, und er wird zufrieden sein. Am 2. Juni machte General Govone dem preußischen Ministerpräsidenten seinen Abschiedsbesuch; Bismarck empfing ihn im Parke des auswärtigen Amts und ging in einer Lindenallee eine Stunde lang mit ihm auf und nieder. Beide Männer waren zweifelhaft über Napoleon's letzte Entschließungen, und Bismarck fragte den General, ob Preußen bei seinem Bündnisse mit Italien auf dessen Hülfe auch gegen Frankreich würde rechnen können. Govone verneinte sofort und eifrig, und bat den Minister, niemals eine solche Frage einem andern italienischen Staatsmann, z. B. dem Grafen Barral, zu stellen: der sei Piemontese und ausgesprochener Bonapartist; er sowohl als La Marmora selbst würden sofort die Frage zu Napoleon's Kenntniß bringen und sich Verhaltungsbefehle erbitten. In diesem Zusammenhange kam dann Govone seinerseits zu der Frage, ob es denn gar nicht möglich sei, Preußens Verhältniß zu Frankreich durch Bewilligung eines guten Trinkgeldes ein für alle Mal festzustellen. Ich dachte, hat Bismarck später erzählt, an den Wucherer bei Sheridan, der seinem geplagten Schuldner darlegt, wie gerne er ihm Ausstand und Nachlaß bewilligte, leider aber würde er selbst von einem unerbittlichen Gläubiger gedrängt, der ihm jede Freigebigkeit unmöglich mache, und so antwortete ich Govone, wenn es allein von mir abhinge, so würde ich vielleicht um des guten Zweckes willen etwas Landesverrath treiben, und da ich viel mehr Preuße als Deutscher sei, irgend ein Stück rheinisches Landes südlich der Mosel an Frankreich abtreten.

Aber es gehe eben nicht, der König erlaube mir das nicht, und sollte es sich vollends um das ganze linke Rheinufer, um Mainz, Coblenz, Cöln handeln, so würde auch ich dem Könige rathen, lieber sich mit Österreich über Schleswig-Holstein zu verständigen und vieles Andere aufzugeben.

In ähnlichem Sinne redete Bismarck am folgenden Tage mit Benedetti, als dieser ihn darauf aufmerksam machte, daß die deutsche Bundesreform Frankreich möglicher Weise zu Gegenforderungen veranlassen könnte. Der König denke, wenn Frankreich sich erweitern wolle, möge es auf Länder nicht der deutschen, sondern der französischen Zunge blicken. Vielleicht würde er, Bismarck, den König zur Abtretung von Trier bestimmen können, womit Napoleon dann Luxemburg vereinigen möge; aber auch er würde niemals einer Forderung von Mainz, Bonn oder Cöln zustimmen.

Mit so unsicheren und beschränkten Äußerungen war aber der französischen Regierung nicht gedient, und noch weniger ergab sich eine Übereinstimmung der Ansichten, als Bismarck dem Grafen Benedetti am 6. Juni den Plan der Bundesreform in seiner letzten Fassung vorlegte, um ihn zu überzeugen, daß durch denselben kein französisches Interesse verletzt würde. Es waren die uns bekannten Sätze, nur jetzt an der Spitze derselben die ausdrückliche Erklärung, daß der deutsche Bund aus seinen bisherigen Mitgliedern, mit Ausnahme Österreichs und der Niederlande, bestehen würde. Dies ergab zu Napoleon's Wiener Vorschlägen, wie zu seinen eigenen deutschen Plänen einen unauflöslichen Widerspruch.

Wozu also, mochte Napoleon sich fragen, noch eine Unterhandlung mit einem Hofe versuchen, der von solchen Absichten und Gesinnungen erfüllt war? Bei den ersten

Worten hätte der Gegensatz klar und schroff hervortreten müssen, und man hätte Gefahr gelaufen, daß Preußen dann, den Bruch mit Frankreich vor Augen, sich mit Österreich um jeden Preis verständigt hätte. Dann wäre von der Abtretung weder des Rheinlandes noch Venetiens weiter die Rede gewesen, wohl aber hätten die vereinten Heere Deutschlands und Österreichs sich über die Grenzen Frankreichs und Italiens ergießen mögen.

Nein, um keinen Preis durfte man bei der preußischen Regierung den Muth zum österreichischen Kriege ersticken. Daß sie in demselben Niederlagen erleiden und dann um Hülfe flehend die Forderungen Frankreichs erfüllen würde, schien aller Welt in Paris unzweifelhaft. Graf Benedetti hatte aus Berlin dieselbe Ansicht einberichtet. „Wir hatten hier, erzählte später Baron André, keine Ahnung von dem Umfang der preußischen Rüstungen; Graf Clermont-Tonnerre (der französische Militärbevollmächtigte in Berlin), hatte uns über die preußische Armee völlig im Unklaren gelassen; die einzige Besorgniß, welche wir hatten, war die, daß Preußen zu sehr geschlagen und völlig zermalmt würde; dies hätten wir durch unsere Dazwischenkunft verhindert. Der Kaiser wollte Preußen einige Schlachten verlieren lassen, dann aber interveniren, und Deutschland nach seiner Phantasie einrichten."

Es blieb also dabei, daß Napoleon Preußen seine wohlwollende Neutralität in Aussicht stellte, im Übrigen aber seine Wünsche in tiefes Schweigen verhüllte. Um so mehr wirkte er dahin, ihm den Beistand Italiens zu entziehen, und dadurch Preußens Unterliegen im Kampfe um so sicherer herbeizuführen.

Daß bei diesen Umtrieben das Florentiner Cabinet von den Verhandlungen Gramont's nur eine sehr unvollständige

Kenntniß erhielt, bedarf keiner Versicherung. Gleich nach der Abreise des Herzogs von Paris wurde Nigra mitgetheilt, daß Napoleon dem Wiener Hofe seine volle Neutralität verheiße, wenn dieser die Abtretung Veneziens zusage, wie auch der Krieg verlaufen möge. Italien behalte alle Freiheit zum Kriege; der Kaiser würde nur Verpflichtungen für sich selbst übernehmen. Dazu kamen übrigens Ermahnungen, nicht selbst die Initiative zum Kampfe zu ergreifen. Am 11. Juni äußerte Napoleon, durch Zuwarten könne Italien Alles gewinnen; über Gramont's Unterhandlung aber erfuhr man in Florenz kein Wort. Tags nachher sagte in Berlin Graf Karolyi dem Grafen Barral: wir werden nicht immer Feinde sein; wenn wir, wie wir hoffen, Preußen besiegen, so werden wir uns mit euch freundschaftlich über die Abtretung Veneziens verständigen. In Paris aber theilte der Kaiser dem italienischen Gesandten mit, Österreich habe zugesichert, unter allen Umständen den Besitzstand vor dem Kriege zu achten. Noch mehr auf eine einschneidende Wirkung berechnet waren dann zwei Telegramme an demselben 12. Juni: eines von Drouyn de Lhuys für La Marmora, das andere von dem Prinzen Napoleon an Victor Emanuel. Beide berichteten von einer Meldung Gramont's aus Wien: bei einer Unterredung, die er mit dem Kaiser Franz Joseph gehabt, habe ihm dieser erklärt, nach einem an ihn gerichteten Schreiben der Königin-Wittwe von Preußen habe König Wilhelm seiner Schwägerin sein Wort gegeben, daß er keinen Vertrag mit Italien unterzeichnet habe, daß er also nicht verpflichtet sei, wenn Italien Österreich angreife, jenem beizustehen. Der Zweck dieser Mittheilung war einleuchtend: an einen Vertrag, dessen Existenz Preußen bestritt, brauchte Italien sich nicht zu binden,

sondern konnte mit ruhigem Gewissen Venetien in Frieden aus Napoleon's Hand dahin nehmen. König Victor Emanuel in seiner geraden, soldatischen Weise, dabei innerlich erbittert durch Napoleon's hinterhaltiges Schweigen über seine Wiener Unterhandlung, legte das Telegramm des Prinzen auf der Stelle dem Grafen Usedom vor, auf dessen Bericht dann Bismarck kurz und bestimmt Gramont's Erzählung für eine Lüge erklärte. Wenn überhaupt jener von Gramont erwähnte Brief der Königin-Wittwe existirt hat, so ist es ohne Weiteres klar, daß an irgend einer Stelle die Worte König Wilhelm's mißverstanden worden sind, und daß er mit voller Wahrheit hat versichern können, er habe keinen Vertrag unterzeichnet, durch den er verpflichtet sei, einem Angriffe Italiens gegen Österreich Beistand zu leisten.

Ergänzt wurden die beiden Telegramme in Paris an demselben Tage durch eine Äußerung Napoleon's gegen Nigra, Italien würde einen groben Fehler begehen, wenn es zuerst den Angriff eröffne; auch könne während des Kriegs der Fall wohl eintreten, daß es nützlich wäre, wenn Italien den Krieg nicht allzu energisch führe.

Die doppelte und dreifache Unredlichkeit dieser Insinuationen bedarf keiner nähern Beleuchtung: Unredlichkeit zunächst gegen König Wilhelm durch den gehässigen Mißbrauch einer vertrauten Familiencorrespondenz, sodann gegen Preußen, dem man unter Vorspiegelung wohlwollender Neutralität den wichtigsten Bundesgenossen abspenstig zu machen suchte, endlich gegen Italien, welches man gegen Preußen aufzuhetzen strebte, nachdem man so eben von Österreich die Abtretung deutsches Gebietes durch die Preisgebung der nationalen Zukunft Italiens erkauft hatte.

Genug, Napoleon war mit seinem Werke zufrieden und erachtete den Gewinn seiner Partie nach aller menschlichen Voraussicht so sehr gesichert, daß er gleich nach der Paraphirung des Wiener Vertrags ein Manifest entwarf, welches für Frankreich und Europa seine Politik in das gebührende Licht setzen sollte. Es wurde dem gesetzgebenden Körper am 12. Juni unter der Form eines kaiserlichen Schreibens an den Minister Drouyn de Lhuys vom 11. vorgelegt. Darin erklärte Napoleon zunächst, daß Frankreich keine Vergrößerung seines Gebietes verlange, es wäre denn, daß eine andere Großmacht durch erhebliche Vergrößerung das Gleichgewicht Europas störe, und daß benachbarte Provinzen durch freie Volksabstimmung die Vereinigung mit Frankreich begehrten. Auf dem Congresse würde Frankreich für die deutschen Mittelstaaten eine festere Organisation und erhöhte Bedeutung, für Preußen eine bessere Gleichartigkeit und Kraft im Norden, für Österreich die Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland verlangt haben; zugleich hätte er, nachdem Österreich im Namen des Nationalitätsprincips Dänemark bekriegt habe, kraft desselben Princips die Abtretung Venetiens gegen verhältnißmäßige Entschädigung gewünscht. Jetzt, wo statt des Congresses der Krieg bevorstehe, habe Frankreich nur zwei Aufgaben, die Bewahrung des europäischen Gleichgewichts und die Erhaltung seiner Schöpfung in Italien. Um diese zu decken, reiche Frankreichs moralische Kraft aus; es brauche deshalb nicht zum Schwerte zu greifen, zumal es die Erklärung der am Streite betheiligten Mächte habe, daß keine Frankreich berührende Frage ohne dessen Zustimmung gelöst werden solle. Bleiben wir also, schloß er, in einer aufmerksamen Neutralität.

Der Eindruck, welchen dies Manifest in ganz Europa machte, war groß. Jedermann sah darin unter allen verhüllenden Redewendungen die Ankündigung französischer Annexionen. Die Italiener, wenn auch stets von Mißtrauen erfüllt, freuten sich der wiederholten Anerkennung ihres nationalen Rechts. In Berlin aber mußte das Schreiben als eine förmliche Absage Frankreichs erscheinen, schon nach seinem Gegensatze zu der preußischen Bundesreform, und nach der völlig grundlosen Behauptung, daß auch Preußen jede seiner Entschließungen von Frankreichs Zustimmung abhängig gemacht habe. Gewiß hatte Bismarck sich bei jedem Schritte auf seiner gefahrvollen Bahn mit Frankreich zu verständigen gesucht, aber Napoleon war es gewesen, welcher jede bindende Abrede zurückgewiesen hatte. Jetzt, wo der Krieg mit Österreich dicht am Ausbruche stand, vermied Bismarck eine Auseinandersetzung über den kaiserlichen Brief; er begnügte sich, dem Grafen Benedetti zu sagen, daß er darin die alten Gesinnungen des Kaisers unverändert wieder gefunden habe. Einstweilen reichte ihm für den Beginn des Kampfes die erneute Erklärung der französischen Neutralität aus: ob späterhin das preußische oder das französische Programm verwirklicht wurde, war eine offene Frage geblieben, deren Entscheidung lediglich von den Machtverhältnissen nach dem Kriege abhing.

4. Capitel.

Die Kriegserklärung.

Seit den letzten Tagen des Mai hatte die preußische Regierung keinen Zweifel mehr über die unmittelbare Nähe des Kampfes. In ihren Kreisen gab es einen Mann, welchem dieser Gewißheit gegenüber Muth und Kraft versagte; es war der Finanzminister von Bodelschwingh, welcher den Streit mit dem Abgeordnetenhause ohne große Bekümmerniß geführt, aber gegen einen Krieg mit Österreich schon 1865 dringend gewarnt hatte, und jetzt, bei dem Ausbruche desselben, plötzlich der Grenzen seiner Fähigkeit bewußt wurde. Er empfand um so weniger Antrieb zur Theilnahme an dem großen Wagniß, als er stets dem Ministerpräsidenten eine gründliche Abneigung gewidmet hatte. Er nahm seine Entlassung, und Bismarck bot die Stelle dem Freiherrn von der Heydt an. Dieser hatte, wie wir sahen, in den Verfassungskampf mit dem Abgeordnetenhause nicht eintreten wollen: im geraden Gegensatz dazu erklärte er sich jetzt mit Freuden bereit, und bewährte sofort sein findiges und gewandtes Talent in glänzendem Maaße.

Im Übrigen gab es im preußischen Ministerium keinen Zweifel und kein Schwanken mehr. Die einzige Frage über

den richtigen Augenblick des Losbruchs stand noch zur Erwägung. General Moltke hätte sofortigen Beginn der Operationen gewünscht, da mit jedem Verzuge die feindlichen, bis jetzt erst unvollständig gerüsteten oder versammelten Streitkräfte sich verstärken würden. So einleuchtend dies war, so schien doch dem Könige ein bloßer Antrag beim Bundestage, dessen Inhalt zwar offen feindselig, dessen Schicksal aber einstweilen unentschieden war, noch kein genügender Grund zur Kriegserklärung: auch war erst abzuwarten, wie die neutralen Mächte Österreichs Antwort über den Congreß aufnehmen würden. So beschränkte sich Bismarck zunächst darauf, am 3. Juni einen Protest gegen die Überweisung der schleswig-holsteinischen Frage an den Bundestag nach Wien zu senden, worin er dieselbe als einen Bruch des Gasteiner Vertrags bezeichnete, so daß fortan wieder der Gesammtbesitz beider Mächte in beiden Herzogthümern auf Grund des Wiener Friedens in Kraft getreten sei, Preußen Truppen nach Holstein, Österreich nach Schleswig verlegen, die Berufung der Stände nur auf gemeinsamen Beschluß beider Regierungen erfolgen könne.

Am 4. Juni lief die Erklärung der Neutralen ein, daß durch Österreichs Antwort der Congreß gegenstandslos geworden sei, und Bismarck beeilte sich, noch an demselben Tage durch ein geharnischtes Rundschreiben vor Deutschland und Europa die Thatsache festzustellen, daß Österreich jetzt planmäßig den Zweck verfolge, mit Gewalt einen Bruch und Krieg herbeizuführen. Auf Preußens versöhnliche Depesche vom 7. Mai sei keine Antwort erfolgt, bis endlich am 1. Juni als Erwiderung der Antrag am Bundestage erschienen sei, beleidigend für Preußen in der Form, vertragswidrig im

Inhalt; der König, im Wunsche, den Frieden so lange als möglich zu erhalten, habe noch im Mai bereitwillig einen Vorschlag zu directer Verständigung von unparteiischer Seite entgegen genommen; der Versuch aber sei in Wien gescheitert, und aus authentischer Quelle seien dem Könige Auslassungen kaiserlicher Minister mitgetheilt worden, daß dieselben den Krieg um jeden Preis begehrten, theils in der Hoffnung auf Erfolge im Felde, theils, um über innere Schwierigkeiten hinweg zu kommen, ja selbst mit der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Contributionen oder durch einen ehrenvollen Bankerott Hülfe zu verschaffen.

Am 5. Juni druckte, diesen Erlaß ergänzend, der preußische Staatsanzeiger den Artikel des Vertrags vom 16. Januar 1864 ab, worin die beiden Mächte sich zugesagt hatten, Schleswig-Holsteins Zukunft nur in gemeinsamem Einverständniß (also ohne Zuziehung des Bundestags), zu ordnen.

Es folgte den 9. Juni am Bundestage eine ausführliche preußische Entgegnung auf den österreichischen Antrag vom 1. d. Mts. Es sei nicht anzunehmen, daß das Motiv zu dem Bruche der Verträge von Wien und Gastein in der Überzeugung der kaiserlichen Regierung von einem ursprünglichen Rechte des deutschen Bundes zur alleinigen Entscheidung dieser Angelegenheit liege. Mit Schleswig habe der Bund überhaupt nichts zu schaffen; aber auch in Bezug auf Holstein fehle es immer noch an einer Begründung und Begrenzung der Bundescompetenz. Österreich und Preußen hätten eine solche am 11. Februar 1864 gefordert; Österreich selbst seine Bedenken und Zweifel schon am 10. Januar 1864 der bayerischen Regierung in höchst bestimmtem Ausdruck dargelegt; seitdem habe die Sachlage keine Ände-

rung erfahren. Preußen habe die Angelegenheit stets als eine nationale betrachtet, und noch am 7. Mai dem Wiener Hofe den Vorschlag gemacht, sie in Verbindung mit der Bundesreform zu regeln. Auch jetzt erwarte es nur den Augenblick, wo es die Frage mit einer Bundesgewalt verhandeln könne, in welcher die Mitwirkung einer Nationalvertretung dem Einfluß particularer Interessen das Gegengewicht halte, und Bürgschaft gewähre, daß die von Preußen gebrachten Opfer dem gesammten Vaterlande, und nicht der dynastischen Begehrlichkeit zu Gute kämen. Unter den jetzigen Umständen aber sei Einspruch dagegen zu erheben, daß über preußische, durch blutige Kämpfe und internationale Verträge erworbene Rechte, ohne Preußens Zustimmung Verfügung getroffen werde.

Auch in dieser Erörterung zeigte sich wieder neben der unerschütterlichen Energie und Consequenz des preußischen Staatsmannes seine Mäßigung und Umsicht. Österreich gegenüber wären seine Streiche noch viel empfindlicher gewesen, wenn er sich einfach auf den Standpunkt jener Wiener Note vom 10. Januar gestellt, und mit dieser österreichischen Darlegung jetzt gegen Österreich jede Competenz des Bundes in der Sache der Herzogthümer bestritten hätte. Ich bin nicht so weit gegangen, schrieb er damals an Savigny, weil mir daran lag, einer künftigen besseren Bundesgewalt die Einwirkung auf die Sache nicht völlig zu verschließen. Es war ihm Ernst mit der Erklärung, daß ein deutsches Parlament ein Bollwerk gegen particulare und dynastische Selbstsucht, und eben deshalb eine Stütze der von ihm vertretenen preußischen Politik sein würde. So begnügte er sich, dem jetzigen Bundestage nur die Forderung entgegen zu halten,

daß derselbe vor jeder sachlichen Entscheidung sich erst über den Rechtstitel und den Umfang seiner Competenz auszuweisen habe.

An demselben Tage, an welchem der Bundestag diese preußische Protestnote erhielt, sandte Graf Mensdorff einen Erlaß nach Berlin, worin er gegen Bismarck's Depesche vom 3. Juni seinerseits Verwahrung einlegte, und die österreichische Auffassung der Lage entwickelte. Gegen Bismarck's Erklärung, daß Österreich durch den Antrag vom 1. Juni die mit Preußen geschlossenen Verträge von 1864 und 1865 gebrochen habe, stellte er zunächst den Satz auf, „daß diese Vereinbarungen die Rechte des deutschen Bundes nicht alteriren konnten, noch sollten" — wo denn freilich die Behauptung richtiger gewesen wäre, daß die Verträge gerade den Zweck gehabt hatten, die unberechtigten Ansprüche des Bundes zurückzuweisen. Ferner erörterte Mensdorff, daß die preußische Regierung ihrerseits die Verträge seit langer Zeit vielfach gebrochen habe. Ohne Zustimmung Österreichs habe sie auf das Gutachten ihrer Kronjuristen die Souveränitätsfrage für gelöst erklärt und Strafgesetze gegen die Anhänger jeder andern Meinung erlassen[1]); ebenso habe sie ohne einen Vorbehalt der Zustimmung Österreichs sich bereit erklärt, die Frage bald einem deutschen Parlamente[2]), bald einem europäischen Congresse[3]) zu überweisen. Aus der preußischen

[1]) Die Verordnung vom 11. März hatte keinen andern Zweck, als in Schleswig Umtriebe gegen den Rechtsstand des Gasteiner Vertrags zu hindern.

[2]) Gerade dem Wiener Cabinette hatte Preußen diesen Vorschlag am 7. Mai gemacht.

[3]) Der nichts entscheiden, sondern nur eine Meinung aussprechen sollte und wollte.

Erklärung vom 26. Januar, daß Preußen bei fernerem vertragswidrigem Verhalten Österreichs für seine Politik volle Freiheit gewinnen müsse, wurde sodann gefolgert, daß es hiemit auch Österreich volle Freiheit gegeben und von der Beobachtung jener Verträge entbunden habe. Schließlich wurde das Einrücken preußischer Truppen in Holstein, da die Gasteiner Übereinkunft bis zur Entscheidung des Bundes fortbestehe, als ein Act der Selbsthülfe und als Verletzung der Bundes- und der Wiener Schlußacte bezeichnet.

Der Federkrieg hätte auf solche Art noch lange hin und her gehen können, ohne ein anderes Ergebniß, als welches jetzt schon sonnenhell zu Tage lag, daß Österreich durch die mannigfachen Schwankungen seiner Politik in den letzten drei Jahren es zu Stande gebracht hatte, dem auf allen Punkten vorwärts drängenden Rivalen gegenüber sich formell nach jeder Seite in's Unrecht zu setzen. Und dieser Widersacher war nicht gesonnen, ihm noch einen Augenblick zu ruhigem Besinnen zu lassen. Noch ehe er Mensdorff's letzte Depesche empfangen, sandte er am 10. Juni allen deutschen Regierungen seinen Entwurf der künftigen Bundesverfassung zu, mit folgenden Hauptsätzen: Ausschluß Österreichs, Schöpfung einer Bundesmarine, Theilung des militärischen Oberbefehls, im Norden für Preußen, im Süden für Bayern, ein Parlament aus Volkswahlen nach allgemeinem Stimmrecht, ganz mit der oben bereits mitgetheilten, fest begrenzten Competenz, schließlich künftige Regelung des Verhältnisses zu Deutsch-Österreich durch besondern Vertrag. Er bemerkte dazu in seinem Rundschreiben, daß der schleppende Gang der Verhandlung im Frankfurter Ausschusse dort eine rechtzeitige Erledigung des Antrags kaum noch hoffen lasse: Preußen

lege ihn also seinen Bundesgenossen unmittelbar vor, und bitte, zu erwägen, ob sie, wenn der bisherige Bund in Folge kriegerischer Ereignisse sich lösen sollte, einem neuen Bunde auf der Grundlage dieses Entwurfes beizutreten geneigt sein würden.

Hier war denn das Bild des neuen Deutschland dem drohenden Grollen des alten Bundestags gegenüber gestellt, und in welcher Stimmung seine Schöpfer, inmitten der immer schwärzer heraufziehenden Kriegsgefahr, im Bewußtsein ihrer Kraft und ihrer guten Sache damit vor die Nation traten, mögen uns folgende Sätze aus einem Briefe Bismarck's an den Herzog Ernst von Coburg-Gotha vom 9. Juni anschaulich machen.

„Die in dem Entwurfe enthaltenen Vorschläge sind nach keiner Seite hin erschöpfend, sondern das Resultat der Rücksicht auf die verschiedenen Einflüsse, mit denen compromittirt werden muß, intra muros et extra. Können wir sie aber zur Wirklichkeit bringen, so ist damit immer ein gutes Stück der Aufgabe, das historische Grenznetz, welches Deutschland durchzieht, unschädlich zu machen, erreicht, und es ist unbillig, zu verlangen, daß Eine Generation oder sogar Ein Mann, sei es auch mein Allergnädigster Herr, an Einem Tage gut machen soll, was Generationen unserer Vorfahren Jahrhunderte hindurch verpfuscht haben. Erreichen wir jetzt, was in der Anlage feststeht, oder Besseres, so mögen unsere Kinder und Enkel den Block handlicher ausdrechseln und poliren.

„Ich habe die Skizze zunächst Baron Pfordten mitgetheilt; er scheint mit allem Wesentlichen einverstanden, nur nicht mit Artikel I, weil er meint, daß Bayerns Interesse Österreichs Verbleiben auch im engern Bunde fordere. Ich habe ihm mit der Frage geantwortet, ob und wie er glaubt,

daß die übrigen Artikel, oder irgend etwas ihnen Ähnliches, auf einen Bund anwendbar seien, welcher Österreich zum Mitgliede hat. Ich weiß nicht, ob und was er mir darauf entgegnen wird, sehe aber immer in ihm einen der ehrlichsten und vorurtheilsfreiesten Förderer deutscher Interessen. Wir können Österreich den bisherigen Bund gewähren, aber ein besseres Verhältniß gemeinsam mit Österreich auszubilden, halte ich für schwieriger als die Cirkelquadratur, denn die Aufgabe ist nicht einmal annähernd zu lösen.

„Daß der vorliegende Entwurf den Beifall der öffentlichen Meinung haben werde, glaube ich nicht; denn für den deutschen Landsmann genügt im Allgemeinen die Thatsache, daß jemand eine Meinung ausspreche, um sich der entgegengesetzten mit Leidenschaft hinzugeben; ich begnüge mich mit dem Worte: Qui trop embrasse, mal étreint, und mit dem andern, daß Rom nicht an einem Tage gebaut wurde, wenn es auch schon in den ersten Anfängen durch Raub der Sabinerinnen ein erhebliches Odium auf sich lud. Ich glaube, daß auch dem germanischen Rom der Zukunft, falls Gott ihm überhaupt eine bescheert, einige Gewaltthat an den Sabinern nicht erspart bleiben wird, und möchte sie auf ein Minimum reduciren, der Zeit das Weitere überlassend.

„Österreich hat in Holstein einstweilen den Handschuh nicht aufgenommen, aber vielleicht ist die morgen oder übermorgen Statt findende Bundestagssitzung, in welcher die Execution gegen Preußen beantragt werden wird, der erste Ton des glas funèbre für den bisherigen Bund, und wir werden rufen: le Roi est mort, vive le Roi. Hoffentlich bleibt dann noch so viel Frist, daß Ew. Hoheit Contingent nicht die Leichenwache bei dem todten Könige in Rastadt zu ver-

richten genöthigt wird[1]), sondern frische Lorbeeren im Bunde mit dem lebenden suchen darf."

Als Bismarck diese muthigen Worte niederschrieb, hatte er bereits vor Augen, wie der nationale Gedanke, sich immer kräftiger zur Klarheit durchdringend, weite und weitere Kreise des deutschen Volkes entzündete. Die Kammern in Darmstadt und Nassau versagten ihren Ministern die Geldbewilligung für die Mobilmachung; in Cassel war im Voraus eine erdrückende Mehrheit der Stände gegen jede Abweichung von der absoluten Neutralität gesichert; in Hannover nahm die zweite Kammer einen dringenden Antrag Rudolf von Bennigsen's in gleichem Sinne an. Die Bürger von Leipzig und die Fabrikarbeiter von Glauchau baten ihre Regierung, sich nicht von Preußen zu trennen; die Mehrzahl der Weimarer Abgeordneten erklärten, daß die preußische Bundesreform das Heil des Vaterlandes in sich schließe. Nur im Südwesten walteten noch andere Stimmungen vor. Dynastischer und radicaler Particularismus hielt in Württemberg Regierung und Landtag bei dem schwarz-gelben Banner fest. Auch in Bayern war die Mehrheit des Landtags und des Volkes von entschiedenem Preußenhaß erfüllt. Der König und seine Minister theilten diese Leidenschaft nicht, aber auch Pfordten erklärte der Kammer, daß in dem bevorstehenden Kampfe neutral zu bleiben, unerlaubt sei, und jedermann wußte, in welchem Lager Bayern zu finden sein würde. Am 10. Juni ging General von der Tann hinüber zu Benedek nach Olmütz, um den gemeinsamen Kriegsplan zu verabreden, wobei dann freilich Pfordten dem Prinzen Reuß erklärte, dies bedeute

[1]) Ein Bundestagsbeschluß hatte so eben die Coburger Truppen nach Rastadt befehligt.

durchaus noch nicht, daß Bayern Krieg gegen Preußen führen wolle, sondern nur, was zu geschehen habe, wenn der Krieg unvermeidlich würde. Er hatte so eben Bismarck's letztes Schreiben empfangen, und wiederholte dem Prinzen den alten Spruch, daß Bayern in einen Bund mit nur einer der beiden Großmächte nicht eintreten könne, weil dies mit seiner Mediatisirung gleichbedeutend sei. Überhaupt scheine ihm bei dem allseitigen Widerstreben der Regierungen die einzige in der That mögliche Bundesreform die Auflösung des Bundes zu sein. Wolle Preußen aus dem Bunde austreten, so werde Bayern sich dem nicht widersetzen, sondern dann das Gleiche thun. In einem solchen Falle könnte es wohl in ein näheres Schutz- und Trutzverhältniß, aber niemals in ein neues Bundesverhältniß mit Preußen allein treten. In einem solchen würden dann die beiden Regierungen in viel bessern und sicherern Beziehungen leben können, als in einem Bundesverhältniß.

Wir werden später sehen, daß Bismarck diese Worte in sicherem Gedächtniß behalten hat.

Am 11. Juni entwickelte Pfordten selbst in einem vertraulichen Briefe an Bismarck die Unmöglichkeit für Bayern, in einen Bund auf parlamentarischer Grundlage mit nur einer der beiden Großmächte einzutreten, und fuhr dann fort: „Die Entscheidung über Krieg und Frieden steht unmittelbar bevor. Sie liegt, meiner festen Überzeugung nach, in Ihrer Hand, denn sie liegt in dem Entschlusse Preußens über die Herzogthümer. Wollen Sie die Annexion um jeden Preis, auch um den des Kriegs, dann ist der Krieg unvermeidlich. Entschließt sich Preußen, auf die Annexion zu verzichten, so ist der Krieg unmöglich. Wollte Österreich aus irgend einem

andern Grunde Krieg beginnen, so bliebe es gewiß ganz isolirt; kommt es zum Kriege um der Herzogthümer willen, so, glaube ich wenigstens, wird Preußen isolirt bleiben. Gott ist mein Zeuge, daß mich weder Abneigung gegen Preußen, noch Sympathie mit Österreich leitet. Als Deutscher bitte und beschwöre ich Sie, gehen Sie nochmals ernstlich mit Ihrer starken Seele zu Rathe, ehe das entscheidende Wort gesprochen wird, dessen Folgen unberechenbar sind."

Aber an demselben Tage sprach, über diese Ansichten sattsam unterrichtet, Österreich nicht wegen der Bundesreform, sondern wegen der Ereignisse in den Herzogthümern das entscheidende Wort.

Schon seit dem Beginne der österreichischen Rüstungen hatte die preußische Regierung Maaßregeln zur Sicherung ihrer vorgeschobenen Posten in Schleswig, so wie in den Bundesstädten Mainz, Rastadt und Frankfurt vorbereitet. Der Sorge für die letztern wurde sie jedoch Anfang Juni durch einen von Bayern im Einverständniß mit Preußen beantragten Bundesbeschluß überhoben, nach welchem Österreicher und Preußen jene Städte verließen, und dafür Bayern, Badenser und Thüringer einrücken sollten. Um so sorgsamer erwog man die Lage und Aufgabe Manteuffel's mit seinen 16000 Streitern in Schleswig. Die holsteinischen Vereine hatten wiederholte Resolutionen auf schleunige Bildung und Waffnung des holsteiner Bundescontingents an General Gablenz gebracht und noch häufiger von der Entrüstung und dem Opfermuthe des holsteinischen Volkes in ihren Zeitungen gesprochen, und Bismarck war deshalb der Ansicht, daß Manteuffel zwar stark genug sei, um jeden solchen Versuch auf der Stelle niederzuschlagen, daß es aber in Preußens

Interesse liege, demselben durch imponirende Machtentfaltung vorzubeugen, und also die 13. (westfälische) Division nach Lauenburg zu verlegen, wo sie ihre bisherige Aufgabe, die Beobachtung Hannovers, ebenso wie bei Minden, erfüllen würde. Indessen erklärte General Manteuffel jede Besorgniß dieser Art für grundlos. Die Bevölkerung der Herzogthümer sei bedächtig und zähe, aber zu activer Erhebung wenig geneigt; was auch die Clubredner sagen möchten, so würde die Masse bei einem Kriege zwischen den Großmächten keine Hand rühren; einige Bataillone als Besatzung in den wichtigern Ortschaften würden hinreichen, die Ruhe im ganzen Lande aufrecht zu erhalten. So wurde beschlossen, vier Landwehr-Regimenter, Fußvolk und Reiterei, etwas über 5000 Mann, in Lauenburg aufzustellen, zur Unterstützung und weiterhin zur Ablösung Manteuffel's, sowie ein Panzerschiff und einige Kanonenboote in die Elbe unterhalb Hamburg zu entsenden — und dann ungesäumt die praktischen Folgerungen aus dem österreichischen Antrag vom 1. Juni zu ziehen.

Nachdem General Gablenz, den Wiener Befehlen entsprechend, die holsteiner Stände zum 11. Juni nach Itzehoe einberufen hatte, empfing er am 6. von Manteuffel ein Schreiben des Inhalts, daß durch die Anrufung des Bundes Österreich den Gasteiner Vertrag gebrochen habe, daß mithin der frühere Gemeinbesitz wieder in Kraft getreten sei, und folglich Preußen in allem Frieden Garnisonen auch nach Holstein zu legen gedenke, wie dies in gleicher Weise Österreich fortan für Schleswig freistehe. Demnach bedürfe aber die Berufung der Stände der Mitwirkung des Königs, und werde erwartet, daß bis dahin Gablenz dieselbe einstweilen zurücknehme. Die Civilregierung des Landes werde dann

völlig ungestört bleiben. Morgen am 7. würden also preußische Truppen in solche holsteiner Orte einrücken, welche nicht schon mit Österreichern belegt wären.

Man konnte nicht freundschaftlicher reden, indessen gab Gablenz doch auf der Stelle seinen 4800 Mann Befehl, nebst den Mitgliedern der Landesregierung zu Kiel schleunigst an die Südgrenze des Landes, nach Altona, abzuziehen, wohin ihnen dann auch der Erbprinz Friedrich von Augustenburg ohne Säumen folgte. An Manteuffel aber sandte der Statthalter einen kräftigen Protest gegen die angekündigte Gewaltthat, die Besetzung Holsteins trotz des Gasteiner Vertrags, und hielt die Einberufung der Stände aufrecht. Manteuffel beklagte diese verkehrte Auffassung, welche für ihn zur Wahrung der Rechte seines Königs weitere Maaßregeln unumgänglich mache. Ich bin genöthigt, sagte er in einer öffentlichen Verkündigung aus Rendsburg vom 10. Juni, die Regierungsgewalt auch in Holstein in die Hand zu nehmen. Er belobte die ruhige Haltung des Volkes und sprach die Hoffnung aus, daß die Fortdauer derselben ihn nicht zu Ausnahme-Maaßregeln veranlassen würde. Immerhin verfügte er die Auflösung der politischen Vereine und die Unterdrückung aller ohne Concession erscheinenden Zeitungen. An die Stelle der holsteiner Landesregierung trat als preußischer Oberpräsident Baron Carl Scheel-Plessen. Itzehoe war bereits militärisch besetzt; der österreichische Landtagscommissar wurde nach Rendsburg internirt, eine Sitzung der Abgeordneten nicht zugelassen. Von allen Seiten näherten sich die preußischen Colonnenspitzen der Stadt Altona; Gablenz, von einer dreifachen Übermacht umringt, dabei auf der Elbe durch die preußischen Kanonenboote bedroht, entschloß sich rasch, führte

in der Nacht des 11. seine Brigade über den Strom nach Harburg hinüber, und eilte mit ihr auf den hannoverschen, hessischen und bayerischen Bahnen zum Hauptheere nach Böhmen. Manteuffel behielt Recht; in den Herzogthümern waltete Scheel-Plessen so ungestört, als wäre er seit seiner Geburt der angestammte Landesfürst gewesen.

In Wien hatte man nicht viel Anderes erwartet, freute sich, jetzt einen, wie man meinte, tadellosen Grund zum Losbruch zu haben, und brachte gleich am 11. Juni den einst am 16. März verunglückten Plan zur Vollziehung. Österreich erklärte der Bundesversammlung, daß Preußen durch die Besetzung Holsteins den Gasteiner Vertrag, durch die Ergreifung der Regierungsgewalt daselbst den Wiener Frieden gebrochen, also zum Schutze vermeintlich verletzter Rechte den Weg der Selbsthülfe betreten habe. Es liege hienach der im Artikel XIX der Wiener Schlußacte vorgesehene Fall vor, und die Bundesversammlung sei berufen, der unternommenen Selbsthülfe Einhalt zu thun. Nach diesen Vorgängen und Preußens drohenden Rüstungen beantrage also Österreich die Mobilmachung des ganzen Bundesheeres mit Ausnahme der dazu zählenden preußischen Corps, die Aufstellung der Ersatzcontingente, und die Ernennung eines Bundesfeldherrn, der Corpscommandanten und ihrer Stäbe.

Es war nicht schwer, die rechtliche Unstatthaftigkeit eines solchen Antrags darzuthun.

Der Bund sollte gegen Preußen waffnen, weil dieses die Verträge von Wien und Gastein gebrochen hätte. Allein diese Verträge waren von Österreich und Preußen als europäische Großmächte, und nicht bloß ohne jede Mitwirkung des Bundes, sondern im offenen Gegensatz zu dessen In-

tentionen geschlossen worden. Eine Verletzung derselben konnte also nimmermehr als eine Bundesangelegenheit betrachtet werden, und in diesem Sinne telegraphirte auch der wahrlich nicht preußenfreundliche Baron Beust auf die erste Nachricht von dem beabsichtigten Antrag mit dringendem Abrathen nach Wien. War doch der Kaiser von Österreich bisher für Holstein so wenig wie für Ungarn als Bundesfürst anerkannt worden; mit einer über Holstein ihm erwachsenden Streitigkeit hatte der Bund höchstens insofern zu schaffen, daß er dieses Bundesland vor Kriegsschaden zu bewahren suchte; dergleichen aber war nach Gablenz's Abzug dort nicht mehr zu besorgen. In die jetzt zwischen Preußen und Österreich schwebende Streitfrage einzugreifen, ob die Verwaltung von Schleswig-Holstein getheilt oder gemeinschaftlich zu führen sei, fehlte dem Bunde mithin jeder Rechstitel. Dies wurde nicht bloß von Preußen behauptet.

Indessen, auch angenommen einmal, es habe hier ein Fall bundesrechtliches Einschreitens gegen Selbsthülfe vorgelegen, immer blieb Österreichs Antrag in schneidendem Widerspruche gegen die dann Platz greifenden Bestimmungen der Bundesgesetze. Gewiß, der Artikel XIX der Wiener Schlußacte verfügte, der Selbsthülfe Einhalt zu thun. Aber der Artikel XVIII sagte sehr deutlich, daß bei Bedrohung des innern Friedens die Bundesversammlung nach Anleitung der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen Beschlüsse fassen würde: und so bestimmte Artikel XIX für einen solchen Fall, der Bund sollte vor Allem durch vorläufige Maaßregeln für die Aufrechthaltung des Besitzstandes Sorge tragen, und wo dieser streitig geworden, ein gerichtliches Verfahren zur Feststellung des jüngsten Besitzstandes

veranlassen (Artikel XX); den hierauf ergangenen rechtlichen Bescheid aber würde der Bund, bei vorkommender Widersetzlichkeit, durch die ihm zu diesem Ende angewiesenen Mittel zur Vollziehung bringen. Als solche waren dann bezeichnet: Vermittlung durch einen Bundestags-Ausschuß, Austrägalverfahren, Compromisse unter Gewähr des Bundes, endlich, nach Erschöpfung aller sonstigen verfassungsmäßigen Mittel (Artikel XXXI), die Bundesexecution, unter sorgfältiger Beobachtung der in der Executionsordnung vorgeschriebenen Erklärungen, Mahnungen und Termine, welche bekanntlich mindestens ein halbes Jahr in Anspruch nahmen.

Ein solches Verfahren gegen Preußen einzuleiten, konnte selbstverständlich nicht in Österreichs Absicht liegen. Was es bedurfte und von seinen Bundesgenossen begehrte, waren weder vorläufige noch gerichtliche Maaßregeln, sondern Rüstung, eilende Rüstung und geschwindes Schlagen gegen ein lästig gewordenes Bundesglied, was Alles freilich durch ein Dutzend Paragraphen des Bundesrechts verboten war. Nachdem also der Wiener Hof am 1. Juni dem Bundestage die Vernichtung des dem Bundesrechte fremden Gasteiner Vertrags anheim gegeben und Bundestreue und Bundesgesetz als neueste Devise seines Banners verkündet hatte, forderte er am 11. den Bundestag auf, zur Vertheidigung dieses bundesrechtlich nichtigen Vertrags alle Bestimmungen der Grundgesetze des Bundes mit Füßen zu treten. Der Widerspruch zwischen der Wirklichkeit der Dinge und dem formellen Rechte des Bundes, woran Deutschland ein halbes Jahrhundert hindurch gekrankt hatte, zeigte sich bei dem Todeskampfe dieser Verfassung oder Unverfassung noch einmal in grellstem Lichte den Blicken der Nation.

Bismarck hatte nichts dagegen einzuwenden, daß Österreich sich bei jedem Schritte weiter in das Unrecht setzte, und hatte demnach den preußischen Bundestags-Gesandten angewiesen, sich dem Antrag gegenüber gleichgültig und passiv zu verhalten. So konnte die Majorität ungestört ihren Weg gehen, und bei dieser Frage über Leben und Tod des Bundes ganz harmlos beschließen, daß trotz eines von Mecklenburg erhobenen Widerspruchs, ohne Vorberathung durch einen Ausschuß, gleich nach drei Tagen, Donnerstag den 14. Juni, die Abstimmung Statt finden sollte. Es entsprach dem, daß am 12. Juni Österreich den Grafen Karolyi aus Berlin abberief, und in Wien dem Baron Werther seine Pässe zusandte, also den diplomatischen Verkehr mit Preußen abbrach.

Bismarck antwortete darauf an demselben Tage mit einem telegraphischen Erlaß an alle preußischen Gesandtschaften in Deutschland, enthaltend die Erklärung, daß Preußen jedes Votum für die Annahme des österreichischen Antrags als eine Kriegserklärung betrachten müsse. Zugleich sandte er an Savigny die Weisung, am 14. den preußischen Entwurf der Bundesreform als Antrag seiner Regierung einzubringen, nach Annahme des österreichischen Antrags aber die Auflösung des Bundes durch diese verfassungswidrige Kriegserklärung gegen ein Bundesglied auszusprechen, den Austritt Preußens anzuzeigen, und den übrigen Staaten die Theilnahme an einem neuen, auf Grund des Reformplanes zu errichtenden Bunde vorzuschlagen.

Ebenfalls am 12. Juni legte Bismarck dem Könige und dem Ministerrathe eine Denkschrift über die jetzt zu entwickelnde Thätigkeit vor.

„Die Kriegsfrage selbst, hieß es darin, ist heute als unwiderruflich entschieden zu betrachten. Die Anträge am Bunde, sowie die Erklärungen des Grafen Mensdorff lassen keinen Zweifel mehr zu. Letzterer hat dem Freiherrn von Werther gesagt, daß er den Krieg jetzt als unvermeidlich ansehe, und der Antrag auf Mobilmachung sämmtlicher Armeecorps des Bundes außer den preußischen, um gegen Preußen wegen Friedensbruchs einzuschreiten, ist eine offene Kriegserklärung. Er bezweckt eine Execution gegen Preußen ohne die im Bundesrecht vorgeschriebenen Formen der Execution. Die Würde der Monarchie und das Nationalgefühl des preußischen Volkes verlangen nicht nur, daß Preußen einem Bunde, in dem ein solches Verfahren möglich geworden, nicht mehr angehöre, sondern, daß diesem Versuche der Execution durch eine entsprechende Action geantwortet werde. Der angedrohten Bundesexecution muß eine thätige preußische Execution gegenüber treten, und diese muß der Erklärung über den Bundesbruch und die Auflösung des Bundes auf dem Fuße nachfolgen.

„Für diese preußische Action bieten sich zwei Wege dar."

(Der erste unter der Voraussetzung, daß die übrigen deutschen Staaten neutral blieben. Dann wären, um so stark wie möglich in Österreich einzubrechen, alle preußischen Streitkräfte nach Schlesien zu ziehen, auch die jetzt noch im Westen und an den Grenzen der Monarchie stehenden Truppentheile, die Division Manteuffel bei Hamburg, 14000 Mann, die 13. Division bei Minden, 14000 Mann, die aus den Bundesfestungen abgerückten Truppen, 19000 Mann, bei Coblenz und Wetzlar, die 14., 15. und 16. Division, vom Rhein an die Elbe gezogen, bei Torgau 40000 Mann.)

„Der andere Weg, fährt die Denkschrift fort, würde von der Voraussetzung ausgehen, daß auf die Neutralität der deutschen Regierungen nicht gerechnet werden dürfe, und daß es daher nothwendig sei, ihre Action durch ein entschiedenes Eintreten zu paralysiren, ehe sie im Stande sind, dieselbe zu beginnen. Für diesen Fall ist die oben angeführte zerstreute Aufstellung der preußischen Truppen in Coblenz und Wetzlar, an der Weser und Elbe, als ein providentieller Umstand zu betrachten, weil sie stark genug sind, und gerade an den entscheidenden Punkten stehen, um die in Betracht kommenden Staaten sofort mit geschlossenen Massen anzufassen und aufzurollen.

„Sollte die Entscheidung für diesen Weg ausfallen, so ist folgende Entwicklung in das Auge zu fassen.

„Am Tage nach der Abstimmung in Frankfurt, also am Freitag den 15. Juni, werden die Regierungen von Nassau, Kurhessen, Hannover und Sachsen gleichzeitig durch die diplomatischen Vertreter schriftlich, und eintretendes Falls durch Andringen bei den Souveränen selbst aufzufordern sein:

> ihre Rüstungen sofort einzustellen und ihre mobilen Truppen zu entlassen, und gleichzeitig den von Preußen vorgelegten Bundesreformvorschlag, welcher in der Bundestagssitzung vom 14. Juni eingebracht sein wird, anzunehmen. Für den Fall der Bejahung würde ihnen der Landbesitz und ihre Souveränität zugesichert, für den Fall der Verneinung oder einer ausweichenden Antwort würde ihnen von Preußen der Krieg erklärt.

„Den diplomatischen Agenten würden die betreffenden Noten von hier schon jetzt zugesandt werden. An die Militärbehörden müßte im Voraus die Weisung ergehen, auf tele-

graphische, von den Gesandten ihnen zukommende Nachricht über den Ausfall der Antwort sogleich einrücken zu können.

„Im Herzogthum Nassau, welches von Wetzlar und Coblenz aus angefaßt werden kann, würde mit der Occupation des Landes sofort die Einsetzung einer Verwaltung im Namen Preußens, wo möglich durch einen Landes-Eingeborenen, und die Berufung der Stände behufs Anerkennung dieser Verwaltung zu verbinden sein.

„In Kurhessen würde der Königliche Gesandte dem Kurfürsten für den Fall der Bejahung neben der Zusicherung der Integrität seines Landes eine bestimmte Aussicht auf die hessen-darmstädtischen Territorien nördlich des Maines eröffnen, für den Fall der Verneinung dagegen mit Absetzung drohen, und mit dem Einrücken preußischer Truppen würde die Proclamation des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen als Regenten sich verbinden[1]).

„Für Hannover würde die Erhaltung der Souveränität und Integrität ebenfalls an die Bedingung der Annahme des Reformprojects und sofortiger Entlassung der Truppen geknüpft werden, mit der Ablehnung würde das Schicksal des Landes vom Kriegsglück abhängig werden. Die Weisungen an die Militärbehörden müßten so combinirt sein, daß der Stoß gleichzeitig von Minden und durch General von Manteuffel von der Elbe her erfolgte. Nach der Besitznahme würden die hannover'schen Truppen nach Abgabe der Waffen in die Heimath entlassen, die Verwaltung des Landes von Preußen übernommen.

[1]) Dies wurde nach wenigen Tagen aufgegeben, da der Prinz bei einem Gespräche mit Bismarck am 14. Juni sich völlig feindselig zeigte und zum Schluß auf den Beistand von 800000 Österreichern pochte.

„Die Forderung an Sachsen würde nicht minder kategorisch gestellt werden, und auf die Ablehnung derselben die Besetzung des Landes durch die an der Grenze bereit stehende Armee erfolgen.

„Für die Einschlagung dieses Weges spricht der Umstand, daß nach Allem, was hier bekannt ist, sämmtliche deutsche Staaten noch nicht fertig gerüstet sind, und es in den nächsten Tagen noch nicht sein können, daß Preußen dagegen durch seine Rüstungen und die Stellung seiner Truppen — wobei die friedliche Occupation Holsteins und die ohne Blutvergießen an der Elbe gewonnene Stellung ein wichtiges Moment ist — sich im Stande befindet, ihnen zuvorzukommen, und zuerst alle in seinem Rücken befindlichen Gefahren zu beseitigen, ehe die großen Operationen nach dem Süden hin beginnen. Der Angriff, dem es in der letztern Richtung zu begegnen hätte, würde dann nur von Bayern und Österreich ausgehen können, dem sich vielleicht noch Württemberg anschließen dürfte, da das Großherzogthum Hessen durch Kurhessen neutralisirt werden würde. Württemberg dürfte zu einer augenblicklichen oder raschen Action kaum im Stande sein, und auch Bayern ist nicht fertig gerüstet."

Nach dem Vortrag dieser Denkschrift entschied sich der König für den zweiten Weg, da er an eine Neutralität der Mittelstaaten nicht mehr glaubte, während Bismarck bis zur letzten Stunde noch an der Hoffnung auf Pfordten's gute Gesinnung festhielt. Nur bemerkte der König, daß das Vorgehen gegen die bezeichneten Staaten die große Offensive gegen Österreich nicht verzögern dürfe. Die Instructionen für die Gesandten in Hannover, Dresden und Cassel[1]), sowie

[1]) Die Action gegen Nassau wurde noch aufgeschoben.

für die betreffenden Generale wurden auf der Stelle abgesandt, mit der ausdrücklichen Weisung an jene, daß, wenn die Ablehnung gleich am Vormittag des 15. erklärt würde, keine Minute zu verlieren sei, um das Einrücken der Truppen noch im Laufe desselben Tages erfolgen zu lassen.

Unterdessen waren die kleineren Höfe mit unruhigen Erwägungen erfüllt. Die Wucht des Augenblicks empfanden Alle. Manche meinten, die Lunte zwar anzünden, aber doch noch einen Schritt weit vom Pulverfaß entfernt halten zu können. Bayern, Sachsen und Darmstadt verabredeten, die gegen Preußen gerichteten Motive des Antrags zu streichen, und den Befehl zur Mobilmachung auf die vier letzten Bundescorps zu beschränken; dann könne diese Maaßregel doch unmöglich von Preußen als Kriegsfall bezeichnet werden. Ähnliche Erwägungen wurden zwischen Hannover und Cassel gepflogen. König Georg blieb bei seinem Satze: wenn alle Fürsten waffnen, warum ich nicht? er wollte von Bundesreform nichts hören, und freute sich, wenn ein Bundesbeschluß ihn zur Mobilmachung verpflichte. Graf Platen versicherte dem Prinzen Ysenburg hoch und theuer, daß Hannover an keine Feindseligkeit gegen Preußen denke, aber nach Bundesrecht einem Bundesbeschlusse seinen Gehorsam nicht versagen dürfe. Was halfen Preußen die schönen Worte? wer stand dafür, daß Hannover bei seiner Bundestreue nach einem zweiten Bundesbeschluß seine Truppen nicht auch auf Berlin marschiren ließ? Aber mochte Ysenburg noch so entschieden die Erklärung wiederholen, daß Preußen keine Rüstung, gleichviel ob mit oder ohne Bundesbeschluß, zwischen seinen Provinzen dulden könne, Hannover war unerschütterlich. Platen dachte übrigens, wie Pfordten, dem österreichischen

Antrag durch Streichung der Motive und des Artikels 4 (Ernennung des Bundesfeldherrn) die Spitze abzubrechen, und gewann dafür auch die Zustimmung Kurhessens. Hier war der alte Kurfürst in seinem Ärger über die preußische Bundesreform durch Gemahlin und Kinder mehr und mehr auf Österreichs Seite hinübergezogen worden; das Ministerium war einflußlos und nicht völlig einig, und nahm also Platen's Antrag an. In grausamer Unschlüssigkeit befand sich der Großherzog von Baden, preußisch gesinnt, Freund der Bundesreform, vor Allem auf Frieden bedacht, aber ohne Unterstützung durch sein Ministerium, bedroht durch die feindliche Aufregung seines Volkes, und durch Edelsheim mit Nachrichten heimgesucht, daß er bei Parteinahme für Preußen die alten Ansprüche Österreichs auf den Breisgau und jene Bayerns auf Heidelberg und die badische Pfalz wieder aufleben sehen würde.

So kam der 14. Juni, und mit ihm die entscheidende Sitzung des Bundestags heran, und da dieselbe zugleich der Abschluß einer trüben Vergangenheit und die Verkündung einer bessern Zukunft war, dürfen wir uns alle Einzelheiten des Verlaufs vergegenwärtigen. Der Präsidialgesandte, Baron Kübeck, eröffnete die Verhandlung mit geschäftlichen Mittheilungen, darunter einem kurzen Rechnungsbericht über die Monumenta Germaniae historica, und brachte darauf den österreichischen Antrag, der in seiner Weise auch ein Monument deutscher Geschichte werden sollte, zur Abstimmung. Da die holsteiner Stimme ruhte, war die Zahl der Stimmen sechzehn, die zur Beschlußfassung erforderliche Mehrheit neun. Obgleich niemand über den Ausgang Zweifel haben konnte, war doch die Spannung, womit die hohe Versammlung die einzelnen Äußerungen vernahm, außerordentlich. Österreich begann mit

einfacher Annahme des Antrags und der Erklärung, daß die Mobilisirung der von ihm zu stellenden drei Bundescorps vollendet sei. Preußen folgte mit einem Protest gegen jede Behandlung des formell und materiell bundeswidrigen Antrags.

Bayern, welchem dann Sachsen und Darmstadt beitraten, stimmte für den Antrag, so weit er sich auf die Contingente der Mittel- und Kleinstaaten bezog, da der Bund bei den drohenden Verhältnissen Vorkehrungen treffen müsse, um etwaige Störungen des Bundesfriedens zu verhindern. Die Motivirung aber des Antrags durch den erfolgten Bruch des Gasteiner Vertrags sei abzulehnen, da dieser Vertrag für den Bund nicht existire.

Hannover für den Antrag in der von Bayern angegebenen Beschränkung auf die vier letzten Bundescorps, und mit Aufschub der Ernennung eines Bundesfeldherrn.

Württemberg wie Österreich für den Antrag.

Baden will die Angelegenheit einem Ausschusse zur Vermittlung überweisen, und enthält sich einstweilen der Abstimmung.

Kurhessen für die Mobilmachung von sieben Bundescorps, jedoch für Aufschub der Ernennung eines Bundesfeldherrn.

Luxemburg gegen den Antrag, da Preußen über die Sache nicht gehört sei, überhaupt keine Prüfung derselben Statt gefunden, die einschlagenden Artikel der Schlußacte eine Mobilisirung nicht rechtfertigen, und somit der Antrag mehr den Anschein einer feindseligen als einer bundesmäßigen Maaßregel habe.

Großherzogliche und herzogliche sächsische Häuser gegen den Antrag, da der Bund den Condominat Österreichs und

Preußens rechtlich nicht kenne, also mit einer angeblichen Verletzung desselben sich nicht zu befassen habe. (Meiningen stimmt durch Separatvotum wie Bayern.)

Dreizehnte Curie (Nassau-Braunschweig) für den Antrag. Braunschweig stimmt durch Separatvotum wie Weimar und Coburg.

Vierzehnte Curie (beide Mecklenburg) gegen den Antrag, aus denselben Gründen wie Weimar und Luxemburg, und weil durch die Beschleunigung der Abstimmung eine Vorschrift der Geschäftsordnung verletzt worden sei.

Fünfzehnte Curie (Oldenburg, Schwarzburg, Anhalt) gegen den Antrag, da der Artikel XIX hier keine Anwendung finde, und selbst wenn dies der Fall wäre, nicht die Mobilisirung, sondern Vermittlung nnd gerichtliches Verfahren anzuordnen sei.

Sechzehnte Curie (Liechtenstein, beide Reuß, Lippe, Waldeck, Schaumburg) für den Antrag; da zwei Regierungen für Ablehnung, eine für Verweisung an den Ausschuß stimmen, und der Gesandte nicht vollständig instruirt sei, so seien die Einzelvota zersplittert, und der Gesandte habe sich der Mehrheit der Bundesversammlung anzuschließen.

Siebenzehnte Curie (die freien Städte) gegen den Antrag, nur Frankfurt durch Separatvotum wie Bayern.

Damit war die Abstimmung beendigt, und Herr von Kübeck zog den Schluß, daß der Antrag in der von Bayern vorgeschlagenen Beschränkung mit neun Stimmen gegen sechs angenommen sei. Sofort erhob sich der preußische Gesandte zu der Erklärung: schon die Einbringung, geschweige denn die Annahme des Antrags stehe im Widerspruch mit den Grundgesetzen des Bundes; das Bundesrecht kenne gegen Bundesglieder keine

Kriegserklärung, sondern nur ein fest geordnetes Executionsverfahren; insbesondere aber stehe die Stellung Österreichs in Holstein nicht unter dem Schutze der Bundesverträge, könne der Kaiser von Österreich nicht als Bundesglied für Holstein betrachtet werden. Nachdem Preußen vergeblich seine Bedrohung durch Österreichs Rüstungen bei dem Bunde zur Sprache gebracht, sehe es jetzt, durch die nach dem Bundesrechte unmögliche, dennoch aber durch Österreich und Genossen so eben erfolgte Kriegserklärung gegen ein Bundesglied, den Bundesbruch als vollzogen an. Se. Majestät der König werde demnach den Bundesvertrag als erloschen betrachten und behandeln, halte aber fest an der Grundlage der nationalen Einheit, und lege deshalb die Grundzüge zu einer neuen, zeitgemäßen Einigung noch vor, indem Er sich bereit erkläre, auf dieser Grundlage einen neuen Bund mit den damit einverstandenen Regierungen zu schließen. Der Gesandte vollziehe die Befehle seiner Regierung, indem er seine bisherige Thätigkeit hiemit für beendet erkläre.

Der Präsidialgesandte beeilte sich, auf diese Erklärung Antwort zu ertheilen, indem er mit Bezug auf die grundgesetzliche Unauflöslichkeit des Bundes gegen Preußens Austritt Verwahrung einlegte, der hohen Versammlung alle Rechte vorbehielt, und die Verantwortung für alle unheilvollen Folgen des Vorgangs Preußen allein zuschob. Er lud darauf die Versammlung ein, sich dieser Verwahrung anzuschließen, was von Seiten der Mehrheit geschah, während die übrigen Mitglieder sich begnügten, ein jedes seiner Regierung alle Rechte zu wahren.

In Berlin, wo der König bis zu dieser Stunde die Ehre des ersten Kanonenschusses dem Wiener Hofe zu über-

lassen gewünscht hätte, machte Savigny's Telegramm dem letzten Bedenken ein Ende. Sofort ging der Befehl an die Gesandten in Dresden, Hannover und Cassel ab, nach den letzten Weisungen zu verfahren, und den Befehlshabern der großen Armeen wurde das Signal zu der allseitigen raschen Offensive gegen Böhmen gegeben.